

## THEORIE UND METHODEN DER GESCHICHTSWISSENSCHAFT

### Kritik an Asymmetrien im Forschungsprozess

*Kaltmeier, Olaf/Corona Berkin, Sarah (Hrsg.): Methoden dekolonialisieren. Eine Werkzeugkiste zur Demokratisierung der Sozial- und Kulturwissenschaften, 244 S., Westfälisches Dampfboot, Münster 2012.*

Ausgangspunkt des Sammelbandes ist die seit geraumer Zeit konstatierte „Krise der Erforschung des kulturell Anderen“ (S. 7). Damit ist zum einen die inzwischen vielfach belegte Verstrickung ‚westlicher‘ Wissenschaften in koloniale Expansion und Ausbeutung gemeint. Zum anderen findet Forschung über den ‚globalen Süden‘ auch heute noch im Kontext ausgeprägter Machtasymmetrien statt. Das Anliegen der Herausgeber, Forschung „egalitärer und dialogischer“ (S. 8) zu gestalten, das heißt *mit* den erforschten Anderen zu sprechen statt über oder für sie, dürfte daher bei vielen Kolleg/innen Gehör finden. Dabei soll kein Patentrecht bereitgestellt werden, sondern eine „Werkzeugkiste“ – Anregungen, wie Forschung auf „Augenhöhe“ ermöglicht werden kann (S. 10). Diesen vor allem forschungspraktisch formulierten Anspruch lösen die zwölf Autor/innen, Sozial- und Geisteswissenschaftler/innen aus Deutschland, Mexiko, Brasilien und der Schweiz, in unterschiedlichem Ausmaß ein.

Im ersten, theoretisch ausgerichteten Teil kritisiert Olaf Kaltmeier die kolonialen Altlasten in der bestehenden „Geopolitik des Wissens“ (S. 18). Statt dabei verschiedene Wissensformen gegeneinander auszuspielen, verweist der Autor auf die Verflochtenheit des forschenden Selbst und des erforschten Anderen. Umso mehr erstaunt der teilweise recht unerschrockene Umgang mit Termini wie „lokales Wissen“ oder „Indigene“. Ausgehend von einem eigenen Projekt in Ecuador stellt Kaltmeier eine „selbst-reflexive Analyse der Akteurskonstellationen“ (S. 26) an, von der Themenfindung über die Feldforschung bis hin zur Verschriftlichung. Anschaulich schildert er die jeweiligen Machtbeziehungen zwischen Forscher, akademischem Betrieb und Beforschten und zeigt Möglichkeiten einer größeren Teilhabe letzterer auf. Mario Rufers folgender Beitrag zu Subalternität und Horizontalität geht von einer interessanten Forschungsbegebenheit des ‚Scheiterns‘ aus, in

der der interviewte ‚Subalterne‘ genau die hegemoniale Erzählung wiedergibt, gegen die der Autor anschreiben möchte. Das Beispiel verdeutlicht, wie auch (vermeintliche) Subalterne die Spielregeln des akademischen Betriebes kennen und sich strategisch zu ihnen positionieren. Rufers anschließende Reflexionen sind allerdings so abstrakt und ausführlich (selbst für eine Theoriesektion), dass Rückschlüsse hinsichtlich Methoden und Forschungspraxis etwas kurz kommen.

Der zweite Abschnitt wendet sich dem Thema „Konflikt und Dialog“ in der Feldforschung zu. Im Sinne einer „Forschung mit dem Anspruch von Gleichheit“ (S. 73) schlägt Sarah Corona Berkin einen am „Gabentausch“ (S. 81) orientierten Umgang mit den Beforschten sowie die „Autorenschaft der Zwischen Stimmen“ (S. 83) vor. Am Beispiel eines Projektes in Mexiko beschreibt die Autorin, wie Ziele und Methoden gemeinsam mit den Menschen im Feld verhandelt und ihre Stimmen auch in der abschließenden Verschriftlichung hörbar gemacht werden. Bei alledem gehe es nicht um Gleichheit im Sinne eines Konsenses, sondern um „eine gleichberechtigte Kommunikation“ (S. 77). Das Verhältnis von Subalternen und Wissenschaft beschäftigt auch Elisabeth Tuider, die sich für eine Verschränkung von Diskursanalyse und biographischen Interviews ausspricht. Zwar vermag sie für ihren Fall – Textilarbeiterinnen im mexikanisch-US-amerikanischen Grenzraum – zu zeigen, dass die Selbstaussagen der Frauen ein wichtiges Korrektiv zu breiteren Diskursen darstellen. Inwiefern die Autorin hier über bekannte und erprobte Methodologien hinausgeht, wird allerdings nicht ganz deutlich.

Im dritten Teil zu „Reziprozität und Freundschaft“ schildert Yvonne Riaño, wie den beforstchten Personen Mitspracherechte hinsichtlich der Zielformulierung, des Forschungsprozesses und der Interpretation der Ergebnisse eingeräumt werden können. Ihr eigenes Projekt mit Migrantinnen in der Schweiz wurde bewusst so gestaltet, dass die Frauen einen persönlichen Nutzen daraus ziehen konnten. Die anschaulich und praxisnah beschriebenen Strategien lassen sich freilich nur auf bestimmte Forschungstypen übertragen. Unter dem Aspekt des „Gebens und Nehmens“ (S. 146) reflektieren Cornelia Giebeler und Marina Meneses ihre seit 20 Jahren bestehende Forschungszusammenarbeit über den mexikanischen Ort Juchitán. Die Autorinnen arbeiten überzeugend den entstehenden Mehrwert heraus, wenn Forschung als Dialog zwischen zwei unterschiedli-

chen Positionierungen – die Deutsche Giebeler als Fremde und die nach langer Abwesenheit in ihren Heimatort zurückgekehrte Meneses – betrieben wird. Wie das Prinzip der Reziprozität nicht nur auf die Zusammenarbeit der zwei Wissenschaftlerinnen, sondern auch auf die Einwohner Juchitáns bezogen wurde, wird hingegen weniger deutlich. Mit „Freundschaft als methodologische[m] Prinzip“ (S. 181) diskutieren Mailsa Carla Pinto Passos und Rita Marisa Ribes Pereira eine ungewöhnlich starke Form der Gegenseitigkeit im Forschungsprozess. Bei den von ihnen herangezogenen Beispielen – Projekte zu Rassismus und Identität mit brasilianischen Grundschulern – handelt es sich eher um pädagogische Arbeit, die sich an den Interessen der Kinder ausrichtet und begleitend sozialwissenschaftlich reflektiert wird.

Der abschließende Teil des Sammelbandes wendet sich der Rolle des Autors („Autor-ität“) zu. Carmen de la Peza Casares referiert zu theoretischen Aspekten der Übersetzung zwischen Forschenden und Beforschten und arbeitet am Beispiel eines Hip Hop-Künstlers sowie Mediendarstellungen seiner Kunst die verschiedenen Fallstricke im Übersetzungsprozess heraus. Eher unkonkret bleibt ihre Schlussfolgerung, dass „eine gute Übersetzungsarbeit den Sinn der Ausgangssprache“ (S. 206) respektieren müsse – weder „Gewalt gegenüber dem Originaltext“ (S. 204) ausüben noch eine bloße Imitation desselben darstellen dürfe. Rebeca Pérez Daniel greift dann das Konzept der „Zwischen Stimmen“ erneut auf, ein Modell einer kollektiven, zwischenkulturellen Datenerhebung und Autorenschaft, bei der zwei Gruppen in beiderseitiger Anwesenheit über einander sprechen. Ergebnis sei ein „Dialog unter gleichen Bedingungen“ (S. 222), der die verschiedenen Stimmen nicht zu *einer* Wahrheit verschmilzt, sondern die Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Positionen reflektiert. Christian Büschges widmet sich abschließend der „Suche nach dem historischen Subjekt“ (S. 227) und der Schwierigkeit, die Beforschten begrifflich zu fassen. Seine Kritik am Terminus des ‚Indigenen‘ wäre schon an früherer Stelle im Sammelband wünschenswert gewesen. Ebenso willkommen sind seine Ausführungen über Möglichkeiten und Grenzen, Subalterne in der Arbeit mit mündlichen oder schriftlichen Quellen ‚zum Sprechen‘ zu bringen.

Größtes Verdienst des Sammelbandes ist seine schonungslose Kritik an fortdauernden Asymmetrien im Forschungsprozess. Alle Beiträge sensibilisieren dafür, wie (post)koloniale

Forschung von ungleichen Machtbeziehungen in Wissenschaft und Gesellschaft geprägt ist und diese gleichzeitig reproduziert. Die vorgestellten Werkzeuge zur Behebung dieser Missstände bleiben jedoch teilweise hinter den erhobenen Ansprüchen zurück. Titel und Einleitung lassen einen Schwerpunkt auf Methoden und konkreten forschungspraktischen Anregungen erwarten; viele der Beiträge legen jedoch einen starken Fokus auf theoretische Überlegungen, die sich zudem teilweise überschneiden (vor allem in Bezug auf *Postcolonial Studies* sowie Diskurs- und Sprachtheorie). Dennoch erhalten rezent oder zeitgeschichtlich forschende Sozial- und Geisteswissenschaftler/innen sicherlich viele interessante Denkanstöße; Historiker/innen, die nur mit Schriftquellen arbeiten (können), werden allerdings weniger fündig. Insgesamt leistet der Sammelband einen substantiellen Beitrag in einer wichtigen Debatte, die sich in Zukunft wohl weniger der Problematisierung als forschungspraktischen Handreichungen zuwenden sollte.

Berlin

Julia Tischler

## EPOCHENÜBERGREIFENDE STUDIEN

### Mosaikartiges Panorama

*Radkau, Joachim: Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, 782 S., Beck, München 2011.*

Joachim Radkaus „Ära der Ökologie“ stellt sich gleich zwei bedeutsamen Herausforderungen, denen sich die Geschichtswissenschaft aktuell gegenüberstellt: Sie zielt auf eine gegenwartsnahe Zeitgeschichte, die bis zur Schwelle des heutigen Tages reicht. Und sie wählt einen globalhistorischen Zugriff, der zwar gewiss Europa und die USA zum Ausgangs- und Schwerpunkt nimmt, aber immer wieder nach Japan und Indien, in die Regenwälder Südamerikas oder auf den afrikanischen Kontinent blickt, um vielfältige Bezüge und Wechselwirkungen herauszuarbeiten. Im Gegensatz zu manchem als ‚Globalgeschichte‘ etikettierten Zugriff, der sich schließlich doch vornehmlich auf eine oder zwei Weltregionen konzentriert, ist das ganz schön viel und ganz schön beeindruckend. Gleichzeitig haben globalgeschichtlicher Zugriff und Gegenwartsnähe einen Preis, nämlich die Schwierigkeit, in dieser Vielzahl aufeinander bezogener

Geschichten eine einzige Meistererzählung auszumachen. Stattdessen entscheidet sich der Autor für die Methode eines kreativen, panoramaartigen Patchworks, das gar nicht den Anspruch erhebt, eine durchgehende Geschichte zu schreiben. Er nimmt die Vielfalt der Umweltbewegungen in den Blick und unterstreicht die „Bedeutung des Episodischen“, die keine „bloße Konzession an das Geschichtenerzählen“ sei (S. 363). Dementsprechend wird immer wieder bei „Kleingruppen, Einzelpersonen, Ereignissen“ (ebd.) verweilt. Ergänzt wird dies um institutionen- und strukturgeschichtliche Zugriffe.

Diese Weltgeschichte der Umweltbewegungen umfasst vier große, vom Umfang her wenig ausgeglichene Großkapitel, die chronologisch vom 18. Jahrhundert bis zur Jetztzeit reichen. Der erste Teil widmet sich der Auseinandersetzung mit dem eigenen Gegenstand sowie der Frage, wie eine solcherart ambitionierte Geschichte der Ökoära überhaupt zu schreiben sei. Im zweiten Kapitel zeichnet der Autor die von den Umweltbewegungen selbst nur allzu schnell vergessenen Wurzeln nach, die bis zum Naturkult Rousseaus und der Romantik zurückreichen. Das dritte Kapitel wiederum hat die „ökologische Revolution“ um 1970 zum Gegenstand und greift ein Interpretament auf, das nicht nur in der Umweltgeschichtsschreibung fest etabliert scheint: der Eindruck und die Erfahrung eines grundlegenden Wandels seit den späten 1960er Jahren. Mindestens ebenso wichtig erscheint eine weitere Zeitschneise, die im vierten Kapitel ausführlich behandelt wird, die „Zeitenwende um 1990“. Dieser vierte Abschnitt macht den Löwenanteil der Darstellung aus, nämlich etwa zwei Drittel des Gesamtumfangs. Er ist den „großen Dramen der Umweltbewegung“ gewidmet und reicht von den 1970er Jahren bis zur Gegenwart.

Drei Zeitfenster, den Kapiteln zwei bis vier zugeordnet und satt gefüllt mit umwelthistorisch markanten Wegmarken, spiegeln chronologische Verdichtungsräume ökologischen Denkens und Handelns wider. Das ist zum einen die „lange Jahrhundertwende“ vom späten 19. bis ins frühe 20. Jahrhundert, die Radkau als „eindrucksvolle ‚Sattelzeit‘ hin zur ökologischen Moderne“ (S. 58) bezeichnet. Das ist zum anderen, als zweites Zeitfenster, die bereits thematisierte „ökologische Revolution“ um 1970, wohingegen der dritte Einschnitt um 1990 als „noch markanterer Knotenpunkt“ (S. 498) hervorgehoben wird: Hier sticht die globale Verdichtung der Daten und Ereignisse hervor. Eine bis dato vornehmlich von den USA und Westeuropa ausge-

hende Umweltbewegung gewinnt in diesem Zeitraum wahrhaft weltumspannenden Charakter.

Der Vorstellung globaler Gleichzeitigkeiten sowie der Rhetorik des Globalen, verkörpert in dem eingängigen Bekenntnis *think globally, act locally*, bringt Radkau jedoch eine gehörige Portion Skepsis entgegen und lässt stattdessen Sympathien für das Lokale anklängen. So betont er „eine für weite Teile der Welt typische Verbindung von Umweltschutz und neuem Regionalismus“ (S. 273) und arbeitet deutlich heraus, wie nach 1989/91 und dem „Abklingen der ersten Eine-Welt-Euphorie“ auch aus umweltbewegter Sicht die Globalisierung „zunehmend beängstigende Züge“ annahm (S. 505). Dennoch konzediert auch er, „dass der globale Horizont von Anfang an zur Dynamik und integrativen Kraft der Umweltbewegung beitrug und es kurzsichtig wäre, internationale Konferenzen und transnationale Netzwerke im Bausch und Bogen zu bagatellisieren“ (S. 321). Überhaupt wird immer wieder die Bedeutung einer im Sinne des Umweltschutzes funktionierenden Bürokratie und Justiz deutlich sowie die wichtige Rolle des von Teilen der jüngeren Umweltbewegung häufig kritisch beäugten Staates. Das unterstreicht gerade der in diesem Buch konsequent gewählte Blick über den westlich-transatlantischen Tellerrand hinaus.

Joachim Radkaus mosaikartiges Panorama, noch dazu hervorragend erzählt und in einem nonchalanten Stil verfasst, ist faszinierend, manchmal aber auch verwirrend oder gar ein wenig ermüdend: Wenn der Autor von der Mutter der amerikanischen Umweltbewegung Rachel Carson über die indische Ökofeministin Vandana Shiva zum brasilianischen Kautschukzapfer Chico Mendes eilt, dem amerikanischen *Dust Bowl* der 1930er Jahre den Kernenergiekonflikt, die Auseinandersetzung um den Walfang oder die Debatte um die Gentechnik folgen lässt, droht der Leser in dieser Vielzahl mehrseitiger, manchmal aber auch nur ein- oder anderthalbseitiger Miniaturen den Überblick zu verlieren. Insofern eignet sich das Buch auch und gerade für einen selektiven Zugriff, für das Lesen einzelner Kapitel und Abschnitte: In dem Maße, wie der Gegenstand selbst sich einer teleologischen Meistererzählung entzieht, erübrigt sich möglicherweise auch ein bloß lineares Lesen von der ersten bis zur letzten Seite. Ein echtes Manko für eine solche Lektüre stellt allerdings das fehlende Sachregister dar, was ebenso misslich ist wie das nicht vorhandene Literaturverzeichnis.

Trotz dieser kleinen Einschränkung: Insgesamt überzeugt der vom Autor gewählte multiperspektivische Ansatz: Sein stetes Drehen und Wenden unterschiedlicher Themen, Gegenstände und Akteure; seine differenzierte Betrachtung, welche die Ambivalenzen herausarbeitet und ein für die Umweltbewegung selbst häufig charakteristisches Denken in Kategorien von ‚gut‘ und ‚böse‘ immer wieder ad absurdum führt; seine meist differenzierten Ausführungen, die Freude am Querdenken und Gegen-den-Strich-Lesen vermitteln. Mit der „Ära der Ökologie“ ist Joachim Radkau ein engagiertes Werk gelungen, das Ausdruck großer Belesen- und Gelehrtheit im besten Sinne ist. Es bereitet nicht nur über weite Teile großes Lesevergnügen, sondern hält zudem vielfache Anregungen zum Nach- und Weiterdenken bereit.

Tübingen

Silke Mende

## Animal Studies

*Brantz, Dorothee/Mauch, Christof (Hrsg.): Tierische Geschichte. Die Beziehung von Mensch und Tier in der Kultur der Moderne, 401 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2010.*

Dieser Sammelband stellt eine der bislang wichtigsten deutschsprachigen Publikationen zur Tiergeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts dar. Dorothee Brantz und Christof Mauch versammeln in ihm nicht nur 15 sehr unterschiedlich ausgerichtete empirische Studien, sondern auch vier theoretische Beiträge. Mehrheitlich stammen diese aus dem englischsprachigen Raum, wo die Auseinandersetzung um die *Animal Studies* bereits weiter vorangeschritten ist als hierzulande. Nicht alle Beiträge können im Folgenden gleichermaßen berücksichtigt werden.

Große Beachtung innerhalb der *Animal Studies* haben hierzulande bislang allein einige kluge Reflexionen von Susan Pearson und Mary Weismantel gefunden, die in ihrem Anspruch, Tiere in ihrer Körperlichkeit und Räumlichkeit stärker als soziale Akteure in den Fokus zu rücken, allerdings nicht über die breit diskutierten Überlegungen von Donna Haraway und Bruno Latour zur Neubestimmung des Sozialen hinauskommen. Sehr viel mehr Aufmerksamkeit hätte im Vergleich hierzu ein ebenfalls theoretischer Beitrag von Julie Smith verdient. Smith gibt sich zwar wie viele andere Forscherinnen

und Forscher in diesem Feld – aber hier deutlich unaufgeregter – als Tierschützerin beziehungsweise Tierrechtlerin zu erkennen. Aus den zahlreichen theoretischen und methodischen Auseinandersetzungen um die *Animal Studies* zieht sie jedoch inzwischen den Schluss, jeden Wahrheitsanspruch, explizit auch einen kritischen, in Hinsicht auf Tiere oder Mensch-Tier-Verhältnisse fallen zu lassen und im Sinne ‚postmoderner‘ Literatur oder Philosophie nicht nur mehr Fantasie zu bemühen, sondern eben auch „die Darstellung als Waffe“ im Kampf gegen hierarchische Mensch-Tier-Verhältnisse „aufzugeben“ (S. 339). An die Stelle einer, wie man sagen könnte, Ethik des Verurteilens solle eine „Ethik des Ertragens“ (S. 339) treten, um dem Verständnis von Tieren und Mensch-Tier-Verhältnissen neue Darstellungsweisen zu eröffnen.

Auch wenn der Rezensent es nicht für ratsam hält, von jeglichem Wahrheitsanspruch innerhalb der Tiergeschichte Abstand zu nehmen, berührt Smith zweifelsohne einen entscheidenden Punkt: Nicht an klugen Reflexionen über soziale Akteure mangelt es innerhalb der *Animal Studies*, sondern an überzeugenden Darstellungsweisen und empirischen Studien. Die entsprechenden Untersuchungen in diesem Sammelband schreiten zwar ein erfreulich breites Spektrum an unterschiedlichen Mensch-Tier-Verhältnissen ab, verlaufen dabei aber mehrheitlich in sehr traditionellen Bahnen: Die weit aus meisten Beiträge beschränken sich nämlich mehr oder weniger gezielt auf die Repräsentation von Tieren.

Für den politischen Bereich steuern Mieke Roscher und Anna-Katherina Wöbse zwei Studien zur englischen Tierschutzbewegung im 19. Jahrhundert und zur Internationalisierung von Tierschutzbestrebungen im 20. Jahrhundert bei. Dass sich in eine solche Geschichte des Tierschutzes sehr rasch altbekannte Werturteile und Stereotypisierungen einschleichen, verdeutlicht dabei der Beitrag von Renate Brucker über den deutschen Tierschützer und Pazifisten Magnus Schwantje und dessen „radikale Ethik“. Zu Unrecht spielt Brucker dessen vermeintlich „rationalen Aspekte“ und angeblich „skurrile Züge“ der Lebensreformbewegung gegeneinander aus, um in einer Hagiografie von „Schwantjes Vermächtnis“ zu enden (S. 283ff.).

Einen wissenschaftshistorischen Blick auf die Repräsentation von Tieren werfen insbesondere die Untersuchungen von David Allan Feller über die Rolle von Hunden für Charles Darwin und dessen Evolutionstheorie und von Oliver

Hochadel zur Bedeutung von Zoologischen Gärten als einem „Medium der Evolutionstheorie“ (S. 245) um 1900. Hochadel rekonstruiert dabei die Popularisierung und Aneignung der Evolutionstheorie sehr facettenreich im Rahmen der Wahrnehmung beziehungsweise Ausstellung von Menschenaffen – es gelingt ihm hervorragend, wissenschaftshistorische Fragestellungen in eine breitere Kulturgeschichte des Zoologischen Gartens zu überführen.

Der Wahrnehmung ganz bestimmter Tiere widmen sich unter anderem auch Mark Barrow zum Alligator in Nordamerika und Kelly Enright zum Nashorn ebenfalls in Nordamerika. Beide Beiträge betonen dabei die Stellvertreterbedeutung von Alligatoren und Nashörnern für „die Natur“ beziehungsweise „die Wildnis“ und „die Wildheit“ (S. 158). Mit einer ähnlichen Stellvertreterbedeutung beschäftigt sich auch Kathleen Kete, ihre Überlegungen zur „Assoziation von Kindern und Tieren“ (S. 136) vermochten den Rezensenten jedoch nur sehr bedingt zu überzeugen: Wenn Kete das – sich seit dem 18. Jahrhundert angeblich wenig wandelnde – Verhältnis von Kindern und Tieren beziehungsweise Haustieren allein auf die „Bedürfnisse von Erwachsenen“ (S. 136) zurückführt, dann bedient sie sich in diesem Rahmen nicht nur wiederholt einer problematischen Psychologisierung von deren vermeintlichen „Wünschen und Ängsten“ (S. 133). Sie verschließt der Tiergeschichte fernab der Repräsentation von Tieren auch neuartige Forschungsaufgaben, wenn sie behauptet, „die wirklichen Beziehungen zwischen Kindern und Tieren“ ließen sich historisch „wenig“ rekonstruieren (S. 136).

Einen ganz anderen Weg beschreiten demgegenüber nicht so sehr die dem Anspruch nach biographischen Arbeiten von Helena Pycior zu Fala, dem „First Dog“ (S. 79) von Franklin D. Roosevelt, und von Amy Nelson zu Laika und anderen „sowjetischen Raumschiffhunden“ (S. 103), die über eine Wahrnehmungsgeschichte dieser Hunde insgesamt nicht hinaus gelangen. Der teilweise geradezu klassisch sozialhistorische Beitrag von Clay McShane und Joel Tarr zur Gebrauchsgeschichte von Pferden in der nordamerikanischen Großstadt im 19. Jahrhundert wählt vielmehr einen ganz anderen Zugriff. McShane und Tarr zeigen sehr überzeugend, dass und wie Pferde nicht nur unterschiedlich repräsentiert, sondern auch unterschiedlich produziert – als Lastentiere hergerichtet und fortwährend real verändert – wurden, um den menschlichen, sich wandelnden Anforderungen an sie immer besser zu entsprechen.

Hier scheint eine neue Darstellungsweise innerhalb der Tiergeschichte auf, die an sich gar nicht neu und gerade deswegen überaus anschlussreich ist – ohne einen Wahrheitsanspruch einfach aufzugeben.

Berlin

Pascal Eitler

### Unternehmenskultur mit Schattenseiten

*James, Harold:* Krupp. A History of the legendary German Firm, 360 S., Princeton UP, Princeton, NJ 2012.

Krupp ist sicherlich eine der bekanntesten deutschen Firmen, um die sich im In- und Ausland zahlreiche Mythen ranken. Daher ist es nicht verwunderlich, dass es mittlerweile eine Vielzahl von Detailstudien, Sammelbänden und Darstellungen einzelner Phasen der Unternehmensgeschichte gibt. Auf diesen Untersuchungen aufbauend, ergänzt um Archivalien aus dem Krupp-Archiv, möchte James die Firmengeschichte auf knappem Raum einem breiten Publikum nahebringen. Das Buch ist, finanziell gefördert von der Krupp-Stiftung, 2011 zum 200jährigen Firmenjubiläum auf Deutsch erschienen und liegt seit dem letzten Jahr auch in der hier zu besprechenden amerikanischen Version vor.

In seiner Darstellung verknüpft James die Unternehmensgeschichte elegant mit politischer Geschichte und Technikgeschichte. Dabei organisiert er die Stofffülle chronologisch entlang der Familienmitglieder, welche die Gesckichte des Unternehmens bestimmten. Diesen ordnet er bestimmte Schlagworte zu, die für die Phase ihrer ‚Herrschaft‘ kennzeichnend sind. So beginnt der Autor seine Darstellung mit der Gründung der Firma Friedrich Krupp in Essen 1811 unter dem Motto *risk*. Er zeigt auf, wie Friedrich versuchte, mit seiner Firma unter extremsten finanziellen Engpässen zu reüssieren. Das sollte dann allerdings erst seinem Sohn Alfred gelingen, dessen Erfolg vor allem mit dem Boom der Eisenbahnindustrie zusammenhing. In seiner Zeit als Firmeninhaber expandierte das Unternehmen enorm, blieb aber, wie James immer wieder betont, ein eher überdimensionierter Handwerksbetrieb, der sich auf die Herstellung von Spezialgegenständen konzentrierte. Unter dem seit 1887 amtierenden neuen Firmeninhaber hielt dann die Wissenschaft Einzug in die Firma. Friedrich Alfred Krupp war fasziniert von

den neuen Möglichkeiten und gründete zum Beispiel ein Forschungslabor zur Entwicklung neuer Werkstoffe. Ganze drei Kapitel sind Gustav Krupp von Bohlen und Halbach gewidmet, der die Firma vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis in die Zeit des Nationalsozialismus führte. Hier arbeitet James sehr differenziert heraus, wie das Unternehmen zwischen Nähe und Distanz zum nationalsozialistischen Regime agierte und sich letztlich mit guten Gewinnaussichten in die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik einfügte. Im letzten chronologischen Kapitel steht zunächst der schwierige Neubeginn des Unternehmens nach dem Zweiten Weltkrieg im Vordergrund. Dabei gelang es dem eher farblosen Alfried Krupp von Bohlen und Halbach mit Berthold Beitz einen von außen kommenden innovativen jungen Mann als Generalbevollmächtigten im Unternehmen zu platzieren, der unter anderem mit seinen Ostkontakten dem Unternehmen neue Märkte erschließen konnte. Anschließend betont James die erfolgreiche Überführung der Familienanteile in die 1967 gegründete Krupp-Stiftung, bei deren Gründung amerikanische Stiftungen, wie beispielsweise die Carnegie- oder die Ford-Stiftung, als Vorbild gedient hätten. Ein großer Unterschied bestand allerdings darin, dass die Krupp-Stiftung nicht nur gemeinnütziges Engagement zeigen, sondern das Unternehmen auch kontrollieren sollte. Die Firma habe sich in der Folgezeit auf ihre alten Stärken besonnen und diese, unter anderem mit wichtigen Übernahmen und der Fusion mit Thyssen 1998/99, den Anforderungen des modernen Wirtschaftslebens angepasst.

Insgesamt sieht James mehrere Grundmuster, welche die Firmengeschichte prägen und somit die spezifische Unternehmenskultur bei Krupp ausmachen. So hebt er hervor, dass es der Unternehmerfamilie nicht nur um den reinen Profit gegangen sei, sondern dass weitere Ziele, wie zum Beispiel eine enge Bindung der Belegschaft an das Unternehmen und soziale Verantwortung, anvisiert wurden. Zudem habe man sich von Anfang an auf den internationalen Markt, insbesondere auf *emerging markets* ausgerichtet. Außerdem habe sich das Unternehmen in einem ständigen Spannungsfeld zwischen den Anforderungen eines Familienbetriebs und einer den Anforderungen der Zeit angepassten Unternehmensorganisation befunden. Dieses Spannungsverhältnis sei erst mit der Übernahme der Familienanteile durch die 1967 gegründete Krupp-Stiftung aufgehoben worden. Insbesondere im Hinblick auf den letz-

ten Punkt, Familie und Unternehmensorganisation, hätte man sich jedoch an manchen Stellen eine präzisere Beschreibung der Rolle der Familienmitglieder im Unternehmensgefüge gewünscht. Welche Einflussmöglichkeiten hatten sie, wie war ihr Verhältnis zu den (anderen) Direktoren? Das arbeitet James vor allem für die Phase unter Gustav Krupp von Bohlen und Halbach heraus, für die anderen Perioden erscheint dieses Verhältnis allerdings etwas vernachlässigt.

James erzählt die Firmengeschichte, bei allen Rückschlägen und Tiefpunkten, als Erfolgsgeschichte, vor allem, je mehr er sich der Gegenwart nähert. Selbst der vor kurzem getätigte Bau eines Stahlwerks in Brasilien erscheint als zukunftsfähige Strategie, da man auf diese Weise in einen der größten *emerging markets* investiert habe. Mittlerweile ist deutlich geworden, wie dilettantisch dieses Vorhaben geplant und ausgeführt wurde. Diese Fehlplanung stürzte die Firma im letzten Jahr mit Milliardenverlusten in eine der größten Krisen der Firmengeschichte und führte zu Entlassungen zahlreicher Manager und Mitarbeiter. Gerettet ist die Thyssen-Krupp AG damit noch lange nicht. Zudem steht das brasilianische Stahlwerk schon seit längerem wegen Umweltschutzproblemen in der Kritik. Aus dieser Sicht ergeben sich zumindest Fragen an die jüngste Firmengeschichte und die Struktur des Unternehmens. Wie kann es möglich sein, dass jahrelanges Missmanagement von der oberen Managementebene nicht bemerkt wurde? Warum versagte das Controlling? Diesen Fragen konnte James, der sein Manuskript im September 2011 abgeschlossen hat, nicht mehr nachgehen. Der gesamte Vorgang macht jedoch eines deutlich: Die von James herausgehobene ‚Unternehmenskultur‘ der Firma hat wohl auch ihre Schattenseiten.

Essen

Henning Türk

### **Eine neue Geschichte der „Protokolle der Weisen von Zion“**

Horn, Eva/Hagemeyer, Michael (Hrsg.): Die Fiktion von der jüdischen Weltverschwörung. Zu Text und Kontext der „Protokolle der Weisen von Zion“, 254 S., Wallstein, Göttingen 2012.

Wie jede andere Geschichte, so muss auch die Geschichte des Judenhasses, des Antisemitis-

mus immer wieder neu geschrieben werden. Neue Theorien, erneuerte Quellenforschung und -kritik sowie veränderte politische Bedingungen legen Revisionen nahe, die schließlich zur Ablösung eines Erklärungsparadigmas durch ein anderes führen. So gilt seit Jahrzehnten als gesichert, dass die sogenannten „Protokolle der Weisen von Zion“ – sie werden noch heute zustimmend in der Charta der in Gaza regierenden Hamas erwähnt – eine jener Hetzschriften ist, die nicht nur Judenhass verbreiteten, sondern auch eine Art motivierenden Freibrief für den industriellen Massenmord an den europäischen Juden darstellten. Diese Überzeugung wird durch die neuere und neueste Forschung in Frage gestellt. Die neuen Theorien, die zu einer veränderten Sicht auf dies Pamphlet führen, sind literaturtheoretischer – und wenn auf die Sozialwissenschaft bezogen – diskursanalytischer Art.

So legt ein neuer, von der Literaturwissenschaftlerin Eva Horn und dem Slawisten Michael Hagemeister herausgegebener Band nahe, dass die über Jahre betriebene ‚Aufklärung‘ über die den „Protokollen“ zugrundeliegende Fälschung selbst eine fiktionale, aus zuverlässigen Quellen jedenfalls nicht belegbare Erzählung darstellt. Das liegt vor allem daran, dass sich offenbar die wenigsten Vertreter/innen der These von der auktorialen Rolle des Pamphlets gründlich und geduldig auf den wirren, mit immer neuen Vorworten und Einleitungen herausgegebenen Text eingelassen haben.

Zwar steht nach wie vor fest, dass die „Protokolle“ wesentliche Ähnlichkeiten mit einer im späten neunzehnten Jahrhundert gegen Napoleon III. gerichteten Satire, nämlich Maurice Jolys „Macht und Recht. Macchiavelli contra Montesquieu“ von 1864 aufweisen, doch lassen sich alle anderen – entlarvenden – Überlieferungen, wonach die „Protokolle“ von der zaristischen, russischen Geheimpolizei zu Zwecke der Umlenkung der sozialen Unzufriedenheit der Massen auf die Juden Verwendung fanden, nicht belegen. Ein genauer Blick in den Text selbst verweist, wie Stephan Gregory zeigt, auf eine Tradition von Verschwörungstheorien, die sich zunächst, auf der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, gar nicht gegen die Juden, sondern wider Freimaurer, Illuminaten und nicht zuletzt den Orden der Jesuiten richtete. Aber auch dann bleibt bei aller philologischen Akribie unentscheidbar, ob es sich bei den „Protokollen“ um eine ‚Fälschung‘ oder um ein ‚Plagiat‘ handelt, und – sofern eine der beiden Vermu-

tungen zutreffen sollte – wer die Fälscher beziehungsweise Plagiatoren tatsächlich waren.

Thematisch wird in den „Protokollen“ – so die Beiträge von Verena Kasper-Marienberg und Eva Horn – eine eigentümliche Gegenmoderne beschworen, die hier die im Zeitalter des Absolutismus entstandene Lehre von den legitimen *Arcana imperii* im beginnenden Zeitalter demokratischer Öffentlichkeit aufnimmt, um sie aber dort im Sinne einer positiven Utopie totaler Steuerung der Gesellschaft umzudeuten. Eine Untersuchung jener Kreise und Gruppen, die sich für solche Verschwörungstheorien interessierten, führt dann, wie Markus Osterrieder nachweist, in das Dickicht esoterischer Sekten und okkultistischer Gruppen.

Bei alledem ist wenig bekannt, dass die „Protokolle“, wie der Schweizer Historiker Philipp Theison zeigt, bereits 1933 Gegenstand eines Gerichtsverfahrens zwischen dem Schweizer Israelitischen Gemeindebund und schweizerischen Nationalsozialisten waren; eines Verfahrens, das schließlich zum Verbot der Schrift führte. An den Einlassungen der pronationalsozialistischen Gutachter wird allerdings deutlich, dass noch nicht einmal der überzeugend geführte Nachweis, wie viel die „Protokolle“ der Schrift Jolys verdanken, die antisemitische Paranoia widerlegen können. So räumte ein Gutachter zwar das Plagiat ein, argumentierte freilich weiter, dass damit ja nichts über die Wahrheit der Behauptung jüdischer Machenschaften ausgesagt sei.

Eine genaue Überprüfung der Frage, ob und wie dieses Machwerk auf russische Pogromhetzer beziehungsweise auf Hitlers Überzeugungen gewirkt habe, kann zu keiner anderen Antwort kommen, als dass sich dieser Einfluss nicht belegen lässt. Das zeigt der in Chicago forschende Historiker Richard S. Levy in seinem Beitrag. Ein neuer Blick auf die Quellen zeige, dass die „Protokolle“ weder bei den Judenpogromen im zaristischen Russland beziehungsweise während des Bürgerkrieges noch im Prozess der Diskriminierung und Ermordung der europäischen Juden eine wesentliche Rolle spielten. Zwar finden sich dünne Anmerkungen zu den „Protokollen“ in „Mein Kampf“, zwar haben zwei Zeitzeugen, der in die USA emigrierte Hermann Rauschning sowie einer der ersten Biographen Hitlers, Konrad Heiden das behauptet, indes: Das mündliche Zeugnis Rauschnings ist nicht überprüfbar, während bei Heiden auffällt, dass er in einer ersten Schrift dazu gar nichts ausführte, um später – wahrscheinlich

angesichts von Rauschnings Berichten – den Einfluss der „Protokolle“ schwerwiegender einstuft.

Der neue Blick auf die „Protokolle“ ist wesentlich von den Impulsen einer diskurstheoretisch verfahrenen Literatur- und Texttheorie bestimmt, die den Grund ihrer Attraktivität und ihres Erfolgs gerade in seiner Vieldeutigkeit, Diffusität und Geheimniskrämerei sieht: „Vielleicht liegt darin“ – so Eva Horn – „ein bizarrer und ziemlich schrecklicher Kern des modernen Hasses auf die Juden: dass man sich in einem Raum der reinen Projektion, der völlig offenen, referenzlosen Phantasmatik bewegen kann, einer Phantasmatik, die nicht mal mehr der bösen Bilder oder der expliziten Verleumdung bedarf. Sie bewegt sich bequem in der leeren Luft der puren Behauptung, unbeweisbar, unbelehrbar und damit auch unwiderlegbar“ (S. 25).

Die Folgerung freilich, die Horn, Hagemeister und ihre Mitstreiter aus ihren Untersuchungen ziehen, ist mehr als nur provokativ. Kommen sie doch zu keinem anderen Schluss, als dass die ‚Entlarver‘, Gelehrte wie Hannah Arendt oder Norman Cohn, selbst am Mythos des Pamphlets mitgewirkt und gerade damit seinen bis heute wirkenden Einfluss verstärkt hätten.

Frankfurt a. M.

Micha Brumlik

## Transnationale deutsch-jüdische Geschichte

*Brinkmann, Tobias*: Migration und Transnationalität, 192 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2012.

Tobias Brinkmanns Studie „Migration und Transnationalität“ beschäftigt sich nicht etwa, wie es der Titel vermuten lässt, generell mit diesen beiden Phänomenen, sondern als Teil der Reihe „Perspektiven deutsch-jüdischer Geschichte“ mit Migration und Transnationalität als grundlegenden Aspekten der historischen Erfahrung von Juden im deutschen Sprachraum seit dem 18. Jahrhundert. Diese thematische Fokussierung auf ein ganz konkretes historisches Feld wird dem Leser erst auf den zweiten Blick, beispielsweise bei der Lektüre des Inhaltsverzeichnisses oder der Einleitung, deutlich. Der Titel lässt keine Rückschlüsse auf das eigentliche Thema zu. Die Reihe, die in sieben Bänden einen umfassenden Überblick über die historische Erfahrung der Juden im Deutschen

Sprachraum seit dem 18. Jahrhundert gibt, stellt zwar eine konkrete inhaltliche Klammer dar, tritt aber auf dem Buchumschlag und im Inneren des Buches nur äußerst zurückhaltend in Erscheinung. Diese, möglicherweise gestalterischen Gründen geschuldete, Lücke zwischen Titel und Inhalt des Buches, ist aber auch der einzige Kritikpunkt, der zu diesem äußerst gelungenen Text geäußert werden kann.

Die Studie erläutert die komplexen Migrationsprozesse, die politischen Verflechtungen und die kulturellen Entwicklungen ‚deutscher Juden‘ anhand von drei Säulen. Zunächst nimmt Brinkmann quantitative Einordnungen in größere sozialhistorische Kontexte vor. In einem zweiten Schritt verdeutlicht er die historische Erfahrung anhand von individuellen Biographien oder konkreten historischen Ereignissen. Drittens nutzt der Autor literarische Zeugnisse, um Sachverhalte oder Zeitströmungen zu vergegenwärtigen.

Brinkmann legt sein Narrativ ganz bewusst jenseits der Grenzen von Nation und Staat an, die seit dem 19. Jahrhundert in der Geschichtsschreibung prägend waren. Er führt zunächst die Entstehung einer transnationalen jüdischen Sphäre ein, wobei er diese Sphäre aus den Migrationsprozessen des frühen 19. Jahrhunderts herleitet. Die transnationale Beziehungsgeschichte macht der Autor in dieser Phase konkret greifbar, indem er die vielschichtige Bedeutung des Begriffs *German Jews* erläutert. Dieser bezog sich eben nicht auf die Herkunft aus dem deutschen Nationalstaat, sondern wurde Ende des 19. Jahrhunderts vor allem ein Synonym für wirtschaftlichen Erfolg und weitgehende Assimilation. Bereits in dieser Phase ist der ‚deutsche Jude‘ in Amerika der Gegenbegriff zum rückständigen und in der Tradition verhafteten ‚Ostjuden‘. Unter der Überschrift „Deutsche und andere Juden“ gelingt es Brinkmann, ein historisches Narrativ zu präsentieren, das für alle Juden Gültigkeit hat, deren Vorfahren oder Nachkommen bei ihren Migrationsprozessen jemals in die Nähe Mitteleuropas gekommen sind. Damit beschreibt er vor allem die Migration von Juden aus dem Russischen Reich nach 1881, die das Deutsche Reich vor allem als Transitland kennenlernten (oder, wie Brinkmann eindrücklich schildert, eben nur die Desinfektionsstationen an seinen Bahnhöfen und seinen Häfen). Abermals wird deutlich, dass das Konzept der deutschen Juden auch in Deutschland über die Abgrenzung vom Topos des ‚Ostjuden‘ funktioniert. Brinkmanns transnationale Geschichte der deutschen Juden ist also



auch eine Geschichte der osteuropäischen Juden und ihrer Migration, die sie meist gar nicht nach Deutschland führt. Umso bemerkenswerter ist die wechselseitige Verwiesenheit dieser beiden Pole jüdischer Kultur in der Moderne.

Die zweite Gruppe von Akteuren, nach den jüdischen Migranten, sind die transnationalen Institutionen wie der Hilfsverein der Deutschen Juden oder die Zionistische Vereinigung für Deutschland. Dieser Erzählstrang streift eine Vielzahl jüdischer transnationaler Institutionen, bis hin zur *Claims Conference* oder zu wissenschaftlichen Institutionen wie dem *Leo-Baeck-Institute*.

Der Erste Weltkrieg markiert in Brinkmanns Narrativ eine tiefe Zäsur, weil die transnationalen Institutionen in die kriegerischen Konflikte zwischen den Nationalstaaten geraten und den Hilfsorganisationen gerade in den Momenten der größten Not die Hände gebunden sind. Außerdem markiert das Jahr 1918 den Siegeszug des nationalstaatlichen Prinzips im östlichen Europa und stürzt die Judenheiten des östlichen Europas, die per se transnational verfasst sind (eine „imperiale Bevölkerung“, wie Dan Diner sie genannt hat), in eine tiefe Krise. Diese Probleme bedingen auch die permanente Krise der Weimarer Republik und deshalb wirft Brinkmanns transnationale Studie auch einen so bezeichnenden Blick auf Deutschland zwischen 1918 und 1933. Die nächste Zäsur setzt Brinkmann bei der sogenannten ‚Machtergreifung‘ der Nationalsozialisten im Januar 1933 an. Er beschreibt die Konsequenzen des nationalsozialistischen Unrechtsregimes und seine transnationalen Konsequenzen. Dem Autor gelingt es, die jüdische Katastrophe nicht auf Deutschland zu begrenzen und die Flucht aus Deutschland nicht an seinen Grenzen enden zu lassen. Im Gegenteil findet Brinkmann immer wieder individuelle Beispiele, die Fluchtwege nachvollziehbar machen, oder zeigen, wie mancher Zufluchtsort durch den Kriegsverlauf zur Falle werden konnte. Zudem schildert er das Scheitern der westlichen Staaten, jüdische Flüchtlinge aus den Krisengebieten aufzunehmen und die Hilflosigkeit der jüdischen Institutionen. Brinkmann weitet den Blick auch auf die Juden in den von Deutschland besetzten Gebieten Europas oder in den mit Deutschland verbündeten Staaten aus.

In dem Kapitel zur Nachkriegszeit beschreibt Brinkmann die Schicksale der unterschiedlichen DP's, ihre Motive für die Weiterwanderung oder für das Verbleiben in Deutschland. Außerdem schildert er die internationalen

Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in ihren Konsequenzen für Juden in Deutschland und in anderen Ländern, wie beispielsweise in den USA, in der Sowjetunion oder in Israel. Die Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel zieht er auch als Erklärung heran, wenn es um Begriff und Realität der jüdischen ‚Kontingentflüchtlinge‘ aus der ehemaligen Sowjetunion geht.

Brinkmanns Studie ist ein flüssig geschriebener und gut strukturierter Beitrag zur Debatte über transnationale Geschichtsschreibung, der sich nicht mit theoretischen Fragen aufhält, sondern am Beispiel der deutschen Juden eine Geschichte erzählt, die weit über die üblichen Grenzen, sei es deutscher oder sei es auch deutsch-jüdischer Geschichte hinausgreift. Das ergibt ein sehr gut lesbares Buch, das nicht nur umfassend über die transnationale deutsch-jüdische Geschichte informiert, sondern darüber hinaus ein gutes Beispiel dafür ist, was den Mehrwert transnationaler Geschichtsschreibung ausmacht.

Bonn

Anke Hilbrenner

### Einwanderung aus Sicht der Außenpolitik

*Gabaccia, Donna R.*: Foreign Relations. American Immigration in Global Perspective, 296 S., Princeton UP, Princeton, NJ 2012.

Donna Gabaccia ist so etwas wie die Doyenne der US-amerikanischen Einwanderungs- und Geschlechtergeschichte. Unvergessen sind ihre zahlreichen wichtigen Beiträge zur Geschichte italienischer Einwandererinnen, wie „From Sicily to Elizabeth Street. Housing and Social Change among Italian Immigrants, 1880–1930“ (1984), „Seeking Common Ground. Multidisciplinary Studies of Immigrant Women in the United States“ (1992) oder jüngst „Intimacy and Italian Migration. Gender and Domestic Lives in a Mobile World“ (2011). Wenn eine so ausgewiesene *Gender Historian* sich dann plötzlich mit Außenpolitik beschäftigt, wird man hellhörig. Ihr neuestes Buch muss denn auch als Gegengift zu der weit verbreiteten Tendenz verstanden werden, US-amerikanische Immigrationsgeschichte vor allem aus der Perspektive der Innenpolitik zu betrachten. Gabaccia versucht, die Entwicklung amerikanischer Einwanderung innerhalb des Kontextes der internationalen Beziehungen zu verorten. Dieser Versuch gelingt ihr überzeu-

gend. Ihr Buch reiht sich damit in die rasch anwachsende Liste von Veröffentlichungen ein, die Geschichte aus transnationaler Perspektive betreiben.

Ihr Hauptargument kann folgendermaßen zusammengefasst werden: Die Außenbeziehungen der Einwanderinnen und Einwanderer ‚von unten‘ überschneiden sich mit den sich zunehmend globalisierenden Außenbeziehungen derjenigen Nationen, aus denen sie stammten, mit den USA. Dies ist wichtig für ein Verständnis der Sozial- und Kulturgeschichte der Einwanderergruppen, aber auch zur Erklärung der Misserfolge und Erfolge nationaler Einwanderungspolitiken. Dabei stellt die Verfasserin den Mythos des *American Exceptionalism* in Frage, indem sie zeigt, wie kongruent die US-amerikanische Immigration sich zu globale Migrationschüben verhielt. Verbindungen zwischen Immigration und dem Ausbau eines Imperiums, zwischen Immigration, wirtschaftlichen Überlegungen und geopolitischen Strategemen werden auf diese Weise erhellt. Damit wird auch deutlich, wie der amerikanische Führungsanspruch in einer globalen Welt mit xenophoben und eugenisch argumentierenden Beschränkungen der Einwanderung gut zu vereinbaren war.

Das Buch ist im Wesentlichen chronologisch gegliedert. Das erste Kapitel zur amerikanischen Einwanderung vor 1850 („Isolated or Independent? American Immigration before 1850“) deckt auch die Kolonialzeit und die Geschichte der Frühen Republik ab. Das folgende Kapitel „Empire and the Discovery of Immigrant Foreign Relations, 1850–1924“ beschäftigt sich entlang der bekannten Periodisierung der Einwanderung mit der Errichtung des Imperiums und den Einwanderungsbeschränkungen der 1920er Jahre. Das dritte Kapitel thematisiert unter der Überschrift „Immigration and Restriction: Protection in a Dangerous World, 1850–1965“ die vielfältigen Versuche, Einwanderung einzuschränken beziehungsweise zu liberalisieren. Das vierte und letzte Kapitel hat die Geschichte der Einwanderung in einer sich globalisierenden Welt zum Thema (Immigration and Globalization, 1965 to the Present). Eine konzise Konklusion fasst die Ergebnisse zusammen und rundet die Darstellung ab, indem Gabaccia Vorschläge für die Reform der Einwanderungspolitik macht. Unter anderem schlägt sie vor, diese durch einen parteipolitisch neutralen Einwanderungsrat bestimmen zu lassen, sicherlich ein gut gemeinter Vorschlag, der aber aus verfassungsrechtlichen Erwägungen schon keine Chance auf Verwirklichung hat.

Die stärksten Passagen des Buchs betreffen die Engführung der amerikanischen Einwanderungspolitik im Zusammenhang mit amerikanischen Handelsinteressen. Hier etablierte sich rasch die Praxis, dass amerikanische Schiffe nach der Entladung der für Europa bestimmten Waren und vor der Rückkehr nach Nordamerika mit Produkten beladen wurden, die für Einwanderinnen und Einwanderer bestimmt waren. Ein anderes gutes Beispiel ist der Sklavenhandel, wenn man bereit ist, afrikanischen Sklavinnen und Sklaven im weiteren Sinne als (unfreiwillige) Emigranten zu sehen. Die Akteure dabei waren nicht nur der Staat und die Träger des Handels, sondern Migranten bestimmten mit, indem sie wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen in der Diaspora aufrechterhielten. Ein weiteres Forte des Buchs ist die *agency* der Migranten, die auf die amerikanische Außenpolitik einzuwirken wussten, egal ob es um die irischen oder die chinesischen Zuwanderer ging.

Gabaccias Buch ist gut geschrieben. Analyse und anschauliche Beispiele wechseln häufig. Ein kleiner Kritikpunkt: Anders als Gabaccia denkt, war Alfred Stieglitz' Fotografie *Steerage* (1907) eigentlich unmissverständlich eine fotografische Quelle zur Remigration und nicht zur Immigration. Es war immer klar, dass es sich bei den abgebildeten Menschen um Remigranten von New York nach Bremen an Bord des Dampfers „Kaiser Wilhelm II“ handelte. Stieglitz selbst hat das mehrfach betont. Die Tatsache, dass Erstsemester das manchmal nicht zu wissen scheinen, ist kein Beweis für Gebrauch des Bildes *out of context*. Diese Kleinigkeit jedoch kann nicht von der Tatsache ablenken, dass es sich bei diesem Buch um einen höchst gelungen und wichtigen Beitrag zur Geschichte der Auswanderung handelt. Donna Gabaccia hat ihren *magic touch* nicht verloren.

Köln

Norbert Finsch

## Politik der Architektur

*Bartetzky, Arnold: Nation – Staat – Stadt. Architektur, Denkmalpflege und visuelle Geschichtskultur vom 19. bis zum 21. Jahrhundert, 276 S., Böhlau, Köln u. a. 2012.*

Im neunten Band der von Stefan Troebst herausgegebenen Reihe „Visuelle Geschichtskultur“ versammelt Arnold Bartetzky, Kunsthistoriker am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Ge-

schichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) der Universität Leipzig, verschiedene, im Laufe der vergangenen Dekade entstandene Texte. Neben wissenschaftlichen Beiträgen finden sich in dem Buch auch vom Autor leicht geänderte, ursprünglich für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und die „Neue Zürcher Zeitung“ verfasste Zeitungsartikel.

Mit seinem Band positioniert sich Bartetzky in den Diskursen über den gesellschaftlichen Umgang mit ‚ungeliebten‘ Bauten der sozialistischen Ara und über die zahlreichen (Teil)Rekonstruktionen, indem er nach der politischen Motivationen für derlei Handlungen fragt. Zudem untersucht der Autor die Bedeutung visueller Mittel bei der Ausbildung neuen Nationalbewusstseins in vornehmlich osteuropäischen Staaten.

Das Werk ist in drei übergeordnete Abschnitte gegliedert: Im ersten Teil, „Zerstörung, Wiederaufbau, Architektur im Dienst der Geschichtsinzenierung“, versammelt der Autor sechs Aufsätze zu verschiedenen Aspekten des Themenkomplexes „Rekonstruktion“. Wesentlich sei dabei „[d]er Wunsch nach Überwindung einer Demütigung und auch nach nationaler Selbstbehauptung“, der in Osteuropa „eines der zentralen Argumentationsmuster für die Rekonstruktion“ und Grund für „ihre besondere Popularität“ sei (S. 21). Außerdem behandelt Bartetzky den unterschiedlichen Umgang mit den vom Zweiten Weltkrieg zerstörten Städten in der Bundesrepublik einerseits und in der DDR sowie Polen andererseits. Während in Ersterer zwar aus „ethischen Gründen“ (S.90) ein Bruch mit der Tradition gefordert, in der Praxis mit dieser Forderung jedoch weitgehend pragmatisch und von Stadt zu Stadt unterschiedlich vorgegangen worden sei, herrschten in der DDR und Polen eine zentralistische Städtebaupolitik und ein „verordnete[r] Import stalinistischer Leitbilder des Städtebaus aus der Sowjetunion“ (S. 92). Der Verfasser kommt zu dem bemerkenswerten Schluss, dass trotz aller rhetorischen Abgrenzung voneinander der Wiederaufbau in Ost wie West in sehr schematischen Formen erfolgt sei und so zu erstaunlichen Ähnlichkeiten im Ergebnis geführt habe (S. 107f.).

Im zweiten Teil, „Staat und Nation in Bild und Bau“, beschäftigt sich der Autor mit der Frage, wie sich Staaten bildlich-visuell selbst darstellen. Dabei reichen seine Beispiele vom sogenannten Volkspalast in Bukarest bis zu den Archivalien des „Wende Museums“ in Los Angeles. Besonderes Augenmerk richtet Bartetzky auf die Symbolik auf tschechoslowakischen

(später dann tschechischen) sowie polnischen Banknoten. Für ihn spiegeln die gewählten Motive auch ein bestimmtes staatliches Selbstverständnis wider, da sie sich häufig auf aktuelle politische Paradigmen beziehen. Gleichzeitig macht der Autor in beiden Fällen eine große ikonographische Kontinuität über unterschiedliche politische Systeme hinweg aus. Im Falle der tschechoslowakischen Banknoten kommt er zu dem Schluss: „[D]ie Ikonographie der Banknoten [kann] nicht ohne eine Verankerung in der Tradition auskommen [...] – wenn sie denn auf gesellschaftliche Akzeptanz nicht verzichten will“ (S. 177).

Der dritte Abschnitt schließlich trägt den Titel „Postsozialistische Stadt, Postkonfliktstadt“ und versammelt beinahe ein Dutzend Beiträge in vorwiegend essayistischer Form. Von Nowa Huta in Polen, über Tallinn, Belfast und das georgische Signagi, bis hin zu den Megastädten Chinas sowie der denkmalpflegerischen Praxis in Kuba wird ein breites Panorama an Beispielen aktueller Stadtentwicklung aufgefächert. Das Kapitel mit dem Titel „Die postsozialistische Stadt als Bild- und Konflikttraum“ bildet den übergeordneten Auftakt für die dann folgenden Beispiele; hier macht der Autor charakteristische Entwicklungen der postsozialistischen Stadt als Typus aus. Zu den wichtigsten gehören der Sturz kommunistischer und das Aufstellen neuer Denkmäler; die Vorherrschaft von Kommerzbauten und großformatiger Reklame im Stadtraum, die eine westliche und moderne Gesellschaft symbolisieren; sowie die forcierte Rekonstruktion vorsozialistischer Bauten bei gleichzeitiger Überformung oder Demolierung der sozialistischen gebauten Umwelt.

Leider beziehen sich die nachfolgenden Essays allzu selten auf diese Thesen, was auf eine grundlegende Problematik des Buches hinweist: Die disparate Zusammenstellung unterschiedlicher Beispiele und Textgattungen. Das führt zu einer teilweise unbefriedigenden Oberflächlichkeit der Darstellung, zum Fehlen eines stringenten roten Fadens sowie zu einigen Redundanzen. Allerdings räumt der Verfasser dies selbst in der Einleitung ein und rechtfertigt seine Entscheidung für diese Struktur vor allem damit, auch für eine „fachfremde Leserschaft halbwegs verständlich [...] und anschaulich“ (S. 13) schreiben zu wollen. Es bleibt dennoch die Frage, ob auf diese Weise nicht beide möglichen Zielgruppen – interessierte Laien genauso wie das Fachpublikum – unzureichend bedient werden, zumal Letzteres eine theoretische Fundierung und übergeordnete methodische Erläute-

rungen zum sinnvollen Zusammenbinden des Bandes vermissen dürfte.

Positiv anzumerken sind dagegen Bartetzky's gut lesbare Stil und die vielen Illustrationen, die seine Argumentation stützen und veranschaulichen. Die in den wissenschaftlichen Beiträgen klar formulierten Thesen – etwa zu den parallelen Entwicklungen beim Wiederaufbau in Ost wie West oder zum Stellenwert nationalen Selbstbewusstseins in der Debatte über Rekonstruktion – werden außerdem die fachliche Diskussion bereichern können.

Darmstadt

Andrea Perthen

## Medienkonsum im Spiegel der Generationen

Maase, *Kaspar*: Die Kinder der Massenkultur. Kontroversen um Schmutz und Schund seit dem Kaiserreich, 424 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2012.

Der Tübinger Kulturwissenschaftler Kaspar Maase hat eine Mediengeschichte der besonderen Art vorgelegt. Mit vielen aktuellen Bezügen interpretiert er den Kampf der Pädagogen, Fürsorgerinnen und der staatlichen Behörden gegen vermeintliche Schmutzfilme und Schundliteratur als Auseinandersetzung zwischen den Generationen um neue Medien. Den Begriff „Schund“ versteht er dabei nicht als ein klar umrissenes Feld mit eindeutiger Definition, sondern als eine extrem brüchige und wertende Konstruktion.

Die Darstellung ist inhaltlich in zwei größere Teile gegliedert. Im ersten Hauptteil, „Weichenstellungen für das zwanzigste Jahrhundert“, wird die Geschichte des sogenannten Schundkampfes vom Kaiserreich bis zum Ende des Ersten Weltkriegs beschrieben, Objekte des von Maase untersuchten Schundkampfes waren in erster Linie massenhaft hergestellte Fortsetzungs- und Kolportageromane, insbesondere Groschenhefte, sowie die ersten Kinofilme, die auf ein Massenpublikum zielten. Der Autor unterteilt den Schundkampf in ‚positive‘ und ‚negative‘ Maßnahmen. Maase betont, dass es den Schundkämpfern, vor allem Volksschullehrern und Fürsorgerinnen, eben nicht nur um Zensur und Kontrolle gegangen sei, sondern auch um Volkserziehung und Volksbildung. Maase stellt deshalb den sogenannten positiven Schundkampf, wie die Erarbeitung von Emp-

fehlungen und das Bemühen, ‚wertvolle‘ Populärliteratur zu produzieren, in den Vordergrund. Dieser Ansatz ist neu, da er die repressiven Aspekte nicht überbetont, sondern ebenso den volkspädagogischen Charakter des Unternehmens herausstellt. Insofern zieht Maase die Quellen der Schmutzkämpfer selbst heran, wie etwa Umfragen, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel. Konkret habe der Schundkampf der Wilhelminer vor allem qualitativ gewirkt, kaum quantitativ. Der Druck habe aber schon zu strengerer Selbstkontrolle der Produzenten geführt. Im weiteren Verlauf zeigt der Autor, dass Vertretern öffentlicher Instanzen erst zum Ende des Ersten Weltkriegs tatsächlich deutlich wurde, dass der „auf die Massen zugeschnittene Spielfilm nicht notwendig Volksverderber sei, sondern auch als unvergleichlicher Volkserzieher der Kriegs- und Bevölkerungspolitik dienen könne“ (S. 238). Kurz gesagt, im Ersten Weltkrieg zeigte sich erstmals das propagandistische Potential der sogenannten Schundmedien.

Im zweiten Teil der Darstellung, den der Autor „Soziales Theater“ nennt, setzt er die Akteure und die Praktiken des Schundkampfes in einen umfassenden sozialen Kontext und beschreibt ihre symbolischen Botschaften. Die mit schichten-, geschlechts- und altersbezogenen Stereotypen aufgeladen waren. Wie aktuell dieser Befund ist, zeigt heute noch der Begriff des ‚Unterschichtenfernsehens‘. Maase möchte zunächst deutlich machen, dass ein Umgang mit populärer Massenkultur unumgänglich ist und immer eine Wertung enthält. „Nichtstun bedeutet in diesem Feld ebenso Regulation wie Verbieten oder Zensieren“ (S. 16). Allerdings bleibt die Argumentation nicht durchgehend stringenter, während Maase am Beginn des Buches noch verstehend argumentiert, wirkt der Schundkampf am Ende der Untersuchung doch vor allem als mangelnde Aufgeschlossenheit der älteren Generation gegenüber der jüngeren. So vertritt Maase am Schluss die These, dass Schundkämpfe immer die Angst der erwachsenen Generation vor der Kompetenz und der Überlegenheit der Jüngeren im Umgang mit neuen Medien symbolisieren. Vielleicht liegt die mangelnde argumentative Stringenz an der Gliederung, die nicht ganz überzeugt, denn im zweiten Hauptteil kommt es zu Redundanzen. Diese Schwächen trüben aber die Stärken der Darstellung kaum, denn Maase hält uns mit seiner Analyse einen „fernen Spiegel“ vor. Und daraus bezieht das Buch seine Faszination.

Die ältere Generation schreibe jeweils „ein Phantasma einer Bedrohung“ (S. 337) fort, das

bis ins 21. Jahrhundert fortlebe. Zudem hätten die Älteren Sorge, dass der ungefilterte und unregulierte Kontakt mit der Welt der Erwachsenen die Kinder verrohe und verderbe. Scheinen uns die Objekte des Schundkampfes auch aus heutiger Sicht unverständlich (niemand würde heute behaupten, dass Buffalo Bill-Groschenhefte ernsthafte Schädigungen bewirken), so kehren die alten Argumente und Ängste in der Diskussion um die sogenannten neuen Medien doch ständig wieder. Dass die Kinder ‚verdorben‘ werden und in einer Welt leben, die sich der Kontrolle der Erwachsenen entzieht, ist schließlich bis heute ein entscheidendes Argument gegen die *digital borns* und ihre sozialen Netzwerke.

Die Arbeit ist spannend und bietet viele aktuelle Bezüge. Es ist ein sehr lesenswertes Buch – nicht nur für Eltern und Pädagogen, die sich um den Medienkonsum ihrer Kinder sorgen.

Frankfurt a. M.

Silke Fehleemann

### Vielschichtige Zusammenhänge

*Haupt, Heinz-Gerhard:* Gewalt und Politik im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts, 118 S., Wallstein, Göttingen 2012.

Die Zusammenhänge zwischen Gewalt und Politik sind vielschichtig und komplex. Das anzuzeigende Buch nähert sich der Thematik vermittlels der Frage, ob kollektive Gewaltaktionen politische Kommunikation unterbinden oder in ihren Formen und Ergebnissen Teil der politischen Diskussion werden. Der Verfasser konzentriert sich dabei auf Formen ziviler Gewalt in innergesellschaftlichen Zusammenhängen – die Phänomene Krieg und auch Bürgerkrieg bleiben außen vor.

Nach einem *tour d'horizon* durch verschiedene Definitionen und Dimensionen des Gewaltbegriffs befasst sich der Verfasser in zwei Hauptteilen mit Legitimationen des staatlichen Gewaltmonopols und -einsatzes und der Rechtfertigung von politischer Gegen- und Veränderungsgewalt. Die dabei angeführten Beispiele stützen sich auf mannigfaltige Vorarbeiten der jüngeren Gewaltforschung im Allgemeinen und des Bielefelder Sonderforschungsbereichs 584 „Das Politische als Kommunikations-

raum in der Geschichte“ im Speziellen. Wenn auch die Auswahlkriterien nicht explizit gemacht werden, dem Verfasser wenige chronologische Schnitzer unterlaufen – die Attentate der Carbonari werden „zu Beginn des 20. Jahrhunderts“ verortet (S. 73) und die *narodnaia volia* im Jahre 1906 (S. 74) – und, dem essayhaften Format des Bandes geschuldet, einige Forschungsergebnisse zu stark verkürzt wiedergegeben werden, gelingt es dem Verfasser doch, die wesentlichen Dimensionen seiner Thematik anschaulich auszuloten.

Dabei zeigt sich, wie im letzten Hauptkapitel ausgeführt wird, dass die Beantwortung der Ausgangsfrage konstellationsabhängig ist und Gewalttaten kollektiver Akteure demzufolge den politischen Rahmen erweitern oder verengen, öffentlich und politisch verpuffen oder den Kommunikationsprozess blockieren können. Dieser nicht weiter theoretisierte Befund führt den Verfasser zur, wie er selbst sagt, „relativ optimistischen“ (S. 103) These, dass Gewalt Teil der politischen Diskussion und kontroversen Beurteilung wird. Die daraus im Ausblick abgeleitete Revision der Kershawschen Periodisierung der Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts in eine gewalttätige erste und eine weniger gewaltsame zweite Jahrhunderthälfte – durch Hinweise auf die Bedeutsamkeit der 60er und 70er Jahre und die kontroversen Diskussionen über Gewaltanwendung in den drei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg sowie in der Zwischenkriegszeit – fällt allerdings einigermaßen flach aus und lässt den Leser ratlos zurück.

Insgesamt zeigt das Buch, das sich mit seiner Ablehnung linearer Entwicklungsvorstellungen im Mainstream der jüngeren Gewaltforschung bewegt, interessante Perspektiven auf, aufgrund des essayhaften Charakters gebricht es ihm aber mitunter an Kontextualisierung und Detailgenauigkeit der Fallbeispiele und erweckt den Eindruck einer gewissen Beliebigkeit der Auswahl. Zudem bleiben, wie der Verfasser selber eingesteht, diktatorische und autoritäre Regime des 20. Jahrhunderts weitgehend ausgespart. Eine umfassende Analyse des Zusammenhangs zwischen Gewalt und politischer Kommunikation in der europäischen Moderne bleibt also immer noch zu schreiben, könnte aber von den Haupt'schen Überlegungen zweifellos profitieren.

Bangor

Christian Koller

## Meinungsstarkes Buch

*Reichel, Peter: Glanz und Elend deutscher Selbstdarstellung. Nationalsymbole in Reich und Republik, 381 S., Wallstein, Göttingen 2012.*

Reichel erzählt anhand von Nationalsymbolen deutsche Geschichte in den letzten zwei Jahrhunderten. Er stellt diese Symbole in den Zusammenhang geschichtlicher Ereignisse, aus denen sie hervorgegangen sind, zeigt, welche Hoffnungen und Ängste sich mit ihnen verbunden haben, warum heftig um sie gestritten wurde, wie sie im Laufe der Zeit immer wieder umgedeutet und neu mit Sinn erfüllt oder aus der kollektiven Erinnerung ausgeschieden wurden, um auf der „Symbolmüllhalde“ (S. 211) zu landen. Das ist vorzüglich, denn so wird deutlich, dass nationale Symbole nur verstanden werden können, wenn sie in politische Prozesse eingeordnet werden. Mitunter neigt Reichel allerdings dazu, Symbolen eine eigenständige Handlungskraft zuzuschreiben: Er denkt beispielsweise darüber nach, wie die deutsche Geschichte wohl verlaufen wäre, wenn das eine oder andere Symbol sich durchgesetzt oder einen anderen Sinn erhalten hätte.

Reichel schreibt in der Einleitung zwar, er werde sich auf den „Kernbereich der Staatsymbolik, die Farben, Hymnen und Feiertage“ (S. 13) konzentrieren, doch die sechs Kapitel sind umfassender angelegt: Paulskirche und Reichstag als „Geburtshäuser der Nation“ (S. 15), die Nationalhymnen und Lieder, die mit ihnen konkurrierten, der Kampf um die nationalen Farben und um nationale Feiertage, das Totengedenken und schließlich das Brandenburger Tor. In allen Kapiteln, die jeweils chronologisch angelegt sind, steht der politische Streit um die Symbolhoheit im Mittelpunkt. Und stets bezieht Reichel Stellung, indem er erläutert, welche Entscheidung er für angemessen ansieht und welche nicht. So wirbt er für den 9. November – „Dieser Tag bietet mit seinen vielen historischen Bezügen für einen deutschen Nationalfeiertag ein großes Repertoire an Erzählungen und Erklärungen“ (S. 214) – und spricht sich gegen den emotionsarmen 3. Oktober aus. Der Verfasser sieht die heutige Reichstagskuppel aus einer „Parlamentsposse“ (S. 63) hervorgehen und spricht sich für einen Entwurf aus, der im Unterschied zu dem, was gebaut wurde, „ein reflektiertes Verständnis von parlamentarischer Demokratie erkennen“ (S. 63) lasse; er beklagt, dass dem Reichstag ein „Bild des nationalen Parlaments von sich selbst“ (S. 65)

fehle. Auch das Holocaust-Mahnmal in Berlin verwirft Reichel. Es sei „weitgehend entbehrlich“ (S. 283), denn die „stadtteilbezogenen Gedenkstätten für die Judenverfolgung“ hätten „Berlin längst zu einer ‚Hauptstadt der Erinnerung‘ gemacht (S. 279). Für ihn ist die dortige ‚Topographie des Terrors‘ ‚der nationale Gedächtnisort der Bundesrepublik Deutschland schlechthin [...] und das insofern wichtigste nationale Symbol der nachtotalitären Geschichte – und nicht etwa die Neue Wache, das Holocaust-Mahnmal, die Gedenkstätte Deutscher Widerstand oder das Deutsche Historische Museum“ (S. 287). Der ‚Topographie des Terrors‘ stellt der Autor Willy Brandts Warschauer Kniefall zur Seite – „ein ephemeres Denkmal“ (S. 290) und ein „wahrhaftiges Nationaldokument“, denn eine „minutenflüchtige, öffentliche und doch intime, ja, feierliche Geste ist zum mutmaßlich dauerhaftesten und bedeutsamsten Zeichen der Erinnerung an die Ermordung der europäischen Juden durch Deutsche geworden“ (S. 295).

Ein meinungsstarkes Buch also, zugleich dicht gefüllt mit Informationen, erhellenden Zitate und einprägsamen, nicht selten suggestiven Wortprägungen. Zudem macht es das, worüber erzählt wird, mit einer Vielzahl von Abbildungen anschaulich. Insofern bietet dieses Werk eine lesenswerte Gesamtdarstellung. Allerdings bleibt es auf die nationalstaatliche Ebene begrenzt. Was dabei unbeachtet bleibt, sei an einem Beispiel erläutert.

An der Berliner Siegestsäule und dem Völkerschlachtdenkmal bei Leipzig zeigt Reichel zwar die politischen Debatten, die um sie geführt wurden und er verfolgt die Umdeutungen, die sie erfuhren. Doch er nutzt diese Baudenkmäler nicht dazu, die föderative Grundlinie deutscher Vorstellungen von Nation aufscheinen zu lassen und die Entmythologisierung des Jahres 1813 durch die neuere Forschung in seine Darstellung einzubeziehen. Die Dramatik des Umdeutens symbolhafter Ereignisse würde aber erst recht deutlich, wenn man die Chiffre 1813 als einen Kampf um die nationalgeschichtliche Deutungshoheit sichtbar machte, der schon während des Ereignisses einsetzte und sich dann bis in die jüngste Zeit fortsetzte. Mit der „Einweihungsparty“ (S. 228) für das Völkerschlachtdenkmal 1913 – nicht immer glückt die Suche nach eingängigen Formulierungen – begann nicht eine „Zeit der Peinlichkeit und Verlogenheit“ (S. 229), sondern sie markiert einen Höhepunkt in dem fortlaufenden Deutungskampf. Und dieser war lange Zeit föderativ ge-

prägt. Die einzelnen deutschen Staaten verfügten mindestens bis zum Ersten Weltkrieg über eine eigene Symbolwelt. Auch sie war national, aber nicht nationalstaatlich. Beide nationalen Konzepte und ihre Symbole konkurrierten miteinander und ergänzten sich. Nicht „Preußen hat aus Deutschland eine Reichsnation gemacht“ (S. 334), sondern die föderative Reichsnation, die weit in das Alte Reich zurückreicht, nahm im 19. Jahrhundert eine neue Gestalt an und erhielt auch danach immer wieder neue Bedeutungen. Dieser Blick auf die deutsche Geschichte fehlt in Reichels Buch gänzlich.

Tübingen

Dieter Langewiesche

### Umfangreiche Einführung

*Günay, Cengiz: Geschichte der Türkei.* Von den Anfängen der Moderne bis heute, 387 S., Böhlau, Wien u. a. 2012.

Cengiz Günays „Geschichte der Türkei“ bietet Studierenden und allgemein interessierten Lesern einen sehr wertvollen Leitfaden für die wichtigsten politischen, soziologischen und kulturellen Entwicklungen in der Türkei seit der späteren Phase der osmanischen Geschichte. Die verwendete Methode, chronologische Aspekte mit thematischen zu verschränken, belebt pädagogisch den sonst sehr akademischen Text.

Eine der Hauptthesen des Autors lautet, dass die meisten Veränderungen im Land seit über einem Jahrhundert nie wirklich von der Bevölkerung getragen worden sind, da im Werdegang der Türkei die zentrale Rolle in der osmanischen Spätzeit der verwestlichten Istanbuler Elite und danach der Ankaraer kemalistischen Führung zukam. Günay kontrastiert diese Entwicklung mit der regen Politisierung breiter Volksschichten in Frankreich oder in Großbritannien. Der Ton des Autors suggeriert, dass die Verwestlichung als idealisierter und einziger Weg in die Moderne gilt. Der türkische Laizismus hingegen, der im Gegensatz zu der französischen *laïcité* die Religion nicht nur aus der politischen Sphäre vertreibt, sondern den hanefischen sunnitischen Islam zu türkisieren und zu kontrollieren versucht, ist nie von der Mehrheit der ländlichen Bevölkerung gebilligt worden.

Günays Buch spricht außerdem Klartext, was die autoritären Züge der Entwicklung in der späten osmanischen Zeit, aber auch in der heu-

tigen Republik anbelangt. Mehrmals werden die Kontinuitäten der Regierungsmethoden – trotz anders lautender Propaganda mancher heutiger Politiker – mit dem absolutistischen Sultanat, dem Komitee Einheit und Fortschritt und der kemalistischen Republik unterstrichen.

Die ersten Jahrzehnte der Republik veränderten das Aussehen des Landes. Die durchgeführten Reformen waren symbolischer Natur und haben vor allem die Formen des menschlichen Umgangs verändert (Bekleidungsnormen, soziale Beziehungen zwischen Männern und Frauen oder Sichtbarkeit des Islam). Die Reformen und der damit einhergehende Umbruch wurden der Gesellschaft jedoch aufgezwungen. Die Menschen hatten kaum die Möglichkeit, sich dazu zu positionieren. Folglich ist es nicht überraschend, dass im Zuge der Demokratisierung auch moralisch konservativ gesinnte Milieus an die Regierung kamen und ihre ganz eigenen Formen der Moderne einführten. Dieser sehr individuelle demokratische Wandel geschah jedoch nicht unbedingt immer im Sinne Kemal Atatürks. Die Unbeliebtheit des Regimes, die 1946 den Politikern auf einmal befremdlich bewusst wurde (S. 187), und die Etablierung des politischen Islam in neueren Zeiten (S. 285f.) kommen als Folge dieser Veränderungen zum Vorschein.

Obwohl der Autor sachlich und mit Verweis auf weiterführende wissenschaftliche Arbeiten argumentiert, können manche Sätze über Nicht-Muslime leicht seltsam klingen. Günay tut sich schwer, wenn es um den armenischen Völkermord angeht, den Genozid-Spezialisten nicht anzweifeln. Der Begriff Genozid wird von Günay als „kontroversiell“ (S. 113) abqualifiziert, Armenier werden fast der osmanischen „Vernichtungspolitik“ (S. 113) beschuldigt (im Gegensatz dazu Hamit Bozarslans Ausführungen zu diesem Thema in seiner „Histoire de la Turquie“ von 2013). Differenzierter ist die Darstellung des Bevölkerungsaustausches (S. 134) zwischen Griechenland und der noch zu begründenden Republik der Türkei. Auch das längere Kapitel über die prekäre Lage der „Minderheiten“ im republikanischen Rahmen kann überzeugen (S. 135ff.). Die von Günay aufgeführten Details über die im Jahre 1942 eingeführte Kapitalsteuer sind leider korrekt. Nicht-Türken – oder eher Nicht-Muslime (*gayrimüslim*), da der Begriff „Türk“ ohne religiöse Konsonanz empirisch kaum existiert – werden stets als potentiell gefährliche Fremdkörper betrachtet, die im besten Falle geduldet werden, aber nicht gleichberechtigt zu integrieren sind (S. 138).

Eine ausführliche und mehrsprachige Bibliographie, vor allem zu den Hauptthesen des Buches, rundet das Buch ab: Die zitierten internationalen Autoren gehören den Hauptströmungen der türkischen Studien an, auch Autoren griechischer Abstammung werden zitiert (Texte auf Französisch sind hingegen unterrepräsentiert). Ein praktisches, umfangreiches Register am Ende des Buches erleichtert dem Leser zudem den Zugang zu schwierigen Sachkomplexen, zu örtlichen Situationen oder zum Werk bestimmter historischer Persönlichkeiten. Der Band ist zweifelsohne der beste in diesem handlichen Format, der heutzutage auf Deutsch vorliegt.

Chatou

Hervé Georgelin

### **Russische Raumflexionen zwischen Determination und Konstruktion**

*Schlögel, Karl (Hrsg.): Mastering Russian Spaces. Raum und Raumbewältigung als Probleme der russischen Geschichte, 314 S., Oldenbourg, München 2011.*

Die Rede von der ‚Weite‘ des russischen Raumes ist ein Klischee, das sich als roter Faden durch die Selbst- wie auch die Fremdbeobachtung Russland seit dem 19. Jahrhundert zieht; darin ist der Topos jenem der ‚russischen Seele‘ nicht unähnlich. Wie der Band „Mastering Russian Spaces“ – Ergebnis eines Kolloquiums des Historischen Kollegs aus dem Jahr 2006 – aber demonstriert, sind Raumphänomene in der russischen Geschichte nicht nur von materiell-physischen Faktoren, sondern ebenso sehr von Prozessen der Imagination und Konstruktion geprägt. Räumlichkeit ist dementsprechend, wie theoretische und empirische Ansätze der letzten Jahre erwiesen haben, ein vieldimensionales Problem, dem eine einzelne Disziplin kaum gerecht werden kann; für Russland mag dies in besonderem Ausmaß zutreffen. Der Band unternimmt den Versuch, diesem vielschichtigen Phänomenen aus transdisziplinärer – also literatur-, geschichts- und filmwissenschaftlicher – Perspektive auf die Spur zu kommen.

Karl Schlögel, Vorreiter des *spatial turn* in den deutschen Geschichtswissenschaften und Herausgeber des Bandes, bietet einleitend einen substantiellen Überblick über die Behandlung von Raum und Raumbewältigung im wissenschaftlichen und philosophischen Diskurs.

Bereits hier deutet sich die Diversität der darauffolgenden Beiträge an: Der russische Raum wird gleichermaßen als physisches und metaphorisches Phänomen untersucht, als gleichzeitig determinierendes „geographisches Faktum“ (S. 1) und analytisches Werkzeug jenseits des Naturraumes. Raum wird, so die wiederkehrende These, nicht nur bewältigt, sondern fortlaufend erzeugt, konstruiert und imaginiert.

Ein zentrales Verdienst des Bandes liegt darin, hier den zeitlichen Untersuchungsrahmen zu öffnen und nicht nur epochenspezifisch vorzugehen, sondern eine – freilich an konkreten Einzelfallstudien verfahrenende – Entwicklungslinie von Raumkonzeptionen und -konstruktionen vom 19. ins 20. Jahrhundert herzustellen. So wird deutlich, dass Raumbewältigung nicht allein im Zarenreich eine imperiale Schlüsselleistung darstellt, wie sie Frithjof Benjamin Schenk in seinem Beitrag zu einer „Sozial- und Kulturgeschichte der russischen Eisenbahn“ vermisst, und wie sie im Aufsatz der Literaturwissenschaftlerin Susi Frank zur ambivalenten Figur des Wanderns im 19. Jahrhundert evident wird. Ebenso ist die frühe und spätere Sowjetunion gekennzeichnet von der zentralen Rolle von Infrastrukturen und so produzierten Raum- und Lebenswelten: Vertreten sind für diese Epoche des 20. Jahrhunderts vor allem Beiträge zu sowjetischen Mikroräumen wie den Regimen von sozialer Kontrolle und Überwachung in Wohnrealen der Chruschtschow-Ära – eindrucksvoll dargestellt von Susanne Reid – und der Schneise, die der stalinistische Terror in die soziale Landschaft eines Hauses der Moskauer Uferstraße schlug und die Wladislaw Hedeler anhand detaillierter biographischer Analysen beschreibt.

Wäre im Rahmen des Sammelbandes die Frage nach den Raumkonfiguration auch für das postsowjetische Russland gestellt worden, so hätte der komparative Blick freilich noch an Schärfe gewinnen können. Dies gilt umso mehr, als auch in den Beiträgen zu sowjetischen Raumkonstruktionen vorhandene Aktualisierungspotentiale kaum ausgeschöpft werden: Christian Novaks Beitrag über den Kurort Sot-schi als sowjetische Heterotopie verpasst es, durch Berücksichtigung der jüngeren Entwicklungen der nun olympischen Stadt, die einen Steinwurf von Südossetien und Abchasien entfernt liegt, die ambivalente Spatialität des Putin-Russlands anzudeuten; Klaus Gestwas erhellende Überlegungen zu infrastrukturellen Großprojekten in der Sowjetunion zwischen „Er-schöpfung und Erschließung“ lassen die fortge-



setzte Attraktivität solcher „Weißen Elefanten“ (Dirk van Laak) im Russland des 21. Jahrhunderts weitgehend unbeachtet. Auch ideengeschichtliche Kontinuitäten der Raumreflexion bis in die russische Gegenwart werden nicht aufgezeigt: Mark Bassin, Geograph und prominenter Protagonist der raumtheoretischen Erforschung Russlands seit den 1990er Jahren, legt mit „Eurasian Visions of Russian Nationhood in Space“ einen konzisen Aufsatz zu Raum- und Nationskonzeptionen der Bewegung der Eurasianisten und insbesondere Nikolaj Trubetzkos und Lew Gumiljows vor, ohne die Reanimation und den politischen Einfluss dieser Bewegung seit den 1990er Jahren miteinzubeziehen.

Diese fehlenden Aktualisierungen lassen sich den Texten als historischen Studien kaum vorwerfen, hätten den Band aber für ein wissenschaftliches Publikum jenseits der historischen Disziplin besonders attraktiv gemacht. Gelegentliche Lektoratsversäumnisse und die Tatsache, dass einige Aufsätze noch merklich am Forschungsstand des Tagungszeitpunktes orientiert sind, tun aber dem Beitrag des Bandes insgesamt keinen Abbruch: Gerade dann, wenn es um die Rolle der fraglos singulären physischen Räumlichkeit Russlands in der Erzeugung sozialer und ideologischer Gefüge geht, gelingt der Versuch, die Ebene von geographischer und konstruierter Spatialität zu verknüpfen – eine Leistung, die nicht nur für die Russlandforschung von weiterhin eminentem Interesse ist.

Berlin

Eva Marlene Hausteiner

### Erinnerung an das Napoleonische Zeitalter

*Peters, Lars: Romances of War. Die Erinnerung an die Revolutions- und Napoleonischen Kriege in Großbritannien und Irland 1815–1945, Schöningh, Paderborn u. a. 2012.*

Lars Peters widmet sich in seiner Studie, die als Dissertation an der TU Berlin entstand, der literarischen Erinnerung an die Revolutions- und Napoleonischen Kriege in Großbritannien und Irland zwischen 1815 und 1945. Obwohl seit den 1980er Jahren zahlreiche Arbeiten zur Nationsbildung in Großbritannien entstanden sind, wurde die Erinnerung an das Napoleonische Zeitalter bisher nicht umfassend untersucht. Für Großbritannien und Irland im 19. und frühen 20.

Jahrhundert ist dies besonders interessant, da aufgrund der weltumspannenden Aktivitäten die Darstellung der Geschichte dazu beitragen musste, Menschen unterschiedlichster Voraussetzungen unter dem Dach einer Nation zu vereinen. Peters verfolgt in seiner Untersuchung dabei die folgenden Leitfragen: Trug die Erinnerung im 19. Jahrhundert zur Überwindung der Gegensätze innerhalb der britischen Nation bei? Erfolgte die Ausprägung eines britischen Nationalbegriffs vor allem anhand der Abgrenzung gegenüber Frankreich? War die Integration von Schottland und Irland in das Vereinigte Königreich erfolgreich?

In der Studie untersucht Peters dazu einen Quellenkorpus von 534 Romanen, darunter sowohl zeitgenössische Bestseller als auch verdrängte Erinnerungsformen, die gegen die Meistererzählungen weniger stark rezipierte Gegendertexte setzten. Andere Quellengattungen wie Gemälde, historiographische Werke und Autobiographien werden in die Untersuchung mit einbezogen. Der Großteil der Romane richtete sich an die Mittel- und Oberschichten. Die unteren Schichten der britischen Klassengesellschaft wurden nur bei sieben der 534 Romane direkt adressiert.

Methodisch wählt Peters durch die Verbindung von Verlags-/Buchhandelsgeschichte und Literatur-/Historiographiegeschichte einen doppelten Zugang, der auch den Aufbau der Arbeit prägt. Im ersten Teil beschreibt Peters die Konjunkturen der Romanproduktion, die Entstehungskontexte sowie die handelnden Akteure. In dem zweiten, deutlich umfangreicheren Teil untersucht Peters die vier Erinnerungsräume See, Iberische Halbinsel, England und Irland. Hier wird die Romanproduktion thematisch analysiert und anhand einzelner Fallbeispiele literaturgeschichtlich eingeordnet.

Im ersten Teil, der durch Schaubilder zum Verlauf der Romanproduktion angereichert ist, schließt Peters an neuere Ergebnisse der Buchhandelsgeschichte an. Er kann nachweisen, wie groß der Einfluss von Verlegern und Buchhändlern auf die Romanproduktion und damit auf die Erzeugung von Erinnerungsräumen war. Vor allem der Buchhändler Charles Mudie erreichte mit seinen *Circulating Libraries* zwischen den 1850er und 1880er Jahren quasi eine Monopolstellung und konnte durch gezielte Auswahl der Romane den Geschmack der Mittel- und Oberschichten nachhaltig beeinflussen. Die Konjunkturen der Erinnerung folgen dabei einem deutlichen Muster. Nach einer konstanten Produktion von Erinnerungsliteratur nach 1815

ist ein leichter Rückgang ab den 1850er Jahren infolge der Hungersnot in Irland und des Krimkrieges feststellbar. In der Phase bis in die 1850er Jahre hatten die Autoren die Kriege noch selbst erlebt. Schwerpunkte bildeten die Militär- und Seeromane. Nach einem Übergangszeitraum setzte zwischen 1890 und 1914 die Hochphase der Produktion ein. In der Zeit um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert boomten die historischen Romane insgesamt, wovon auch die Erinnerung an die Revolutions- und Napoleonischen Kriege profitierte. Die ehemals überwiegend dreibändigen Romane wurden kürzer und populärer und eigneten sich nun auch für eine leichtere Lektüre. In der Zeit zwischen den Weltkriegen nahm das Interesse jedoch an der Thematik deutlich und langfristig ab.

Geographische Schwerpunkte der Erinnerung waren für Irland die irische Heimat selbst sowie der Krieg gegen Napoleon auf der Iberischen Halbinsel, für England und Schottland neben den Britischen Inseln Kontinentaleuropa sowie außereuropäische Länder und Übersee. Insbesondere für die Schotten trug die Erinnerung an den Krieg in Spanien zur Integration in eine britische Nation bei. Auch die Zwangsrekrutierung von Matrosen, das sogenannte *Im-pressment*, wurde im Erinnerungsraum ‚Heimat England‘ trotz des gewaltsam beschriebenen Vorgehens überwiegend positiv als notwendige Unterstützung für die *Royal Navy* erinnert.

Für den Zeitraum zwischen 1865 und 1885, der zwischen den beiden Hochphasen der Romanproduktion liegt, beschreibt Peters den Übergang von der kommunikativen zur kulturellen Erinnerung. Die Erzählungen in den Romanen wurden gemäßiger, die grausamen Erinnerungen der Zeitzeugen-Generation zurückgedrängt und den Meistererzählungen widersprechende Gegendarstellungen ausgeblendet. Peters beschreibt diesen „beschönigenden Realismus“ (S. 112) als Indiz für die Verdrängung der negativen Erfahrungen der Kriege. Ein frühes Beispiel dafür sind die Romane von Frederick Marryat. Während der erste Roman „Frank Mildmay“ von 1829 sich stark an den eigenen Erlebnissen orientierte, zeichnete der zweite Roman „Midshipmen Easy“ von 1836 ein idealisiertes Bild der *Royal Navy* und erreichte damit ein deutlich breiteres Lesepublikum.

Die Erinnerung an die Revolutions- und Napoleonischen Kriege trug zur Verschiebung des nationalen Selbstbildes in Großbritannien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bei. Feststellbar ist dabei eine zunehmende Militarisie-

rung des Vokabulars, das über die Lektüre der Romane Eingang in die Alltagssprache fand. Die Hauptpersonen in den Romanen, die sich – dem Erzählschema des Bildungsromans folgend – zu vorbildlichen Mitgliedern der britischen Gesellschaft entwickeln, folgten den Werten Arbeit, Entbehrung, Religiosität und moralische Integrität mit einem schleichenden Übergang „von der gentlemaliness hin zur manliness“ (S. 95). Der Ruhm der *Royal Navy* und der Armee wurde über die Aufwertung des Militärischen fest im kollektiven Gedächtnis der britischen Nation verankert.

Trugen die Romane somit zur Entstehung einer britischen Nation im 19. Jahrhundert bei? Die Antwort muss – wie Lars Peters überzeugend darlegt – differenziert ausfallen. Die Entstehung einer britischen Identität erfolgte nicht – wie lange angenommen – vorrangig anhand der Abgrenzung gegenüber Frankreich. Insbesondere die Bewertung Napoleons blieb ambivalent zwischen Bewunderung angesichts der militärischen Leistungen und Ablehnung aufgrund des französischen Despotismus. Wichtiger als die Abgrenzung scheint die positive Erinnerung an die englischen Heldentaten in den Kriegen gewesen zu sein. Innerhalb der britischen und irischen Erinnerung blieb eine eigenständige schottische und irische Identität bestehen – wobei die Situation in Wales in die Untersuchung nicht einging. Während das 19. Jahrhundert jedoch zu einer Schlüsselzeit für die Integration Schottlands wurde, gelang die Konsolidierung der Nation in Irland nicht. Die fehlende irische Meistererzählung zeigt sich daran, dass auch innerhalb Irlands die Erinnerung an die Revolutions- und Napoleonischen Kriege höchst unterschiedlich ausfiel – zwischen englandtreuen Loyalisten, Protestanten, Republikanern und Katholiken.

Die präzise gearbeitete und gut lesbare Studie von Lars Peters öffnet die Diskussion hin zu einer europäischen Erinnerungskultur an diese wichtige Umbruchphase. Das innovative Zusammenspiel von quantifizierenden Ansätzen der Buchhandelsgeschichte und einer literaturwissenschaftlich geprägten Gattungsgeschichte gelingt, auch wenn der Leser sich in dem zweiten Teil eine stärkere Einbeziehung der Entstehungskontexte sowie der Rezeptionsgeschichte gewünscht hätte. Mit der Fülle des Materials wird ein breites und interessantes Panorama der englischen, schottischen und irischen Erinnerungskultur aufgespannt und wichtige Hinweise zur Entstehung einer in der Erinnerung geeinten britischen Nation gegeben. Perspekti-

visch öffnet Peters den Raum zu einer europäischen Erinnerung an die Revolutions- und Napoleonischen Kriege, die in der neuen Schöningh-Reihe „Die Revolutions- und Napoleonischen Kriege in der europäischen Erinnerung“ fortgesetzt werden soll.

Heidelberg

Martin Nissen

### **Binationale Militärgeschichte**

*Echternkamp, Jörg/Martens, Stefan (Hrsg.): Militär in Deutschland und Frankreich 1870–2010. Vergleich, Verflechtung und Wahrnehmung zwischen Konflikt und Kooperation, 201 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2012.*

Seit 2002 gibt es fruchtbare Treffen zum Vergleich deutscher und französischer Militärgeschichte; in diesem Sammelband werden zwei Tagungen von 2008 und 2009 dokumentiert. Die bisherigen Ergebnisse wie wohl auch die nachfolgender Tagungen wurden in Frankreich publiziert. Zusammengehalten wird dieser Band mit zwölf Beiträgen vor allem von den ersten drei Studien, die das Thema Vergleich und Verflechtung wirklich ernst nehmen. Die Herausgeber Echternkamp und Martens entwickeln in einem klugen einleitenden Essay die Möglichkeiten eines solchen Vorgehens, umreißen gar ein innovatives Forschungsfeld: Der Vergleich ist traditioneller Weise gut bekannt. Er könne jedoch – so die Herausgeber – durch das Einbeziehen unterschiedlicher ‚Militärkulturen‘ an Breite gewinnen. Dem synchronen Vergleich zweier Gesellschaften sollte gegenüber dem diachronen Vergleich innerhalb einer Gesellschaft den Vorzug gegeben werden, zumal wenn auf gemeinsame Dritte Bezug genommen werde. Methodisch Innovatives liefere dazu die Verflechtungsgeschichte, die danach frage, „[w]elche Aneignungsprozesse [...] es im Laufe des letzten Jahrhunderts in militärischer Hinsicht gegeben“ (S. 9) habe. Hier sei unter anderem an die wechselseitigen Besetzungen zu denken. Vor allem aber sollte das Konfliktpotenzial in den Blick genommen werden, das zwischen Selbst- und Fremddeutung entstehen kann. Denn die Fremddarstellung gehe in Selbstdarstellungen bis zu einem gewissen Grade mit ein; ebenso habe ein Beziehungsgeflecht mit der Transnationalisierung von Normen zu tun, die ihrerseits wieder in einem transnationalen Bezugsrahmen entwickelt werden können.

Ein Beispiel für einen synchronen Vergleich liefert Wencke Meteling, wenn sie im Anschluss an ihre Dissertation *Regimentsideologien in Deutschland und Frankreich über ein halbes Jahrhundert zwischen 1870 und 1920* vergleicht. Dabei geht sie von der für britische Verhältnisse einschlägigen Forschung aus. Sie thematisiert zunächst die Konstruktionsbedingungen der beiden Ideologien und setzt diese in einem nächsten Schritt mit der Kriegspraxis in den jeweiligen Ländern in Beziehung. Der von ihr exemplarisch vorgestellte deutsche Fuselier Heine, der sich im deutsch-französischen Krieg von 1870/71 im Tode Gedanken über den in seiner Hosentasche steckenden Schlüssel zum Offizierkoffer seines Hauptmanns macht, sei in Frankreich nicht vorstellbar. Heldenkataloge der Regimenter in beiden Staaten werden sowohl ‚von unten‘ wie ‚von oben‘ thematisiert. Diese änderten sich durch den Ersten Weltkrieg nachhaltig, wie die Autorin zeigen kann. Als ergiebig erweist sich auch der von Florence Gauzy-Krieger vorgeführte Vergleich der Diskussionen über Berufs- oder Wehrpflicht-Wehrsysteme in Deutschland und Frankreich in den 1990er Jahren. Vor dem Hintergrund sehr unterschiedlicher Traditionen hebt sie neben den Gemeinsamkeiten, die vor allem auf Professionalisierung abzielen, vor allem wichtige Unterschiede kenntnisreich heraus, die ganz besonders auf dem – relativen – Bruch der deutschen Tradition nach 1945 beruhen. Positiv hervorzuheben ist auch der Beitrag von Dieter H. Kollmer, der die Rüstungskooperation von BRD und Frankreich von den frühen 1950er Jahren an für zwei Jahrzehnte thematisiert. Er erkennt nur eine bedingte europäische Rüstungszusammenarbeit „zwischen Zahlungsbilanzüberschuss und Skalenerträgen“, arbeitet aber doch einige fruchtbare deutsch-französische Interaktionen heraus.

Die anderen Beiträge zur beiderseitigen Militärgeschichte fallen zumeist deutlich in Ansatz und Qualität ab. Sie umfassen oft nicht mehr als zehn Druckseiten, wurden also kaum über ein Vortragsmanuskript hinaus entwickelt und behandeln quellengestützt doch recht beliebige Themen: Zum Teil wird nur eine Seite – die deutsche oder französische – behandelt oder die Beiträge bemühen sich um ein paar Bemerkungen zur eigentlich erwünschten Vergleichbarkeit.

Es gibt drei nur deutsche Beiträge zum Thema „Helden“. Statt von einem diachronen Vergleich könnte man hier von einem Wandel des untersuchten Begriffs sprechen. Ein weiterer Beitrag, der von Christian Kehrt über das

Bild deutscher Militärpiloten in der Zwischenkriegszeit, wirkt in Hinblick auf das übergeordnete Thema des Sammelbandes ein wenig deplaziert. Über den widerständigen Offizier Wilm Hosenfeld wissen wir seit der vorzüglichen Publikation seiner Papiere viel; die Auswertung durch Thomas Vogel ergibt einen bemerkenswerten Wandel von dessen Bild des Helden. Thorsten Loch, hervorgetreten durch eine Dissertation zur Bundeswehrwerbung, stellt in einem weiten Forschungsprogramm einige Bild-dokumente zum deutschen Soldaten seit dem Ersten Weltkrieg vor: nicht überraschend, dass und wie sich dies wandelte. Solche *Research Assignments* pflegen sonst jedoch nicht gedruckt zu werden.

Von französischer Seite gibt es einen quellengesättigten Beitrag von Jean-Luc Leleu über die sich wandelnde Wahrnehmung der Waffen-SS bei den westlichen Kriegsgegnern. Claude d'Abrey-Epezy liefert einen Abriss über die Ergebnisse einer Befragung deutscher Kriegsgefangener in Frankreich nach 1945, verwendet aber nur eine einzige Quelle. Patrice Buffotot thematisiert die deutsche Bedrohungsperzeption bei französischen Diskussionen zur allgemeinen Wehrpflicht zwischen 1870 und 1970: In den breite Kenntnisse demonstrierenden Zitat-häufungen spielte der ‚Erbfeind‘ oder verwandte Vorstellungen eine sich signifikant wandelnde Rolle; die reiche deutsche Forschungsliteratur zum Thema wird hingegen nicht genannt. Einige weitere Beiträge brauchen nicht explizit genannt werden.

Der Band hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck. Fruchtbare Tagungen und deren Gespräche müssen nicht immer einen dauerhaften wissenschaftlichen Ertrag bringen. Viele Beiträge bleiben gegenüber den einleitend gesetzten Standards zurück. Natürlich kann man dies mit den dort postulierten und noch wenig umgesetzten Fragen begründen. Es drängt sich jedoch der Eindruck auf, dass sich die meisten Autor/innen nicht unbedingt in eine solche Richtung begeben wollten und dies auch getan hätten. Die zwei bis drei genannten einschlägigen und in manchem vorzüglichen Beiträge mit dem angemessenen Horizont der Methodik sind als Grundlage einer Publikation etwas zu wenig.

Köln

Jost Dülffer

## 19. JAHRHUNDERT

### Eine Frage der Ehre

*Aschmann, Birgit:* Preußens Ruhm und Deutschlands Ehre. Zum nationalen Ehrdiskurs im Vorfeld der preußisch-französischen Kriege des 19. Jahrhunderts, 548 S., Oldenbourg, München 2013.

Birgit Aschmann eröffnet eine innovative Perspektive auf die preußisch-französischen Kriege des 19. Jahrhunderts, indem sie systematisch untersucht, wie Diskurse über die ‚nationale Ehre‘ dazu beitrugen, dass sich die Regierungen von Preußen und Frankreich zwischen 1806 und 1870 dreimal entschieden, ihre Konflikte gewaltsam auszutragen. Die Analyse der Ehrendiskurse im Vorfeld der Kriegsentscheidungen von 1806, 1813 und 1870 bringt vor allem deswegen Forschungserträge, weil Aschmann die für die Fragestellung wichtigen Aspekte des potentiell schwer einzugrenzenden Diskursthemas ‚Ehre‘ herausarbeitet: Ehre sei ein „Scharnier zwischen Individuum und Gesellschaft“ (S. 9) – einerseits, weil Ehre sowohl auf die Einhaltung internalisierter Wertvorstellungen als auch auf äußere Anerkennung gerichtet sei und andererseits, weil sie sowohl Ausdruck von Emotionen als auch Grundlage einer speziellen Handlungslogik sei. Auf Grundlage dieser Annahmen wird der Zusammenhang zwischen der Ehre der Monarchen und der ‚Ehre der Nation‘ hinterfragt und abgewogen, ob auf die Ehre bezogene Argumente kalkuliert waren oder Überzeugungen und Gefühle ausdrückten.

Der Hauptteil umfasst drei Kapitel. „Der vergebliche Kampf um den ‚Klassenerhalt‘“ betitelt den Ehrendiskurs am preußischen Hof, der zur Kriegsentscheidung von 1806 führte. Aschmann zeigt, dass die Entscheidung, 1806 gegen das überlegene Frankreich mobilzumaachen, im Rahmen einer Logik der nationalen Ehre sinnvoll war. Friedrich Wilhelm III. wurde durch die Überzeugungsarbeit seiner Berater und durch die überlegene Erfahrungen in vorangegangenen Auseinandersetzungen mit Napoleon dazu bewegt, dieser Logik zu folgen.

Unter der Überschrift „Die Chance zum Wiederaufstieg“ analysiert Aschmann die preu-

bische Entscheidung, 1813 gegen Frankreich zu kämpfen. Von entscheidender Bedeutung sei nun zunächst das emanzipatorische Potential des Ehrdiskurses gewesen: Unter Berufung auf die eigene Ehre und die ‚Ehre der Nation‘, drängten preußische Politiker und Offiziere auf einen Krieg gegen Napoleon, noch bevor ihr König zu einer solchen Politik bereit war. Nach der Kriegsentscheidung sicherte sich Friedrich Wilhelm die Loyalität der deutsch-nationalen Bewegung und erhöhte die Opferbereitschaft seiner Untertanen, indem er aus taktischen Erwägungen „Ehre“ und „Freiheit“ als Leitbegriffe seiner Politik ausrief.

Das Kapitel „Die Machtfrage: Das deutsch-französische Duell 1870“ erzählt schließlich die Vorgeschichte des letzten untersuchten deutsch-französischen Krieges als Eskalation eines Ehrenkonflikts. Hier kommt Aschmann zu dem bemerkenswerten Ergebnis, dass Bismarck erst mit der Emser Depesche die Inszenierung eines Ehrenkonflikts kalkulierte und dabei einplante, dass die Öffentlichkeit die vermeintliche Beleidigung Wilhelms I. als Angriff auf die Ehre der deutschen Nation wahrnahm.

Bei den drei Kapiteln handelt es sich tatsächlich um „Einzelanalysen“ (S. 11), die jeweils eine Reihe von interessanten Einzelbefunden, aber noch keine durchgehende Argumentation in Hinblick auf übergeordnete Fragestellungen bieten. Jeder Teil untersucht zunächst den Kontext des politischen Ehrendiskurses und die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich, um danach den im Vorfeld der Kriegsentscheidung geführten Ehrendiskurs zu analysieren. Als Kontext werden dabei an prominenter Stelle das persönliche Umfeld und die ‚Soziogenese‘ der politischen Entscheidungsträger untersucht. Die auf die Untersuchung einzelner Akteure gestützte Argumentation trägt zum Wert des beigefügten Personenregisters bei.

In der Zusammenfassung legt Aschmann unter anderem überzeugend dar, wie ‚Ehre‘ die Gewaltbereitschaft von preußischen und französischen Politikern in den Konflikten der beiden Staaten während des 19. Jahrhunderts erhöhte und so maßgeblich zu den drei untersuchten Kriegsentscheidungen beitrug. Entscheidend für diese Wirkung waren gerade die Spannungen zwischen den Dimensionen, die Ehre ausbildete – als unvermittelter emotionaler Antrieb, als verinnerlichte und unumgängliche kulturelle Norm und schließlich als politisch kalkulierbares Legitimations- und Druckmittel.

Der Band kann kein Ersatz für ein Handbuch zur deutsch-französischen Geschichte des 19. Jahrhunderts sein. Allerdings führt die komprimierte Art, den ereignisgeschichtlichen Kontext des analysierten Diskurses zu erklären, zu einigen schwer verständlichen Stellen. Auch der sachliche Fehler, Napoleon Bonaparte an einer Stelle des Textes schon im Sommer 1803 als Kaiser zu bezeichnen (S. 78), rührt wohl von dem Versuch her, Ereignisgeschichte übermäßig komprimiert darzustellen.

An wenigen Stellen erschwert auch die sprachliche Gestaltung des Textes dem Leser das Verständnis. Passagen, in denen die Lebenswelt der Akteure durch die gehäufte Verwendung von soziologischen und psychologischen Fachbegriffen beschrieben wird, stehen in einem irritierenden Kontrast zu einfallsreichen, Alltagssprachlichen Metaphern, die an anderer Stelle herangezogen werden, um das Denken und Fühlen der Preußen des 19. Jahrhunderts verständlich zu machen.

Insgesamt stellt die Studie beachtliche Ergebnisse zur Bedeutung der Ehre in der Außenpolitik des 19. Jahrhunderts vor. Einzeluntersuchungen zu Entscheidungen der preußischen Regierung in dieser Zeit können hier wertvolle Impulse aufnehmen. Darüber hinaus ist die von Aschmann in der Studie vorgeführte Methode auch für weitere Untersuchungen belastbar. Nachdem gezielt das Gewalt fördernde Potential der Ehre herausgearbeitet wurde, wäre es beispielsweise vorstellbar, bei Aschmann am Rande vorkommende Grenzen der Kriegslegitimation durch Ehre und die durchaus vorhandenen Möglichkeiten zur Friedensstiftung im Ehrendiskurs zu untersuchen.

Aachen

Thomas Kirchner

### Foodways of the Belgian court

*De Vooght, Daniëlle*: *The King Invites. Performing Power at a Courtly Dining Table*, 285 S., Lang, Brüssel u. a. 2012.

This book investigates the foodways of the Belgian court under Leopold I and Leopold II, gauging the power of nineteenth-century monarchy through its symbolic actions at table. As in many published dissertations – and this is an (almost) unabridged edition of the author’s PhD – the book’s initial hundred pages are com-

posed of historiographical notes. These are useful, perhaps, to the graduate student writer, but probably too perfunctory for scholars in the field. The real meat comes in the book's second half, which examines the Belgian court's menus and guest lists. In a laudable effort to bridge the divide between history and social science, the author uses detailed data analysis, and Social Network Analysis in particular, to examine whether the court retained, or declined in, political influence in the nineteenth century.

Along with copious data sets and graphs, the book offers a feast of descriptions of dishes served at court, which became sleeker and more sophisticated (and more in line with Escoffier's style of preparation) by century's end. Some of the book's specialized findings will be of greater interest to food historians: the most distinguished meals were served on Sundays; the number of soups served at a meal signaled its level of exclusivity; and the king ate better meals than his staff. Other findings are more broadly suggestive: While the king continued to maintain an inner circle at court, the guest lists expanded to include bankers, judges, artists, and other commoners. On the whole, though, the court lost influence compared to its early modern counterpart. Only 10 percent of invitees met each other at more than one dinner per year, suggesting that the royal table did not serve as a place to uphold existing connections. Long-lasting networks of power were fostered outside of the royal dining room walls.

Although no longer the absolute center of society, the court remained a locus of sovereignty for the king, who tried to circumvent his status as constitutional figurehead by influencing political policy at table. While this is the book's main claim, it has some difficulty linking its statistical data to concrete political effects, and its conclusions often seem constructed to fit a *priori* assumptions. For example, when the Foreign Minister was invited to dinner, the book assumes the king wanted to influence foreign policy. When he was not invited, it assumes the king wanted to influence the minister in a more private setting. The king's desire to influence foreign policy is thus taken as given, but not proven. In similar fashion, the book notes that, based on the number of dinner invitations, the Foreign Minister played an enhanced role in the palace network in 1855 and 1871, and surmises that this was a result of Belgium's fraught

relations with France and Prussia. It does not, however, examine other international crises to see whether the Foreign Minister was also invited more frequently during those years. As a result, the link between diplomatic tensions and royal dinners remains plausible, but inconclusive. No doubt, this indeterminacy is a result of the book's source base, which is limited to menus and guest lists. Other types of sources might have given a more rounded picture. Menus say little, for instance, about how guests were treated as they sipped their soups and spooned their sorbets. A parallel with the German imperial court might be instructive here: by all accounts, Kaiser Wilhelm II was charming and accessible to his international dinner guests, while Germans often complained about his imperious attitude towards them at state dinners.

The book also neglects the important question of who actually brokered power through the dinner invitations – the king, the lord chamberlain's office, or the government? While it generally assumes that "the king invites," it offers no real description of the invitation process and only few references to the lord chamberlain's office and the strictures of court protocol. Nor does the book consider what role the court played as a diplomatic institution, describing, for instance, the marriage of Princess Louise as a matter of the king's "personal life" (p. 107). How much leeway did the king actually have, though, to organize royal meals in his favor? To what extent was he constrained by the bureaucratization of the royal office and its integration into state affairs? A good model, here, might be Margarete Jarchow's "Hofgeschenke" (1998), which studies diplomatic gifts given by the German imperial court under Wilhelm II. In Jarchow's account, the German emperor was forced to walk a balance between diplomatic requirements and personal preferences: He was not free to withhold gifts to his uncle, King Edward VII, at the proper occasions – to do so would have precipitated a diplomatic scandal – but he could manipulate the gifts' content to imply his displeasure with his English rival. In the case of Belgium, greater context about the multiple sources and experiences of power at court would likewise help to illuminate the vital link between symbolic action and political power.

Newark

Eva Giloi

## Die Rolle der Ökonomie bei der Nationsbildung

Hahn, Hans-Werner/Kreutzmann, Marko (Hrsg.): Der deutsche Zollverein. Ökonomie und Nation im 19. Jahrhundert, 309 S., Böhlau, Köln u. a. 2012.

Die Rolle der Ökonomie für die Entstehung der Nation ist das Oberthema des Tagungsbandes, der von Hans-Werner Hahn und Marko Kreutzmann herausgegeben wurde. Beklagen die Herausgeber in der Einleitung noch ein seit längerem abebbendes Interesse am Zollverein und seiner Entstehungsgeschichte, so lässt sich eine gewisse Aktualität des Themas im Rahmen der Debatten zur Eurokrise doch nicht von der Hand weisen: Stellt sich nicht auch für die Europäische Union die Frage, inwieweit ein in erster Linie aus ökonomischen Erwägungen gegründetes quasi-supranationales Gebilde zur Bildung einer europäischen Identität beitragen kann? Auch wenn gute Argumente eine Verneinung dieser Frage erlauben, lesen sich die einzelnen Beiträge mit dieser Frage im Hinterkopf doch mit gesteigertem Interesse.

In ihrer Einleitung weisen die Herausgeber außerdem darauf hin, dass die Idee der Nationsbildung als Resultat der Zollvereinsbildung möglicherweise ein Mythos ist und dass die präsentierte Forschung diesen aufklären will. Tatsächlich beschäftigt sich das Buch mehrfach mit der Geschichtsschreibung zum Zollverein und den Prozessen, die dessen heutige Wahrnehmung erklären, so etwa Thomas J. Hagens Beitrag zur zeitgenössischen Debatte in Österreich-Ungarn, der die „Zwangsläufigkeit“ (S. 256) der kleindeutschen Lösung als nachträgliche Konstruktion beschreibt.

Das Werk ist in vier Abschnitte eingeteilt. Der erste behandelt Aspekte der Entstehungsgeschichte, der zweite den zeitgenössischen Nationsdiskurs, der dritte die Rolle von Eliten und der vierte die Außenwahrnehmung des Zollvereins, wobei jedem Teil drei Beiträge zugeordnet wurden. Die Trenngenaueigkeit dieser Struktur mag nicht unmittelbar einleuchten, aber das sollte man von einem Tagungsband auch nicht unbedingt erwarten, der ja *ex post* aus vorhandenem Material zusammengestellt wird. Gerade wenn man sich mit einem schwer fassbaren Begriff wie der Nation und ihrer nachträglichen Konstruktion beschäftigt, ist es nicht immer einfach, einen roten Faden zu spinnen.

In diesem Fall leidet die Zusammenstellung wenn überhaupt daran, dass alle Beiträge sich

mehr oder weniger mit der Wahrnehmung des Zollvereins und dessen Rolle für die Nationsbildung beschäftigen. Schließlich weisen die Herausgeber in ihrem Vorwort selber darauf hin, dass es noch deutlich mehr zu erforschen gäbe, etwa eine Fortführung der Debatte um die tatsächliche Wirkung des Zollvereins für den wirtschaftlichen Wohlstand (S. 13) oder die Rolle des im Zuge der Zollvereinsgründung geschaffenen statistischen Materials (S. 28). Vor diesem Hintergrund (allerdings zugegebenermaßen nicht gemessen am Untertitel des Buches) erscheint die inhaltliche Auswahl des Bandes etwas einseitig. Gerade empirische Beiträge in der Art der Arbeiten von Rolf H. Dumke (1981) sind nicht enthalten.

Der Band löst dennoch die meisten seiner Versprechen ein. Dazu zählt etwa der im Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt „Die höheren Beamten des Deutschen Zollvereins“ entstandene Beitrag von Marko Kreutzmann sowie die weiteren Kapitel, die sich mit der Rolle der Parlamente befassen (Hans-Werner Hahn zur nationalen Verfassungsfrage und Henning Kästner zu den parlamentarischen Debatten Sachsen-Weimar-Eisenachs).

Die Beschäftigung mit den Zollvereinsbeamten stellt einen innovativen Zugang dar, der neue Ergebnisse verspricht. War die Funktionselite in der Lage, ein „gesamtgemeinschaftlich wachsendes Nationalbewusstsein“ (S. 225) zu erzeugen? Nach eingehender Diskussion erteilt Kreutzmann dieser Frage ein abschlägiges Urteil. Eher seien im Nachhinein einzelne Beamte wie Rudolph Delbrück zum Teil des nationalen Mythos geworden (S. 229). Mit Hinblick auf die eingangs erwähnte Parallele zur EU-Debatte bietet dieser Zugang möglicherweise auch eine Anwendung auf zeitgenössische Beamtenkreise.

Einen ähnlichen Zugang, nämlich über eine elitäre Schicht, wählt Rudolf Boch im zweiten Teil zum Nationsdiskurs, indem er die Interessenlage des rheinischen Wirtschaftsbürgertums im Vormärz darstellt. Dieses sah sich vor allem durch den Berliner ‚Beamtenabsolutismus‘ drangsaliiert, was einem Mehr an politischer Integration widersprach. Es wünschte sich aber nach dem Vorbild Englands auch die Schaffung eines nationalen Marktes inklusive Pressefreiheit und parlamentarischer Regierungsform.

Die „nationale Verfassungsfrage“ behandelt Hans-Werner Hahn im dritten Abschnitt vor allem unter dem Aspekt des Verhältnisses von Parlamenten und Regierungen. Eigentlich galt der Zollverein den Regierungen als attraktiv, um

den Einfluss der Parlamente durch die neue Einnahmequelle einzudämmen. Doch Hahn zeigt qualifizierende Aspekte dieses Arguments auf, denn das Eingehen einer Zollunion unterlag dem Steuerbewilligungsrecht der Parlamente (S. 155). Allerdings entledigten sich die Parlamente teilweise selbst dieser Einflussmöglichkeiten, indem sie ihren Regierungen Vollmachten gaben, das Steuerbewilligungsrecht berührende Beschlüsse selbständig umzusetzen (S. 159). Begründet wurde dies mit der komplexen Organisation des Zollvereins. Es wäre interessant, die sich aufdrängende Parallele zur aktuellen Frage der Entmachtung von nationalen Parlamenten in der Eurokrise weiter zu verfolgen.

Der vierte und letzte Teil zur Außenwahrnehmung ist leider etwas inhomogen geraten, aber dennoch aufschlussreich. Die Wahrnehmung des Zollvereins in Großbritannien, untersucht von Markus Mößlang, befasst sich noch am ehesten mit der zeitgenössischen Rezeption des Zollvereins im Ausland: Demzufolge attestierte die britische Öffentlichkeit dem Zollverein keine nationalpolitische Integrationskraft; in Deutschland wurde allerdings auch keine positive Rolle der britischen Außenwahrnehmung für die Nationsidee erwartet (S. 253).

Thomas J. Hagens Diskussion der Zollvereins-Wahrnehmung in Österreich-Ungarn geht über die Frage der Außenwahrnehmung hinaus, geht es hier doch auch um die Alternativen zur ‚kleindeutschen‘ Lösung, die im Nachhinein durch die (deutsche) Geschichtsschreibung marginalisiert worden seien. Diese nachträgliche Vernachlässigung der österreichischen Debatte sei auch trotz der in der Literatur zu findenden Infragestellung der nationsbildenden Wirkung des Zollvereins geschehen; es sei daraus kein echter Widerspruch zur These der Zwangsläufigkeit des Deutschen Reichs formuliert worden (S. 256). Dieses Kapitel enthält noch weitere lesenswerte Erläuterungen der ‚Mitteleuropapolitik‘ Österreich-Ungarns, das heißt dessen teilweise erfolgreichen Bestrebungen, einen mitteleuropäischen Wirtschaftsraum zu schaffen (S. 268). Hier zieht der Autor zum Schluss eine direkte Parallele zur Gründungsidee der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und grenzt insofern den Zollverein als Träger des Nationalstaatsgedankens von Europa in seinen verschiedenen Ausprägungen als supranationalem Gebilde ganz deutlich ab.

Das letzte Kapitel in diesem Teil beschäftigt sich mit dem Deutschen Bund, der im Zuge der Zollvereinsforschung vernachlässigt worden sei.

Obwohl es Jürgen Müller gelingt, diese These zu belegen, wird nicht klar, warum dieser Beitrag im Zusammenhang mit der Außenwahrnehmung gesehen werden soll. Die Erklärung ist im vollständigen Titel des vierten Abschnitts zu suchen: „Außenwahrnehmung, Konkurrenzen und Alternativen“. Es wäre besser gewesen, dieses Kapitel in den Abschnitt zur Entstehungsgeschichte einzuordnen und so inhaltliche Trennschärfe vor mengenmäßige Gleichmäßigkeit zu stellen.

Abschließend fällt eine positive Bewertung des Sammelbandes leicht. Trotz einigen wenigen strukturellen Ungereimtheiten vereint das Buch weiterführende und erhellende Beiträge zur aktuellen Zollvereinsforschung. Wer sich als Sozial- oder Wirtschaftshistoriker mit diesem Thema oder mit dem der deutschen Nationsbildung befasst, sollte den Band kaufen. Ob die Auseinandersetzung mit der Entstehung des Zollvereins Prognosen über die Entwicklung der Europäischen Union verbessert oder ob diese Frage überhaupt zulässig ist, darf indes getrost als Gedankenspielerie betrachtet werden.

Groningen

Martin Uebele

## 20. JAHRHUNDERT

### Gerichtetes Sehen in der Ökonomie

*Grimpe, Barbara*: Ökonomie sichtbar machen. Die Welt nationaler Schulden in Bildschirmgröße. Eine Ethnographie, Bielefeld 2010.

Barbara Grimpe untersucht in ihrer wissenssoziologisch inspirierten Dissertationsschrift die international verwendeten Softwareprogramme zur Darstellung von Staatsschulden. Anhand derer beschreibt sie die Mechanismen der Komplexitätsreduktion, der Sichtbarmachung und Glaubwürdigkeitszuschreibung ökonomischer ‚Tatsachen‘. Dabei werden im Schnittbereich von multinationalen Unternehmen im IT-Sektor, internationalen Organisationen wie dem *IWF*, nationalen Regierungen, Ratingagenturen sowie Noten- und Investmentbanken Funktionslogiken und Aushandlungsprozesse erkennbar. Infolge der Auswertung ihrer in Argentinien, Genf, Indonesien und Burkina Faso durchgeführten teilnehmenden Beobachtung, der von ihr geführten ethnographischen Interviews sowie der internen und öffentlich zugänglichen Publikationen der



beteiligten Institutionen kennzeichnet sie den kleinen Stamm der über die Welt verteilt, mit dieser Software vertrauten Experten als transnationale epistemische Gemeinschaft. Diese wird unter Zuhilfenahme des begrifflichen Instrumentariums der Laborstudien (Knorr-Cetina; Latour) analysiert. So zeichnet Barbara Grimpe das Bild einer Expertengruppe, die durch die Nachfrage nach ähnlichen Informationen und durch grundsätzlich ähnliche Interpretationsweisen gekennzeichnet ist. Da dies jedoch zahlreiche Konflikte und Machtasymmetrien nicht ausschließt, werden auch diese geschildert.

Damit ist die Arbeit an einem Ort angesiedelt, an dem sich Erkenntnisinteressen der Soziologie, der Ethnologie, der Wissens- und der Globalisierungsgeschichte überschneiden. Sie ist folglich durch die Spannung zwischen Mikrostudie und der Analyse von Makroprozessen geprägt. Barbara Grimpes Monographie verspricht dabei Erkenntnisse über die Ausprägung der Globalität vor Ort, über den Einfluss der nationalstaatlichen und internationalen Institutionen in der Globalisierung der Finanzströme, über die Transnationalisierung von Experten und Expertenwissen sowie Einblicke in Prozesse der gegenseitigen Beobachtung, der Lerneffekte über Nationalstaatsgrenzen hinweg. Durch die kulturwissenschaftliche Perspektive auf ökonomische Phänomene wird zudem Wirtschaft als generell hoch komplexes System erkennbar. Ein System, in dem auch für den geübten Rezipienten zahlreiche Informationen verständlich und vorstellbar gemacht werden müssen. Die hierbei Verwendung findenden Vereinfachungen wie zum Beispiel Graphen, Tabellen, Übersichten und solche einprägsamen Symbole, wie die tickende, für jeden im Internet zu betrachtende Schuldenuhr, als Gegenstand historischer Analyse zu etablieren, wird seit längerem gefordert (Tooze; Etemüller). Somit verheißt Barbara Grimpes ethnologisch-wissenschaftssoziologischer Ansatz, ein wichtiges Forschungsfeld auszuloten.

Ausgangspunkt der Beschreibung Grimpes ist die Feststellung, dass die Verwaltung von Staatsschulden alles andere als einfach ist. Denn die Selbst- und Fremdbeobachtung der aktuellen Verschuldungssituation eines Landes wird durch die große Anzahl der Kreditverträge und dem geringen Grad ihrer Standardisierung erschwert. Unterschiedliche Ausfall- und Währungsrisiken, Zinskonditionen, Laufzeiten und Fälligkeiten machen bereits eine Bestandsaufnahme, vor allem aber eine verlässliche Prognose zu einem schwierigen Unterfangen. Inter-

nationale Institutionen haben jedoch in Folge der internationalen Schuldenkrise der späten 1970er und frühen 1980er Jahre Software entwickelt, die die entsprechenden vergleichbaren Daten liefern soll – auch um Frühwarnsysteme zu ermöglichen und Staatsbankrotte zu vermeiden. Im Zentrum der Beschreibung Grimpes steht DMFAS, das Schuldenmanagementsystem der UNCTAD, welches von 82 Finanzinstitutionen in 66 Ländern verwendet wird. Ergänzend wurde die entsprechende Analyse-Software von Weltbank und IWF hinzugezogen. Barbara Grimpe zeigt, wie stark nationale Interessen Einfluss auf diese Medien haben; mit dem Ergebnis, dass eine einheitliche, für alle Institutionen gleich zu bedienende Software nicht existiert. Grimpes Analyse folgend handelt es sich bei der DMFAS vielmehr um ein dynamisches und nur teilweise standardisiertes System mit zahlreichen Updates, neuen Versionen und der Integration spezifischer Wünsche einzelner beteiligter Institutionen und Staaten. Unterschiedliche Handlungsspielräume der einzelnen Akteure werden durch ihre Beschreibung ebenso erkennbar, wie die vorherrschenden Zielkonflikte. Die uneinheitliche Deutung der statistischen Ergebnisse durch die global verstreuten Experten und deren Wunsch nach Anpassung an die eigenen lokalen Bedürfnisse treffen hier immer wieder auf deren Bestrebungen nach Standardisierung und Konsensbildung. Folglich schlussfolgert Barbara Grimpe, ihrem theoretischen Ausgangspunkt entsprechend, dass es sich bei den untersuchten Softwareprogrammen um Quasi-Objekte und skopische Systeme (Knorr-Cetina/Preda 2007) handle, also um komplexe Beobachtungsinstrumente, die dem Klassifizieren, Zentralisieren und Reflektieren dienen, dabei „ganz neue Situationen der ökonomischen Beobachtung“ (S. 25) erzeugen und somit nicht als neutrales Medium gelten können.

Zweifelsfrei gelingt es Barbara Grimpe mit ihrer Analyse, zahlreichen Theoriediskussionen neue Teilaspekte hinzuzufügen, insbesondere innerhalb der Laborstudien und der Techniksoziologie. Auch Grimpe selbst sieht das Verdienst ihrer Arbeit vor allem darin, die Theorie skopischer Systeme auf ein weiteres Themenfeld übertragen, sie gegenüber den techniksociologischen Theoriedebatten geöffnet sowie zahlreiche Theorieangebote leicht modifiziert zu haben. Sie zeigt, dass anhand eines spezifischen Untersuchungsobjekts, hier einer Software zur Analyse nationaler Schuldenportfolios, viele theoretische Ansätze und Debatten herangezogen

gen, kritisiert und weiterentwickelt werden können. Die einzelnen Theoriestränge mögen diese Anregungen aufnehmen, doch eine in sich schlüssige Analyse mit einem hierüber hinausreichenden Erkenntnisziel hätte zumindest die Erwartungen des Rezensenten eher erfüllt.

Zu bemängeln ist in der Umsetzung vor allem das enorme Ausmaß an sprachlichen und inhaltlichen Redundanzen sowie die exzessive Verwendung eines begrifflichen Instrumentariums, dessen analytischer Mehrwert von der Autorin nicht verdeutlicht wird. Das Buch liest sich über weite Strecken wie ein Software-Benutzerhandbuch; angereichert durch das Reden von „hochtechnologischer[r] Weltsituation“ (S. 216), „Weltentscheidungen“ (S. 217), „nationalisierte[r] Mensch-Maschine-Interaktion“ (S. 217), Software als „Quasi-Akteur mit einer eigenen techno-ökonomischen Physiologie“ (S. 229) in einem „komplexen sozioelektronischen Raum“ (S. 260) – um nur einige wenige Beispiele herauszugreifen. Dieser Eindruck wird durch die ständige zum Teil im Wortlaut gleiche Wiederholung der wenigen analytischen Passagen eher noch verstärkt. Eine dezidierte Darstellung der Funktionsweise der Software und ihrer Nutzungsmöglichkeiten, die Beschreibung der notwendigen technologischen Ausstattung, der „Umgebungstechnologien“ (S. 208), des „Kaleidoskopwissens“ (S. 202) der Experten und der Interaktionszusammenhänge zwischen Experten nationaler und internationaler Organisationen ist sicherlich das Verdienst dieser Arbeit. Bedauerlicherweise wird dabei nicht immer deutlich, welchem Zweck diese reine Beschreibung im Rahmen der Analyse letztlich dient. Dem aufmerksamen Leser wird zudem kaum entgehen, dass zahlreiche Analyseergebnisse nur postuliert statt nachvollziehbar aus dem Quellenmaterial heraus erarbeitet wurden. Insgesamt handelt es sich um eine theorieübersättigte, inhaltlich im Kern bescheidene Untersuchung mit erheblicher Diskrepanz zwischen analytischem Aufwand und Erkenntnisgewinn, die eher einem bunten Potpourri aus Sekundärliteraturbezügeln gleicht.

Nichtsdestotrotz verweist Barbara Grimpe auf ein bislang kaum berücksichtigtes, lohnenswertes Forschungsfeld. Den Prozessen des Erlernens eines gerichteten Sehens (Fleck) in der Ökonomie und deren Konsequenzen sollte tatsächlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Barbara Grimpes Untersuchung bestätigt so etwa, dass Nationalökonomien ebenso wie Nationen komplexe Konstruktionsleistungen sind; Konstruktionen, deren Konstruktcharakter

auch in der Finanzökonomie oftmals nicht mehr nachvollziehbar ist; die dann aber als quasinatürliche Analyseeinheiten erscheinen und die Sicht (nicht nur der Experten) auf die Welt und auf ökonomische Transaktionen prägen. Diese Modi der Beobachtung beeinflussen die Wahrnehmung von komplexen Problemlagen sowie die Problemformulierung und -vermittlung entscheidend. Barbara Grimpe verweist zu Recht darauf, dass die hierbei verwendete Software von bislang kaum berücksichtigter zentraler Bedeutung ist. Sich diesem Wechselspiel zuzuwenden, ist ohne Zweifel eine weiterführende Analyse wert.

Kiel

Steffen Doerre

### Verkehrshistorische Diskursanalyse

*Schlimm, Anette:* Ordnungen des Verkehrs. Arbeit an der Moderne – deutsche und britische Verkehrsexpertise im 20. Jahrhundert, 362 S., transcript, Bielefeld 2011.

Viele Soziologen, Verkehrshistoriker, Kulturwissenschaftler und Ökonomen sind sich darin einig, dass zwischen Verkehr und Moderne eine Art Wahlverwandtschaft bestehe: Verkehr diene der sozialen Partizipation breiter Bevölkerungsschichten genauso wie der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung. Die Verfügbarkeit neuer Verkehrsmittel habe Warenströme und Märkte verändert, zur Transformation und Ausdifferenzierung sozialer Gefüge geführt genauso wie zur Beschleunigung und Technisierung vieler Lebensbereiche. Ab dem Beginn der Zwischenkriegszeit bis etwa zur Mitte der 1950er-Jahre griffen auch Verkehrsexperten in Deutschland und Großbritannien solche vielfach als problematisch wahrgenommene Aspekte auf. Die Experten waren überzeugt, dass es zwischen Verkehr und Gesellschaft starke Wechselwirkungen gebe: Technischer Fortschritt und Verkehr hatten eine Dynamisierung der Gesellschaft in Gang gesetzt, die soziale Ordnungsmuster bedrohte. Solchen Entwicklungen stellten die Verkehrswissenschaftler ihre Expertise entgegen. Gesellschaftliche Ordnung sollte durch Modernisierung und mit den Mitteln der Planung wiederhergestellt werden – angeleitet durch ihren technischen Sachverstand. Damit, so Anette Schlimm, machten sie sich zu zentralen Akteuren des *Social Engineering* (S. 31, 78f. u. 311).

An diesem Punkt, der gegenseitigen Durchdringung von Verkehr, gesellschaftlichem Ord-

nungsdanken und *Social Engineering*, setzt Annette Schlimm im ersten Teil ihres Buches an: An Michel Foucaults „Archäologie“ orientiert, untersucht sie die Entstehung und Transformationen der Diskurse, die Verkehr als Abstraktum „zwischen Worten und Dingen“ (S. 41) herausbildeten und als „Beschreibungsmodus der Moderne“ (S. 28) wirksam werden ließen. Die Autorin fragt nach den Regeln, denen diese Expertendiskurse gehorchten. Darin kam nämlich ein deutlich anderes Verkehrsverständnis zum Tragen, als es in der Alltagssprache üblich war: Verkehr interessierte die Experten nicht mehr als Summe der verschiedenen Transportmöglichkeiten, seiner technischen Artefakte oder ökonomischen Problemstellungen, sondern als soziale, wirtschaftliche und räumliche Ausgleichsfunktion.

In diesem diskursanalytischen Sinne folgt Schlimm im zweiten Teil des Buches den deutschen und britischen Verkehrswissenschaftlern durch ihre vorwiegend in Zeitschriften stattfindenden Debatten. Die Problemfelder, die von den Verkehrsexperten aufgegriffen wurden, sind vielfältig: Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs ging es sowohl in Deutschland als auch in England darum, die maroden Eisenbahngesellschaften zu modernisieren und ihre Effizienz gegenüber der stärker werdenden Konkurrenz auf den Straßen zu steigern. Fragen zu den Zusammenhängen von Staat, Verkehr und Wirtschaft, von Wettbewerb contra staatlich verordneter Zusammenarbeit (Verkehrskoordination) nahmen in den Diskussionen deshalb bald sehr viel Raum ein.

Schlimm macht anhand einer großen Fülle von Quellen anschaulich, wie die Experten spezifische Begriffe und Sprechweisen zur Abgrenzung von Laien und Nicht-Experten benutzten. Sie schufen so einen Diskursraum, der ihnen zur Professionalisierung ihres Tätigkeitsfeldes und zur institutionellen Verankerung der eigenen Disziplin diene. In Großbritannien geschah dies etwa mit der Gründung des *Institute of Transport*, einer Vereinigung von hochrangigen Angestellten und Managern von Verkehrsbetrieben. In Deutschland beschritten die Verkehrsexperten einen anderen Institutionalisierungspfad, wie die Beispiele des Instituts für Verkehrswissenschaft an der Universität Köln und seinem Pendant an der TU Stuttgart zeigen. Trotz unterschiedlicher Diskursstrategien in den beiden Ländern und anders verlaufender Professionalisierungs- und Institutionalisierungsprozesse sieht die Autorin zahlreiche Indizien für ihre These, dass es sich bei verkehrlichem Ordnungs-

denken und *Social Engineering* um eine „transnationale Diskursformation“ (S. 308) handle. Eine Vielzahl von Themen, die in den britischen wie den deutschen Expertendiskursen angesprochen wurden, geteilte Dogmen und Methoden sowie analoge Denk- und Redeweisen dienen ihr als Belege dafür. Prozesse des Austauschs und der Diffusion, die zu solchen Gemeinsamkeiten geführt haben könnten, fand Schlimm jedoch keine. Vielmehr seien sie auf einem Substrat allgemeiner, in ganz Europa nachweisbarer Denkströmungen wie dem Antiliberalismus der Zwischenkriegszeit und dem Technokratiedenken gewachsen. Sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien, so die abschließende Wertung der Autorin, entwickelte sich daraus eine „spezifische Art und Weise, mit den Herausforderungen der Moderne umzugehen“ und „eine Ordnung des Sozialen über die Position des Experten zu implementieren“ (S. 312).

Im letzten Teil ihres Buches beschreibt Anette Schlimm das Ende von verkehrlichem Ordnungsdenken und *Social Engineering*. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven zu Beginn der 1960er-Jahre hätten unter anderem dazu geführt, dass den Expertendiskursen eines ihrer wichtigsten Wahrnehmungs- und Argumentationsmuster abhandeln kam: die „Krise im Verkehr“. Gleichzeitig zeichnete sich auch das Ende der Verkehrswissenschaft als akademischem Fachgebiet ab (S. 272ff.). Sie wurde von jenen Disziplinen ersetzt, aus denen sie ursprünglich hervorgegangen war: der Wirtschaftswissenschaft und dem Bauingenieurwesen sowie den sich neu herausbildenden Planungswissenschaften (vorab Verkehrs- und Raumplanung). Gegen Schlimms Argumentation ließe sich einwenden, dass Ordnungsdenken und *Social Engineering* mit dem Ende der Verkehrswissenschaft keineswegs von der Bildfläche verschwanden. Die Diskursformation wurde lediglich einer neuerlichen Transformation unterzogen: Die systemwissenschaftlichen Konzepte und kybernetischen Steuerungsmodelle, die von Stadt-, Verkehrs- und Raumplanern ab der Mitte der 1960er-Jahre in Anschlag gebracht wurden, waren von einem technokratischen Gestaltungswillen im Sinne eines *Social Engineerings* durchdrungen, der jenem der Verkehrsexperten der vorangegangenen Epoche in vielem sehr ähnlich war.

Mit ihrem thematischen und methodischen Fokus setzt sich Schlimm deutlich ab von der bisherigen verkehrsgeschichtlichen Literatur, die

sich vorwiegend für technische, wirtschaftliche oder politische Aspekte des Verkehrs sowie auf Institutionalisierungsprozesse konzentriert hat. Sie verbindet in ihrem Buch gründliche Quellenarbeit mit theoretischer Stringenz und durchleuchtet das Denken und Sprechen von Verkehrsexperten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dies macht ihr Buch zu einer interessanten und äußerst anregenden Lektüre.

Zürich

Stefan Sandmeier

## Ausdruck eines Wehrsyndroms

*Reichherzer, Frank:* „Alles ist Front!“ Wehrwissenschaften in Deutschland und die Bellifizierung der Gesellschaft vom Ersten Weltkrieg bis in den Kalten Krieg, 515 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2012.

Die Frage nach der Rolle von Militär und Krieg in der deutschen Geschichte zwischen den beiden Weltkriegen ist wohl dutzende Male gestellt und beantwortet worden, auch mit gründlichen methodischen Überlegungen und unter breitester Quellenrecherche. Frank Reichherzer vermag diesem Themenbereich aber auf beiden Ebenen Neues oder zumindest neue Aspekte und Perspektiven abzugewinnen, die hohe Aufmerksamkeit verdienen. Gruppiert wird das Ganze um den Begriff der Wehrwissenschaften, die noch nie so zentral und quellengesättigt untersucht worden sind. Der Begriff selbst kam erst 1926 wie von selbst auf. Er war und blieb ein vager Ausdruck eines Wehrsyndroms. In ihm ließen sich die Erfahrungen der Vorweltkriegszeit, durch den Großen Krieg aber ungeheuer verstärkt, sammeln und öffentlich bearbeiten.

In einleitenden Kapiteln führt Reichherzer in diese Stimmungs- und Politiklage ein, wie es schon vielfach geschehen ist: Es geht um die Erfahrungen des modernen Krieges, dessen Entgrenzung, die Niederlage und deren Verarbeitung im Friedensvertrag von Versailles, die Fortsetzung des Krieges im Frieden, nicht zuletzt um die Verwissenschaftlichung, die auch vor dem Thema Krieg nicht halt gemacht hatte. In diesem Feld agierten neben Militärs – ehemaligen und die der relativ schwachen Reichswehr – zahlreiche zivile Kräfte und Institutionen. Der aus dem Weltkrieg bekannte ‚Krieg der Geister‘ ging weiter, so besonders in der Studentenschaft, in der Verbindung mit dem Sport und eingebettet in vielfältige Unterstützerorgani-

sationen privater wie öffentlich-staatlicher Art. Der organisierte Pazifismus hatte es demgegenüber schwer und blieb auch zerstritten. Wie sich das Verhältnis zur Weimarer Politik und deren führenden Schichten, zumal der der Weimarer Koalition, insgesamt verhielt, hätte man gern genauer gelesen – Rüdiger Bergien (2011) hat hierzu gleichzeitig einige recht pauschale Thesen entwickelt.

Nicht zuletzt aus der Reaktion um Buch und Film „Im Westen nichts Neues“ formierte sich um 1930 die neue proteusartig unbestimmte Wehrwissenschaft. Reichherzer untersucht im zentralen Kapitel „Wehrwissenschaft marschiert“ vier Bereiche. Er tastet zunächst den ganzen akademisch-militärischen Komplex ab und liefert dann drei Fallstudien: das Institut für Wehrpolitik an der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität um Oskar Ritter von Niedermayer, das Institut für Kriegsgeschichte unter Paul Schmitthenner in Heidelberg und schließlich die Dimensionen der Wehrwissenschaften, locker organisiert um die Deutsche Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften (DGWW) unter dem ehemaligen General Friedrich v. Cochenhausen.

Reichherzer arbeitet schlüssig heraus, dass hier keine neue Integrationswissenschaft entstand, sondern ein Feld, das unterschiedlich bearbeitet wurde. Gerade die Universitäten legten Wert auf die bleibende disziplinäre Verankerung des Wehrthemas – zum Teil in Ingenieurwissenschaften, zum Teil aber auch in Wirtschafts- und Geisteswissenschaften, zumal im Fach Geschichte. Man könnte dies – so auch der Autor vorsichtig – einen multi- oder transdisziplinären Ansatz nennen. Gerade die Lockerheit des Begriffs Wehrwissenschaften ermöglichte einen solchen Umgang. Bei seinen Fallstudien finden sich reich aus den spärlich überlieferten Akten gearbeitete Kabinettstücke über Personen, Institutionen und vor allem deren vielfältige Vernetzung, die nicht zuletzt biographisch festgemacht wird. Im Hinblick auf den Nationalsozialismus und dessen Regime sieht der Verfasser bereits zuvor alle Züge der Wehrwissenschaften ausgebildet, findet bei diesen nur eine große Anpassungs- und Angleichungsbereitschaft zumal in Richtung Expansion und Rassismus. Hier fragt man sich, ob die durchgängig gebrauchte Vokabel einer Einsicht in die ‚Entgrenzung des Krieges‘ in den Wehrwissenschaften die besondere Aktionsbereitschaft, auch genozidaler Art der NS-Zeit nicht zu wenig artikuliert, die Differenzen zu sehr einebnet.

Die Arbeit endet mit einem Ausblick auf die Zeit nach 1945, wo sich in der Gesellschaft für

Wehrkunde und dem Arbeitskreis für Wehrforschung (AfW) mit ihren jeweiligen Organen einige begriffliche und personelle Kontinuitäten fanden. Das ist ein weiteres und ganz anderes Forschungsfeld, das verständlicherweise nur angetippt und dabei wohl auch in seinen Wirkungen unterschätzt wird.

Soviel zum Inhaltlichen, wo methodisch reflektiert und breit durch Quellen sowie durch ein außerordentlich umfangreiches Literaturverzeichnis abgesichert so manche spannende Story erstmals erzählt wird. Der Anspruch geht jedoch weiter: Der Verfasser wendet sich wiederholt nachdrücklich gegen die Bezeichnung des Themas als Militarismus, um stattdessen das Paradigma der „Bellifizierung“, abgeleitet vom Bellizismus, zu behaupten. Das ist dem Rezensenten – von dem Neologismus abgesehen – fragwürdig. An den vielen, mit Verve vorgetragenen Argumenten des Autors scheint am wichtigsten: Es war nicht das Militär als solches, das sich des Diskurses bemächtigte, sondern die zivile Gesellschaft (nicht: Zivilgesellschaft). Sie füllte das Feld zwischen Wissenschaft, Politik und Militär mit der Dachformel von den – meist im Plural gebrauchten – Wehrwissenschaften. Es war ein Denken nicht von der gesellschaftlichen beziehungsweise staatlichen Institution Militär her, sondern vom ‚entgrenzten Krieg‘. Er behauptet auf diesem Gebiet einen eigenen Anstoß aus der zivilen Gesellschaft, den das geschwächte Militär gar nicht habe leisten können. Hier seien neue Verschmelzungen von Denkstilen entstanden, die immer wieder als hybrid bezeichnet werden. Es gehe nicht um die Organisation der zivilen Gesellschaft nach dem Modell des Militärs, nicht um eine Einbahnstraße von Militär zum Zivilen hin.

Der Fokus auf Krieg statt Militär ist fruchtbar, die Entgegensetzung zum Militarismus, die Reichherzer für die deutsche Zwischenkriegszeit (und den Kalten Krieg als weitere Epoche) herausarbeitet, jedoch nicht überzeugend: „Krieg und Militär traten in den Kriegsdeutungen nach dem Ersten Weltkrieg“ (S. 420) auseinander. Gewiss hat der Militarismus-Begriff gerade im Deutschen alle möglichen pejorativen Konnotationen angenommen und strahlt damit nicht unbedingt analytische Schärfe aus – aber auch die Bellizismus-Formel haben schon Andere mit ganz anderen Prägungen in der Feder gehabt, wie der Verfasser selbst vorführt. „Der Krieg

schrub sich subkutan in die Gesellschaft ein und war nicht unmittelbar, sondern mittelbar wirksam“ (S. 421), heißt es zur Stärkung der neuen Begriffsprägung „Bellifizierung“. Dem wird man zustimmen können; nur gab es auch in den Wehrwissenschaften irgendwann ein Umschlagen in manifesten Krieg und zuvor dessen Erwartung und Herbeiführung. Das alles lässt sich durchaus mit dem herkömmlichen Begriff markieren. Reichherzers Behauptung von der Initiative ‚ziviler‘ Bürger sollte aber vielleicht doch klarer durch eine Wechselwirkung beider ersetzt werden; die Umkehr der Richtung vom zivilen Militärsyndrom auf die Wehrmacht (sie hieß so schon im Wehrgesetz von 1920) scheint nicht angemessen. Beispielsweise stammt der Titel „Alles ist Front!“ laut Reichherzer aus einer anscheinend ‚zivilen‘ Publikation von General a. D. Horst Metzsch aus dem Jahr 1932 – aber eben nicht von Zivilisten. Hier wird mit der Freude des Entdeckers, der sehr vieles sehr richtig sieht, das Kind ein wenig mit dem Bade ausgeschüttet. Anders gewendet: Seit Fritz Fischers Gegenargumenten zu Gerhard Ritters Gegenübersetzung von „Staatskunst und Kriegshandwerk“ (1954–1968) wissen wir, dass auch schon vor 1914 die Zivilisten von Kategorien des Krieges her Politik und Wirtschaft dachten und machten. Spätestens seit Stig Förster, der den „doppelten Militarismus“ (1985) im Kaiserreich (also auch den bürgerlichen, der auf Entgrenzung abzielte) entwickelte, wissen wir auch kategorial etwas vom zivilen Denken auf Krieg hin – und das durchaus unter Verwendung eines analytischen Militarismusbegriffs.

Kritisch sind zudem einige Redundanzen zu nennen, so etwa zur mehrfachen Vorstellung von Paul Schmitthenner oder der frühen Karriere des bekannten Historikers Gerhard Oestreich. Hier wäre weniger mehr gewesen. Das ändert jedoch nichts am Fazit einer mit großem Forschungsaufwand geschriebenen und ambitioniert reflektierten Arbeit. Sie umgreift nicht nur die Zwischenkriegszeit, sondern nimmt diese als Rahmen, sie bewegt sich in Richtung internationaler Vergleiche und sie breitet eine Materialfülle aus, wie man sie selten in vergleichbaren Arbeiten wie einer Dissertation findet.

Köln

Jost Dülffer

## Internationale Umweltgeschichte

Wöbse, Anna-Katharina: Weltnaturschutz. Umweltdiplomatie in Völkerbund und Vereinten Nationen, 364 S., Campus, Frankfurt/New York 2012.

Im Mittelpunkt der umwelthistoriographischen Auseinandersetzungen der vergangenen 25 Jahre standen in Deutschland vor allem spezifisch deutsche Entwicklungspfade des Naturschutzes. Diese Fokussierung drängte sich auf: Da fanden bereits vor 1914 starke nationalkulturelle und auch schon völkische Naturschutzbegründungen Resonanz, und diese sollten sich nach der Weltkriegsniederlage noch viel vehementer aufs Völkische verengen. Die Verschwisterungen von völkischen Gesellschaftsbildern und Denkstilen des Naturschutzes waren nach 1933 bruchlos transformierbar in die ideologische Herrschaftssicherung des Nationalsozialismus – unbesehen der Tatsache, dass die im Rahmen der nationalsozialistischen Modernisierungspolitik vollzogenen Praktiken der Naturausbeutung krass in Kontrast standen zur ideologischen Aufwertung des Naturschutzes. Eben dies ermöglichte auch nach 1945 eine weitgehende Kontinuität deutscher Naturschutzentwicklung, die sich erst mit den jüngeren Umweltbewegungen von den geistigen Reservaten nationalkonservativen und völkischen Denkens entkoppelte.

Doch unabhängig dieser deutschen Sonderentwicklungen gab es gleichzeitig auch eine internationale Geschichte des Naturschutzes, die anderen Entwicklungslogiken folgte. Es ist das Verdienst der vorgelegten Studie, endlich auf diese Geschichte hinzuweisen und sie in das mitunter von starken historischen Lücken geprägte zeitgenössische Umweltbewusstsein zurückzuholen. Über nationale Grenzen und über alle historischen Bruchzonen des 20. Jahrhunderts hinweg kann im 20. Jahrhundert eine kontinuierliche Internationalisierung des Naturschutzes konstatiert werden. So war es für die Umweltgeschichte längst überfällig, sich nicht immer nur den nationalen Naturschutzgeschichten Deutschlands, Schwedens oder Englands zu widmen, sondern die Thematisierung der Naturfrage als internationalen Untersuchungsgegenstand zu begreifen.

Wenn sich Anna-Katharina Wöbse in ihrer an der Universität Bielefeld entstandenen Promotionschrift dem „Weltnaturschutz“ widmet, dann grenzt sie den Untersuchungszeitraum auf die Jahrzehnte zwischen 1920, als der Völker-

bund gegründet wurde, und 1950 ein und konzentriert sich auf die Umweltpolitik von Völkerbund und Vereinten Nationen. Als Ausgangspunkt ihrer Erörterungen zieht die Autorin einen beiläufigen Fund aus ihren Recherchen heran, der sich unversehens als überaus vielsagend erweist. Es handelt sich um eine Darstellung des Erdballs unter dem Schriftzug „Der Völkerbund“, erschienen im Jahre 1930 in einer populären Schrift über den Völkerbund; der Erdball liegt friedlich da, behütet und auf Wolken gebettet. Die Analogie liegt nahe – das Bild wirkt wie eine Vorwegnahme der Ikone des „Blauen Planeten“, einer aus dem Weltall gemachten Fotografie der Erde, die Jahrzehnte später zum Symbol globaler Umweltverantwortung avancieren sollte. Für Wöbse ist dieser Fund Anlass, die Fährte aufzunehmen und sich auf die Suche nach der Entwicklung eines globalen Umweltbewusstseins und einer Naturschutzpolitik zu begeben, welche „Die Erde als Gemeinschaftsraum“ verstanden wissen wollte, wie es im Titel der Einleitung signifikant heißt.

Fünf Frageperspektiven leiten das Forschungsinteresse. Wer agierte getragen von welchen Motiven in der frühen internationalen Naturschutzgeschichte? Welches Problembewusstsein bildete sich angesichts welcher globalen Umweltprobleme aus? Auf welchen normativen Grundlagen wurde internationales Naturschutzhandeln in der Zwischenkriegszeit vollzogen? Wie verhielt es sich mit dem *timelag* zwischen der Diagnose drängender Naturschutzprobleme und den von bürokratischer und institutioneller Eigenlogik gehemmten Handlungsmöglichkeiten einer internationalen Institution wie dem Völkerbund? Schließlich, fünftens: Welche Rolle spielte die wissenschaftliche Expertise in der internationalen Natur- und Umweltpolitik beziehungsweise umgekehrt: Was war der Beitrag des Völkerbundes zur Verwissenschaftlichung des Naturschutzes? Wöbse geht diesen Fragen auf unterschiedlichen Ebenen und in diversen Anläufen nach, welche die Arbeit strukturieren. Der Erschließung der institutionellen Zusammenhänge („Der Völkerbund – eine kleine Anatomie“) folgen fünf ‚Fallbeispiele‘, anhand derer wichtige ideengeschichtliche Stimulanzien, Umweltkonflikte und Naturprobleme, Debatten und Kampagnen aufgefächert werden. Diese fungieren nicht nur als Indikatoren für die Genese des „Weltnaturschutzes“; sie beförderten und beflügelten gleichermaßen in globalem Maßstab das Thema Natur als Gegenstand internationaler Politik. Im Einzelnen handelt es sich um unterschiedlich gela-

gerte Felder: die noch vor 1914 sich formierende Initiative des „Weltnaturschutzes“, die im internationalistischen Klima der Vorkriegszeit vom Schweizer Paul Sarasin programmatisch verdichtet und organisiert wurde, die Verschmutzung von Küsten und Meeren durch Öl, Tier- und Pflanzenschutzkampagnen des Völkerbundes, internationale Konflikte und Regelungen des Walfanges sowie das nachhaltig wirksame Konzept des „WeltNaturerbes“. Auf diese Weise können auch unterschiedliche Naturschutzbegründungen und -motive thematisiert werden – ästhetische, ethische, Ressourcenschutz und andere. Allen gemeinsam ist die Eigenschaft, dass sie als Problemlagen nationalstaatliche Lösungsmöglichkeiten überschritten und nach internationalen Regelungen drängten.

In der Studie ist nicht nur Wissenswertes über die internationale Genese eines von Europa ausgehenden Natur- und Umweltbewusstseins zu erfahren – exemplarisch ausgearbeitet etwa in dem stark biographisch orientierten Kapitel über den Forschungsreisenden, Privatgelehrten und „Weltnaturschützer“ Paul Sarasin. Erhellend ist vor allem die Mechanik, mit der bestimmte ökologische Themen politikfähig wurden – oder aber eben nicht. Immer wieder waren es zivilgesellschaftliche Initiativen, die im Völkerbund eine Plattform suchten. Hier allerdings trafen die oftmals idealistisch gestimmten Aktivist\*innen auf die Eigenlogik einer internationalen Institution, die in großer Distanz zu den konkreten Problemen stand. So prallte das Engagement der Naturschützer, wie die von Wöbse durchdeklinierten Fallbeispiele und Konflikte zeigen, oft ab an den langwierigen Aushandlungsprozessen zwischen Politik, nationalstaatlicher Souveränität, Fachexperten und Bürokratie.

So verwundert denn auch nicht weiter der bilanzierte Befund für das 20. Jahrhundert von der Gleichzeitigkeit „des sich ständig vergrößernden Umweltregimes auf der einen Seite und des unaufhaltsamen Ressourcenverbrauchs auf der anderen Seite“ (S. 334). Die Frage, wie es ohne die internationale Thematisierung von Natur- und Umweltfragen ausgesehen hätte, verweist ins Reich der Spekulation. Die Studie überzeugt durch das reichhaltige Material, das aus den Archiven der internationalen Staatengemeinschaft zutage gefördert wurde. Diese Reichhaltigkeit unterstreicht denn auch nachdrücklich, dass es auf dem Terrain einer internationalen Umweltgeschichte noch viel zu tun gibt.

Jena

Friedemann Schmoll

## Weimarer Republik reloaded

*Niedhart, Gottfried:* Die Außenpolitik der Weimarer Republik, 164 S., Oldenbourg, München 32013.

Die hier zu besprechende Publikation erschien im Rahmen der Reihe „Enzyklopädie deutscher Geschichte“, deren Zweck darin besteht, den Leser rasch über das jeweilige Thema und den Forschungsstand zu informieren. Wie in den anderen Bänden wird auch in diesem die Darstellung in drei Teile gegliedert: Ein historischer Überblick geht in die Schilderung der Grundprobleme und der Tendenzen der Forschung über, worauf abschließend ein umfassendes Quellen- und Literaturverzeichnis folgt. Der Band erschien bereits in der dritten Ausgabe. Im Vergleich zu der zweiten Ausgabe vom Jahr 2009 wurden lediglich die wichtigsten neuen Publikationen hinzugefügt, der Textkorpus blieb nahezu unverändert.

Die kurze Lebenszeit der Weimarer Republik wird in der Arbeit entlang erkennbaren Wendepunkten dargestellt: Die unmittelbare Nachkriegszeit endete mit der Ruhr-Krise 1923, als der deutschen Regierung die Unmöglichkeit einer konfrontativen Revisionspolitik deutlich vor Augen geführt wurde. Die Persönlichkeiten, die in der darauffolgenden Zeit die Außenpolitik Deutschlands gestaltet hatten, allen voran Gustav Stresemann, setzten darauf, die Revision des Versailler Vertrages in Kooperation mit den Siegermächten zu erreichen, nicht in Konfrontation mit ihnen. Der 1926 geschlossene Locarno-Pakt, der Deutschland Großmachtstatus und Westeuropa Frieden garantieren sollte (allerdings entstand wegen der Nichtanerkennung der östlichen Grenzen der Weimarer Republik in dieser Region eine Sicherheitslücke), schuf ein international günstiges Klima, das jedoch bereits 1928 zu korrodieren begann. Die republikanische Außenpolitik, die sich laut Niedhart an „partnerschaftlich angelegtes Konkurrenzsystem“ (S. 20) westlicher Prägung anlehnte, wurde immer stärker durch eine Neigung zu national geprägten Alleingängen und Konfrontation ersetzt. Diese Veränderung vollzog sich also – darauf weist der Autor mehrmals hin – nicht nur lange vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten (Januar 1933), sondern auch vor dem Einsetzen der Präsidialkabinette (März 1930), dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und dem Ableben Stresemanns (beides Oktober 1929). Durch eine solche Struktur der Arbeit bekommt die traditionelle, auf das Ende der

Weimar fokussierte Schilderung das Übergewicht. Diese Vorgehensweise in der Forschung wurde aber bereits mehrmals kritisiert, wie beispielsweise von Benjamin Ziemann in seinem Beitrag „Weimar was Weimar“ (2010).

Während der enzyklopädische Überblick eher das allgemein Bekannte bietet, erweist sich die Lektüre der Darstellung des Forschungsstandes als lohnender. Mit Recht moniert der Autor, dass eine umfassende Synthese der Außenpolitik Deutschlands in dieser Zeit ein noch nicht erfülltes Desiderat sei (S. 54). In Anlehnung an die Arbeiten von Eckart Conze, Wilfried Loth und Jürgen Osterhammel spricht er sich für eine Darstellung aus, die nicht nur die Außenpolitik Deutschlands, sondern dessen breit verstandene Außenbeziehungen im internationalen Kontext berücksichtigen sollte (S. 44, ähnlich S. 93).

In dem stark thematisierten Überleben der traditionellen Schichten innerhalb des Auswärtigen Amtes sieht Niedhart „das Paradebeispiel für das Beharrungsvermögen einer Elite“ (S. 48). Allerdings unterstreicht er – und liefert dafür auch biographische Hinweise –, dass Elitenkontinuität nicht unbedingt mit der Politikkontinuität korrespondieren müsse. Statt über dieses Phänomen zu streiten, sollten seines Erachtens die Lernbereitschaft und Lernfähigkeit der Führungsschichten untersucht werden, da dies mehr Erkenntnisgewinn verspreche (S. 49).

Ein separates Unterkapitel widmet der Autor der ökonomischen Variante der deutschen Machtpolitik in den 1920er Jahren. Es sei ein Konsens der neueren Forschung, dass Stresemanns Außenpolitik die Wirtschaft als Mittel zur Revision des Versailler Vertrags und der Rückkehr Deutschlands in den Kreis der Großmächte nutzen wollte (S. 65ff.). Allerdings stelle die oft unüberschaubare Wechselwirkung von Ökonomie und Politik in internationalen Beziehungen in dem Jahrzehnt nach 1919, zum Beispiel die Frage der deutschen Reparationen, eine der schwierigsten Forschungsthemen überhaupt dar (ebd. u. S. 75). Dementsprechend fehle es an präzisen Fallstudien.

Niedhart unterstreicht, dass der Versailler Vertrag in der neueren internationalen und deutschen Forschung immer öfter positiv eingeschätzt wird. Diese weist darauf hin, dass der Vertrag selbst die Möglichkeit zu friedlicher Revision seiner eigenen Bestimmungen und für den Wiederaufstieg Deutschlands zu einer geachteten Großmacht bot.

Angestoßen durch die Europa-Forschung, die nach historischen Wurzeln der europäischen

Integration sucht, wird verstärkt nach dem Spannungsverhältnis zwischen nationalstaatlicher und europäischer Orientierung gefragt, vor allem in Deutschland und Frankreich der 1920er Jahre. Die Befunde dieser Forschungen sind ernüchternd: Den einzelnen Versuchen, die nationalen Horizonte zu überqueren, fehlte es an der gesellschaftlichen Basis (S. 85f.). Damit wird erstens die Lebensfrage des deutschen Staates in dieser Zeit angesprochen: die Unfähigkeit, republikanische Inhalte in der Politik, auch in der Außenpolitik, öffentlich zu verankern. Zweitens ergibt sich aus ihnen die notwendige Stoßrichtung der zukünftigen Forschung: die Wechselwirkung zwischen den Akteuren der Außenpolitik und der Gesellschaft. Es ist wahrscheinlich der Knappheit des Bandes geschuldet, dass Niedhart bei dem Stichwort „Gesellschaft“ bleibt, statt auf ihre Traumatisierung durch den Ersten Weltkrieg und ihre Anfälligkeit auf verschiedene Formen der politischen Phantasien und Symbolik hinzuweisen.

Insgesamt lässt sich sagen, dass der Band eine dicht geschriebene Schilderung bietet, die als Einstieg dienen kann.

Berlin

Bernard Wiaderny

## Politisierung des Konsums

*Torp, Claudius: Konsum und Politik in der Weimarer Republik, 384 S, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2011.*

Der Konsum in der Weimarer Republik wurde auch bisher schon vielfach im Rahmen historischer Untersuchungen mitbehandelt. Die vorliegende Dissertation ist allerdings die erste Monographie, die sich dezidiert diesem Thema zuwendet. Dabei verfolgt der Autor zwei Ziele: Zum einen soll das Schicksal der Weimarer Republik aus konsumhistorischer Perspektive beleuchtet werden und zum anderen will er zeigen, dass Konsumgesellschaft nur in ihrer Einbettung in politische Zusammenhänge zu verstehen ist (S. 11). Letzteres wird wohl kaum jemand bestreiten, aber Torp rückt nun die Konsumpolitik konsequent in den Mittelpunkt seiner Darstellung.

Zunächst fasst er im ersten Kapitel als eine Art Grundlegung den sozial- und wirtschaftshistorischen Forschungsstand zur Entwicklung des Lebensstandards in Gestalt der Realeinkommen und der Verbrauchsstruktur bei verschiedenen städtischen Verbrauchergruppen zusammen.



Das dabei gezeichnete Bild wird sodann um die aus verschiedensten Quellen kondensierten Erfahrungsbestände von Mangel und Wohlstand bei den Verbrauchern ergänzt, um somit das in der Weimarer Zeit bestehende Spannungsverhältnis zwischen Konsumerfahrung und -erwartung auszumalen. Leider unterläuft dem Autor hier wie auch in späteren Kapiteln bei der Nutzung der Statistiken eine Reihe von handwerklichen Fehlern. Ab dem zweiten Kapitel wendet er sich seinem eigentlichen Gegenstand zu, indem er zunächst die Möglichkeiten der Konsumvereinsbewegung auslotet, die auf den Mangel mit einer Vision von Bedarfsdeckungswirtschaft reagieren will. Es wird das Modell einer alternativen Konsumgesellschaft aus dem ausufernden Schrifttum der Genossenschaftsbewegung rekonstruiert und die politischen Auseinandersetzungen um die Frage nachgezeichnet, wer und wo die Verbraucherinteressen öffentlich vertreten sollte. Im anschließenden dritten Kapitel rückt das politische Handeln in den Mittelpunkt, das sich vor allem darauf konzentriert, Versorgungssicherheit für die Konsumenten herzustellen. Dabei geht es zunächst darum, am Beispiel der Nahrungsmittel den Konflikt um die Aufhebung der Zwangswirtschaft in der Zeit der Inflation nachzuzeichnen, der von den Prinzipien Verbraucherschutz versus Produktivismus gekennzeichnet war. Im Folgenden wird die Konstruktion des Begriffs des Existenzminimums in der Weimarer Zeit herausgearbeitet, um dann mit dem Ausbau der kommunalen Versorgungsleistungen und der Preispolitik zwei Politikfelder in den Blick zu nehmen, die damals besondere Aufmerksamkeit erhielten. Schließlich behandelt der Autor im vierten Kapitel die nicht allein vom Staat getragenen Versuche, vor dem Hintergrund eines auf Rationalität zielenden bürgerlichen Konsummodells ‚Auswüchse‘ des Verbrauchs zu regulieren. Dazu zählten die Antialkoholbewegung ebenso wie die Reglementierung von Erscheinungen der Massenkultur als auch die Konsumfinanzierung durch Kredite und die Zugabe von Werbegeschenken.

Das gezeichnete ambivalente Bild von der Konsumpolitik unter den Weimarer Verhältnissen bringt Torp auf den von ihm selbst als paradox bezeichneten Begriff des „demokratischen Paternalismus“. Damit meint er „einerseits die Verantwortung des Staates für die Einlösung der als berechtigt verstandenen Versorgungsansprüche seiner Bürger, andererseits die staatliche Selbstermächtigung zur Bevormundung der Konsumenten, zur Kontrolle und Kanalisierung

unerwünschter Bedürfnisse“ (S. 165). Allerdings lässt sich hier einwenden, dass beide Seiten der Medaille letztlich paternalistisch sind und sich gewissermaßen sogar bedingen. Interessant wäre es, diese Ausprägung von Konsumpolitik diachron mit der NS- und der DDR-Diktatur ebenso wie mit der Bundesrepublik als parlamentarischer Demokratie zu vergleichen, um das demokratische Moment stärker herauszuarbeiten. Jedoch hätte das wohl den Rahmen der vorliegenden Arbeit gesprengt. Gleichwohl nimmt der Autor in seiner die Ergebnisse der Arbeit konzise abbildenden Zusammenfassung abschließend noch einen eher synchron angelegten internationalen Vergleich vor.

Die Untersuchung macht die Politisierung des Konsums deutlich, die sich sowohl in Debatten als auch in Regulierungsanstrengungen niederschlug. Der Autor möchte sich allerdings nicht festlegen, ob das in der Weimarer Zeit eine neue Qualität annahm (S. 335). Gleichwohl engagierte sich seines Erachtens die Politik auf dem Feld des Konsums in einem Maße, „die die Steuerungsfähigkeit der Republik überforderte“ (S. 315), was freilich nicht nur auf diesem Gebiet so war. Die Darstellung beruht auf Auswertung der einschlägigen Archivalien und einer geradezu vorbildlich breiten Verarbeitung sowohl der zeitgenössischen als auch der Forschungsliteratur, wenngleich selbst diese Lücken aufweist, was wohl aber als Indiz dafür gesehen werden kann, dass die Literatur zur Weimarer Republik von einzelnen inzwischen kaum noch zu übersehen ist. Die gesamte Arbeit ist flüssig geschrieben und gut lesbar. Sie ist allen, die sich mit Konsumpolitik und der Weimarer Republik befassen, unbedingt zu empfehlen.

Potsdam

André Steiner

### Ambivalenz der Extreme

*Gallus, Alexander:* Heimat „Weltbühne“. Eine Intellektuellengeschichte im 20. Jahrhundert, 421 S., Wallstein, Göttingen 2012.

Die Beschäftigung mit den Intellektuellen hat wieder Konjunktur. Es gibt eine neue Intellektuellengeschichte, und es gibt ein vermehrtes Interesse an der *Intellectual History*. Besonders prominent ist dabei in letzter Zeit die intellektuelle Gründungsgeschichte der Bundesrepublik, zu der in der Zwischenzeit mehrere Studien vorliegen. In der Weimarer Republik haben

eher die Rechtsintellektuellen und die Autoren der ‚Konservativen Revolution‘ das Interesse der Forschung geweckt, für die Bundesrepublik dagegen die Linksintellektuellen, in der Zwischenzeit auch Liberal-Konservative.

Für das Interesse an den Linksintellektuellen in der Weimarer Republik stehen exemplarisch die Zeitschrift „Weltbühne“ und ihre Autorengruppe um Siegfried Jacobson, Carl von Ossietzky und Kurt Tucholsky. Die „Weltbühne“ repräsentierte einen unverwechselbaren Ort, dem der Ruf der Unabhängigkeit und der brillanten Stilistik vorausleite. Es gibt eine Reihe guter Argumente, mit Alexander Gallus von einer intellektuellen Heimat „Weltbühne“ auszugehen. Dazu zählt in erster Linie die besondere Ambivalenz der Extreme, die in der „Weltbühne“ zuhause war: einerseits die intellektuelle Unabhängigkeit der Beiträger, ihr hoher Ton, der sie zu geborenen Kritikern jedwedes Ist-Zustandes in den Zwanziger Jahren machte. Andererseits verkörperten sie aber auch den Aufbruch, für den sie in den Zwanziger Jahren wie keine andere Gruppe standen. Stilistisch in hohem Maße modern und gedanklich von den Diskursformationen des späten 19. Jahrhunderts weit entfernt prägte die Autorengruppe der „Weltbühne“ gewissermaßen ein Ideotop, in dem alles möglich schien. Daher rührten auch die durchgängige Kritik und der ätzende Ton an der Weimarer Republik selbst dann noch, als die Politik in Berlin im Abwehrkampf gegen Hitler stand. Eine Reihe von Historikern (Hans-Ulrich Wehler und Heinrich August Winkler) betonten daher die demokratie- und republikfeindlichen Tendenzen der „Weltbühne“, die auch zum Untergang der Republik beigetragen habe.

Den Rostocker Historiker und Politikwissenschaftler Alexander Gallus interessiert, was aus der Autorengruppe der zweiten Reihe der „Weltbühne“ nach 1945 geworden ist. Die Akteure, die er in den Blick nimmt, sind Axel Eggebrecht, Kurt Hiller, William S. Schlamme und Peter Alfons Steiniger. Er wählt einen intellektuellengeschichtlichen Zugang, weniger den der *Intellectual History*. Wie entwickelte sich diese Autorengruppe nach 1945? Methodisch verbindet Gallus den biografischen und den intellektuellengeschichtlichen Zugang, zeitlich die Intellektuellengeschichte Weimars mit derjenigen der Bundesrepublik und des Kalten Krieges. Nicht die Identität und die Kontinuität interessieren Gallus, sondern die Entwicklung von Heterogenität. Welche Antworten und Analysen fanden die unabhängigen linkssozialistischen Autoren der „Weltbühne“ auf die veränderten

Kontexte der Adenauer-Republik, der DDR und des Kalten Krieges?

Die vier gewählten Protagonisten machten nach 1933 verschiedene Exilierfahrungen und gingen nach 1945 denkbar unterschiedliche politische und berufliche Wege. Während Hiller in London und Schlamme in den Vereinigten Staaten waren, blieben Eggebrecht und Steiniger in Deutschland im inneren Exil. Eggebrecht und Hiller arbeiteten nach 1945 in der Bundesrepublik, Steiniger in der DDR und Schlamme oszillierte zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik. Auch wenn sie die gemeinsame Erfahrung der „Weltbühne“ vor 1933 teilten, so blieben sie nach 1945 doch Solitäre. Hiller hielt lange Distanz zur Parteidemokratie und verkörperte noch am ehesten den Typ des heimatlosen Linken in der Bundesrepublik. Eggebrecht fand seinen Ort in den westdeutschen Medienstrukturen, beim NDR und als Kolumnist. Intellektuell führte sein Weg in die Bundesrepublik und ihre Verfassungsordnung hinein. Schlamme wurde zum Renegaten. Er wandelte sich vom dogmatischen Links-Kommunisten zum glühenden Antikommunisten. In Westdeutschland propagierte er seinen Antikommunismus im „Stern“ und in der „Welt am Sonntag“. Steiniger schließlich entwickelte sich zum orthodoxen SED-Kommunisten, der geflissentlich alle Wendungen der Parteilinie nachvollzog und begründen half.

Gab es zwischen diesen gegensätzlichen Biografien nach 1945 Gemeinsamkeiten? Wie lassen sich die unterschiedlichen Entwicklungen vor dem Hintergrund der gemeinsamen Herkunft aus der Generation „Weltbühne“ erklären? In dieser mit Fußnoten und allerlei Gelehrsamkeit gespickten Habilitationsschrift werden in erster Linie die verschiedenen Intellektuellenbiografien nachgezeichnet. Der Autor deutet einen Erklärungsansatz für die politischen Gegensätze unter den Autoren nach 1945 am Ende seines Buches an: Die antikonformistische Grundeinstellung hat je nach wechselnden Bedingungen gegensätzliche Biografien entstehen lassen. Die hohe Wertladung selbstständigen Denkens, geistiger Autonomie und strikter Unabhängigkeit förderten Solitäre, kaum dagegen Parteilinkellektuelle (S. 354). Der Habitus des Solitären, ihr Avantgarde- und Elitebewusstsein und die Streitbarkeit von Einzelkämpfern machte aus den vier Akteuren Einzelkämpfer. Dieser Erklärungsansatz mag für Eggebrecht und sogar für Hiller zutreffen, weist jedoch seine Grenzen bei Steiniger und erst recht bei Schlamme auf. Beide wurden zu glühenden, ja fanatischen

Kämpfern ihrer Sache, des SED-Kommunismus beziehungsweise des Antikommunismus. Weiter führt da schon die zweite These eines Hanges zur Polemik und zur intellektuellen Kampfeslust. Der Intellektuelle ist – so gesehen – ein Ideenstreiter. Ihr konfrontativer Stil verband die vier Autoren auch nach 1945, sei es in Westdeutschland im Kampf gegen die Ära Adenauer, sei es in der DDR gegen den kapitalistischen Westen oder in den USA gegen den östlichen Kommunismus. Das polemische Denken verband die vier als Gruppe auch nach 1945 wie auch als Person zwischen Weimar und der Bundesrepublik. In der Streitkultur sieht Alexander Gallus daher eine übergreifende Gemeinsamkeit der vier „Weltbühne“-Intellektuellen. Gleichzeitig änderte sich die politische Funktion von Kritik und Konflikt. „Was die defekte Demokratie einst schwächte, das konnte die institutionell-konstitutionell etablierte Demokratie stärken. Diente Kritik im ersten Fall als ätzender Kampfstoff, so im zweiten als antreibender Kraftstoff“ (S. 356). Den Unterschied zwischen der Intellektuellengeschichte der Weimarer Republik und der Bundesrepublik bringt Gallus auf den begrifflichen Nenner *fighting democracy* und *forging democracy*, den er Geoff Eley entlehnt. Dennoch wirkt diese Begrifflichkeit zur Erklärung der auffälligen Unterschiede eher aufgesetzt.

In den Sachkapiteln zeichnet der Autor die biografischen Entwicklungen der einzelnen Autoren detailliert nach, ohne auf Ansätze wie „Denkstile“ und „Generationen“ aus der *Intellectual History* zurückzugreifen. In dieser Intellektuellengeschichte findet sich wenig, was darlegen würde, warum diese Autoren auch jenseits der Intellektuellengeschichte wichtig sind und warum es sich lohnen würde, sie zu untersuchen. Gerade linken Autoren, wie solchen der Weimarer „Weltbühne“, kam nach 1945 eine Schlüsselrolle im Westen während des frühen Kalten Krieges zu. Dass vor allem die westeuropäische intellektuelle Linke die pluralistische Demokratie stärkte und verteidigen half und nicht das Bündnis mit ihren ursprünglichen marxistischen Gesinnungsgenossen im sowjetischen Kommunismus suchte, setzte eine Neudefinition dessen voraus, was die Rolle des Sozialismus in der Demokratie ausmachte. Auf dem Weg dahin trennten sich die Wege der Weimarer Linksintellektuellen. Was in Weimar noch eine Intellektuellengeschichte gewesen war, teilte sich jetzt in deren vier.

Fribourg

Siegfried Weichlein

## Brillante Herausforderung

*Mazower, Mark: Hitlers Imperium. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, 672 S., Beck, München 2009.*

Obwohl es schon längst auf der Hand gelegen hätte, das ‚Großdeutsche Reich‘ als Imperium zu verstehen, sind erst in den letzten Jahren wie zum Beispiel durch Wendy Lower (2005) oder Karel Berkhoff (2004) Versuche unternommen worden, eine solche epistemologische Perspektive auf das Europa unter deutscher Herrschaft zu werfen. Nun stellt Mark Mazower seine Studie explizit unter diesen Begriff. Das mag damit zu tun haben, dass Imperien erst nach dem Zusammenbruch der sowjetischen Ordnung erneut in den Blick gerückt sind und gerade die Sowjetunion in jüngeren Studien als Imperium untersucht worden ist. Dieser ungewöhnliche Ansatz, der sich erkennbar von der Totalitarismustheorie distanziert und, die *Postcolonial Studies* aufgreifend, der regionalen Differenz, der Spannung zwischen Zentrum und Peripherie größere Aufmerksamkeit schenkt, mag auch die Historiographie zum Nationalsozialismus angeregt haben, ihrerseits jenen immensen Raum, den das NS-Deutschland 1942 auf der Höhe seiner Macht beherrschte, als Imperium zu analysieren.

Mazowers Buch ist zweigeteilt. In der ersten Hälfte seiner Darstellung steht die Chronologie von der preußischen Ostsidlung im 19. Jahrhundert über den Ersten Weltkrieg und die Versailler Nachkriegsordnung bis zur aggressiven Außenpolitik des NS-Regimes im Vordergrund, die in den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion mündete, um ‚Lebensraum‘ im Osten zu erobern. Die zweite Hälfte seines Buches ist von thematischen Zugängen bestimmt. Hier analysiert Mazower „Die Neue Ordnung“ nach Themen wie wirtschaftliche Ausbeutung, Zwangsarbeit, die Ermordung der Juden, Kollaboration und Widerstand.

Ohne Zweifel eröffnet Mazowers Buch neue Blicke auf das nationalsozialistische Herrschaftssystem in Europa, weil er jenseits einer vereinheitlichenden Geschichtsschreibung, die im Holocaust die ausschließliche Dominante sieht, die tatsächlichen vielfältigen Differenzierungen im Besatzungsregime der einzelnen Länder hervorhebt. Die anti-slawische Ausrichtung der NS-Politik – durchaus in mancher Kontinuität zur Außenpolitik Preußens und der Weimarer Republik – diktierte Polen, Ukrainern, Weißrussen und Russen eine klar untergeordnete Rolle zu. Himmler selbst schrieb in seiner

Denkschrift über die „Behandlung der Fremdvölkischen im Osten“, dass es genüge, wenn diese bis 500 zählen könnten. Den Millionen Ost- und Ostmitteleuropäern war vor allem zugeordnet, als Arbeitssklaven für das deutsche ‚Herrenvolk‘ dienstbar zu sein. Anders in Westeuropa, dessen ‚Zivilisationsgrad‘ die NS-Führung höher einschätzte und dessen Länder vor allem reicher an Industriepotential und Finanzkapital waren. Hier galt es wie in Frankreich, die Wirtschaft radikal auf die deutschen Herrschaftsinteressen auszurichten. Hinsichtlich der nordeuropäischen, ‚germanischen‘ Länder erhoffte sich zumindest Himmler, dass dort eine Bereitschaft, unter der Führung Deutschlands ein ‚Großgermanisches Reich‘ zu bilden, vorhanden sei. Auch die konkrete Herrschaftsform konnte differieren, vom ‚Generalgouvernement‘ in Polen, zum ‚Protektorat‘ in Tschechien, einer Militärverwaltung in Frankreich und Belgien, ‚Reichskommissariaten‘ in den Niederlanden und Norwegen und einer Aufsichtsverwaltung in Dänemark. Die imperiale Politik des NS-Regimes war durchaus nicht einheitlich, sondern konnte sich jeweiligen Besonderheiten anpassen.

Des Weiteren macht Mazower deutlich, dass mit dem Nationalsozialismus die rücksichtslos gewalttätige Kolonialpolitik der europäischen Mächte wie Großbritannien, Belgien oder Frankreich nun auf dem Kontinent selbst praktiziert wurde. Die Deutschen waren lernwillige Schüler des europäischen Imperialismus des 19. und 20. Jahrhunderts, und Hitler war zuweilen erstaunt, dass England nicht anerkennen wollte, dass das Deutsche Reich in ähnlicher Weise Kolonialmacht in Osteuropa werden sollte. Die eroberten sowjetischen Gebiete seien ‚unser Indien‘, schwadronierte Hitler in seinen nächtlichen Tischgesprächen. Daher stellt Mazower Osteuropa zu Recht in das Zentrum seiner Untersuchung nationalsozialistischer Kolonialpolitik.

So produktiv Mazowers Ansatz ist, so enthält er doch auch Probleme. Denn die antisemitische Politik des NS-Regimes als Grundkonstante, die in allen Besatzungsherrschaften, gleich welche Form sie annahm, existierte und an der zugleich die Bündnistreue und Kollaborationswilligkeit der jeweiligen Regierungen gemessen wurde, tritt in Mazowers Buch zu stark zurück. Zwar war zweifellos auch die britische, französische, holländische und belgische Politik in den Kolonien rassistisch geprägt. Aber die systematische Vernichtung einer Menschengruppe bis in das letzte Glied allein aus rassistischen Gründen, wie es die Ermordung der eu-

ropäischen Juden darstellte, finden wir in deren Imperialpolitik nicht. Eine selbstlegitimierende ‚Zivilisierungsmission‘, wie sie insbesondere den britischen Imperialismus kennzeichnete, sucht man im nationalsozialistischen Imperium vergeblich. Mazowers Buch ist daher weniger die Lösung aller Fragen als vielmehr eine brillante Herausforderung, gewohnte Sichtweisen auf die Besatzungspolitik des NS-Regimes neu zu durchdenken und die internationalen Studien zum Kolonialismus produktiv für die Analyse zu nutzen.

Berlin

Michael Wildt

### **Sammelband und Quelledition zugleich**

*Bajohr, Frank/Strupp, Christoph (Hrsg.): Fremde Blicke auf das „Dritte Reich“. Berichte ausländischer Diplomaten über Herrschaft und Gesellschaft in Deutschland 1933–1945, 600 S., Wallstein, Göttingen 2012.*

„Die politische Situation in Deutschland hat sich stark verdunkelt. Persönliche Grundrechte wurden aufgehoben und niemand weiß, ob der so genannte ‚nationale Sozialismus‘, der die Macht über die Regierung übernommen hat, als eine Wiederbelebung Deutschlands in politischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht zu bewerten ist, oder ob am Ende eine blutige und zerstörerische Revolution die Konsequenz sein wird“ (Dok. 8, S. 360). Persönliche Wahrnehmungen wie die des costaricanischen Konsuls in München, Pedro Reitz, vom März 1933 waren es, die von ausländischen Botschaftern, Gesandten und Konsuln während des ‚Dritten Reiches‘ in Form von diplomatischen Depeschen zu zehntausenden niedergeschrieben und an die jeweiligen Heimatländer gesendet wurden. In ihrer Länge, ihrem Inhalt und ihrer Aussagekraft häufig sehr heterogen, sind sie doch gerade für die Historiographie als Zeitzugberichte von besonderem Wert: Die Verfasser der Depeschen weilten meist über einen langen Zeitraum in Deutschland, standen in Kontakt sowohl zu Vertretern als auch zu Kritikern des nationalsozialistischen Regimes, und waren gut informiert. Umso mehr mag die Tatsache verwundern, dass die Masse der diplomatischen Berichte bis dato nicht wissenschaftlich ausgewertet wurde.

Der vorliegende, von Frank Bajohr und Christoph Strupp herausgegebene Band „Fremde Blicke auf das ‚Dritte Reich‘. Berichte ausländischer Diplomaten über Herrschaft und Gesellschaft in Deutschland 1933–1945“ beschäftigt sich nun erstmalig sukzessive mit dieser Quellenart, wobei drei inhaltliche Fragen im Fokus des Bandes stehen: „1. Wie nahmen die Diplomaten das ‚Dritte Reich‘ wahr, und wie charakterisierten sie die nationalsozialistische Herrschaft? 2. Was berichteten sie über das Verhalten der deutschen Bevölkerung und deren Einstellung gegenüber dem Regime? 3. Was berichteten sie über die Verfolgung von Juden, mit deren Folgen sie u. a. durch die Erteilung von Visa unmittelbar konfrontiert waren?“ (S. 8).

Den Auftakt im ersten Teil des Werkes bildet ein äußerst konstruktiver, bilanzierender Beitrag des Mitherausgebers Frank Bajohr. Diesem folgen zehn Beiträge internationaler Autorinnen und Autoren, die anhand ausgewählter Länderbeispiele die diplomatische Berichterstattung analysieren, wobei die Länge der einzelnen Beiträge differiert. Neben den späteren Kriegsgegnern des NS-Regimes Großbritannien (Eckard Michels), den Vereinigten Staaten (Christoph Strupp), Frankreich (Jean-Marc Dreyfus) sowie Polen (Jerzy Tomaszewski), werden auch dessen Verbündete Japan (Tatsushi Hirano) und Italien (Ruth Nattermann), die neutralen Staaten Schweiz (Gregor Spuhler) und Dänemark (Karl Christian Lammers) sowie die Länder Argentinien (Holger M. Meding) und Costa Rica (Dennis Arias Mora und Christiane Berth) behandelt.

Im zweiten Abschnitt des Bandes werden in toto 241 ausgewählte Dokumentenauszüge vorgelegt, die mit Ausnahme der englischsprachigen und Schweizer Berichte ins Deutsche übersetzt wurden. Chronologisch nach Jahreszahlen (1933–1944) geordnet, geben sie Einblicke in die Kernthemen der diplomatischen Berichterstattung, wie etwa der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung. So gibt es beispielsweise zahlreiche Berichte über das Novemberprogramm 1938 und das Verhalten der örtlichen Bevölkerung. Samuel W. Honaker, amerikanischer Generalkonsul in Stuttgart, berichtete etwa am 12. November 1938 unter anderem: „Many people, in fact, are banging their heads with shame. On the other hand, possibly 20 per cent of the population has shown satisfaction as a result of the application of radical measures“ (Dok. 165, S. 505). Der kommissarische britische Generalkonsul in München, Wolstan Weld-

Forester, äußerte sich in ähnlicher Manier am 24. November 1938: „Quite a number of Germans have expressed their disgust and feelings of shame at the Pogrom“ (Dok. 178, S. 519). In diesem Zusammenhang verweist Frank Bajohr jedoch darauf, dass einigen Diplomaten jedoch sehr wohl bewusst war, „dass die Ablehnung offener Gewalt gegen Juden keineswegs bedeutete, die antijüdische Politik als solche abzulehnen“ (S. 33). Dies wird etwa anhand des Memorandums des britischen Generalkonsulats in Hamburg vom 5. Juli 1939 deutlich: „The attitude of the German youth to the Jewish question is not much different from that of the nation as a whole. They regret the recent excesses and the barbarous methods of carrying out anti-semitic principles, but are none the less firmly convinced of the necessity for ridding Germany of the last Jew“ (Dok. 192, S. 534).

Summa summarum lässt sich festhalten, dass der vorliegende Band eine sehr gelungene Studie darstellt. Das große Verdienst ist gewiss, eine bis dato kaum von der Forschung berücksichtigte Quellengruppe in den Fokus gestellt, analysiert und Quellenauszüge ediert zu haben. Der Quellenwert der diplomatischen Berichte, wie Bajohr zurecht verweist, „liegt vor allem in der eigenständigen, distanzierten Perspektive ihrer Verfasser und ihrer spezifischen Sicht auf verschiedenste Prozesse unter nationalsozialistischer Herrschaft, die sich durchaus signifikant von den Meldungen des NS-Regimes oder den sozialistischen Exilberichten unterscheiden“ (S. 36). Aufgrund des weit gestreuten Netzes von konsularischen Vertretungen bieten die diplomatischen Berichte als Quellen zudem die Möglichkeit, Einblicke in regionale Gegebenheiten zu erlangen. Es wäre wünschenswert, wenn diese Dokumente künftig mehr Berücksichtigung innerhalb der Historiographie finden würden.

Heidelberg

Melanie Hembera

### Nationalsozialistisches „Glaubenssystem“

*Ingrao, Christian:* Hitlers Elite. Die Wegbereiter des nationalsozialistischen Massenmords, 569 S., Propyläen, Berlin 2012.

Mit seinen Aussagen vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal erhitze Otto Ohlendorf die Gemüter. Hermann Göring verstand nicht, dass ein überzeugter Nationalsozialist den Sie-

gern so freimütig Rede und Antwort über die NS-Verbrechen stand. „Was erwartete das Schwein dadurch zu gewinnen? Er wird sowieso hängen!“, soll er gesagt haben. Die Prozessbeobachter dagegen konnten es nicht fassen, wie ein so offensichtlich gebildeter, kultivierter und eloquenter Mann wie der promovierte Volkswirt und ehemalige Mitarbeiter des renommierten Kieler Instituts für Weltwirtschaft zum Einsatzgruppenchef und Massenmörder werden konnte. Allzu wenig passte Ohlendorf in das damals gängige Täterbild von sozial randständigen, dumpf-primitiven und sadistischen SS-Schlägern, das der Buchenwaldhäftling Eugen Kogon 1946 in seinem Bestseller „Der SS-Staat“ propagiert hatte.

Dieses noch immer ungebrochene Staunen bildet den Ausgangspunkt von Christian Ingraos Studie „Hitlers Elite“. Vor allem auf der Basis von SS-Personalakten und Prozessunterlagen aus der Nachkriegszeit versucht er, die Lebensläufe von 80 promovierten Mitarbeitern des Reichssicherheitshauptamts zu rekonstruieren. Dabei setzt er – ohne dies in seiner nur dreiseitigen Einleitung wirklich zu erläutern – auf sozialanthropologische Methoden im Anschluss an Édouard Conte, Cornelia Essner und anderen.

In drei Haupt- und elf Unterkapiteln und über knapp vierhundert echte Textseiten verfolgt er den Werdegang seiner Protagonisten von ihrer Kindheit beziehungsweise Jugend zur Zeit des Ersten Weltkriegs über ihre Weimarer Studienjahre, in denen sie sich vielfach bereits intensiv in der rechtsradikalen und völkischen Szene vernetzten, ihren Eintritt in Heinrich Himmlers ‚Schwarzen Orden‘ beziehungsweise Reinhard Heydrichs Sicherheitsdienst und ihre mörderische Bewährung im ‚Osteinsatz‘ zur Zeit des Zweiten Weltkriegs bis hin zu den Nachkriegsprozessen. Dabei gelingt es ihm herauszuarbeiten, dass der Nationalsozialismus für diese Männer zu einem „Glaubenssystem“ wurde, dem sie mit großer „Inbrunst“ anhängen (S. 103). Entsprechend waren sie beim Einmarsch in Polen 1939 beziehungsweise in die UdSSR 1941 tatsächlich überzeugt, einen gerechten Krieg um „germanischen Lebensraum“ gegen jüdische und kommunistische Todfeinde des „Deutschtums“ zu führen. In diesen sahen sie nicht Mitmenschen, sondern Tiere – zu Beginn der Besatzungszeit wilde, bedrohliche Bestien, später domestiziertes Nutzvieh, das man straflos abschlachten durfte (S. 226f.). Die Passagen zu den Gewaltexzessen in Osteuropa und ihrer Legitimation durch die Täter fallen sprachlich dicht und bedrückend aus. Man

merkt, wie gut sich Ingrao auf diesem Gebiet auskennt, der mit „Les Chasseurs noirs“ schon 2006 eine Monografie über die besonders abscheuliche SS-Sondereinheit Dirlewanger veröffentlicht hat.

Allerdings überzeugt hier seine resolute Abgrenzung vom „übertriebenen Funktionalismus der deutschen Historikerzunft“ (S. 10) nicht ganz. Denn es wird nicht wirklich erörtert, welche Rolle Sachzwänge wie etwa der Kriegsverlauf, die Hygiene in den neu angelegten Gettos oder die Ernährungslage neben (und eben nicht statt!) ideologisch-intentionalistischen Mordmotiven spielten. Methodisch problematisch ist auch, dass Ingrao bei der Darstellung immer wieder Einzelbeispiele aus seinem doch recht großen Sample herausgreift, ohne zu thematisieren, inwiefern die in diesen Fällen gemachten Beobachtungen – etwa zum ideologischen Radikalismus Werner Bests und Otto Ohlendorfs (S. 97ff.) – tatsächlich für alle 80 Männer oder gar für die gesamte „Kriegsjugendgeneration“ (Ulrich Herbert) gelten können. Ein Quervergleich zu Mitgliedern dieser Alterskohorte, die nicht zu NS-Mördern, sondern zu Widerständlern (Elser, Stauffenberg) wurden, unterbleibt.

Am problematischsten an der vorliegenden Studie ist allerdings schlicht und einfach ihr Entstehungskontext. Abgesehen von kleinen Änderungen basiert die Arbeit auf Ingraos Dissertation, die er in den Jahren 1997–2001 an der Universität von Amiens angefertigt hat. Warum das Werk auf Französisch erst neun Jahre, auf Deutsch gar erst elf Jahre später erschienen ist, wird nicht erklärt. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre waren Ingraos Thema, sein methodischer Ansatz und seine argumentative Stoßrichtung gegen eine allzu ‚funktionalistische‘ und neopositivistische Holocaustforschung originell und zumindest teilweise gerechtfertigt. Über ein Jahrzehnt später gilt das nur noch sehr bedingt. Vor allem Michael Wildts fulminante Habilitationsschrift „Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes“ aus dem Jahr 2002 hat bereits viele Positionen durchgesetzt, die Ingrao nun mit allzu großer Verspätung nochmals anbietet. Und nicht nur aufgrund des früheren Erscheinungsdatums sollten diejenigen, die sich für die Mentalität der SS- beziehungsweise SD-„Intellektuellen“ – ein Begriff aus dem eigentlich treffenderen Titel der französischen Ingrao-Originalausgabe – interessieren, Wildts Buch den Vorzug geben. Auch hinsichtlich der Breite des Samples (221 statt 80 ‚Fälle‘) und der Quellengrundlage sowie der analytisch-methodischen

Klarheit ist Wildts Werk „Hitlers Elite“ überlegen. Dass Ingrao sich dessen eigentlich selbst bewusst ist, zeigt sich in seinen nachgeschobenen Erläuterungen zum Forschungsstand, in denen er Wildt einerseits als „großartiges Vorbild“ lobt, ihm andererseits aber ebenso vage wie ungerechtfertigt fehlende „analytische Tiefe“ vorwirft (S. 514f.). Insofern sollte die vorliegende Studie allen Doktoranden als Mahnung dienen, nicht allzu viel Zeit zwischen der Verteidigung und der Veröffentlichung ihrer Erstlingswerke vergehen zu lassen. Allzu rasch wird man gerade auf intensiv ‚beackerten Feldern‘ wie der Holocaustforschung vom Forschungsstand überholt.

Rosenheim

Bastian Hein

### Quellengesättigte Darstellung

*Rohrkamp, René*: „Weltanschaulich gefestigte Kämpfer“: Die Soldaten der Waffen-SS 1933–1945. Organisation – Personal – Struktur, 656 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2010.

Es ist bezeichnend, dass Bernd Wegners Dissertation „Hitlers politische Soldaten“ aus dem Jahr 1980 bis in die Gegenwart – die 9. Auflage ist 2010 erschienen – immer wieder neu aufgelegt werden musste, weil sich die seriöse Geschichtswissenschaft lange Zeit sträubte, sich mit der Waffen-SS zu beschäftigen und deren Geschichtsschreibung den entsprechenden Apologeten überließ. Erst in den vergangenen Jahren haben vor allem jüngere Historiker wie Martin Cüppers („Wegbereiter der Shoah“, 2005), Jean-Luc Leleu („La Waffen-SS“, 2007) und eben René Rohrkamp beachtenswerte Forschungen zur Waffen-SS vorgelegt. Stärker als es Wegner aufgrund der Quellenerschließung damals konnte, legen diese jüngeren Arbeiten ihren Schwerpunkt auf das Sozialprofil der Angehörigen der Waffen-SS.

René Rohrkamps 2009 eingereichte Dissertation ist im Rahmen des DFG-Projekts „Überregionale Erschließung personenbezogener Quellen zu Angehörigen der bewaffneten Formationen des „Dritten Reiches““ entstanden, aus dem bereits die viel beachtete Studie von Christoph Rass mit einer umfassenden sozialstatistischen Untersuchung von Wehrmachtssoldaten am Beispiel der 253. Infanteriedivision hervorging. Die Datengrundlage bilden etwa zwei Millionen Wehrstammbücher in der Zen-

tralnachweisstelle des Bundesarchivs Kornelienmünster bei Aachen, aus denen Rohrkamp für seine Studie – mit einwandfreier sozialwissenschaftlicher Methodik – ein repräsentatives Sample von 2.555 Stammbüchern von Waffen-SS-Angehörigen entnommen hat. Dabei ergibt sich aufgrund des Ausgangsmaterials, das zum Großteil aus dem damaligen Wehrkreis VI stammt, der etwa dem heutigen Nordrhein-Westfalen entspricht, ein regionaler Bias. Als Vergleichssample wurden die Personaldaten von 68 ausgewählten Kompanien hauptsächlich des Heeres herangezogen. Die Auswertung dieser umfangreichen Personaldaten bildet den ersten Teil seiner Studie.

Nach acht Kriterien – Alter, regionale und familiäre Herkunft, Konfession, NS-Sozialisation, Rekrutierung, Zugehörigkeitsdauer und militärisches Leben – untersucht Rohrkamp die Daten. Deutlich überwiegen 1943 bei der Waffen-SS die jungen Jahrgänge 1921 bis 1928 (65 Prozent), die bei der nationalsozialistischen Regierungsübernahme noch zur Schule gingen, während bei der Wehrmacht die Jahrgänge 1911 bis 1920 dominierten. Die meisten Waffen-SS-Angehörigen dieses Samples stammten aus dem Westen Deutschlands. Interessanter ist die soziale Herkunft: Mit 62 Prozent stammten mehr Waffen-SS-Soldaten aus der Arbeiterschicht, gemessen am Beruf des Vaters, als beim Heer (57 Prozent), in dem es zudem mehr Soldaten gab, deren Väter aus der unteren Mittelschicht stammten. Aufräumen kann Rohrkamp mit der Legende, dass sich die Waffen-SS vorwiegend aus ländlichen Regionen rekrutierte. Vielmehr kamen ihre Mannschaftsdienstgrade wie Unterführer zum allergrößten Teil aus den städtischen Unterschichten.

Die sogenannten „Gottgläubigen“, das heißt diejenigen, die aus der Kirche ausgetreten waren, sich aber dennoch als religiös verstanden, waren bei der Waffen-SS stärker vertreten. Auch die Zahl derjenigen, die Mitglied einer NS-Organisation waren, waren mit 75 Prozent mehr als doppelt so hoch vertreten wie bei den Wehrmachtssoldaten. Das hat, wie Rohrkamp anmerkt, nicht zuletzt damit zu tun, dass die Waffen-SS junge Jahrgänge rekrutierte, deren Sozialisation im Nationalsozialismus stattfand.

Anders als im Heer, dessen Infanteriedivisionen häufig aus bestimmten Regionen rekrutiert wurden, fehlte den Waffen-SS-Einheiten diese regionale Homogenität und damit auch jene spezifische, regional geprägte Gruppenkohäsion, wie sie für die Wehrmacht typisch war. Die Todesrate fiel bei der Waffen-SS deutlich

höher aus als bei den Wehrmachtssoldaten. Gerade die Jahrgänge 1911 bis 1920 kamen als junge Soldaten früh und unerfahren und zugleich lange zum Einsatz. Zudem wurden Waffen-SS-Einheiten in besonderer Weise für Kampfeinsätze ausgewählt. Kein Heroismus, wie die apologetische Literatur zur Waffen-SS glauben machen will, sondern erbarmungsloses Verheizen von Soldaten kennzeichnete die Waffen-SS.

Im zweiten Teil seines Buches stellt Rohrkamp sowohl die Entwicklung der Organisationsstrukturen der Waffen-SS wie ihre jeweiligen Rekrutierungsstrukturen dar. Hier folgt er im Wesentlichen der Phaseneinteilung von Bernd Wegner, indem er die Entstehung der Waffen-SS 1933 bis 1939 von deren Reorganisation 1939/40 unterscheidet und den Einsatz im Krieg 1940 bis 1944 vom letzten Kriegsjahr 1944/45 abgrenzt. Hier kann sich Rohrkamp auf die mittlerweile angewachsene Literatur stützen und seine Forschungsergebnisse einbringen, sodass mit seiner Studie das Buch von Bernd Wegner nicht abgelöst, aber doch in vieler Hinsicht erweitert wird. Man wird daher von nun an auf Rohrkamps quellengesättigte Darstellung als erste zurückgreifen, wenn man sich über die Soldaten der Waffen-SS informieren will.

Berlin

Michael Wildt

## **Schein und Sein der SS**

*Hein, Bastian: Elite für Volk und Führer? Die Allgemeine SS und ihre Mitglieder 1925–1945, 356 S., Oldenbourg, München 2012.*

Im Jahr 1939 gehörten deutlich über 200.000 Mann der Allgemeinen SS an, rund 90% aller SS-Mitglieder. Entsprechend bezeichnete der ‚Reichsführer-SS‘ Heinrich Himmler die Allgemeine SS als ‚Fundament‘ seines ‚Ordens‘, und auch die Richter der Nürnberger Nachkriegsprozesse charakterisierten sie als das ‚Rückgrat‘ der Schutzstaffel. Umso erstaunlicher ist, dass die wissenschaftliche Geschichtsschreibung bislang ihr Augenmerk mehrheitlich auf besondere Gruppierungen und Tätigkeitsfelder der SS richtete – etwa die KZ-Wachmannschaften, die Waffen-SS oder die Exekutoren des NS-Völkermordes – und die Allgemeine SS als ‚bloßes Organisationsgerippe‘ und ‚nur auf dem Papier existent‘ abtat.

Bastian Hein kehrt mit der Analyse der Allgemeinen SS und ihrer Mitglieder zu den Ursprüngen der Schutzstaffel zurück: Wer verstehen will, wie die SS zur gewalttätigsten Terrororganisation des NS-Regimes werden konnte, findet in der intensiven Auseinandersetzung mit den Männern der Allgemeinen SS, die ehrenamtlich neben der normalen Berufstätigkeit große Teile ihrer Freizeit für den SS-Dienst aufwendeten, einen erkenntnisreichen Zugang.

Hein stützt sich in seiner Studie – zugleich seine Habilitationsschrift – auf vier Quellenbestände: Die Aktenbestände der zentralen Institutionen der SS (also etwa der Reichsführung-SS und verschiedener SS-Hauptämtern), regionale und lokale Quellenbestände (sofern überliefert), SS-Personalakten und ein umfangreiches, breit gefächertes Sample zeitgenössischer Presseberichterstattung über die SS (vgl. S. 8ff.). Die Ergebnisse aus der Sichtung dieser Materialien präsentiert Hein in sechs Kapiteln, die zwar nach Inhalten strukturiert sind, aber auch chronologisch der Organisationsgeschichte der Allgemeinen SS folgen.

Hein begreift die Entstehung der nationalsozialistischen ‚Bewegung‘ und darin der SS als Gegenreaktion auf die Krise der deutschen Männer (Kapitel I). Im späten Kaiserreich und der Weimarer Republik sei deren Männlichkeitsideal in religiöser, politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht in Frage gestellt worden. Obwohl Hein selbst einschränkt, die „hier gewählte Perspektive“ stelle „nur eine mögliche Wahrnehmungsform“ dar, „keineswegs die einzige“ (S. 38), überzeugt die Einbettung der SS in einen größeren historischen Zusammenhang, da hierdurch – einmal mehr – die Mär vom Nationalsozialismus als ‚Betriebsunfall‘ der deutschen Geschichte ad absurdum geführt wird.

Es ist ein Verdienst Bastian Heins, die vielfache Diskrepanz zwischen Ideal und Wirklichkeit der SS herauszuarbeiten. Bereits die sorgfältige Betrachtung der Entstehungsgeschichte der SS (Kapitel II) belegt aufgrund der „organisatorischen, funktionalen und habituellen Überschneidungen zur SA“ (S. 74), dass es sich bei der Abgrenzung der angeblich vornehmen SS von der vermeintlich plebejischen SA um eine – von der Geschichtsschreibung vielfach undifferenziert übernommene – Propagandalüge Himmlers handelt. Dieser „Konstruktion des ‚Schwarzen Ordens‘“ (Kapitel III) widmet Hein viel Aufmerksamkeit und durchleuchtet das neue Image, das Himmler der SS ab 1930 zu geben versuchte: Die SS sollte in unbedingter Loyalität und Treue zum ‚Führer‘ eine neue



Form ‚politischen Soldatentums‘ schaffen, die nationalsozialistische Weltanschauung wie niemand anders (vor)leben und verbreiten, dabei eine besondere rassische Auslese des deutschen Volkes darstellen und zudem eine männliche, heterosexuelle Organisation sein, deren Kinderreichtum die ‚Aufnordung‘ des ‚deutschen Blutes‘ maßgeblich voranbringen sollte (S. 92). Mit scharfem Blick analysiert Hein die Realität „Hinter der Fassade der SS“ (Kapitel IV) und belegt, dass die SS in vielerlei Hinsicht den eigenen Ansprüchen kaum gerecht wurde. Möglicherweise wäre hier die Gegenüberstellung von Schein und Sein der Schutzstaffel ohne Aufteilung in zwei unterschiedliche Kapitel noch unmittelbarer und einprägsamer.

Sehr gelungen ist die Betrachtung, was es in der alltäglichen Realität eigentlich bedeutete, ehrenamtliches Mitglied der Allgemeinen SS zu sein. „Die ‚Erziehung‘ der SS-Männer“ (Kapitel V) drückte sich in einem System von Belohnung und Strafe, Sport, weltanschaulicher Schulung und der Einführung von SS-spezifischen Festen, Feiern und religiösen Ersatzhandlungen aus. Hierbei betont Hein, dass es schwer zu klassifizieren ist, ob Himmlers Vorlieben für Mystisches und Okkultes geteilt und Julfeiern, Namens-, Ehe- oder Totenweihen und andere SS-Feste ernsthaft begangen wurden. Eine insgesamt eingehendere Analyse der Rolle, die die Ehefrauen der SS-Männer im Kontext der ‚SS-Sippengemeinschaft‘ einnahmen, wäre hier erfreulich gewesen.

Ab Kriegsbeginn im September 1939 wurde die Allgemeine SS durch Einberufung zu Wehrmacht, Waffen-SS oder anderen Kriegsdiensten zwar ausgezehrt (Kapitel VI), doch nun zeigte sich, dass die jahrelange Schulung ihre Spuren hinterlassen hatte: Gerade die Einheiten, „in denen ein besonders hoher Anteil von Angehörigen der Allgemeinen SS zu finden war“, hatten „einen überproportionalen Anteil an den fürchterlichen SS-Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs“ (S. 281). Der spannenden Frage, wie der Weg der Mitglieder der Allgemeinen SS nach Kriegsende weiterging, geht Hein leider nicht mehr nach. Bezogen auf ihren Aktivismus, ihr Engagement und ihre Beteiligung an den Verbrechen des Nationalsozialismus stach die SS hervor, mit ihrer „hochgradig gemischte[n] sozialstrukturelle[n] Zusammensetzung“ (S. 158) stammte sie jedoch aus der Mitte der deutschen Gesellschaft und war „eher ‚ganz normal‘ als elitär“ (S. 313). Dies unterstreicht die beunruhigend niedrige allgemeine Hemmschwelle gegenüber gegenmenschlichem Verhalten.

Der wichtigen Studie von Bastian Hein – vom Oldenbourg Verlag sorgfältig lektoriert und hochwertig verlegt – ist zu wünschen, dass sie eine breite Leserschaft über das akademische Fachpublikum hinaus findet – möglicherweise nicht zuletzt jene, die mehr über einen Vorfahren mit SS-Mitgliedschaft herausfinden wollen.

Wewelsburg

Moritz Pfeiffer

### Außergewöhnliche Synthese

*Eckart, Wolfgang Uwe:* Medizin in der NS-Diktatur. Ideologie, Praxis, Folgen, 567 S., Böhlau, Wien u. a. 2012.

Wer über Medizin liest, denkt unwillkürlich an Gesundheit und an Ärzte, die ihren Beruf ergriffen haben, um Menschen zu helfen, die krank wurden. Er denkt an das Gute im ärztlichen Tun. Wer sich Wolfgang Eckarts Buch über die Medizin im Dritten Reich vornimmt, wird auf beklemmende Weise eines Besseren belehrt. Nicht Heilung ohne Ansehen der Person steht im Mittelpunkt, sondern ‚Heilung‘ des Volkskörpers vor angeblich rassefeindlichem, minderwertigem, die Gesundung der Volksgemeinschaft zersetzendem Leben. Der gesamte medizinische Korpus – Ärzteschaft, Pflegepersonal, der administrative Medizinalsektor, ferner das Sozialversicherungswesen – zeichnete sich durch eine Willfährigkeit gegenüber „einem zum Verbrecherischen gebeugten Staatsutilitarismus“ (S. 16) aus, der die bagatellisierende Vokabel der ‚Verstrickung‘ als exkulpatorisches Moment von vornherein auszuschließen nötig.

Die Willfährigkeit des medizinischen Apparates im Dritten Reich wird erst verstehbar aus den vorausgegangenen biopolitischen Ideen und Ideologien und entsprechenden politischen Programmatiken, die weit ins 19. Jahrhundert zurückreichen. So ist es nur konsequent, wenn das Buch mit der Analyse dieser Phänomene einsetzt. Eckart entfaltet ein breites Panorama an biopolitischen Ideen, das vom Malthusianismus über Lamarckismus und Sozialdarwinismus zur Entwicklung rassenanthropologischer und -hygienischer Vorstellungen führt, die mit antisemitischen Obsessionen konvenierten. Auch weit verbreitete, skurril anmutende Gruppierungen aus der Siedlungs- und Nacktkulturbewegung gehören nach Eckart in diesen Zusammenhang. Allen diesen Ideologien und rassen-

politischen Zielsetzungen gemeinsam ist die Ausscheidung aller, die dem ‚Volkskörper‘ ökonomisch wie sozial und kulturell zur Last fallen („Menschenhülsen“ und „Ballastexistenzen“, S. 71). Der Euthanasie-Gedanke und seine Wendung ins Positive, das heißt, der gerechtfertigten Tötung „völlig wertloser, geistig Toter“ (S. 72), wurde in der Weimarer Republik mit großem wissenschaftlichem Aufwand ernsthaft diskutiert.

Mit der Darstellung des biopolitischen Programms der frühen NSDAP und der Gründung des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes (NSDÄB) leitet Eckart über zur Deskription der „biodiktatorischen Praxis“ (S. 101ff.) seit 1933. An dieser Stelle kann dem lediglich enumerativ Rechnung getragen werden: Arisierung, Gleichschaltung und Verfolgung; die erbiologische ‚Gesetzgebung‘; die ‚Vernichtung lebensunwerten Lebens‘; die Rolle von Körperkult und Sport; Auslese und Fürsorge in *Lebensborn* und Nationalsozialistischer Volkswohlfahrt; die ‚Leistungsmedizin‘ des Betriebsarztsystems; die Krankenpflege; die völkische Geburtshilfe und auch die NS-Medizin im Propagandafilm. Größere Abschnitte über die medizinische Forschung und die tödliche Experimentalforschung am lebenden Menschen führen die Abhandlung weiter. An ausgewählten Beispielen werden die medizinischen Fakultäten behandelt sowie zentrale Forschungsinstitutionen und ausdifferenzierte Forschungsfelder untersucht wie Anatomie und Physiologie, Vererbungswissenschaft, Psychiatrie, Infektiologie und Tropenmedizin sowie die Krebsforschung, wobei letztere „Spitzenreiterin“ (S. 286) unter den Förderprogrammen der DFG war. Eines der bedrückendsten Kapitel des gesamten Buches gibt im Anschluss daran Auskunft über die tödliche Experimentalforschung am lebenden Menschen. In dem Kapitel über „Medizin und Krieg“ rückt das Soldatische im Ärztetum in den Vordergrund: das Sanitätswesen, der Tatbestand der „Politisierung des Soldatenkörpers“ (S. 320ff.), Kriegsschauplätze (als traumatisches Beispiel Stalingrad) sowie Bombenkrieg und Vergewaltigungen.

Eckarts Buch endet nicht 1945. Zwei Thematiken beschäftigen ihn über das Kriegsende hinaus: erstens die Gesundheitslage nach dem Krieg, der Diskurs um Schädigung und Entschädigung in den 1950er Jahren, die Kriegsgefangenen-Problematik und das Phänomen der sogenannten ‚Heimkehrer‘-Krankheiten. Hier zeigte sich, analog zu den Diskussionen nach dem Ersten Weltkrieg, dass die heimkeh-

renden deutschen Kriegsgefangenen, insbesondere diejenigen aus sowjetischen Lagern, anfänglich psychiatrisch als ‚Kriegsneurotiker‘ stigmatisiert wurden, denen ein autistisches Begehrlichkeitssyndrom in Bezug auf Rentenansprüche unterstellt wurde (S. 389f.). Zweitens – und das als logisch-ethische Konsequenz – das Kapitel „NS-Medizin vor Gericht“. Angesichts der Hochkomplexität dieser NS-Hinterlassenschaft verblieb Eckart bei einer „nur kursorisch[en]“ (S. 395) Darstellung der wichtigsten Medizinerprozesse in der Nachkriegszeit, die in der Öffentlichkeit Furore gemacht hatten. Eine Gesamtanalyse aller Nachkriegsprozesse, insbesondere im ehemaligen sowjetischen Machtbereich und insbesondere auch unter prosopographischen Aspekten, sieht er als eine noch zu schließende Forschungslücke an (ebd.).

Wolfgang Eckart, der vielleicht kompetenteste Medizinhistoriker einer deutschsprachigen *Contemporary History*, hat eine außergewöhnliche Synthese des niederschmetternden Phänomens des medizinischen Sektors im Dritten Reich vorgelegt. Er hat dabei unter anderem auf zahlreiche Aufsätze und andere Beiträge zurückgreifen können, die aus seiner Feder stammen und in Fachorganen und Sammelbänden zu finden sind, wodurch sich Ähnlichkeiten von Textbausteinen erklären könnten. Der interessierten Leserschaft wäre ein Fazit und auch ein Verzeichnis der benutzten Archivalien willkommen gewesen.

Zu fragen wäre, ob Michel Foucault – wie zur Zeit recht häufig in den historischen Disziplinen – als Theoretiker herangezogen werden sollte. Im vorliegenden Falle ist es der Begriff der Bio-Macht (*biopouvoir*) im Sinne eines Ensembles von Herrschaftstechniken, die auf die Einschränkung der „körperlichen, reproduktiven und mikrosozialen Freiheitsberaubung“ (S. 14) hinzielen, dies aber im Zeichen eines kollektiven Gesundheitsverhaltens beziehungsweise der Förderung des Gesundheitsniveaus. Es ist im vorliegenden Buche indes umso erfreulicher, dass bei Eckart das Foucault’sche ‚bio‘ lediglich in ‚Biopolitik‘ oder ‚biodiktatorisch‘ eher zaghaft aufscheint.

Foucaults Begriff der Bio-Macht verweist auf einen weiteren Gesichtspunkt, der zum Nachdenken zwingt: der Umstand, ob es sich beim Nationalsozialismus primär um eine Biodiktatur handelte. Gewiss sind die Rassevorstellungen eine konstituierende Konstante der nationalsozialistischen Diktatur. Aber viele andere Bereiche dieses Systems wie die Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft oder die Außenpolitik

würden nur bedingt darunter fallen. Auch ist Foucaults Diskursbegriff allenthalben gegenwärtig. Ob er, für sich selbst schon recht unpräzise, für Analyse und Beurteilung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems ‚einsatzfähig‘ ist, erscheint mehr als diskussionswürdig.

Eine dritte Frage ist die, ob die nationalsozialistische Sozial- und Gesundheitspolitik als ‚fortschrittlich‘ anzusehen ist. Neueste Studien zur Impfpolitik scheinen dies nahe zu legen (vom Zwang in der Weimarer Republik zur Freiwilligkeit im Nationalsozialismus). Eckart hat sich darüber explizit dort geäußert, wo er die Humanexperimente der nationalsozialistischen Medizin behandelt. Hier stellt er die entscheidenden Fragen: „Dürfen die Ergebnisse verbrecherischer Forschung weiterverwertet werden und wenn ja, unter welchen Bedingungen? [...] Welche ethischen Konsequenzen für die aktuelle medizinische Forschung sind aus ihnen abzuleiten?“ (S. 291). Der Autor wirft die damit verbundenen Probleme auf, stellt Fragelücken fest; aber man vermisst, zumindest an der bezeichneten Stelle, einen klaren Standpunkt. Es verwundert auch, dass Eckart bereits zu Beginn seiner Darstellung unmissverständlich zu verstehen gegeben hat, dass ethische Problemkonstellationen nicht Befehlsstand des Buches seien (S. 19). Das ist befremdlich, zumal das Institut an der Heidelberger Universität, dem er vorsteht, in seinem Namen nicht nur die historische, sondern auch die ethische Dimension mit umfasst. Eckart hat den Umstand der „Radikalisierung des naturwissenschaftlichen Denkens in der Medizin“ (S. 293) schon weit vor 1933 als Tatsache identifiziert, der die Moral des Humanexperimentes überlagert habe. Aber unter welchen Bedingungen? (S. 294). Aus dem Duktus von Eckarts Darstellung ist aber entschieden ersichtlich, dass es hier keine Kompromisse geben kann.

Ein vierter Gesichtspunkt – der nicht mehr durch die Perspektivik des Buches erfasst wird – betrifft ein altes, aber nicht minder wichtiges historiographisches Appellativum: Kann man, im vorliegenden Falle: muss man aus der Geschichte lernen? Eckart hat zahlreiche Aussagen von Protagonisten zitiert, die im Blick auf Gesundheit und auf sozialpolitische Maßnahmen mit Postulaten hantieren, die assoziativ verdächtige Ähnlichkeiten mit Äußerungen von modernen Marktradikalen aufweisen, sodass man nicht nur von Biopolitik, sondern auch von Bioökonomie sprechen kann. Es sei hier als zynischen Beleg auf eine Aussage des Hygienikers Friedrich E. Haag verwiesen, der über das

„Reich als Sozialaristokratie“ räsoniert hatte, wonach im Sinne einer „sozialausbeuterischen“ (S. 88) Maßnahmepolitik dem kranken und schwachen Individuum unmissverständlich auferlegt werden müsse, der ‚Volksgemeinschaft‘ seine Arbeitskraft bedingungslos zur Verfügung zu stellen. Man muss lediglich die Terminologie vertauschen (Gesellschaft, Markt statt ‚Volksgemeinschaft‘), dann lassen sich Strukturähnlichkeiten (notabene keine faktischen Ähnlichkeiten!) unschwer feststellen: dort der Druck des Staates, hier der Druck der Marktgesellschaft.

Heidelberg

Arno Mohr

### Neue Perspektiven auf skandinavische Rettungsaktion

*Wrochem, Oliver von (Hrsg.): Skandinavien im Zweiten Weltkrieg und die Rettungsaktion Weiße Busse. Ereignisse und Erinnerung, 359 S., Metropolis, Berlin 2012.*

Gegen Ende des Krieges, schreibt Saul Friedländer in „Die Jahre der Vernichtung“ (2006), wurden „die deutschen Maßnahmen hinsichtlich des Schicksals der verbliebenen Juden immer widersprüchlicher“ (S. 675). Zu diesen Widersprüchen gehören auch die seit Frühjahr 1944 stattgefundenen Verhandlungen jüdischer Organisationen, des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und nationaler Rot-Kreuz-Organisationen über die Freilassung von KZ-Häftlingen, während die Vernichtung der Juden noch in vollem Gang war und in den Konzentrationslagern die höchsten Todesraten erreicht wurden. Tatsächlich gelang es, durch diese Initiativen, zu denen auch die Rettungsaktion „Weiße Busse“ zählt, mehrere zehntausend Häftlinge freizubekommen – zumeist jedoch erst im März und April 1945.

Der vorliegende Sammelband widmet sich den Hintergründen der Rettungsaktion „Weiße Busse“ unter Leitung von Graf Folke Bernadotte, mit der etwa 15.000 KZ-Häftlinge befreit wurden. Der Band versammelt eine Reihe von Beiträgen, die sich mit der Durchführung dieser Aktion und deren Rezeption nach 1945 beschäftigen. Eingeleitet wird der Band mittels acht Texten, die sich mit der deutschen Besatzungspolitik, dem Schicksal der aus Dänemark und Norwegen deportierten Häftlinge und dem Thema Kollaboration beschäftigen. Der Band schließt mit 13 Zeitzeugenberichten von dänischen und norwegischen KZ-Überlebenden so-

wie zwei schwedischen Teilnehmern der Rettungsaktion.

Besonders gelungen ist den Autor/innen die Einbettung der Rettungsaktion „Weiße Busse“ in den historischen Kontext der deutschen Besetzung in Skandinavien. Therkel Stræde, einer der Autoren, weist explizit darauf hin, dass die Rückführung der skandinavischen Häftlinge nur aufgrund der besonderen Besatzungsordnung in Dänemark zustande kam. Über die „Fiktion der ‚Friedensbesetzung‘“ (S. 24) – Dänemark blieb trotz der Besetzung formell ein souveräner Staat – und die sogenannte „Verhandlungspolitik“ gelang es der dänischen Regierung, einen „relativ großen, wenn auch immer enger werdenden Handlungsspielraum aufrechtzuerhalten“ (S. 22). Dieser „Sonderstatus“ hatte auch konkrete Auswirkungen auf die in die Konzentrationslager deportierten Dänen, wie Henrik Skov Kristensen in seinem Beitrag zeigt. Für die dänische Regierung war die Deportation von ca. 6.100 Dänen ein „Eingriff in ihre Souveränität und damit [...] völkerrechtswidrig“ (S. 33). Die dänischen Behörden bemühten sich deshalb von Beginn der Deportation an, Informationen über das Schicksal der Deportierten einzuholen, ihnen Lebensmittelpakete zukommen zu lassen und als „Maximalziel der Verhandlungen“ (S.40) mit deutschen Behörden die Betroffenen nach Dänemark zurück zu führen. Für die Deportierten waren diese Bemühungen lebensrettend. Die geringe Sterblichkeitsrate der dänischen und norwegischen Deportierten war neben ihrer rassischen Einordnung vor allem der Versorgung mit Rot-Kreuz-Paketen zu verdanken. Die Pakete verschafften den Häftlingen eine privilegierte Stellung im Lager und bedeuteten einen „unvorstellbaren Reichtum“ (S. 58). Die materielle Besserstellung schürte jedoch auch „Neid und Hass“ (S. 76) unter den übrigen Häftlingen. Im März/April 1945 wurden bei der Rettungsaktion schließlich 15.000 Häftlinge mit den „Weißen Bussen“ befreit und nach Dänemark und Schweden gebracht.

Die problematischen Aspekte der Rettungsaktion werden vor allem in den Beiträgen von Ingrid Lomfors und Jörg Wollenberg thematisiert. Lomfors zufolge gibt es in Schweden einen *blind spot* in der Erinnerung an die Bernadotte-Aktion. Während in der heutigen Erinnerung die „Weißen Busse“ vor allem mit der Rettung jüdischer Häftlinge im Allgemeinen assoziiert werden, wird übersehen, dass Juden unter den Geretteten nur eine Minderheit darstellten und erst Ende März 1945 in die Rettungsaktion

einbezogen wurden. In der Anweisung hieß es: „in erster Linie Skandinavier, in zweiter Linie Nicht-Skandinavier, in dritter Linie, sofern es sich anbietet und wenn keine Nachteile zu befürchten sind, [...] Juden“ (S. 177). Schwerer wiegt Lomfors' Vorwurf, dass das schwedische Rote Kreuz seine humanitären Prinzipien verraten habe, als die Busse für den Abtransport kranker Häftlinge vom KZ Neuengamme in Außenlager verwendet wurden, um dort Platz für die Skandinavier zu machen, und dadurch den Tod von zahlreichen Häftlingen verursacht beziehungsweise in Kauf genommen hat. Trotz zahlreicher kritischer Berichte über diesen Transport zog es das Schwedische Rote Kreuz vor zu schweigen und stattdessen „to pretend that it never took place“ (S. 158). Im Kern geht es dabei auch um die Rolle Folke Bernadottes, der in Schweden bis heute als Held gilt. Wollenberg verortet die Bernadotte-Aktion im Rahmen des „schwedischen Doppelspiels“ (S. 172) in den von Himmler initiierten geheimdienstlichen Verhandlungen über einen Separatfrieden mit den Westalliierten, wobei „die Überlebenden des Holocaust als ‚Trumpfkarte‘“ (S. 177) dienten.

Während die Aktion „Weiße Busse“ in der schwedischen Erinnerungskultur an den Zweiten Weltkrieg einen zentralen Platz einnimmt – „an emblem of the good society“ (S. 145) –, werden die „Weißen Busse“ auch in Dänemark weitgehend mit Folke Bernadotte und dem schwedischen Roten Kreuz assoziiert, obwohl durch neuere Forschungen auch der nicht zu unterschätzende dänische Anteil an der Rettungsaktion bekannt ist. Dieses Bild wurde, wie Henrik Sommerlund in seinem Beitrag zeigt, vor allem von jenen dänischen KZ-Häftlingen geprägt, die Bernadotte nach ihrer Rettung in Neuengamme getroffen hatten und ihm „eine geradezu mythische Bedeutung“ (S. 203) als Retter zuwiesen. In Deutschland ist die Rettungsaktion noch immer weitgehend „ein akademisches Thema“ (S. 197). Für die deutschsprachige Forschung erschließt der vorliegende Band jedoch neue Perspektiven vor allem der jüngeren dänischen und schwedischen Zeitgeschichtsforschung, die aufgrund sprachlicher Barrieren sonst wohl kaum rezipiert würden. Als kleines Manko des Bandes ist das Fehlen eines – geplanten, aber nicht zustande gekommenen – Beitrags über den norwegischen Anteil an der Rettungsaktion zu nennen, der das Gesamtbild abgerundet hätte.

Salzburg

Alexander Prenninger

## Erfahrungsgeschichte französischer Zwangsarbeiter

*Schieder, Paul*: Französische Zwangsarbeiter im „Reichseinsatz“ auf dem Gebiet der Republik Österreich. Hintergründe und Lebenswelten, 218 S., Böhlau, Wien u. a. 2012.

Nach dem Boom der Jahrtausendwende ist das Forschungsinteresse an der NS-Zwangsarbeit zwar zurückgegangen, aber keineswegs erloschen. Das ist gut so, denn trotz des zu Recht beklagten Redundanzproblems in vielen Bereichen der Zwangsarbeiterforschung gibt es nach wie vor Lücken und offene Fragen. In der Forschung der letzten fünfzehn Jahre standen die Zwangsarbeiter/innen aus Osteuropa im Vordergrund, die im Vergleich zu jenen aus anderen Teilen Europas am meisten gelitten hatten und auch im Zentrum der öffentlichen Debatte und des Entschädigungsverfahrens der frühen 2000er Jahre standen. Dagegen sind jüngst zwei Studien erschienen, die sich mit der größten Gruppe westeuropäischer Zivilarbeiter im ‚Reichseinsatz‘ befassen: den französischen Dienstverpflichteten während der Jahre 1942 bis 1945. Es handelt sich einerseits um die umfassende, 2010 in Frankreich publizierte Arbeit „Les STO“ von Patrice Arnaud zum Reichsgebiet insgesamt, andererseits um das hier zu besprechende Buch von Paul Schieder über die französischen Zwangsarbeiter auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich.

Dem Autor geht es um eine Erfahrungsgeschichte der Zwangsarbeit: Er fragt, wie sich die Erlebnisse in Österreich und die Rückkehr nach Kriegsende in den Erinnerungen ehemaliger Zwangsarbeiter widerspiegeln (S. 10, 57). Dass das Buch nicht aus einer Dissertation, sondern einer Diplomarbeit hervorgegangen ist, setzt Umfang und Reichweite der Analyse naturgemäß gewisse Grenzen. Als Materialbasis dienen die veröffentlichte Erinnerungsliteratur mit Österreich-Bezug und acht „narrativ-biographische“ (S. 147) Interviews, die der Verfasser 2002 mit ehemaligen französischen Zwangsarbeitern geführt hat.

Auf Anmerkungen zum Forschungsverlauf in Deutschland, Österreich und Frankreich und zur Begrifflichkeit (Kapitel 2 und 3) folgt ein literaturbasierter Überblick über den historischen „Hintergrund“ (Kapitel 4), der insbesondere über die deutsche Rekrutierungspolitik in Frankreich, die Kollaborationspolitik des Vichy-Regimes und die quantitative Dimension des Einsatzes französischer Zivilarbeitskräfte auf österreichischem

Boden informiert. Knapp 10% der zivilen französischen Arbeitskräfte im Deutschen Reich befanden sich Ende 1943 in der ‚Ostmark‘; zwischen 9 und 12% der ausländischen Zivilarbeitskräfte in der ‚Ostmark‘ waren in den Jahren 1943 bis 1944 französische Staatsangehörige. In Kapitel 5 geht Schieder auf Grundlage der Erinnerungs- und Forschungsliteratur den Arbeits- und Lebensbedingungen der französischen Dienstverpflichteten in Österreich von ihrer Ankunft bis zu Befreiung und Repatriierung nach. Dabei präsentiert er ein feingliedriges Panorama zu den Aspekten Unterkunft, Verpflegung, Lohn, Freizeit, Urlaub, Flucht, Widerstand, Repression, Kleidung, medizinische Versorgung, Schwarzmarkt, Kontakt zur lokalen Bevölkerung und anderen (wobei sich zu einzelnen Bereichen auf der Basis der ausgewerteten Erinnerungsberichte offenbar recht wenig sagen lässt). Dabei interessiert Schieder vor allem die Frage, inwieweit geltende Vorschriften in der Praxis umgesetzt wurden beziehungsweise die Erfahrungen der Zwangsarbeiter von der Erlasslage abwichen. Die Untersuchung bestätigt in wesentlichen Punkten die bisherige Forschung, etwa dahingehend, dass die tatsächlichen Lebensmittelrationen infolge von Unterschlagung oft hinter den offiziell vorgesehenen Mengen zurückblieben. Es bestätigt sich auch, dass die französischen Zwangsarbeiter noch relativ große Freiräume und damit vergleichsweise gute Möglichkeiten hatten, ihr Los zu verbessern, etwa durch Zukauf von Lebensmitteln, Zusatzarbeiten oder auch Protest. Allerdings werden auch Entbehrungen, Risiken, systematische Diskriminierung und Willkür deutlich, denen sie ausgesetzt waren. Interessant sind besonders die Passagen zur Rolle französischer Organisationen wie der *Jeunesse Ouvrière Chrétienne* und den *Chantiers de Jeunesse*.

Nach instruktiven Ausführungen zur Reintegration der Rückkehrer in die französische Nachkriegsgesellschaft und zur Erinnerungskultur (Kapitel 6) werden acht Einzelschicksale auf Grundlage lebensgeschichtlicher Interviews ausführlich dargestellt (Kapitel 7). Deutlich wird hier die jahrzehntelange, erst seit der Jahrtausendwende definitiv überwindene Verdrängung des Themas in Frankreich durch die Öffentlichkeit, aber auch durch die Betroffenen selbst, die sich tendenziell unter Kollaborationsverdacht sahen. Dies galt besonders für Frauen, die immerhin 10% der französischen Zivilarbeitskräfte im Reich ausmachten. Bezeichnenderweise konnte Schieder für seine Arbeit weder Erinnerungsberichte von Frauen noch eine weibliche

Interviewpartnerin ausfindig machen. Darüber hinaus zeigt er, wie sich individuelle Lebensläufe durch die Zwangsarbeit in Deutschland vielfach änderten. Der Einsatz in Österreich scheint sich dabei prinzipiell nicht vom ‚Reichseinsatz‘ französischer Zivilarbeiter andernorts unterschieden zu haben (eine Frage, die Schieder indes selbst nicht stellt).

Man mag einige historiographische Lücken beklagen: So wurden von Bernd Zielinski und Helga Bories-Sawala zwar jüngere Aufsätze, nicht aber ihre grundlegenden Arbeiten aus den 1990er Jahren rezipiert; auch fehlt zur Erinnerungskultur Pieter Lagrou's wichtige Studie zu Frankreich, Belgien und den Niederlanden (1999). Nicht mehr zur Kenntnis genommen werden konnte offenbar auch die eingangs erwähnte Arbeit von Patrice Arnaud. Davon abgesehen argumentiert der Autor jedoch auf der Höhe des Forschungsstandes und insbesondere unter sehr guter Kenntnis der französischsprachigen Literatur der 2000er Jahre. Im Ergebnis lässt sich festhalten: eine kluge, gut lesbare Studie, die zwar keine grundlegend neuen Forschungsergebnisse präsentiert, aber unsere Kenntnis des nationalsozialistischen ‚Ausländer-Einsatzes‘ für die größte Gruppe westlicher Zwangsarbeiter besonders mit Blick auf die Erfahrungsdimension vertieft und dabei nicht zuletzt neuere französische Forschungsliteratur einem deutschsprachigen Publikum erschließt.

*Bochum*

*Fabian Lemmes*

### **Respektbekundung gegenüber den Opfern**

*Gentile, Carlo: Wehrmacht und Waffen-SS im Partisanenkrieg. Italien 1943–1945, 466 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2012.*

Nicht ‚alle Deutschen‘ seien für die Massaker verantwortlich zu machen, schrieb der Historiker Roberto Battaglia im Jahr 1953. Der zeitliche Abstand erlaube zu differenzieren und „unter den Besatzungstruppen die Einheit oder den Mann genau [zu] bestimmen, der mehr als jeder andere die Ehre seiner Nation befleckte und die Würde des Menschen verletzte“ (S. 11). 60 Jahre später greift Carlo Gentile diesen Gedanken auf; nicht zufällig stellt er die Worte Battaglias seiner Untersuchung voran. Differenzierung ist das Leitmotiv der vorliegenden Studie, in

welcher die deutschen Kriegsverbrechen während des Partisanenkriegs nüchtern und detailliert aufgearbeitet werden: Welche Art von Krieg führten Wehrmacht, SS und Polizei im besetzten Italien? Inwiefern unterschied sich das Kampfverhalten der eingesetzten Truppen? Welche Herkunft, Sozialisation und Kriegserfahrung lagen der jeweiligen Verhaltensweise zugrunde? Einerseits steht der einzelne Akteur im Fokus der Untersuchung, andererseits sollen Muster herausgearbeitet werden, indem die Geschichte der Täter „in Form einer Kollektivbiografie als Verbindung von Sozialgeschichtsschreibung und Individualbiografie“ (S. 31) nachvollzogen wird.

Die Basis, auf die sich Gentile stützt, ist eindrucksvoll – sowohl in ihrem Ausmaß als auch in ihrer Breite. Dass die Quellenlage zum Partisanenkrieg unbefriedigend ausfalle, wird nach der Lektüre des Buches niemand mehr behaupten können. Deutlich wird stattdessen, worin das Hauptproblem der Forschung diesbezüglich Bestand und weiterhin bestehen wird: die weitläufige Streuung der Dokumente und Informationen. Die Archivliste Gentiles liest sich wie ein Reiseführer. Deutsche, italienische, amerikanische und britische Bestände durchforstete der Autor, neben den Unterlagen der Militärarchive wertete er Aktenmaterial von Landesjustizverwaltungen und Staatsanwaltschaften aus. Nicht nur Berlin, Freiburg, Ludwigsburg, Rom, Washington und London berücksichtigte er im Rahmen seiner Recherche, sondern auch kleine, abseits gelegenen Bestände in Bergamo, Udine, Bremen, Amsterdam oder Wien, um nur eine Auswahl zu nennen.

In zwei Hauptteile untergliedert sich die Untersuchung: erstens Voraussetzungen und Verlauf des Partisanenkrieges, zweitens Darstellung und Analyse der Akteure. Eingang wird der Leser mit der Organisation der Partisanenbekämpfung – Hierarchien, Befehlslagen und Zuständigkeiten – vertraut gemacht sowie mit den chronologisch und geographisch bedingten Abstufungen der Radikalisierung. Anschließend werden die Taten von Divisionen der Waffen-SS und Einheiten der Wehrmacht und Polizei untersucht. Dass sich die Erfahrungen, welche die Italiener im Norden machten, deutlich von denen ihrer Landsleute im Süden oder in der Mitte des Landes unterschieden, liegt bereits in den Besatzungsphasen begründet. Die erste Welle von Kriegsverbrechen traf Süditalien während der Rückzugsgefechte 1943. Im Norden hingegen blieb die Lage zunächst ruhig, eskalierte dann aber – ab 1944 – zunehmend,

als die Widerstandsbewegung begann, den deutschen und italienischen Truppen in Guerillamanner entgegenzutreten. Auch innerhalb Norditaliens gilt es allerdings zu differenzieren, einheitlich liefen die sogenannten ‚Säuberungsaktionen‘ nirgendwo ab; manche Gebiete blieben von Gräueltaten verschont, andere standen in deren Zentrum. Ein Grund des heterogenen Vorgehens lag – wie der Autor hervorhebt – im Fehlen übergreifender Erlasse. Deren Mangel förderte eine uneinheitliche Befehlslage, in welcher örtliche Dienststellen und untergeordnete Befehlshaber unkontrolliert Anweisungen erteilten. Entscheidend war zudem, welche Art von Besatzungstruppe vor Ort stationiert war. Verbände wie die SS-Panzer Grenadierdivision ‚Reichsführer-SS‘ oder die Division ‚Hermann Göring‘ erwiesen sich als überdurchschnittlich gewalttätig, in ihrem Einzugsbereich kam es vermehrt zu Massakern an Zivilisten.

Die Studie Gentiles entlastet die Wehrmacht aber keineswegs, sondern liefert vielmehr einen beachtenswerten Beitrag zu der heftigen Auseinandersetzung, die 1995 durch die Ausstellung ‚Verbrechen der Wehrmacht‘ ausgelöst wurde. Nachhaltig war damals die Legende von der ‚sauberen Wehrmacht‘ in Frage gestellt worden, indem deren Täterschaft insbesondere im Rahmen des Ostfeldzugs hervorgehoben wurde. Dass die deutschen Soldaten in Italien ebenso wenig eine weiße Weste behalten hatten, stellten schon Gerhard Schreiber, Lutz Klinkhammer und Paolo Pezzino heraus. Gentile weist nun darauf hin, dass das Ausmaß der Gewalt von Seiten der Wehrmacht aufgrund ihrer hohen Präsenz weit größer ausfiel als gedacht: „Etwa drei Viertel aller in Italien ermordeten Zivilisten dürften nicht von Waffen-SS-Einheiten getötet worden sein, sondern von den übrigen Besatzungstruppen“ (S. 305). Ein Vergleich zwischen den Divisionen ergibt zudem, dass die Tötungshandlungen der Wehrmachtssoldaten nicht weniger grausam ausfielen als die der politischen Soldaten von Luftwaffe oder SS. Allerdings handelte es sich bei den Taten der Wehrmacht-Divisionen häufig um Einzelfälle. Angeordnete Tötungen von Frauen und Kindern stießen hier verstärkt auf Widerstand. Wie bereits in anderen Kriegsgebieten festgestellt, konstatiert Gentile daher auch für Italien einen „Zusammenhang zwischen Fanatisierung und übersteigertem Elitebewusstsein einerseits und Kriegsverbrechen andererseits“ (S. 412). Zu Gewaltexzessen neigten vornehmlich politische Soldaten; ein niedriges Durchschnittsalter innerhalb der jeweiligen Division bildete einen

weiteren entscheidenden Faktor, nicht aber die sogenannte ‚Osterfahrgang‘. Die auffällige Zurückhaltung der Polizei verdeutlicht vielmehr, dass die vorherige Teilnahme an Kriegsverbrechen in Russland keineswegs zu extremer Gewaltbereitschaft führen musste.

Carlo Gentile hat ein wichtiges Buch vorgelegt, welches nicht nur die Rekonstruktion zahlreicher Verbrechen ermöglicht, sondern auch deren Täter identifiziert. Nicht immer ist die damit verbundene Detailfülle von Vorteil, bisweilen ermüdet die Lektüre. Aber unterhalten sollen und können die geschilderten Massentötungen den Leser ohnehin nicht. Erst die saubere, minutiöse Aufarbeitung der Ereignisse ermöglicht die von Gentile anvisierte Täteranalyse – und sie tut ein weiteres: Sie stellt eine Respektbekundung gegenüber den Opfern dar.

Saarbrücken

Malte König

## Gelungene Synthese

*Ther, Philipp:* Die dunkle Seite der Nationalstaaten. „Ethnische Säuberungen“ im modernen Europa, 304 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2011.

Der an der Universität Wien lehrende Historiker Philipp Ther präsentiert mit der Studie „Die dunkle Seite der Nationalstaaten“ einen fundierten historischen Längsschnitt von ‚ethnischen Säuberungen‘ durch das zwanzigste Jahrhundert. Der Begriff ‚ethnische Säuberung‘ etablierte sich in der öffentlichen Diskussion während des Post-Jugoslawien-Konflikts in den frühen 1990er Jahren. Seine Wurzeln reichen indes tiefer: Radikale Nationalisten propagierten in Deutschland und in anderen Staaten teilweise schon vor 1900 eine ‚Reinigung‘ und Homogenisierung der von ihnen imaginierten Gemeinschaft. Während und unmittelbar nach den beiden Weltkriegen wurden diese Vorstellungen in Teilen Europas in die Tat umgesetzt. Ein Markstein in der Geschichte des Konzeptes der ‚ethnischen Säuberung‘ ist 1923 das Abkommen von Lausanne, in dem die Türkei und Griechenland im Zuge eines Friedensabkommens einen ‚Bevölkerungsaustausch‘ ihrer jeweiligen christlichen und muslimischen Minderheiten vereinbarten. Das Abkommen verlieh der brutalen und gewaltsamen Vertreibung unerwünschter Minderheiten den Anstrich völkerrechtlicher Le-

gittimität. Kein Regime verfolgte die Politik der ‚ethnischen Säuberung‘ jedoch konsequenter, umfassender und brutaler als das nationalsozialistische. So basierte der ‚Generalplan Ost‘ ausdrücklich auf dem Gedanken der ‚völkischen Flurbereinigung‘.

Erst nach Ende des Kalten Krieges begann eine breite internationale wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der politischen Agenda von Vertreibungen und scheinbar legitimen Umsiedlungen sowie den gravierenden Konsequenzen für die Opfer und die Wirtschaft im ‚gesäuberten‘ Gebiet. Der amerikanische Historiker Norman Naimark legte 2002 mit „Fires of Hatred“ eine detaillierte Studie über ‚ethnische Säuberungen‘ vor. Er untersucht die Vertreibung und Ermordung von Griechen und Armeniern aus und in Anatolien um die Zeit des Ersten Weltkriegs, die Verfolgung und systematische Ermordung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten, die Vertreibung der deutschen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg durch Polen und die Tschechoslowakei sowie den Post-Jugoslawien-Konflikt. Naimark differenziert zwischen ‚ethnischer Säuberung‘ und ‚Genozid‘, betont aber den engen Zusammenhang und den vielfach fließenden Übergang von ‚Säuberungen‘ zur systematischen Ermordung ‚unerwünschter‘ Gruppen. Im Gegensatz zu Naimark geht Ther chronologisch vor. Ausgehend von einer theoretischen Einleitung widmet sich Ther im ersten Kapitel den Balkankriegen, dem Ersten Weltkrieg und der Nachkriegsphase. Das zweite Kapitel behandelt den „totalen Krieg und totale Säuberungen“ von 1938 bis 1944 (mit Ausnahme des Holocausts), das dritte Kapitel die „saubere Nachkriegsordnung“ 1944 bis 1948 und das vierte Kapitel die „Geister der Vergangenheit“ – „ethnische Säuberungen“ auf dem Gebiet des (post)jugoslawischen Staates und im Kaukasus während der 1990er Jahre. Thers Vorgehen hat den Vorteil, dass größere Zusammenhänge und Kontinuitäten sichtbar werden. Der Autor behandelt beispielsweise Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei und Polen nicht als separaten Vorgang. Daher kann er die Bezüge zur Vertreibung von Polen durch die Nationalsozialisten von 1939 bis 1944 und danach durch die Sowjetunion aufzeigen. Die sowjetische Aus- und Umsiedlungspolitik gegenüber den Wolgadeutschen, Krimtataren, Tschetschenen und vielen anderen Gruppen in den 1930er Jahren und nach 1941 wird ebenfalls ausführlich erörtert. Dank der auch systematisch angelegten

Darstellung erhalten die Leser Hintergrundinformationen über weniger bekannte Umsiedlungsaktionen, etwa die Ausweisung von rund 150.000 als deutsch eingestuft Personen aus dem Elsass und Lothringen durch die französische Regierung unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg – und die Ausweisung von 130.000 ‚Vollfranzosen‘ und anderen unerwünschten Personen, darunter auch Juden, nach der Besetzung des Gebietes durch deutsche Truppen 1940.

Ther konzentriert sich auf die Ebene der politischen Entscheidungsträger, vor allem auf Regierungen, die direkt oder indirekt an ‚Umsiedlungsaktionen‘ beteiligt waren. Er unterscheidet vier Formen der ‚ethnischen Säuberung‘: ein Rückkehrverbot für Personen, die ihre Heimat im Zuge kriegerischer Auseinandersetzungen verlassen mussten, spontane Vertreibungsaktionen, die Deportation innerhalb der Grenzen eines Staates (*internal displacement*) sowie der vertraglich geregelte ‚Bevölkerungsaustausch‘ nach dem Modell von Lausanne. Ther klammert im Gegensatz zu Naimark den Holocaust und den armenischen Genozid ausdrücklich aus. Das macht einerseits Sinn, weil der Begriff ‚ethnische Säuberung‘ die NS-Judenpolitik insbesondere nach dem ‚Anschluss‘ im März 1938 nur unzureichend beschreibt. Andererseits war das übergeordnete Ziel der NS-Machthaber bis 1939 die Verdrängung von jüdischen beziehungsweise als jüdisch kategorisierten Menschen aus Deutschland und Österreich. Der Übergang von ‚ethnischer Säuberung‘ zum Völkermord ist ein wichtiger Aspekt, der in der Darstellung mehr Aufmerksamkeit verdient hätte.

Ther konzentriert sich wie Naimark auf Europa und die Türkei. Es ist lobenswert, dass Ther auf die Teilung von Indien 1947 und von Palästina (1947/48) eingeht, vor allem weil das europäische Großbritannien eine zentrale Rolle bei der Teilung der beiden Gebiete spielte. Und doch kommt ein Aspekt in der Darstellung zu kurz, den Naimark als zentral beurteilt: ‚Ethnische Säuberungen‘ sind häufig das Ergebnis fundierter und rationaler Planungen, die Durchführung aber wird vielfach von starken Emotionen begleitet, die auch zu massiven Gewaltausbrüchen führen können. Der Einfluss von Emotionen auf die Entstehung und Entwicklung des Nationalismus ist in jüngster Zeit zu einem wichtigen Forschungsgegenstand geworden. Doch diese Kritik soll die beachtliche Leistung des Autors nicht schmälern. Mit der sehr gut geschriebenen Studie liegt eine deutschsprachige Synthese zum Thema ‚ethnische Säube-



rung' vor, die für Wissenschaftler und Studierende von großem Nutzen sein wird.

University Park

Tobias Brinkmann

## Europa und Erinnerung

*Leggewie, Claus unter Mitarbeit von Anne-Katrin Lang: Der Kampf um die europäische Erinnerung. Ein Schlachtfeld wird besichtigt, 224 S., Beck, München 2011.*

In vielen Beiträgen zur Erinnerungsdebatte wird der Anschein erweckt, als ob kollektive Erinnerung, analog zur individuellen Erinnerung, aus sich selbst heraus entstünde und nicht ein Sozialkonstrukt wäre. Es ist deshalb erfrischend, dass bereits im Titel und Untertitel des vorliegenden Buches deutlich gemacht wird, dass bei der Herausbildung kollektiver Erinnerungen politische und gruppenspezifische Interessen konstitutiv sind und häufig sehr heftig aufeinanderprallen. Das spiegelt sich auch in der Kernthese des Buches wider: Eine europäische Erinnerung, damit auch eine politische Identität Europas, könne nur durch Auseinandersetzungen über die, häufig blutige, Vergangenheit entstehen.

Das wird anhand von sechs Konfliktsituationen diskutiert: Ein Denkmalstreit in Estland, die Anerkennung von Genoziden in Armenien und der Ukraine, die Verbrechen in Bosnien, die Kolonialvergangenheit Europas sowie dessen Geschichte als Einwandererland. Dabei werden national und international agierende Protagonisten, deren Interessenlagen und die als „Arenen“ (S. 55) bezeichneten Foren, in denen die Konflikte ausgetragen werden beschrieben. Der Autor stellt sieben verschiedene konzentrische „Kreise europäischer Erinnerung“ (S. 14) dar, die den Fallbeispielen jedoch nur teilweise entsprechen. Im Zentrum dieser Kreise steht der Holocaust. Es folgen sowjetische Verbrechen, ethnische Säuberungen, Kriege und Krisen, Kolonialverbrechen, Migrationsgeschichte und das Thema der europäischen Integration. Hier fällt eine Leerstelle auf. Obwohl auf die Dominanz des Holocaust im europäischen und internationalen Erinnerungsdiskurs hingewiesen wird, wird auf Interventionen Israels und von jüdischen Organisationen nicht näher eingegangen – obwohl doch diese einen prägenden Einfluss auf die europäische Erinnerungslandschaft hatten.

Der Denkmalstreit in Estland, bei dem es um die Umstellung des Standbilds eines Soldaten der Roten Armee in Tallinn ging, ist zugleich ein Beispiel für Erinnerungsdiskurse, bei denen weder individuelle Erinnerungen noch historische Fakten berücksichtigt werden. Die Auseinandersetzungen um das Standbild sind vor dem Hintergrund zu verstehen, dass die Sowjetunion den Vorwurf der Kollaboration mit den nationalsozialistischen Regime zur Legitimierung der Einverleibung Estlands benutzte. Nach Rückgewinnung der Unabhängigkeit wurde Estland, diesmal von Seiten westlicher Organisationen, sogleich mit der Forderung nach Strafverfolgung von Nazikollaborateuren konfrontiert. Stellvertretend dafür wird im vorliegenden Buch Efraim Zuroff – als Vertreter des *Simon-Wiesenthal-Center* in Jerusalem einer der Protagonisten – zitiert (S. 69f., erstaunlicherweise positiv). Forderungen dieser Art lassen außer Acht, dass bis zum Ende der sowjetischen Herrschaft Kollaborationsverbrechen mit großem propagandistischen Aufwand verfolgt wurden, während sowjetische Massenverbrecher unantastbar waren, also hier die Gerechtigkeitslücke zu schließen war.

Um die Sowjetzeit geht es auch im vierten Fallbeispiel. Der Versuch, die Hungerkatastrophe in der Ukraine 1932/33 als Genozid anerkennen zu lassen, war Teil politischer Auseinandersetzungen zwischen der Ukraine und Russland und nahm, wie anschaulich dargestellt wird, je nach Ausrichtung ukrainischer Regierungen verschiedenartige, nationalistische oder apologetische Formen an. Der Autor problematisiert die Bestimmungen der Genozidkonvention der Vereinten Nationen, durch die politisch definierte Opfergruppen, wie die in der Ukraine, ausgeschlossen werden – und dies auf Grund von Druck durch die Sowjetunion (S. 142f.).

Bei der lang dauernden Auseinandersetzung zwischen der Türkei und armenischen Diasporagruppen ging es darum, die Türkei zur Anerkennung der Verantwortung für den Völkermord an der armenischen Bevölkerung im Osmanischen Reich in den Jahren 1915 bis 1917 zu bewegen. Politische Brisanz hat dies durch die Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU und die Entscheidung verschiedener europäischer Parlamente bekommen, die Leugnung des Genozids an den Armenien unter Strafe zu stellen. Inwieweit diese Politisierung historische Selbstreflexion fördert, erscheint, wie vom Autor angemerkt wird, fraglich.

Die Verbrechen in Ex-Jugoslawien werden anhand der Tätigkeit des dafür eingesetzten

UN-Tribunals dargestellt. Dieses Beispiel weist auf zwei Dimensionen hin. Während die Ereignisse selbst starken Einfluss auf die europäische Erinnerungslandschaft hatten (mit Rückwirkungen auf die Einstellung zu ‚ethnischen Säuberungen‘ allgemein), stehen die Faktoren, die über den Erfolg des Gerichtshofs entscheiden – rechtliche Fragen und die Funktionsweise internationaler Behörden – außerhalb der Parameter des Erinnerungsdiskurses.

Im Kapitel zur Kolonialgeschichte, dargestellt anhand der Verbrechen Belgiens im Kongo, werden Bezüge zwischen der Kolonialzeit und heutigen politischen Problemen hergestellt, insbesondere zu den fortdauernden blutigen Auseinandersetzungen im Kongo. Hier vermisst man einen Hinweis darauf, dass der Umstand, Opfer eines Völkermords gewesen zu sein, zur Berechtigung instrumentalisiert werden kann, die internationalen Regeln zu brechen, wie es das Eingreifen Rwandas unter Paul Kagame im Kongo zeigt. Am Beispiel von Kolonialverbrechen in Afrika ließe sich auch zeigen, wie Bezugnahme auf den Holocaust zu historischen Ungleichgewichten führen kann. So sind die Massenverbrechen des kolonialen Deutschland im heutigen Namibia (S. 38ff.) durch die Konstruktion einer Verbindung zu den Nazis so in den Vordergrund getreten, dass sie zunehmend in Übersichtsdarstellungen zu Kolonialverbrechen das wichtigste, wenn nicht einzige erwähnte Beispiel sind.

Zur Geschichte der Immigration nach Europa werden Museumskonzeptionen vorgestellt, so auch in einem Ausblick ein geplantes Museum der europäischen Geschichte.

Der Bezugsrahmen dieser Studie sind universelle Wertmaßstäbe. Dieser Betonung kann man nur zustimmen. Schließlich wird man die Frage (die in Zukunft vielleicht wieder einmal gestellt wird), wozu öffentliches Erinnern eigentlich gut sei, nur damit beantworten können, dass dadurch Menschenrechte und das internationale Recht gestärkt werden.

*Den Haag*

*Ruth Bettina Birn*

### **Täterbilder in regionalen NS-Verfahren**

*Arendes, Cord: Zwischen Justiz und Tagespresse. „Durchschnittstäter“ in regionalen Verfahren, 415 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2012.*

Für seine Habilitationsschrift hat der Historiker Cord Arendes die juristische Aufarbeitung „ein-

zelner NS-Verfahren und ihrer öffentlichen Rezeption“ (S. 11) abseits der großen Prozesse untersucht. Die Studie konzentriert sich auf die Urteile von vier ausgewählten NS-Prozessen vor den Landgerichten Heidelberg (1949 und 1984) sowie Mannheim (1946/47 und 1965), die einer inhaltsanalytischen und rechtswissenschaftlichen Analyse unterzogen wurden, wesentlich bezogen auf die regionale Presseberichterstattung.

Einleitend werden zunächst Täterbilder der zeithistorischen Forschung (Hauptkriegsverbrecher-Prozess in Nürnberg, Eichmann-Prozess in Jerusalem, Verbrechen in Konzentrationslagern usw.) betrachtet. In einem nächsten Schritt stellt Arendes seine Datenbank „NS-Verfahren in Baden-Württemberg“ vor, die er auf der Grundlage der von Christiaan F. Rüter und anderen stammenden Urteilsammlung „Justiz und NS-Verbrechen“ entwickelte. Des Weiteren erläutert der Autor seinen methodischen Ansatz der ‚dichten Beschreibung‘: Orientiert an den methodologischen Prämissen des Ethnologen Clifford Geertz wird versucht, „den historischen Hintergrund, den gesellschaftlichen und politischen Rahmen sowohl für den Tat- wie den Prozesszeitpunkt zu beleuchten, den juristischen Rahmen der Prozesse zu erläutern und die öffentliche Rezeption nachzuzeichnen“ (S. 62). Die vier dargestellten Prozesse werden in den jeweiligen historischen, politischen und regionalen Kontext gestellt. Arendes beansprucht mit diesen vier Verfahren die „Herstellung von größtmöglicher Repräsentanz“ (S. 76, Hervorhebung im Original). Es sei angemerkt, dass dieser Anspruch im Vergleich zu den 179 in Frage gekommenen Urteilen wohl zu relativieren ist.

Die Quellenbearbeitung beginnt mit einem Strafprozess wegen eines ‚Endphaseverbrechens‘ in den letzten Monaten der NS-Herrschaft in Mannheim. Am 28. März 1945 hatten drei Männer auf einem Hochhaus eine weiße Fahne gehisst und sind standrechtlich erschossen worden. 1947 wurden drei ehemalige Ordnungspolizisten vor dem Landgericht Mannheim – noch unter alliierter Besatzung – zunächst freigesprochen. Das 1948 durchgeführte Wiederaufnahmeverfahren endete mit einer Gefängnisstrafe für den Hauptangeklagten und erneutem Freispruch für die beiden Mitangeklagten. Während es nach dem ersten Prozess lautstarke Proteste gegeben hat, „blieben größere Reaktionen in der regionalen Presse aus“ (S. 119).

Das zweite Beispiel ist ein Prozess zur Zeit der frühen Bundesrepublik gegen einen ehema-

ligen Kapo des Konzentrationslagers Buchenwald, der 1949 vor dem Landgericht Heidelberg stattfand. Das Urteil lautete auf zwölf Jahre Zuchthaus wegen Totschlags und anderer Verbrechen.

Die Diskussionen über Verjährung, Schlussstrich und ‚Mord-Gehilfen‘ in der Hochzeit der strafrechtlichen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und die Gründung der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen in Ludwigsburg 1958 bilden den Hintergrund des dritten ausgewählten Verfahrens. Im Schatten des Eichmann-Prozesses in Jerusalem und des Auschwitz-Prozesses in Frankfurt am Main verhandelte das Landgericht Mannheim 1965 gegen vier Angehörige eines ‚Volksdeutschen Selbstschutzes‘ wegen Mordes. Mehr als dreieinhalb Jahre hatte es gedauert, bis es zur Anklage wegen Massenerschießungen polnischer Bürger im Oktober 1939 kam. Das Verfahren endete mit zwei Verurteilungen zu ‚lebenslanglich‘, einer Zuchthausstrafe von vier Jahren wegen Beihilfe zum Mord und einem Freispruch. Das Verfahren zog sich bis 1973 hin.

Im vierten Beispiel untersucht Arendes einen 1984 nach „einer fast sieben Jahre währenden Vorermittlungszeit“ (S. 231) vor dem Landgericht Heidelberg durchgeführten Strafprozess gegen einen ehemaligen Beamten der Geheimen Staatspolizei. Die dem Angeklagten vorgeworfenen Verbrechen fanden bei der angeblichen ‚Partisanenbekämpfung‘ in Slowenien statt. Der Prozess endete mit einem Freispruch vom Vorwurf des Mordes. Die von der Staatsanwaltschaft Heidelberg eingelegte Revision hat der Bundesgerichtshof verworfen.

Diese vier ausgewählten Prozesse hat Arendes detailliert im historischen und regionalen Kontext verortet dargestellt und die Berichterstattung in der regionalen Presse genau verfolgt. Die überregionalen Zeitungen und Zeitschriften interessierten sich in der Regel nicht für diese Strafverfahren. Abschließend diskutiert Arendes den Wandel von Täterbildern abseits der großen NS-Strafverfahren. Die NS-Prozesse „vor der eigenen Haustür“ (S. 240) boten die Möglichkeit, sich abseits der großen Strafverfahren mit Gewaltverbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus zu beschäftigen. Viele der Täter sind unbehelligt geblieben. Daher ist – nicht nur anhand der vier Fallbeispiele – kein positives Urteil über die juristische Vergangenheitsbewältigung möglich. Deren Bedeutung liegt für Arendes in der „Anerkennung der Opfer der NS-Verbrechen als Menschen, denen Ge-

rechtigkeit zusteht“ (S. 240) und offenbar weniger in der Sühne für die Straftaten. Diese hat es in der Regel nicht gegeben. Stattdessen sieht der Autor – Martin Broszat zitierend – die Aufgabe seiner vier Fallbeispiele darin, „zu zeigen, daß die Effizienz der Strafjustiz nicht das alleinige Kriterium der zeitgeschichtlichen Beurteilung sein kann“ (S. 241). Er beruft sich argumentativ auf dessen 1981 in den „Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte“ erschienenen Aufsatz ‚Siegerjustiz oder strafrechtliche ‚Selbstreinigung‘: „Was deutsche Justiz und Jurisprudenz bei der Strafverfolgung von NS-Verbrechen an faktischer Aufklärung und begrifflicher Erfassung des NS-Unrechtsregimes leisteten, war möglicherweise von größerer Bedeutung als die individuellen Strafen, die Gerichte verhängten oder nicht verhängten“ (S. 241). Anders formuliert: Die justizielle Vergangenheitsaufarbeitung ist gescheitert. Dies erneut beispielhaft belegt zu haben, ist ein Verdienst der Studie. Sie ist ein wichtiger Beitrag nicht nur zur juristischen Zeitgeschichte.

Berlin/Potsdam

Kurt Schilde

### Wiedereinstieg in die Gesellschaft

*Ullrich, Christina:* „Ich fühl‘ mich nicht als Mörder“. Die Integration von NS-Tätern in die Nachkriegsgesellschaft, 355 S., WBG, Darmstadt 2011.

Mit ihrer bei Eckart Conze entstandenen Dissertation leistet Christina Ullrich einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der Integration von früheren Gestapomännern in die (das geht aus dem Titel nicht hervor) *bundesrepublikanische* Nachkriegsgesellschaft. Der Anspruch war dabei, im Rahmen einer Vergleichsstudie „das Zusammenspiel zwischen den Einzelnen und der Gesellschaft an den jeweiligen Etappenpunkten nachzuvollziehen und die Interaktion zwischen den beteiligten Akteuren einzubeziehen“ (S. 20f.). Dieser Zugang, der die Geschichte auch jenseits der ausgetretenen Pfade der justiziellen Aufarbeitung beleuchtet, überzeugt und macht das Buch zu einer spannenden Lektüre.

Das Buch handelt die NS-Lebensläufe seiner 19 ehemaligen Angehörigen der polizeilichen Einsatzgruppen im Textteil eherursorisch ab (das kompensiert ein prosopographischer Überblick im Anhang), dafür machen deren Rückkehr in die westdeutsche Gesellschaft und strafrechtliche Verfolgung den Hauptteil der Ar-

beit aus. Ihr Weg in die Bundesrepublik führte dabei entweder über ein Internierungslager oder über eine – bis hin zur Annahme eines falschen Namens – verschleierte Identität. In kaum einem Falle wäre die Reintegration ohne die Hilfe oder zumindest die stillschweigende Duldung des direkten familiären, nachbarschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeldes geglückt. Die Entnazifizierungs- und Spruchkammerverfahren nutzten die ehemaligen Gestapobeamten, um durch oftmals auf Gegenseitigkeit inflationär erteilte (selbstironisch bezeichnete sich August Hä. als „Reichseidesstattlicher Erklärungsabgeber“, S. 72) und untereinander abgesprochene Zeugnisse und eigene Beteuerungen ihre Version der Ereignisse gesellschaftsfähig zu machen: Als fehlgeleitete Idealisten wollten sie lediglich auf Befehl und im Rahmen des Kriegs- und Völkerrechts gehandelt haben. Diese Interpretation, an die sie überraschenderweise mehrheitlich selbst glaubten, ging offenbar auf eine Verschönerung ihres Werte- und Normenkanons (der Sozialpsychologe Harald Welzer nennt dies den „Referenzrahmen“) zurück, die bereits während der Tat der Selbstrechtfertigung diene. Trotz teilweise schwerwiegender Belastung gelang es ihnen so, die an Mängeln und Unzulänglichkeiten krankenden Verfahren der ersten Nachkriegsjahre relativ ungeschoren hinter sich zu bringen.

Mit der wiedererlangten Freiheit ging der berufliche Wiedereinstieg in die Gesellschaft einher, der entweder im Staatsdienst oder Privatsektor erfolgte. Jeder aus dem untersuchten Sample, der es anstrebte, hatte dabei seine Wiederbeschäftigung im Staatsdienst erreicht, für keinen von ihnen bedeutete diese Phase einen gesellschaftlichen Abstieg im Wirtschaftswunderland. Ullrichs Studie ist hier vor allem deshalb lesenswert, weil sie anhand von konkreten Beispielen anschaulich schildert, wie dieser Übergang zur ‚bürgerlichen Existenz‘ – ob als LKA- oder Abteilungsleiter – verlaufen konnte. Mit den systematischen Ermittlungen im Rahmen des Ulmer Einsatzgruppenprozesses ab Ende der 1950er Jahre gerieten dann die ehemaligen Gestapomänner, die sich trotz ihrer Nachkriegskarrieren nie ganz vor Verfolgung sicher fühlen konnten, doch noch in das Visier der bundesdeutschen Ermittlungsbehörden, was immerhin (im prominenten Fall Georg Heuser) zu einer Verurteilung zu 15 Jahren, in 17 weiteren Fällen zu durchschnittlich fünf Jahren Haft und in nur einem Fall zu Freispruch führte. Bis zuletzt herrschte dabei auf der Anklagebank

die Überzeugung vor, „Opfer einer politischen Justiz“ (S. 203) geworden zu sein.

Zur justiziellen Ahndung von NS-Verbrechen in der Bundesrepublik liegen mittlerweile zahlreiche Studien vor, deren Ergebnisse Ullrich für ihre Dissertation sehr gut auszuwerten und wiederzugeben verstanden hat. Darüber hinaus gibt sie einen tiefen Einblick sowohl in die geistige Disposition der ehemaligen NS-Täter, die oftmals selbst an die eigenen Lebenslügen glaubten, als auch in deren familiäres, nachbarschaftliches, soziales, gesellschaftliches und Arbeitsumfeld. Auf dessen Solidarität konnten sie sogar noch setzen, als staatsanwaltliche Ermittlungen ungeheuerliche Details aus ihrem früheren Leben zutage förderten. Zur Aufdeckung dieser inneren und äußeren Zusammenhänge hat die Autorin ihr Quellenmaterial, das überwiegend aus Akten der staatsanwaltlichen Vorermittlungen besteht, einer Neubewertung unterzogen: Hatte Christopher Browning für seine Studie zum Reservepolizeibataillon 101 hieraus erstmals die Handlungsmotive der Täter zur Zeit der Tat herausgefiltert, so zeigt Ullrich in beeindruckender Weise, wie der selbe Quellenbestand auch als Spiegel der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft herhalten kann.

Gelegentlich beeinträchtigen nicht näher erläuterte Begriffe („Sonderkommando 1005“, „Enterdungskommando“, „Unternehmen Zeppelin“, „Sippenhaftlager“ erschließen sich nur Experten), wörtliche Wiederholungen und Redundanzen die Lesbarkeit – letztere wären aber bei einer Kollektivstudie dieser Art auch kaum gänzlich zu vermeiden gewesen. Insgesamt ergibt sich das Bild einer gut geschriebenen und sorgfältig edierten Studie ganz auf dem hohen Niveau einer Veröffentlichungsreihe, die seit nunmehr nahezu einer Dekade jährlich mit zwei Bänden zum Thema NS-Verbrechen und ihrer Ahndung beeindruckt.

Was jenseits des Erkenntnisgewinns und der Qualität betroffen macht ist dagegen die Tatsache, dass über sechzig Jahre nach Kriegsende das Polizeipräsidium Gelsenkirchen und das niedersächsische Wirtschaftsministerium – ganz im Geiste der hier dicht beschriebenen 1950er und 60er Jahre – der Autorin offenbar ohne Angabe von Gründen Auskünfte verweigerten (S. 23). Dem nachzugehen ist nicht Sache des Rezensenten, aber vielleicht ja – gerade angesichts des jüngsten Versagens deutscher Behörden gegenüber den Morden des Nationalsozialistischen Untergrundes – der vorgesetzten Stellen. In der Tat: Dieses Buch ist ohne Zwei-

fel ein gelungenes Beispiel „Neuer Politischer Literatur“.

Jena

Jochen Böhler

### Wegweisende Pionierarbeit

*Owetschkin, Dimitrij*: Die Suche nach dem Eigentlichen. Studien zu evangelischen Pfarrern und religiöser Sozialisation in der Bundesrepublik der 1950er bis 1970er Jahre, 483 S., Klartext, Essen 2011.

Bei der hier zu besprechenden Studie von Dimitrij Owetschkin handelt es sich um eine Publikation, die im Rahmen eines Forschungsprojektes in der DFG-Forscherguppe „Transformation der Religion in der Moderne. Religion und Gesellschaft in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts“ an der Ruhr-Universität Bochum entstand. Der Autor untersucht die Sozialisation der evangelischen Pfarrerschaft und religiöse Sozialisationsprozesse in den ersten drei Jahrzehnten der Bundesrepublik. Owetschkin widmet sich somit einem Thema, das bislang in der historischen Forschung in diesem Umfang sowie in dieser Detailschärfe und -tiefe nicht untersucht wurde (S. 21). Er legt eine Studie vor, die die Sozialisation der evangelischen Theologen und Pfarrer und zugleich die religiöse Praxis und Lebenswelt in den durch gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen so starken Wandlungs- und Veränderungsprozessen unterliegenden 1950er bis 1970er Jahre analysiert. Der Autor fragt zugleich danach, wer überhaupt die Träger dieses religiösen Wandlungsprozesses waren, unter welchen zeitlichen, politischen und sozio-ökonomischen Rahmenumständen sie aufwuchsen, studierten und den Beruf des Pfarrers ergriffen. Darüber hinaus wird die Bedeutung dieser unterschiedlichen generations- beziehungsweise kohortenspezifischen Sozialisationserfahrungen in deren Wechselwirkung auf das sozialisatorische Wirken der Pfarrer hin untersucht. Zugleich wird thematisiert, welche Bedeutung dies für die religiöse Praxis des Gottesdienstes und der Liturgie, der Taufe, auf die Konfirmandenarbeit und auf den Wandel des Pfarrerbildes und der Pfarrerrolle nach 1945 besaß.

Owetschkins Studie ist in fünf inhaltliche Kapitel untergliedert. Das erste Kapitel mit dem Titel „Pfarrersozialisierungen im Generationenverlauf“ widmet sich der Frage, welche unter-

schiedlichen Pfarrergenerationen in der Bundesrepublik gewirkt haben. Hierbei werden – analog zum derzeitigen Forschungsstand – sechs Generationen beziehungsweise Sozialisationskohorten ausgemacht: Die älteste Sozialisationskohorte, die nach 1945 noch im Pfarramt wirkte, waren die Geistlichen, die in den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts geboren wurden (S. 33ff.). Davon unterschied sich die „Kriegsjugendgeneration“, die zwar unter ähnlichen Bedingungen aufwuchsen, aber deren ‚generationstrennender Unterschied‘ darin bestand, dass sie nicht als aktive Soldaten während des Ersten Weltkrieges dienten und ihnen somit die Fronterfahrung – die *differentia specifica* in der gesellschaftlichen Wahrnehmung der Weimarer Republik – fehlte (S. 60ff.). Die während des Ersten Weltkrieges und unmittelbar danach geborenen Kohorte zeichnete sich unter anderem in Abgrenzung zu den beiden anderen dadurch aus, dass nur noch ein geringerer Anteil akademisch aus dem Elternhaus geprägt war und für diese Kirchenkampf, der Zweite Weltkrieg, Kriegsgefangenschaft und der politische Zusammenbruch die „entscheidenden Zäsuren im Lebenslauf“ waren (S. 91ff.). Die Pfarrerkohorte der 1920er Jahre, die ab Ende der 1950er in den kirchlichen Wandlungsprozessen eine maßgebliche Rolle innehaben sollten, war eine Generation, die fast überwiegend im Nationalsozialismus sozialisiert wurde, bei der zugleich der Anteil der Akademikerkinder, von denen der größte Teil aus Pfarrfamilien stammte, fast 40 bis 50% betrug (S. 112f.). Die sich anschließende Sozialisationskohorte der Pfarrer, die Ende der 1920er und während der 1930er Jahre geboren wurde, in und durch die Hitlerjugend sozialisiert und während des Krieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit aufgewachsen, ist die „Flakhelfer-Generation“, die ganz wesentliche kirchliche Reformprozesse Ende der 1960er und in den 1970er Jahren anstieß (S. 138). Die letzte Sozialisationskohorte, die Owetschkin analysiert, ist die Generation der während der Zweiten Weltkrieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit geborenen Pfarrer (S. 162f.), die in den Jahren der Adenauer-Ära aufwuchsen und die sie in ihrer „retroperspektiven Selbsteinschätzung“ als „autoritär“ bezeichneten (S. 162ff.). Diese grundlegende Analysen der Sozialisationskohorten in Owetschkins Studie, die hier nur skizzenhaft angerissen werden können, liefern für zukünftige Untersuchungen der westdeutschen evangelischen Pfarrerschaft und des Protestantismus nach 1945 maßgeblichen

Impact, da nun erstmals in einer Tiefe die generationsspezifische Sozialisation des Berufsstandes der Pfarrer unter sozial- und gesellschaftshistorischer Kontextualisierung untersucht wurde, die ihrerseits nun weiterführende komparatistische methodische Analysen erst ermöglichen wird.

In dem daran anschließenden Kapitel „Verlust der ‚Mitte‘“ beschreibt Owetschkin die sich vollziehende Veränderung der Liturgie und Riten der Gottesdienste, die „mannigfaltige Typen und ‚Modelle‘“ (S. 232) in den 1950er bis 1970er Jahren hervorbrachte, aber weder dazu führte, dass sich diese neuen Gottesdienstformen „einwurzeln“ (S. 233) konnten, noch dazu führten, dass die Besucherzahlen des regelmäßigen sonntäglichen Gottesdienstes stiegen. Auch veränderte sich in diesem Zeitraum und vor allem ab Ende der 1960er Jahre – thematisiert in dem Kapitel „Lebensversicherung‘ oder ‚solidarisches Handeln‘“ – das Taufverhalten. Die Akzeptanz der Taufe blieb bei den Protestanten zwar relativ hoch, aber zugleich stieg die Anzahl der Erwachsenentaufen und die der Kindertaufe verringerte sich. Das Taufmotiv – ein Aspekt, der sehr deutlich in dieser Studie herausgearbeitet wurde – und auch der „biographische Ort“ des Individuums waren ab diesem Zeitpunkt einer stärkeren „Individualisierung“ unterworfen (S. 266f.), mit unterschiedlichen Reaktionen der Sozialisationskohorten der Pfarrer (S. 259f.). Im Kapitel „Kirchliche Unterweisung“ analysiert Owetschkin die Wandlungen des Konfirmandenunterrichts, kommt hierbei allerdings zu dem Schluss, dass sich „trotz wesentlicher Veränderungen und Innovationen auf dem Gebiet der Methoden, Formen, Inhalte oder Intentionen“ die Konfirmandenarbeit selbst bis in die 1990er Jahre hinein durch eine „bemerkenswerte Kontinuität“ auszeichnete (S. 303). Die Studie schließt mit einer sehr inhaltsstarken Analyse des sich verändernden Pfarrerbildes und Wandlungen unterworfenen Pfarrerrolle in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik. Hierbei gelingt es Owetschkin, die von ihm herausgearbeiteten Sozialisationshintergründe und generationenspezifische und individuelle Lebenserfahrungen der Pfarrerschaft mit den sozialen, kulturellen und politischen, sich in einer ungeheuren Geschwindigkeit verändernden Rahmenbedingungen der westdeutschen Gesellschaft, zu korrelieren und zu kontextualisieren (S. 311ff.).

Abgerundet wird die wegweisende Studie durch einen umfangreichen Anhang mit statistischem Datenmaterial, das den empirischen Kern von Owetschkins Thesen darstellt. Zu-

sammenfassend ist festzuhalten, dass es sich bei Owetschkins Studie um eine Pionierarbeit handelt, die nun erstmals den Berufsstand der evangelischen Theologen und Pfarrer in den so transformationsstarken ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik in ihrer Sozialisation und ihrem Habitus analysiert und so ein Fundament liefert, auf dem weiterführende Analysen, sowohl kirchenhistorisch und theologisch ausgerichtete als auch sozial- und gesellschaftshistorische, zukünftig aufbauen können.

Göttingen

Stefan Schmunk

### **Spannende Gebietsreformen**

*Mecking, Sabine: Bürgerwille und Gebietsreform. Demokratisierungsentwicklung und Neuordnung von Staat und Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen 1965–2000, X + 531 S., Oldenbourg, München 2012.*

„Planung als Reformprinzip“ (Hans Günter Hockerts) oszillierte zwischen Fortschrittsoptimismus und Krisenbewusstsein. Nirgends wird das deutlicher als bei den kommunalen Gebietsreformen, die die westdeutschen Bundesländer in den 1960er und 1970er Jahren – auf dem Höhepunkt der Planungeuphorie – ins Werk setzten. Mit dem technokratischen Neuzuschnitt der Gemeinden, Landkreise und Städte reagierte die Politik einerseits auf jeweils spezifische Problemlagen in den städtischen Ballungsräumen und an der ländlichen Peripherie. Andererseits sollte die Gebietsreform die Effizienz der Verwaltung steigern sowie die Lebenschancen und die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger verbessern. Die Macher der Reform unterschätzten dabei jedoch, wie stark die regionale und lokale Identität mit den Kommunen verbunden war. Gerade in den von der Auflösung bedrohten Verwaltungseinheiten erhob sich ein Sturm des Protests, an dem sich so unterschiedliche Persönlichkeiten wie Golo Mann, Joseph Beuys und Rudi Carrell beteiligten.

In ihrer Düsseldorfer Habilitationsschrift untersucht Sabine Mecking die Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen, wo mehr als vier Fünftel der Gemeinden ihre Selbständigkeit verloren. Die Erkenntnis leitende Frage lautet, wie die Bevölkerung auf diesen Kahlschlag der Kommunen reagierte, wann, wo und wie sich die Bürger in den Neuordnungsprozess einschalteten und welche Reaktionen dies wiederum in

Politik und Bürokratie auslöste. Im Zentrum der Untersuchung stehen Artikulations- und Partizipationsmöglichkeiten der Bürger. Da der Untersuchungszeitraum bis in die 1990er Jahre reicht, kann die Studie erstmals auch „langfristige Entwicklungen und Nachwirkungen“ (S. 38) der Gebietsreform berücksichtigen. Indem sich Mecking „weniger auf das Ergebnis der Gebietsreform, sondern vor allem auf das Verfahren und den Prozess der Neuordnung und die Folgenbewältigung“ (S. 32) konzentriert, umschifft sie das schwierige methodische Problem der Erfolgskontrolle in der Regionalpolitik – wiewohl man auch einwenden könnte, dass gerade darin die Aufgabe einer Längsschnittanalyse liegt.

Die Arbeit ist in fünf Kapitel gegliedert: Im ersten analysiert Mecking die Motive der Entschleunigungsträger im Land und in den Kommunen, wobei sie wissenschaftliche Gutachter und den Verfassungsgerichtshof als Akteure ‚entdeckt‘. Daran anschließend behandelt sie die Reaktionen der Bevölkerung, wobei neben diversen Bürgerinitiativen das erste Volksbegehren in der Geschichte Nordrhein-Westfalens im Zentrum steht. Das dritte Kapitel befasst sich mit den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen der Reform und geht der Frage nach, ‚inwieweit die ersten Landtags- und Kommunalwahlen nach der Reform zu einem Scherbenegericht über die Reformer wurden. Es folgt ein Abschnitt, der die Integrations- und Abgrenzungspolitik in den neuen Städten untersucht, in dem Mecking besonders die identitätsstiftende Funktion der Heimat- und Geschichtsvereine herausarbeitet. Das fünfte Kapitel ist dem Kettwiger Kreis gewidmet, der sich beharrlich für die Rückgemeindung von Kommunen einsetzte, die ihre Selbständigkeit verloren hatten. Dabei wird klar, dass die Gebietsreform auch lange nach ihrem Abschluss noch ein heißes politisches Eisen gewesen ist.

Diese sachthematische Struktur bringt zwar einige Redundanzen mit sich, wird dem Thema jedoch aufs Ganze gesehen gerecht. Geschickt verknüpft Mecking die allgemeine Analyse des Neuordnungsprozesses mit „empirischen Tiefenbohrungen“ (S. 46) anhand von drei Fallbeispielen: der Region Bielefeld, die als Exempel einer insgesamt gelungenen Integration gelten darf, sowie Bochum/Wattenscheid und Leverkusen/Opladen, wo die Reform auf anhaltenden Widerstand der Bevölkerung der aufgelösten Städte stieß.

Neben dem gelungenen Ansatz, der Makro- und Mikrogeschichte miteinander verbindet, lie-

gen die Stärken der Arbeit zum einen in der Vielfalt der Methoden, derer sie sich bedient: Um „Einblicke in die Geschichte der Transformation des ‚Obrigkeitsstaates‘ in einen ‚Aushandlungsstaat‘“ (S. 23) zu gewinnen, ergänzt Mecking die verwaltungs- und politikgeschichtliche Dimension um sozial-, kultur- und mentalitätsgeschichtliche Aspekte. Zum anderen ist die breite Materialbasis hervorzuheben, auf der die Studie beruht: Die Verfasserin hat über 20 Archive auf unterschiedlichen Ebenen des Staatsaufbaus durchforstet, wobei sie zahlreiche einschlägige Akten auswerten konnte, deren Sperrfrist erst 2005 auslief. Gestützt auf diese Quellen, erschließt die Mecking der Forschung in einer Reihe von Fragen Neuland.

Allerdings kocht die Studie fast ausschließlich im nordrhein-westfälischen Saft, und wo „zahlreiche strukturelle Befunde deutlich über das Bundesland hinaus[weisen]“ (S. 49), macht die Verfasserin meines Erachtens nicht ausreichend deutlich. Das ist umso erstaunlicher, als die Arbeit aus einem überregional vergleichenden zeithistorischen Forschungsverbund zur „Gebiets- und Funktionalreform der 1960er und 1970er Jahre“ hervorgegangen ist. Das Potenzial, das ein Vergleich mit anderen Bundesländern geboten hätte, nutzt Mecking jedoch nicht – obwohl trotz aller sozioökonomischen Unterschiede die Ähnlichkeiten der Entwicklung an Rhein und Ruhr mit der etwa in Bayern oder Schleswig-Holstein geradezu ins Auge springen.

Das ändert nichts daran, dass Sabine Mecking mit ihrer Habilitationsschrift einen wichtigen Beitrag zur kommunalen Neuordnung wie auch zur Demokratieentwicklung in Westdeutschland leistet. Zudem demonstriert sie eindrucksvoll, was sie am Beginn des Vorworts beinahe programmatisch erklärt: „Gebietsreformen sind spannend“ (S. IX).

Bremen

Jaromír Balcar

### Paradoxe liberale Demokratie

*Hockerts, Hans Günter:* Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung seit 1945, 367 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2011.

„Die liberale Demokratie ist ja paradox konstruiert: Die Marktökonomie, auf die sie sich stützt, produziert unablässig soziale Ungleichheit, während die demokratische Ordnung auf der Idee

der politischen Gleichheit beruht. Das sind zwei divergierende Baupläne für dasselbe Haus – mit der Folge einer strukturellen Spannung, die ständig neu austariert werden muss. Für das Ausbalancieren des im Grunde instabilen Gesamtsystems ist der Sozialstaat von fundamentaler Bedeutung“ (S. 7). Im Sinne dieses am konstitutionellen Leitbild des „demokratische[n] und soziale[n] Bundesstaat[s]“ (Art. 20 Abs. 1 GG) orientierten Verständnisses des modernen „Sozialstaats als Prozess“ (Hans F. Zacher) hat Hockerts seit dem Erscheinen seiner bahnbrechenden Dissertation über „Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945–1957“ (1980) als überaus produktiver Autor und Herausgeber, als jederzeit hörenswerter Vortrags- und Debattenredner wie auch als anregender Hochschullehrer und Projektleiter nicht nur fachhistorische, sondern auch öffentliche Diskurse über die „Metamorphosen des Wohlfahrtsstaats“ (1990) in (West-) Deutschland und dessen Perspektiven ‚nach dem Boom‘ der 1950er/60er Jahre, der deutschen Wiedervereinigung in den 1990er Jahren und unter dem wachsenden Globalisierungsdruck seit der Jahrtausendwende über mehr als drei Jahrzehnte hinweg mit geprägt.

Die von ihm selbst nach seiner universitären Entpflichtung besorgte und zwar knapp, aber souverän und instruktiv eingeleitete Auswahl von 14 eigenen Beiträgen aus gut zwei Dekaden ist denn auch bestens geeignet, diesen Entwicklungsprozess für das geteilte und das neu vereinte Deutschland einerseits in seinen langen Linien und Etappen, andererseits exemplarisch auf dem in mancherlei Hinsicht zentralen Politikfeld ‚Alterssicherung‘ nachzuvollziehen. Darüber hinaus erlauben die – im Wesentlichen in ihrer ursprünglichen Fassung belassenen, nur in zwei Fällen durch kurze Nachworte ergänzten – Aufsätze einen Vergleich der Interpretationen, die dieser herausragende Interpret der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung in Deutschland vor und nach jenem fundamentalen Paradigmenwechsel formuliert hat, den er auf das Jahrzehnt um 2000 datiert.

Als normativen Ausgangspunkt der Beschäftigung mit seinem wissenschaftlichen Lebensthema benennt Hockerts den ihm durch Oskar von Nell-Breuning vermittelten „Grundsatz, [...] dass Arbeit niemals nur Arbeit sein darf“ (S. 359). Überzeugt von dessen ungebrochener „Aktualität“ (ebd.) formuliert er seine prononcierte Kritik am „produktivistischen Imperativ“, der seither mit der „Status- und Le-

bensstandardsicherung“ die zentrale sozialpolitische Errungenschaft der Nachkriegszeit (vgl. S. 12) im Zeichen des „entfesselten Finanzmarktkapitalismus“ aus externen Gründen in eine „Rückbauzone staatlicher Wohlfahrtsproduktion“ verwandelt habe (S. 17ff.). Derlei mit Schlagworten aus dem Vokabular der allfälligen Kritik an ‚Neoliberalismus‘ und ‚Globalisierung‘ garnierten Bekenntnisse bleiben in ihrem normativen Überschuss unter dem hohen Niveau seiner zeithistorischen Analysen. Und sein Plädoyer für eine wesentlich „breiter fundierbare“ (S. 18) Steuerfinanzierung von Sozialleistungen abstrahiert allzu sehr von (selbst)kritischen Verweisen anderer Sozialstaatsbefürworter wie Manfred Schmidt auf die gesamtgesellschaftlichen Opportunitätskosten einer politischen Ressourcenallokation, die Zukunftsinvestitionen in Bildung und Wissenschaft oftmals zugunsten einer tendenziell expansiven Erhaltung überkommener Sozialleistungssysteme vernachlässigt.

Unbeschadet dessen lohnt, trotz gelegentlicher Redundanzen, die Lektüre der hier im Einzelnen nicht zu würdigenden Beiträge zu den Kapiteln „Die sozialstaatliche Gründung der Bundesrepublik“, „Die Entfaltung des westdeutschen Sozialstaats“, „Die DDR als gescheiterte Alternative“ und „Die Gefährdung des Sozialstaats nach dem Boom“ in jeder Hinsicht. Durchweg löst Hockerts darin in beispielgebender Weise seinen methodisch-konzeptionellen Anspruch ein, politik- und sozialgeschichtliche Erkenntnisinteressen und Analysestränge stets miteinander zu verbinden: „Welche Dimension dieser Doppelbeziehung in den Vordergrund tritt, hängt von der gewählten Perspektive ab. Die eine verweist auf soziale Verhältnisse, in die die Politik interveniert, die andere auf Entscheidungsverläufe, die über die Intervention nach Form und Inhalt bestimmen“ (S. 150; vgl. etwa S. 41, 224). Ursprünglich hat Hockerts eher die politikgeschichtliche Perspektive eingenommen, doch in seinen neueren Arbeiten etwa zur „Sozialen Ungleichheit im Sozialstaat“ (2010; S. 285ff.) ist die komplementäre Thematik erkennbar stärker in den Fokus gerückt.

Im Übrigen räumt Hockerts in souveräner Manier mancherlei Mythen ab. So hält er der von Götz Aly unter Verweis auf evidente personale Kontinuitäten vertretenen These einer auch inhaltlich durchziehbaren Linie von der NS-Zeit in die Bundesrepublik den wohlbegründeten Befund entgegen, dass sich während der 1950er Jahre in der Bundesrepublik ein durchaus eigenständig traditionsbildender sozialpoliti-



scher Ansatz entwickelt habe (S. 9ff.). Die seiner Wahrnehmung nach von Werner Abelshauer (1996) vorgenommene „Stilisierung Ludwig Erhards zum Bannerträger einer großen Alternative“ zur Einführung der dynamischen Rente verfällt ebenfalls Hockerts kenntnisreicher Dekonstruktion (S. 11ff.). Die Rentenreform von 1957 habe schließlich allen „Alternativkonzepten ein Ende“ bereitet, „indem sie die traditionelle Sozialversicherung als grundlegendes Ordnungsmodell bekräftigte und dessen Attraktivität zugleich mit neuen Akzenten steigerte“ (S. 13).

Auch mit Blick auf die sozialliberale Reformära (1966–1974) ist Hockerts 2006 in der Einführung zu dem von ihm herausgegebenen Band 5 des Monumentalwerks „Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945“ zu dem empirisch gestützten Schluss gelangt: „Die Kontinuitätsbildung hing nicht nur mit der institutionellen Pfadabhängigkeit zusammen, sondern auch mit der großen Zahl und Stärke der Vetospieler und Mitregenten, die für das politische System der Bundesrepublik typisch sind. Politikwenden halten sich daher in abgezielten Grenzen. Radikallösungen haben kaum eine Chance“ (S. 201). Und aus dem „lehrreichen Exempel“ der sozialpolitischen Konkurrenz beider deutscher Staaten in den 1970er/80er Jahren folgerte er 2009 für demokratische Regime in generalisierender Absicht: „Es kommt [...] nicht darauf an, das Spannungsverhältnis zwischen Markt und Staat zu beseitigen, sondern darauf, es in immer wieder erneuerten Kompromissen auszubalancieren“ (S. 282).

Hockerts macht keinen Hehl daraus, wie sehr ihm persönlich daran liegt, dass die bundesrepublikanische Politik des „mittleren Weges“ (Manfred Schmidt) auch angesichts neuer Herausforderungen im 21. Jahrhundert unter demokratischen Auspizien fortgesetzt wird. Die Lektüre des Bandes liefert manchen zeithistorischen Anhaltspunkt dafür, dass sein Wunsch – ungeachtet situativer Aufregetheiten – in Erfüllung gehen wird.

Flensburg

Michael Ruck

### Italienische Arbeitswanderer

Richter, Hedwig/Richter, Ralf: Die Gastarbeiter-Welt. Leben zwischen Palermo und Wolfsburg, 284 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2012.

Bei dem Buch von Hedwig und Ralf Richter zur italienischen Arbeitsmigration handelt es sich

um eine Untersuchung zur Anwerbung und Beschäftigung von Arbeitsmigranten in der bundesdeutschen Automobilindustrie am Beispiel Volkswagen in Wolfsburg. Der geschichtswissenschaftliche Forschungsstand zu italienischen Arbeitnehmern bei Volkswagen wird in dieser Arbeit durch detaillierte Ausführungen zur Zusammenarbeit zwischen Unternehmensleitung und Stadtverwaltung sowie zur Wohnsituation und zur betrieblichen Integration ergänzt. Interviews mit italienischen Arbeitsmigranten, von denen einige nach Italien zurückkehrten, andere in der Bundesrepublik blieben, bilden einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit.

In ihrer Einführung bezeichnen die Autoren einen nicht unerheblichen Teil der Migrationsforschung in generalisierender, die Komplexität der Thematik extrem verkürzender Weise, als Beiträge zu einem ‚Opfer-Plot‘, der Arbeitsmigranten als Betroffene einer unzureichenden Integrationspolitik darstelle. In der Zusammenfassung der Ergebnisse wird eine „Viktimisierung“ (S. 10) der Migranten „in der Forschungsliteratur und im öffentlichen Diskurs“ unterstellt, in dem „der Vorwurf laut wird, die Bundesrepublik hätte sich viel früher auf die dauerhafte Integration der Ausländer einstellen [...] müssen“ (S. 199). Dieser als Negativfolie konstruierten Position werden nur schwerlich als instruktiv zu bezeichnende Positionen der Autoren entgegengesetzt. Das gilt etwa in Bezug auf die von Klaus J. Bade und Michael Bommes umfassend analysierte und kritisierte offizielle politische Leitlinie, die Bundesrepublik sei „kein Einwanderungsland“ (2000). Hierzu bemerken die Autoren in ihrem Fazit, dass selbst bei der Annahme einer dauerhaften Einwanderung von rund 15 % der Migranten, die Bundesrepublik nicht zum „Einwanderungsland“ hätte erklärt werden können und einer Integrationspolitik ob des geringen Entscheidungsspielraums staatlicher Politik ohnehin geringe Chancen eingeräumt werden müssen. Denn – so die Autoren –: „Wie macht man eine Ausländerpolitik für 15 Prozent, und keiner weiß – vor allem nicht die Betroffenen selbst – wer zu diesen 15 Prozent gehört?“ (S. 199). Man wüsste den Autoren, sie hätten die von ihnen kritisierte Literatur gründlicher rezipiert, um der Integrationsproblematik in angemessenerer Weise gerecht werden zu können. Die für die Geschichte der Arbeitsmigration in die Bundesrepublik so bedeutsame rechtsstaatliche Eingrenzung migrationspolitischer Ermessensspielräume in Bezug auf aufenthalts- und sozialrechtliche Absicherung wird von den Autoren unter der von ih-

nen als solche beschriebenen „relative[n] Bedeutungslosigkeit der Politik im Integrationsprozess“ (S. 199) subsumiert.

Die Autoren nehmen außerdem eine Differenzierung der – aus ihrer Sicht unzureichenden – Analyse gesellschaftlicher Transformationsprozesse in der Zeitgeschichte in den Blick. Die Arbeitsmigranten hätten eben gerade nicht, wie Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael „vermuten“, „sehr früh jene Umbrüche erlebt, welche mit der Auflösung der Nachkriegsordnung einhergingen“ (S. 12f.). Richter und Richter heben dagegen eine „Wandlungs-Blockade“ (S. 13) und eine „Selbst-Separierung“ (ebd.) der Arbeitsmigranten hervor, ein Verbleiben in „Parallel-Strukturen“ (ebd.) und folgern weiter, dies habe letztlich dazu geführt, dass die Arbeitsmigranten, von einer zahlenmäßig kleinen ‚Elite‘ abgesehen, „sprachlose Analphabeten“ (S. 122) geblieben seien, die den „Anschluss an die westeuropäische Entwicklung hin zu einer Bildungs- und Konsumgesellschaft verpasst haben“ (S. 196). Die sehr differenzierte Analyse von Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael (2008) zielt auf den Strukturwandel in westeuropäischen Industrienationen seit den 1970er Jahren und deren gesellschaftliche Auswirkungen. In der Argumentation von Hedwig Richter und Ralf Richter werden die Auswirkungen dieser komplexen gesellschaftlichen Transformationsprozesse auf die Arbeitsmigranten als „Entwicklungsblockade“ (S. 193, 196) beschrieben, welche die Arbeitsmigranten zu einem erheblichen Teil selbst zu verantworten hätten.

Während die Migrationspolitik auf Bundesebene und die Migrationsmuster auf regionaler und lokaler Ebene etwa von Barbara Sonnenberger (2003) in einer bereits seit längerem vorliegenden Studie in instruktiver und differenzierter Weise analysiert werden, verweisen die Autoren der hier vorliegenden Monographie generalisierend auf den begrenzten Spielraum der Bundes- und Kommunalpolitik und auf die Verhinderung einer Modernisierung der Industriebetriebe durch die Arbeitsmigranten, welche die „Umstellung auf effektivere, weniger personalintensive Produktionssysteme nicht mehr notwendig erscheinen ließ“ (S. 192). Dabei abstrahieren die Autoren von den sozialen Folgen, die eine Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte vor allem im Niedriglohnsektor, für die Arbeitskräfte selbst hatte, insbesondere wenn sie, wie die süditalienischen Arbeitsmigranten, aus agrarisch geprägten Gesellschaftsstrukturen in eine Industriegesellschaft kamen. Stattdessen verweisen die Autoren wiederholt auf den „über-

kommenen Glauben“ (S. 14) italienischer Migranten, der die Mehrheit an der Entwicklung der nötigen „Eigeninitiative“ (S. 198), die zur individuellen Integration hätte führen können, gehindert habe.

Als Grundlage für ihre Widerlegung eines ‚Opfer-Plots‘ dienen den Autoren – wie sie selbst betonen – nicht zuletzt Interviews mit Remigranten. Subjektive historische Äußerungen bieten zwar facettenreiche Informationen über ihre Verfasser und deren Perspektiven und Deutungen. Ein überlegter Umgang mit diesem historischen Material muss allerdings sowohl den konstruktiven, wie auch den rekonstruktiven Charakter lebensgeschichtlicher Interviews in Betracht ziehen. In der hier vorliegenden Studie werden Interviewauszüge jedoch vornehmlich wenig reflektiert als Belege für die eigenen Thesen genutzt. Das ist umso bedauerlicher, als eine differenzierte Einbeziehung der Perspektive der nach Italien zurückgekehrten Migranten in die Geschichte der italienischen Migration in die Bundesrepublik, die die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen in Italien kritisch mitreflektieren würde, ein Forschungsdesiderat bleibt.

Der ‚Mythos‘ der Rückkehr, den ein großer Teil der Zuwanderer unabhängig von konkreten Rückkehrplänen nicht zuletzt als Teil einer eigenständigen Identitätskonstruktion aufrechterhielt, stand in einem komplexen Zusammenhang mit der bundesdeutschen Politik. Italienische Arbeitsmigranten kehrten in ihrer Mehrheit nach Italien zurück, viele aufgrund des Strukturwandels in der Bundesrepublik, häufig verbunden mit Arbeitslosigkeit und gesundheitlichen Problemen, teilweise auch aufgrund von erreichten individuellen Lebensprojekten, wie etwa Hausbau oder Landerwerb. Trotz unterschiedlicher Migrationsentscheidungen auf der individuellen Ebene hätten diese Migranten jedoch von einer auf Integrationsangebote abzielenden Integrationspolitik erheblich profitieren können. Nicht zuletzt aus diesem Grund kam von Seiten mit der Integration betrauter Organisationen, wie etwa der Caritas, sehr früh der Hinweis auf den zu erwartenden dauerhaften Verbleib eines Teils der Arbeitsmigranten in der Bundesrepublik. Eine durchdachte Integrationspolitik hätte die Handlungsoptionen der Migranten erhöht und nicht zuletzt einer Entwicklung von Toleranz und Interkulturalität in der bundesdeutschen Gesellschaft eine andere Grundlage bieten können.

Die Studie kann dem Anspruch der Autoren, den Ergebnissen der bisherigen Forschung

„mehr Tiefenschärfe zu geben“ (S. 10) und den Blick für „neue Probleme und Fragestellungen“ (S. 11) zu öffnen, letztlich nicht gerecht werden. Ihre Untersuchung gewerkschaftlicher Partizipation im Volkswagenwerk, wie auch ihre Einschätzung italienischer „Lebenskonzepte“ (ebd.) hätte durch die Einbeziehung der umfangreichen Forschung zu italienischen Migranten in anderen europäischen Staaten, wie sie unter anderen Marie Claude Blanc-Chaléard (2003) für Frankreich herausgegeben hat, gewinnen können. Das Hauptaugenmerk der Autoren gilt jedoch der Widerlegung einiger Beiträge zur bundesdeutschen Migrationsforschung, die sie zwar als Anspruch benennen, aber mit den von ihnen in diesem Band vorgelegten Forschungsergebnissen nicht fundiert belegen können.

Osnabrück

Yvonne Rieker

### Europäische Beziehungen

*Gehler, Michael/Guiotto, Maddalena (Hrsg.): Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa. Ein Dreiecksverhältnis in seinen wechselseitigen Beziehungen und Wahrnehmungen von 1945/49 bis zur Gegenwart, 670 S., Böhlau, Wien u. a. 2012.*

Die Beiträge dieses bemerkenswerten Tagungsbandes bieten eine umfassende Analyse der Beziehungen und gegenseitigen Wahrnehmungen Italiens, Österreichs und Deutschlands seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Während zu den bilateralen Beziehungen der drei Länder bereits einige Studien vorliegen – am besten erforscht ist das deutsch-italienische Verhältnis – verfolgt der Band einen neuen Ansatz, indem das Dreiecksverhältnis der Länder in den Blick genommen wird. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass der historischen Rolle Österreichs in diesem Beziehungsgeflecht endlich angemessen Rechnung getragen wird. Zwar nehmen nur wenige Beiträge tatsächlich sämtliche drei Länder in den Blick, doch eröffnen sich dem Leser in der Gesamtschau neue und überraschende Perspektiven auf die europäische Zeitgeschichte seit 1945. Das hängt nicht nur damit zusammen, dass der Band beherrzt Themen der Gegenwartsgeschichte aufgreift und beispielsweise nach den Wirkungen der EU-Ratspräsidentschaften der drei Länder im letzten Jahrzehnt fragt, sondern auch mit dem methodischen Zuschnitt des Werks, das ver-

gleichende und beziehungsgeschichtliche Zugangsweisen kombiniert.

So erfolgt in Kapitel II eine vergleichende Analyse des Forschungsstandes, wobei die Verfasser der Beiträge durchaus unterschiedliche Wege gehen. Während Christian Jansen die deutsche Forschung zur Zeitgeschichte bibliographisch vermisst und Defizite herausstellt, bietet Gustavo Corni ein Profil des Zeithistorikers Enzo Collotti, der sich immer wieder mit der deutschen Geschichte auseinandergesetzt hat. Dagegen beleuchtet Hans Heiss in vergleichender Perspektive die italienische Österreichs- sowie die österreichische Italienforschung.

Im dritten Kapitel des Bandes befassen sich die Autoren exemplarisch mit politischen Akteuren, die für die Beziehungen der drei Länder eine besondere Rolle spielten. Dies gilt für die Protagonisten des Wiederaufbaus De Gasperi, Figl und Adenauer (Magdalena Guiotto) oder auch für Antonio Segni (Federico Scarano), ferner für Genscher und Colombo und ihren Kampf gegen die „Eurosklerose“ (Ulrich Lappenküper) oder auch für die Außenpolitik von Kreisky (Michael Gehler). Auf die besondere Rolle, die Craxi für die politische Strategie der SPD im west- und südeuropäischen Kontext spielte, verweist Giovanni Bernardini. Durch die Analyse solcher spezifischen Akteure werden die internationalen Beziehungen und gegenseitigen ‚nationalen‘ Wahrnehmungen sowie deren politische Relevanz konkret fassbar. Diesen Vorzug haben ebenfalls die breiter angelegten Analysen der deutsch-italienischen Beziehungen seit den 1980er Jahren (Luigi Vittorio Graf Ferraris) beziehungsweise in der ersten Amtszeit von Silvio Berlusconi (Günther Pallaver).

Das Kapitel IV des Bandes widmet sich den komplexen Problemen der Erinnerung und der Vergangenheitsbewältigung: beispielhaft am Massaker der Fosse Ardeatine (Gerald Steinacher) oder Marzabotto (Joachim Staron), aber auch systematisch vergleichend durch Untersuchungen der Behandlung des Faschismus beziehungsweise des Nationalsozialismus in Schulbüchern (Christoph Kühberger), der öffentlichen Deutung des Ersten Weltkriegs in Österreich und Italien nach 1945 (Oswald Überegger) oder der komparativen Betrachtung der Erinnerungskulturen sämtlicher drei Länder (Christoph Cornelißen), die markante Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten herausstreicht und auf Tendenzen zur Europäisierung und Universalisierung von Erinnerungskulturen seit 1989 verweist.

Von besonderem historischem Interesse ist die vergleichende Untersuchung der Rolle der

Gewalt in der Zeitgeschichte der drei Länder im fünften Kapitel. Dort widmet sich zunächst ein Beitrag von Johannes Hürter – in deutsch-italienischer Perspektive – den Reaktionen der Staaten auf die Entführungen von Schleyer und Moro. Eher auf Italien konzentriert ist eine Studie der Entwicklung der linksterroristischen Gruppe *Brigate Rosse* von 1969 bis 1987 (Tobias Hof). Ähnlich geht eine Untersuchung der Attentate des Befreiungsausschusses Südtirol und dessen Geschichte vor (Christoph Franceschini).

Ein weiteres Kapitel des Bandes befasst sich mit dem Umbruch des Jahres 1989 und thematisiert insbesondere die Folgen für die Sicherheitspolitik. Dies gilt zunächst für die „Mitteleuropapolitik“ Österreichs und Italiens im Jahr 1989 (Emil Brix), aber auch für den Wandel sicherheitspolitischer Konzeptionen im Alpenraum, die mit historischer Tiefenschärfe untersucht werden (Erwin A. Schmid). Schließlich werden Kooperationen der Regierungen Italiens, Österreichs und Deutschlands auf europäischer Ebene im Bereich der Verteidigungspolitik diskutiert (David Burigana).

Den Tendenzen der Europäisierung der Politik und den nationalstaatlichen Beharrungskräften sowie den Konflikten, die sich daraus ergaben, gehen schließlich im letzten Kapitel Untersuchungen zu den politischen Folgen und Wahrnehmungen der Ratspräsidentenschaften der drei Länder in der EU nach (Günther Hauser, Patricia Kern, Matthias Belafi).

Der facettenreiche Band eröffnet auf hohem Niveau Einsichten in zahlreiche Felder der politischen und kulturellen Geschichte des Dreiecksverhältnisses von Italien, Deutschland und Österreich. Wer sich mit der Geschichte der Beziehungen dieser Länder befasst, kann mit Gewinn auf ein neues Standardwerk zurückgreifen.

Jena

Thomas Kroll

### **Abschluss eines umfassenden Standardwerks**

*Stolleis, Michael:* Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland, Bd. 4: Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft in Ost und West 1945–1990, 720 S., Beck, München 2012.

Mit dem vierten Band ist die vom Frankfurter Rechtshistoriker und langjährigem Direktor am dortigen Max-Planck-Institut für europäische

Rechtsgeschichte verfasste, großangelegte Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland zum Abschluss gekommen. Nach dem bereits 1988 erschienenen ersten Band „Reichspublizistik und Policeywissenschaft“, der die Zeitspanne von 1600 bis 1800 mit der Entstehung des *ius publicum* umfasst, und den Folgebänden „Staatsrechtslehre und Verwaltungswissenschaft 1800–1914“ (1992) sowie „Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft in Republik und Diktatur 1014–1945“ (1999) behandelt dieser Band die Wissenschaftsgeschichte des öffentlichen Rechts der Nachkriegszeit und der Bundesrepublik sowie der DDR bis zur Wiedervereinigung – insgesamt ein Lebenswerk, über dessen Entstehung und Durchführung der Autor in einem ‚Rückblick‘ (S. 677ff.) einen instruktiven Bericht liefert.

Wie die Untertitel der einzelnen Bände deutlich machen, handelt es sich um eine ‚Wissenschaftsgeschichte‘, keine Geschichte der Entwicklung öffentlich-rechtlicher Institutionen, der Gesetzgebung und juristischen Praxis. Doch wäre es verfehlt, in den Bänden nur die Darstellung fachspezifischer Gelehrsamkeit zu vermuten. Vielmehr ging es dem Autor – und dies gilt vor allem für den hier zu besprechenden Band – darum, die wissenschaftliche Diskussion und die Entwicklung der Institutionen, in denen sie stattfand (und heute noch stattfindet), in ihrer Verbindung und wechselseitigen Abhängigkeit zur politischen Geschichte zu zeigen, was der behandelte Stoff – Staatsrecht und Völkerrecht, aber auch das Verwaltungsrecht – nahelegt. Dies ist ihm in hervorragender Weise gelungen. Seine Darstellung etwa der ‚Stunde Null‘, der Frage ‚Neubeginn oder Restauration‘ (S. 25ff.), oder der Situation der Staatsrechtslehre und Demokratie in den Jahren nach ‚1968‘ (S. 350ff.) liest sich wie eine prägnante, im Urteil wohl abgewogene, auf der Kenntnis der einschlägigen Literatur beruhende politische Geschichte der Bundesrepublik, verwoben mit der darauf reagierenden und sie, nicht zuletzt über das Bundesverfassungsgericht, beeinflussenden Staatsrechtswissenschaft – und das macht gerade diesen Band auch für den politisch interessierten Leser wichtig.

In dieser Verschränkung wird in mehreren Kapiteln der Wiederaufbau der universitären Institutionen des öffentlichen Rechts, der Fachgesellschaften wie der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer und das Wiedererscheinen der Fachzeitschriften nach 1945 geschildert (bezeichnender Weise mit dem Zusatz ‚Selbstfindung‘, was auf die Problematik der

Fortsetzung des Fachs mit dem durch die Diktatur gegangenen und unterschiedlich darauf reagiert habenden Personal hinweist), wird die Teilnahme der Staatsrechtslehre an der Entstehung des Grundgesetzes und ihre nicht immer zustimmende Reaktion auf die neue Verfassung dargestellt und anschließend auf die Auseinandersetzung mit einem modernen Begriff des Rechts- und Sozialstaats eingegangen. Dabei findet auch die Tätigkeit des Bundesverfassungsgerichts gebührende Berücksichtigung, erhielten doch die neben Richtern aus der Praxis dorthin berufenen Staatsrechtslehrer dadurch die Gelegenheit, etwa mit der Formulierung einer dem Grundgesetz zugrunde liegenden „Wertordnung“ energisch auf die Verfassungsentwicklung einzuwirken und zur Stabilisierung einer anfänglich eher unsicheren gesellschaftlichen Lage „nach der Diktatur“ beizutragen (S. 216ff.). Das änderte sich insofern in den sechziger und siebziger Jahren, als hier erneute Unruhen und Krisen mit einem bemerkenswerten Generationenwechsel unter den Lehrern des öffentlichen Rechts zusammentrafen, welchen der Autor als „Staatstheorie zwischen etatistischer Tradition und pluralistischer Öffnung“ beschreibt (S. 356ff., 373, 455). Es waren jene Jahre, in denen es auch zur Begegnung zwischen der Staatsrechtslehre und der durch die Rückkehr von Emigranten erneut etablierten Politikwissenschaft kam (S. 361) – einen entsprechenden stimulierenden Rückfluss hatte die Staatsrechtslehre nach 1945 hingegen nicht erlebt. Genau notiert werden auch die erheblichen Veränderungen im Verwaltungsrecht des sich allmählich formierenden Rechts- und Sozialstaats und die sich in neuerer Zeit der Verwaltungsrechtswissenschaft stellenden Probleme etwa des Daten- und des Umweltschutzes (S. 521ff.). So ergibt sich, unter Einbeziehung auch der besonders für die frühe Bundesrepublik heiklen völkerrechtlichen Fragen, ein imposantes Gesamtbild öffentlich-rechtlicher Reflexion der zunehmend von einem rechtstaatlichen Regelwerk überspannten politischen Entwicklung in der Bundesrepublik, das an Schärfe gerade durch seine Kontrastierung mit dem Schicksal des öffentlichen Rechts in der DDR gewinnt; dort wurde es in immer stärkeren Maße den machtpolitischen Interessen der SED unterworfen, gipfelnd in der Babelsberger Konferenz von 1958 (S. 289). Mit einem Ausblick auf „Europäisierung und Wiedervereinigung“ (S. 601ff.), der eine Einbeziehung des für die Staatslehre immer bedeutsamer werdenden Europarechts erlaubt, endet die Darstellung.

Zu rühmen ist an ihr nicht nur die Fachgelehrsamkeit übergreifende und sie in ihrer gesellschaftlichen Relevanz erfassende Perspektive, sondern auch die Genauigkeit, mit der beispielsweise die Entwicklung des Fachs an den einzelnen Fakultäten geschildert wird bis hin zu den in Fußnoten versammelten Curricula der Fachvertreter, die gerade für die Anfangsjahre der Bundesrepublik besonders aufschlussreich sind. Erstaunlich ist auch die Verarbeitung einer schier unübersehbaren Literaturmenge, die die Darstellung auf fast das Doppelte des Umfangs der älteren Bände hat anschwellen lassen und deren auch jüngste Publikationen umfassende Angaben den Weg zu weiteren Untersuchungen eröffnen. Umso überraschender, dass auch dieses Werk Lücken aufweist. So vermisst man in der ausführlichen Übersicht über die Universitäten, in der selbst die Um- und Neugründungen der ostdeutschen juristischen Fakultäten nach 1990 berücksichtigt worden sind, Osnabrück, Düsseldorf und die Fernuniversität Hagen. Das ist umso bedauerlicher, weil es sich hier um das der Anlage nach umfassend orientierende Standardwerk der Geschichte öffentlichen Rechts in Deutschland handelt, für dessen Vollendung dem Autor auch an dieser Stelle ganz besonderer Dank zu sagen ist.

Müllheim

Hans Boldt

### Formen sozialistischer Unterhaltung

*Mühl-Benninghaus, Wolfgang:* Unterhaltung als Eigensinn. Eine ostdeutsche Mediengeschichte, 370 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2012.

Wer wollte sich nach den Klängen des ‚Sputnik-Walzern‘ wiegen oder ‚neue Tanzmusik aus Lauchhammer‘ hören? So gut wie niemand! Und genau das war das Problem: Die Menschen hatten gänzlich andere Vorstellungen von Unterhaltung als die führenden Genossen in der DDR. Sie wollten sich zerstreuen, amüsieren und entspannen. Die SED-Führung ließ dagegen nichts unversucht, sie in der Tradition der Arbeiterbewegung zur ‚richtigen‘ Kultur zu erziehen.

Wolfgang Mühl-Benninghaus hat eine Geschichte der Unterhaltung in der DDR von der Gründung der SBZ bis hin zum Mauerfall 1989 geschrieben, wobei auch der Blick in den Westen nicht ganz fehlt. Er zeigt die Rahmenbedin-

gungen, Inhalte, Ausdrucksformen und die Rezipienten ebenso wie die politisch-ideologische Einflussnahme von Seiten der SED. Die Darstellung konzentriert sich stark auf DDR-Rundfunksendungen (Hörfunk und Fernsehen) sowie auf Popmusik als Form von Jugendkultur. Erwähnung finden auch Kinofilme und freie Theatergruppen, der Bereich der Unterhaltungsliteratur wie der des Sports werden dagegen weitgehend ausgespart.

Das Unbehagen an der Unterhaltungskultur artikuliert sich schon früh in Deutschland. Denn, so die Ausgangsthese von Mühl-Benninghaus: „Die Bewertung und die Nachfrage nach Unterhaltungsangeboten in der DDR [...] war inhaltlich und intellektuell vor allem durch die Milieus der organisierten Arbeiterklasse geprägt“ (S. 340). Die Genossen in der DDR übernahmen also die Vorstellungen von ‚guter‘ und ‚schlechter‘ Unterhaltung von der organisierten Arbeiterbewegung, wobei sich diese nicht sonderlich von den bürgerlich-christlichen Ideen unterschieden. Unterhaltung war demnach niemals Selbstzweck, sondern schloss stets eine Erziehungs- und Bildungsaufgabe mit ein. Insofern beginnt das Buch mit einem ausgedehnten Überblick zur „Unterhaltung im sozialdemokratischen Milieu“ vom 19. Jahrhundert bis hin zur Weimarer Republik.

Gemäß dieser Maxime knüpften die aus den Zuchthäusern, Konzentrationslagern und der Emigration zurückgekehrten Arbeiterfunktionäre mit ihren Kulturvorstellungen an diese Zeit an – den Nationalsozialismus überspringt Mühl-Benninghaus in seinem Buch und vernachlässigt somit die Frage nach der Kontinuität der NS-Unterhaltung nach 1945. Die folgenden Kapitel behandeln chronologisch die „Unterhaltung in den 1950er Jahren“ sowie die Zeit „zwischen Aufbruch und ‚Kahlschlag‘“. Der Autor beschreibt die „Folgen des 11. SED-Plenums bis zum Ende der Ära Ulbricht“ und fragt nach der „Unterhaltung in der Ära Honecker“.

Ausgewiesen durch zahlreiche Arbeiten zur Film- und Rundfunkgeschichte, agiert Wolfgang Mühl-Benninghaus als versierter Kenner der Materie. Souverän zeigt er die Spielarten auf, wie die Genossen immer wieder aufs Neue versuchten, eine sozialistische Form von Unterhaltung zu schaffen: „Nicht vergessen sollte man einen lebenssprühenden Humor und ebenso wenig Schalk und Spott an die Adresse des Veralteten, Überlebten und Rückständigen“ (S. 105). Doch verlief dieser Prozess nicht gradlinig. Nach dem 17. Juni 1953 verschwand zeitweise die enge dogmatische Haltung ge-

genüber Unterhaltungsphänomenen, ja, es kam sogar zu öffentlicher Selbstkritik: „[W]enn Massen von werktätigen Hörern unseren Funk nicht verstehen, wenn sie ihn abdrehen, ist der Funk schuld, nicht die Hörer“ (S. 128). Doch schon 1957 stellte die SED-Führung fest, dass die beim Publikum populären Sendereihen „*Da lacht der Bär* und *Schlagerlotterie* [...] durch die seichte und opportunistische Art ihrer Gestaltung in unserer Republik desorientierend gewirkt [haben]“ (S. 160, Hervorhebung im Original).

In den ersten zwanzig Jahren wurde Unterhaltung stets komplementär zum Arbeitsprozess betrachtet. Der Beruf stand im Zentrum – gerne traten auch Uniformträger in den Fernsehshows auf –, während die privaten Familienverhältnisse, im Unterschied zur Bundesrepublik, kaum erwähnt wurden. Unter Honecker kam es schließlich zur staatlichen Anerkennung individueller Bedürfnisse mit dem „Ziel, die Widersprüche in der Gesellschaft zu verdrängen oder sie durch populistische Maßnahmen vergessen zu machen“ (S. 296). Doch die Öffnung blieb beschränkt, die unterschiedlichen Bedürfnisstrukturen wurden nur soweit anerkannt, wie sie mit den Interessen und Absichten der Herrschenden übereinstimmten.

Das Publikum dagegen zeichnete sich durch einen permanenten, aber nicht offen ausgetragenen Widerstand gegen die Bevormundung aus. Es wählte Marika Röck zur beliebtesten Schauspielerin, konsumierte westdeutsche Rundfunksendungen und rockte nach der Musik von ostdeutschen Beat-Gruppen, die – wenn eine überraschende Kontrolle kam – auch Schlager- und Schunkelmusik spielen konnten (S. 249). Parallel versuchte die SED-Führung, durch Auftrittsverbote und Druck, eine Veränderung der Unterhaltung in Richtung tradierter Inhalte und Ästhetiken durchzusetzen. Insofern ist die Geschichte der DDR-Unterhaltung auch die einer permanenten Aushandlung – auf der einen Seite die SED-Führung, die Unterhaltung vor allem zweckgebunden verstand und nicht als eine an das Individuum gebundene, sondern als eine soziale und damit historische Kategorie begriff (S. 106), auf der anderen Seite das eigensinnige Publikum.

Das große Verdienst von Mühl-Benninghaus ist, dass er Unterhaltung ernst nimmt. Nicht die Hochkultur, sondern die Unterhaltungsshow im Fernsehen, die Wunschsendungen im Hörfunk wie die Schlagermusik sind sein Untersuchungsgegenstand. Mit dem Fokus auf die langen Linien der Traditionen der organisierten Ar-

beiterkulturbewegung in der DDR ebenso wie mit einem Seitenblick auf die Gesetze des Marktes und auf die Kulturkritik im Westen gelingt es ihm, das DDR-spezifische der Unterhaltung freizulegen.

So üppig die Materie selbst, also die Unterhaltungssendungen und -musik vorgestellt werden, so fehlen doch einige wichtige Veröffentlichungen zu diesem Thema und Belegquellen im Text. Auch ein etwas genauerer Blick auf die verschiedenen Öffentlichkeiten in der DDR und die Praktiken ihrer Aneignung von Unterhaltungsangeboten wäre hilfreich gewesen wie überhaupt eine Diskussion über die Definition von Unterhaltung. Doch wünscht sich der Autor selbst, dass weitere Untersuchungen im Osten wie im Westen folgen mögen, um die Ergebnisse zu verifizieren und zu ergänzen (S. 18). Wolfgang Mühl-Benninghaus hat mit seinem Buch die Unterhaltung ‚hoffähig‘ gemacht – und eindrücklich gezeigt, wie und unter welchen Bedingungen die Formen sozialistischer Unterhaltung entstanden sind, die sich bis heute einer wehmütigen Beliebtheit erfreuen.

Potsdam

Christine Bartlitz

### Reiseweltmeister DDR

Görlich, Christopher: Urlaub vom Staat. Tourismus in der DDR, 290 S., Böhlau, Wien u. a. 2012.

Die DDR überflügelte in den 1980er Jahren in Punkto Reiseintensität sogar die Bundesrepublik und stieg zum ‚Reiseweltmeister‘ auf. Kein Wunder also, dass die Tourismusgeschichte als „Mauerblümchen mit Zukunft“ (Rüdiger Hachtmann) seit einigen Jahren auch innerhalb der DDR-Historiographie en vogue ist. Nun liegt mit der Untersuchung Christopher Görlichs eine weitere Studie zur Thematik vor: Entstanden im Rahmen des Projekts „Kulturen des Politischen“ am *Zentrum für Zeithistorische Forschung* in Potsdam, definiert der Verfasser das Reisen in der DDR als „Politikum“ und „Arena des Aushandelns zwischen Bürgern und Staat“ (S. 13). „Urlaub“ versteht er in diesem Sinne als einen immer problem- und konfliktbeladenen Raum zwischen Staat und einzelner Bürger, was zu mannigfachen politisch-ideologischen Aushandlungsprozessen führte. Diese werden in den Mittelpunkt der Studie gerückt, die auf dem theoretischen Konzept „Herrschaft

als soziale Praxis“ (Alf Lüdtke/Thomas Lindenberger) fußt. Die Grundannahme ist, dass Staat und Gewerkschaft nicht nur Organisatoren der Reise waren, sondern vor allem auch stets eine Normierung des Reisens im marxistisch-leninistischen Sinne anvisierten. Diesen Wunsch nach umfassender Erziehung, Fürsorge und Steuerung stellt Görlich die individualistische, eigensinnige Aneignung des Einzelnen gegenüber.

Das Buch fokussiert sich im Wesentlichen auf den staatlichen Feriendienst des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds (FDGB), dessen Bedeutung chronologisch von den ersten Reisen der Nachkriegsjahre bis zum Mauerfall beleuchtet wird. Den zeitlichen Schwerpunkt legt der Autor auf die 1950er und 1960er Jahre. Souverän beschreibt er in diesem Teil rechtlich-organisatorische Grundlagen und konkrete Gestaltung staatlicher Urlaubspolitik sowie administrative Rahmenbedingungen und Realitäten der Planwirtschaft, wie die ineffiziente Bürokratie oder Qualitäts- und Versorgungsprobleme am Urlaubsort; aber auch repressive Maßnahmen („Aktion Rose“) und allgegenwärtige Versuche einer Politisierung, Ideologisierung und Funktionalisierung des Urlaubs zur Erhöhung der Arbeitsdisziplin werden in den Blick genommen. Der Verfasser legt plausibel dar, wie in den 1960er Jahren Rationalisierungen und Reformen Gestaltungsmöglichkeiten verbesserten und so zu einer Ausdifferenzierung der Urlaubsformen führten. Prozesse der Verwissenschaftlichung, Modernisierung und Professionalisierung trugen insgesamt zu einem Wandel des FDGB zu einem reinen Dienstleistungsunternehmen bei. Einher ging diese Entwicklung mit einer Aufgabe der Ferienheime als Orte sozialistischer Vergemeinschaftung ebenso, wie es zu einem kontinuierlichen Rückgang von Bevormundung und Zwang kam. Politische Vorstöße, die ritualisierte Kommunikation der DDR auch in die Urlaubsorte zu tragen, scheiterten häufig an den eigensinnigen Aneignungen der Urlauber. Dies zeigt sich etwa bei der Vergabe von Urlaubsplätzen, bei denen häufig Kompromisslösungen mit nicht intendierten, überraschenden Folgen gefunden wurden (beispielsweise Schwarzmarkt für Ferienschecks). Der Ausbau des Feriendienstes unter Honecker durch große finanzielle Mittel schuf neue Kapazitäten in nie zuvor gekannten Maße, gleichwohl blieb im sozialistischen Massentourismus stets das Dilemma zwischen ideologischen Anspruch ‚von oben‘ und den individuellen, zumal gestiegenen Ansprüchen der Reisenden als unauflösbarer Antagonismus bestehen. Insgesamt verlor der

FDGB im Tourismus immer mehr seine „Definitionsmacht“ (S. 141); zum Ende der DDR konstatiert Görlich schließlich die endgültige Abkehr vom utopischen Projekt politischer Steuerung und Normierung. Insgesamt blieben, so ein wesentliches Ergebnis, die staatlich organisierten Ferien häufig ein unpolitischer Raum, konnte niemals eine omnipräsent-permanente Reglementierung durchgesetzt werden.

In den nachfolgenden Abschnitten betrachtet der Verfasser die Urlauber und stellt die Mitarbeiter des Feriendienstes in ihrer Schlüsselrolle vor. Ferner befragt er seine Quellen – ganz im Sinne der gesellschaftlichen Konstruktion von Wirklichkeit – nach dem Topos „Urlandsland DDR“. Hier kann er offenlegen, dass der Begriff „sozialistische Heimat“ vor allem auch der Abgrenzung zur Bundesrepublik diene, als (Urlaubs)Projekt letztlich aber misslang. Abschnitte über die pauschale Diskreditierung westlicher Reiseziele sind erhellend, doch hätte sich der Leser insgesamt mehr Einbettung in deutsch-deutsche beziehungsweise internationale Kontexte gewünscht, ohne die viele auch tourismusgeschichtliche Entwicklungen innerhalb der DDR nur schwer verständlich sind. Das Typische des DDR-Tourismus im Kräftefeld des Kalten Krieges herauszuarbeiten und unter Rückgriff auf andere Staaten des ‚Ostblocks‘ in größeren Zusammenhängen zu verorten, bleibt ein Desiderat der Forschung.

Die Akteursebene versucht der Autor vermittelt des Familien-, Kinder- und Jugendurlaubs abzubilden. Wichtig sind die Hinweise auf die Rentner, die auch bei den Urlaubsfahrten eine Randgruppe der DDR-Gesellschaft waren. Zwar besaßen diese ‚Reisemündigkeit‘, was ihnen Westreisen gestattete, doch waren sie vom eigentlichen Tourismus weitgehend ausgeschlossen. Tourismus-Angebote anderer Institutionen werden leider nur im skizzenartigen Exkurs betrachtet, doch hätte man gerade hier weitere individualistische Aneignungsprozesse nachzeichnen können. Dies gilt etwa für das Reisen auf ‚eigene Faust‘ in das (selbstredend nur ‚sozialistische‘) Ausland. Aber auch das Campen bot dem Urlauber sicherlich weitaus stärker als das organisiert-staatliche Reisen die Illusion, „dass der Staat für die nächsten Tage oder Wochen in weite Ferne gerückt sei“ (S. 132). Bedauerlicherweise werden dieser Urlaubsform trotz dieser Einschätzung von Seiten des Autors nur vier Textseiten eingeräumt. Ein weiteres Monitum ist, dass sich die Darstellung vornehmlich auf die archivalische Überlieferung des FDGB stützt. Um die Innensicht der

Akteure noch besser ausleuchten zu können, hätten Interviews, Briefe, Postkarten oder Reisetagebücher möglichenfalls noch weitere eigensinnige Entgegnungen auf die staatlichen Ordnungsvorstellungen bieten können. So bleibt mit der Konzentration auf Archivmaterialien und gedruckte Quellen das Schreiben einer Erfahrungsgeschichte unvollständig. Als ein großes Manko für die Benutzung des Buches erweist sich zudem, dass Darstellungen und Quellenachweise im Anhang nicht getrennt, sondern vermischt unter dem Rubrum „Literaturverzeichnis“ aufgeführt werden. Auch fehlen hier mitunter Angaben (beispielsweise Schindler 1957).

Ein äußerst knapper Schlussteil fasst die wesentlichen Ergebnisse zusammen: Die Geschichte des Tourismus in der DDR ist die einer zunehmenden Auseinanderentwicklung zwischen ideologischem Anspruch einerseits und individuellen Wünschen der Gesellschaft andererseits, was letztlich das Scheitern politischer Ambitionen am Eigensinn nach sich zog. Die Erlebnisorientierung der Urlauber ‚im Heute‘ führte immer wieder zu einem grundsätzlichen Widerspruch zur ideologisch-politischen und stets utopischen Ausrichtung des Feriendienstes. Die Grenzen einer vermeintlich vollkommen ‚durchherrschten‘ DDR-Gesellschaft kann der Verfasser in seiner insgesamt lesenswerten Studie einleuchtend herausarbeiten, wenngleich das Potential der Fragestellung nicht vollständig ausgereizt scheint. Fragwürdig muss überdies bleiben, ob ein derart entpolitisierter „Urlaub vom Staat“ tatsächlich „substanzial“ (S. 266) zum Ende der DDR beitrug; wenigstens geht dies kaum aus der Darstellung Görlichs hervor.

Münster

Christoph Lorke

### **Happenings als performative Protestform**

*Szymanski, Berenika*: Theatraler Protest und der Weg Polens zu 1989. Zum Aushandeln von Öffentlichkeit im Jahrzehnt der *Solidarność*, 303 S., transcript, Bielefeld 2012.

Während wir von den politischen Abläufen her über Entstehung, Zerschlagung und Neuanfang der unabhängigen polnischen Gewerkschaft *Solidarność* über 30 Jahre nach ihrem Entstehen recht gut informiert sind, fehlt bisher weitgehend eine kulturwissenschaftliche Einordnung des Phänomens. Berenika Szymanski hat in ih-



rer nun vorliegenden Münchner theaterwissenschaftlichen Dissertation einen interessanten Beitrag hierzu geleistet.

Die zentralen Kapitel der Arbeit sind den theatralen Strategien zur Öffentlichkeitserzeugung im Protest, dem Übergang von Protest zu Ritual in den 1980er Jahren und dem Aufbrechen der Rituale in der Bewegung *Orange Alternative* im selben Jahrzehnt gewidmet. Ausgangspunkt ist die These (von der Autorin als „Feststellung“ bezeichnet), dass die öffentlichen Proteste zwischen 1980 und 1989 „aufgrund ihres hohen Grades an Theatralität eine Gegenöffentlichkeit zu erzeugen vermochten“ (S. 21) und dadurch der Systemtransfer erst ermöglicht wurde. Theatralität, verstanden als hervorgehobenes Handeln und das Wahrnehmen von diesem, soll „Protesthandlungen als Aufführungen in ihrem Kontext analysier[en]“ (S. 26f.). Diese Aufführungen inklusive der Einzel- und Gruppenakteure werden durch die zentralen Begriffe Öffentlichkeit und Protest betrachtet, wobei dem Phänomen der Räumlichkeit eine entscheidende Rolle zukommt.

Szymanskis Verständnis von Öffentlichkeit orientiert sich stark am französischen Philosophen Jacques Rancière und seiner Unterscheidung von Politik und Polizei. Im Folgenden kann die Autorin ihre theoretischen Konzepte sehr gut auf die konkreten sozialen Räume übertragen. Besonders anschaulich gilt dies für das durch Mauern von der Umgebung abgetrennte Betriebsgelände der Danziger Lenin-Werft. Sie analysiert die verschiedenen Arten von Bühnen, die während der Septemberstreiks dort entstanden, und das Wirken der wichtigsten Akteure. Interessant ist die Rolle der Außenmauern und -zäune, die weniger eine trennende als eine verbindende Funktion erhalten, etwa beim gemeinsamen Feiern von Gottesdiensten dies- und jenseits von ihnen, aber auch als Ort des kommunikativen Informationsaustauschs. Die Streikenden erscheinen als Zuschauer und Handelnde zugleich (S. 83). Es ist bedauerlich, wengleich aufgrund der Anlage der Arbeit verständlich, dass hierbei nicht weitere kulturwissenschaftliche Ansätze zumindest miteinbezogen werden. Die Ergebnisse der polnischen soziologischen Forschung zu den Streiks tauchen gar nicht auf. Sie hätten als Untermauerung mancher These sicherlich geholfen und den mitunter etwas abgehobenen und empirisch auf sehr wenige Beteiligte gestützten Aussagen eine größere soziale Plausibilität verliehen.

Das Entstehen einer Gegenöffentlichkeit in der Werft, dann über sie hinaus, wird sehr ge-

lungen auch in den kleineren Schritten skizziert. Dabei erscheinen nicht nur der charismatische Arbeiterführer Lech Wałęsa, sondern auch vermeintlich unwichtigere Figuren wie der Schöpfer des *Solidarność*-Logos oder die Journalisten teilweise in neuem Licht. Merkwürdigerweise verzichtet die Autorin darauf, den Akteursbegriff etwa im Sinne Bruno Latours breiter zu fassen, was das Zusammenwirken verschiedener Faktoren noch deutlicher gemacht hätte. Der mit Polen nicht vertraute Leser wird in historischen Einführungen beispielsweise mit der Bedeutung der katholischen Kirche oder der Romantik bekannt gemacht. Auch wenn der Breiteneffekt mancher konkreter Aktionen wohl hie und da überschätzt wird, so zeigt die Beschreibung der Messen Jerzy Popiełuszko bis zu seiner Ermordung durch die Staatssicherheit 1984 sehr deutlich, wie Gegenöffentlichkeit nach der Verhängung des Kriegszustandes auf dem Wege der Ritualisierung neu konstruiert werden konnte. Gewissermaßen als Gegenbild zu diesem nationalkatholischen Pathos wird auf die anarchistische Sponti-Bewegung der *Orange Alternative* verwiesen, wo Theatralität klassische Rollenmuster auflöste. Das Urteil der Autorin, diese Bewegung mit ihren wohl doch eher in den Niederlanden und Skandinavien liegenden Wurzeln sei zu wenig erforscht, ist aus der Perspektive des Jahres 2013 nicht mehr haltbar. Bei all ihrer Wichtigkeit für ein neues Verständnis von Opposition im ‚Jahrzehnt der Hoffnungslosigkeit‘ gilt es freilich auch zu bedenken, dass die *Pomaranczowa Alternatywa* nur deshalb funktionieren konnte, weil die Erosion des Machtapparates schon weit fortgeschritten war. Dennoch ist die Analyse der genauen Instruktionen, die die Protagonisten der Bewegung bei ihren Happenings verteilten, als perlokutionäre Sprechakte, die einen performativen Prozess in Form von Handlungen veranlassen können (S. 241), eine wichtige, über das enge historische Ereignis hinausweisende Erkenntnis. Dies gilt auch dann, wenn man die Einschätzung nicht teilt, die *Orange Alternative* sei ein wichtiger Vorläufer des Runden Tisches von 1989 gewesen.

Formal betrachtet merkt man dem Text häufig seine Entstehung als Qualifikationsarbeit an. Der Leser wird immer wieder quasi mit der Nase auf die Kernthesen und die Grundgliederung des Manuskripts gestoßen, was die Lektüre mitunter etwas erschwert, zumal eine weitergehende redaktionelle Überarbeitung offenbar nicht stattgefunden hat. Die Zweifel des Rezensenten beziehen sich weniger auf die thea-

terwissenschaftliche als auf die zeitgeschichtliche Ebene. Hier begegnet man einigen Ungenauigkeiten in der Bewertung von Ereignissen und Abläufen der Geschichte der Volksrepublik Polen sowie einer zu unkritischen Übernahme von Thesen interessengeleiteter polnischer Forschung (insbesondere in Bezug auf die Rolle der Kirche und den ‚Heldenmythos‘ des anti-kommunistischen Widerstands). Erst im Kapitel zur *Orange Alternative* entsteht der Eindruck, dass sich die Autorin von der ganzen Last der Geschichte auch selbst befreit und ihren Spaß an den geschilderten Happenings zu finden beginnt. Alles in allem ist aber ein wichtiges Buch entstanden, das methodisches Neuland betritt und dem man eine weite Verbreitung wünschen muss.

Gießen/Berlin

Markus Krzoska

### **Breiter thematischer wie geographischer Überblick**

*Middel, Matthias/Wemheuer, Felix (Hrsg.): Hunger, Ernährung und Rationierungssysteme unter dem Staatssozialismus (1917–2006), 375 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2011.*

Im 20. Jahrhundert wurde die kommunistische Staatenwelt immer wieder von verheerenden Hungersnöten heimgesucht, die insgesamt mehrere Millionen Menschen das Leben kosteten. Allein im Zuge der stalinistischen Zwangskollektivierung der Jahre 1932/33 starben in der Ukraine Schätzungen zufolge etwa 3,5 Millionen Menschen an den Folgen von Unterernährung und Hunger.

Der von den Historikern Matthias Middel und Felix Wemheuer herausgegebene Sammelband versteht sich hier selbstbewusst als erster interdisziplinär angelegter Vergleich staatssozialistischer Ernährungspolitik und deren Folgen. Schwerpunktmäßig widmen sich die zwölf Beiträge – deren geographische Bandbreite von der DDR über die Sowjetunion bis nach China und Nordkorea reicht – der kommunistischen Lebensmittel- und Rationierungspolitik, dem politischen Umgang der Mächtigen mit ihrer hungernden Bevölkerung sowie der Reaktion der Betroffenen auf die sozialistische „Ernährungsdiktatur“ (S. 19). Bereits in seiner leider etwas umständlich angelegten Einleitung weist Felix Wemheuer hier auf den in der Tat bemerkenswerten Widerspruch hin, dass die Verheißung,

das notleidende Volk zu speisen und den Hunger als Geißel der Menschheit zu beseitigen, in der kommunistischen Ideologie zwar einerseits einen zentralen Stellenwert einnahm, es aber andererseits gerade in den sozialistischen Ländern wiederkehrend zu verlustreichen Hungerkatastrophen kam. Im Zentrum des Bandes steht daran anknüpfend die bis heute strittige Forschungsfrage, ob die chronischen Ernährungsprobleme im Sozialismus primär als Folge von Missernten, personeller Inkompetenz und zentralstaatlicher Fehlplanung zu bewerten sind, oder ob die staatliche Unterversorgung von den kommunistischen Machthabern ganz bewusst als Disziplinierungs- und Terrorinstrument gegen die eigene Zivilbevölkerung eingesetzt wurde.

Insgesamt ist die Leistung der Herausgeber hervorzuheben, erstmals einen thematisch wie geographisch breit gefächerten Überblick über die sozialistischen Nahrungs- und Rationierungsregime des 20. Jahrhunderts vorgelegt zu haben, wobei die Qualität der Beiträge recht unterschiedlich ausfällt. Weitgehend bekannte Ergebnisse referiert etwa Arnd Bauerkämper in seinem Beitrag über die Ernährungsprobleme in der frühen DDR als Folge der drakonischen Kollektivierung der Landwirtschaft in den 1950er Jahren. Wenig Neues bietet auch Donald Filtzers Aufsatz über die schwere Hungersnot unter russischen Industriearbeitern von 1947, die der Autor als das Ergebnis einer gewollten Intervention des Staates in Form von verordneter Konsumbegrenzung bei gleichzeitiger Erhöhung der Abgabequoten der Kolchoswirtschaft beschreibt.

Positiv sticht dagegen etwa der Beitrag Robert Kindlers über die katastrophalen sozialen Folgen der bislang kaum bekannten Hungerkatastrophe im Kasachstan der 1930er Jahre hervor, die mehr als 1,5 Millionen Menschen – etwa 1/3 der Landesbevölkerung – das Leben kostete. Ausschlaggebend für die staatliche Zwangswirtschaft waren Kindler zufolge weniger ideologische Gründe als vielmehr das Kalkül der sowjetischen Kader, die als Bedrohung des eigenen Kontrollanspruchs empfundene nomadische Lebensweise der kasachischen Stammesgesellschaft zu brechen. Auch Alice Weinreb lenkt den Blick auf einen lange vernachlässigten Aspekt der sozialistischen „Ernährungskultur“ (S. 249): die staatlich organisierte Schulspeisung. Weinreb zeigt, dass es der SED-Regierung mit der Schulspeisung zwar langfristig gelang, eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote und damit eine Steigerung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität zu erreichen – diese

aufgrund der weithin als ungerecht empfundene Distributionspraxis allerdings auf massiven Widerstand in der Bevölkerung stieß. Weiterführend ist auch die These Wendy Goldmans, die in den Säuberungs- und Terrorwellen des Stalinismus nicht, wie bislang vielfach geschehen, den Ausbruch irrationaler Verfolgungswahns der sowjetischen Führungsschicht sieht, sondern den durchaus zweckrationalen Versuch, die infolge der dramatischen Hungerkrise der frühen 1930er Jahre aufbegehrende Bevölkerung und die ‚Zweifler‘ in der eigenen Parteihierarchie zum Schweigen zu bringen.

Insgesamt bestätigt die Mehrheit der Autoren damit die These, dass die sozialistischen Regime ihre drakonische Ernährungs- und Rationierungspolitik ganz bewusst als Mittel staatlicher Gewaltausübung einsetzten. Lediglich Stephen G. Wheatcroft macht in seinem Vergleich der Ernährungskrisen in der Sowjetunion und China explizit ungelöste gesellschaftliche Modernisierungskonflikte sowie das totale Versagen der Staatsmacht, angemessen auf die grassierenden Versorgungskrisen zu reagieren, für die zyklisch auftretenden Versorgungspässe verantwortlich.

Angesichts des thematischen Spektrums des Bandes muss die methodische Eindimensionalität der mehrheitlich der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte verpflichteten Beiträge jedoch letztlich enttäuschen, die zwar mit der tabellarischen Aufbereitung von sozialstatistischen Datenmaterial zu Produktions- und Ernährungsentwicklungen nicht geizen, die soziokulturelle Dimension des Hungers aber weitgehend ausblenden. Wünschenswert wäre hier sicherlich eine stärkere Verknüpfung mit kulturgeschichtlichen Fragestellungen gewesen, etwa inwieweit die Versorgungs- und Ernährungsprobleme von den staatssozialistischen Propagandaapparaten aufgegriffen und instrumentalisiert wurden.

Frankfurt a. M.

Nils Löffelbein

### Gelungene Einführung zu China

Mark, *Chi-Kwan*: China and the World since 1945. An International History, 144 S., Routledge, London/New York 2012.

Die stetig wachsende politische und wirtschaftliche Rolle Chinas führt derzeit in Wissenschaft und Öffentlichkeit zu einem verstärkten Interesse an den historischen und politischen Besonderheiten der aufstrebenden Weltmacht. Damit

einher geht auch eine vermehrte Nachfrage nach gut lesbaren Einführungen zu Teilaspekten der chinesischen Geschichte und Politik. Mit dem vorliegenden Buch bietet Chi-Kwan Mark einen wissenschaftlich fundierten und aktuellen Einblick in die chinesischen Außenbeziehungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Anders als in Marc Lanteignes im Jahr 2009 ebenfalls bei Routledge erschienener Einführung „Chinese Foreign Policy. An Introduction“ liegt der Schwerpunkt dabei nicht auf der Phase der Reformpolitik nach 1978, sondern das Buch konzentriert sich vor allem auf die Zeit des Maoismus.

Sieben von zehn Kapiteln behandeln die Jahre 1945 bis 1978, während die restlichen drei Kapitel knapp aktuelle Entwicklungen zusammenfassen. Der Autor gibt in jedem Kapitel zunächst auf zehn bis zwölf Seiten einen Überblick über wesentliche historische Geschehnisse und endet zumeist mit einem knappen Abriss aktueller Forschungsdebatten. Die Darstellung der maoistischen Ära ist trotz der Kürze des Textes zumeist auf neuestem Forschungsstand und gut lesbar. Die letzten drei Kapitel sind konzeptionell weniger überzeugend, da hier anstatt fundierter Analyse gelegentlich nur Ereignisreihen vorzufinden sind.

Die Einführung schlägt einen Bogen ins 19. Jahrhundert und stellt die Suche nach einer nationalen Identität im Gefolge des ‚Jahrhunderts der Demütigungen‘ in den Mittelpunkt der Darstellung. Der alleinige Fokus auf Ideologie oder Sicherheitsdenken erweist sich dem Autor zufolge als unzureichend, um die Komplexität der chinesischen Außenpolitik verstehen zu können. Vielmehr zeigt Chi-Kwan Mark anschaulich, wie unterschiedliche Interessen in der chinesischen Außenpolitik kontinuierlich nebeneinander fortbestanden und je nach Situation unterschiedlich gewichtet wurden. Bereits in den ersten Kapiteln wird gezeigt, wie eng Ideologie und Sicherheitsdenken, aber auch Außen- und Innenpolitik in der Frühphase der Volksrepublik China verbunden waren. So lief der von Kim Il-Sung forcierte Korea-Krieg Maos vorrangigem Interesse einer Eroberung Taiwans in den Jahren 1950/51 zuwider. Aber neben proletarischer Solidarität waren es insbesondere Erwägungen hinsichtlich zukünftiger sowjetischer Aufbauhilfe, die für die chinesische Unterstützung Nordkoreas sprachen. Überdies ermöglichte der Krieg die Instrumentalisierung von Feindbildern für die Forcierung innenpolitischer Ziele.

Die Darstellung rückt zumeist die wechselhafte Dreiecksbeziehung zwischen China und

den damaligen Supermächten, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, in den Mittelpunkt und erhellt strategische wie persönliche Aspekte der Beziehungen. Diese Beziehungen sind zweifelsohne von zentraler Bedeutung, aber gelegentlich hätte man sich etwas mehr Informationen über Chinas Verhältnis zu anderen Weltregionen erhofft, etwa das Verhältnis zum ‚treuen Freund‘ Albanien oder über die chinesische Charmeoffensive in Afrika in den frühen 1960er Jahren. Gleiches gilt in noch stärkerem Umfang für die chinesisch-afrikanischen Außenbeziehungen im letzten Jahrzehnt, denen nur wenige Zeilen gewidmet werden. Insgesamt zeichnet der Autor jedoch ein nuanciertes Bild der chinesischen Außenpolitik und vertritt durchaus einige prägnante Thesen. So ließe sich darüber diskutieren, ob für Mao nicht Klassen, sondern Staaten stets die entscheidende Rolle in der Bewertung außenpolitischer Ereignisse spielten (S. 90). Vereinzelt Ungereimtheiten, wie die auch in anderer Literatur immer wieder ange-troffene fälschliche Datierung von Maos berühmtem Diktum „Das chinesische Volk ist auf-gestanden“ (S. 16) auf die Gründungszeremonie der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949, die Verlegung der Olympischen Spiele in Peking in das Jahr 1998 (S. 128) oder die Verwechslung von Chinas Vertretung in den Vereinten Nationen mit den Vereinigten Staaten (S. 22) stellen die Ausnahme dar. Das Buch zeugt von einer souveränen Beherrschung des aktuellen Forschungsstandes und ist als ein-führende Lektüre für Studierende und fach-fremde Leser sehr zu empfehlen.

Freiburg

Daniel Leese

### **Neue Facetten britischer und europäischer Geschichte**

*Dietz, Bernhard:* Neo-Tories. Britische Konser-vative im Aufstand gegen Demokratie und politi-sche Moderne (1929–1939), X + 334 S., Ol-denbourg, München 2012.

In seiner Dissertation beschäftigt sich Bernhard Dietz mit einem Kreis von Publizisten und Poli-tikern am rechten Rand des britischen Konser-vatismus der 1930er Jahre. Analog zur ‚Konservativen Revolution‘, die für die Weimarer Re-publik weithin bekannt, wenn auch umstritten ist, möchte Dietz für diese Personen mit den ‚Neo-Tories‘ einen eigenen Begriff etablieren.

Das Buch folgt einem ideengeschichtlichen An-satz, der sensibel für soziale Kontexte ist. So stellt Dietz die Akteure kollektivbiographisch vor; er beschreibt Netzwerke um Zeitschriften sowie Vereine und wie die Protagonisten hinter ver-schlossenen Türen versuchten, ihren Ideen Geltung zu verschaffen. Der größere Teil der Arbeit besteht in einer inhaltlichen Analyse die-ser Ideen.

Dies geschieht in einer systematischen Gliederung, die das „neo-toryistische“ Amalgam aus einer Geschichtsphilosophie der Dekadenz, Kritik an Moderne und Demokratie, Rassismus und Antisemitismus sowie dem Leitbild einer korporativen Gesellschaftsordnung in einzelnen thematischen Abschnitten auffächert. Dankbar an diesem Aufbau ist der schnelle Zugriff, den das Buch auf einzelne Ideologeme und die Schlüsselfiguren zulässt, die sie vertraten. Da-mit ist es in hohem Maße anschlussfähig an an-dere ideengeschichtlich orientierte Fragestel-lungen. Nachteilig an der Herangehensweise ist neben einigen kaum vermeidbaren Dopplungen, dass vereinzelt Bezüge und Hierarchien zwi-schen den vorgestellten Ideenkomplexen nicht vollkommen klar werden. So wird zwar deutlich, dass im Zentrum des Weltbildes der „Neo-Tories“ eine Niedergangsvorstellung stand, die ihren Ausdruck in einem Geschichtsbild der „Degeneration“ seit der von den Konservativen so benannten *Inglorious Rebellion* von 1688/89 fand; sie begründete das Ziel einer Neuordnung der britischen Gesellschaft. Im Detail tun sich aber Fragen auf. Während Dietz zum Beispiel darauf hinweist, dass der Radikalkonservatismus mit dem Bezug auf 1688/89 als spezifisch eng-lisch zu verstehen sei, weil die Abarbeitung an der Französischen Revolution anders als in Frankreich oder Deutschland eine „untergeord-nete Rolle“ (S. 68f.) gespielt habe, taucht die Zurückweisung der europäischen Aufklärung doch immer wieder als ein wichtiges Element in der rechten Demokratiekritik der Briten auf (z. B. S. 16, 112f., 118, 136, 142, 153). Es wäre interessant, mehr über solche Wider-sprüchlichkeiten und darüber zu erfahren, wel-che Rolle sie im Denken und für das Handeln der Konservativen spielten.

Gerade in der europäischen Dimension er-öffnet die Studie spannende Perspektiven. Die Analyse geht vom revolutionären Konservatismus als einem gesamteuropäischen Phänomen aus, das hier in seiner britischen Ausprägung untersucht wird. Das steckt den Rahmen für vereinzelt aufschlussreiche Vergleiche mit deutschen Rechtsintellektuellen der Zeit, die in

einer überzeugenden These münden: Trotz ähnlicher Ansätze dachten die „Neo-Tories“ insgesamt weit weniger revolutionär als ihre kontinentalen Pendanten, weil sie unterschiedliche Startvoraussetzungen hatten. Während in Deutschland die Revolution in einem fundamentalen Umbruch ein neues politisches System schuf, blieb die aus jahrhundertelanger Evolution hervorgegangene britische Ordnung vom Kriegsende im Wesentlichen unberührt. Damit war sie weit weniger angreifbar als die in ihrer Legitimität äußerst umstrittene deutsche Republik.

Auch jenseits der Aufklärungskritik arbeitet Dietz durchgängig europäische Bezüge innerhalb der rechtskonservativen Ideenwelt heraus. In hohem Maß fußten die Weltbilder der „Neo-Tories“ auf der Rezeption anderer europäischer Rechtsintellektueller und der Auseinandersetzung mit der Errichtung autoritärer Regime in einer Reihe europäischer Staaten. Dies wurde zugleich zum argumentativen Problem. Gegenüber einer Öffentlichkeit, die im Verlauf der 1930er Jahre immer weniger zwischen Korporatismus, Faschismus und Nationalsozialismus differenzierte, setzten sich paradoxerweise gerade die nationalistischen Konservativen mit ihren Anleihen vom *Continent* dem Vorwurf der *un-Englishness* aus. Den Extremismus Hitlers vor Augen wurde jede rechte Alternative zum Status quo als zu große Bedrohung der englischen Freiheit wahrgenommen, und spätestens mit dem Krieg, der als Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur wahrgenommen wurde, war der „Neo-Toryismus“ am Ende.

Sein politisches Scheitern beschreibt Dietz zudem anhand der politischen Praxis. Am rechten Rand ihrer Partei besaßen die Konservativen nicht genügend Macht, als dass sie einen Umsturz hätten herbeiführen können. Zugleich standen die antidemokratischen Überzeugungen und das eigene Elitebewusstsein dem Versuch im Weg, eine eigene Machtbasis in den Wahlkreisen zu schaffen oder eine Allianz mit den Faschisten einzugehen. Trotz dieser äußerst mageren Erfolgsbilanz resümiert Dietz, der „Neo-Toryismus“ habe im Vergleich mit den britischen Faschisten ein größeres Gefahrenpotential für die Demokratie dargestellt (S. 296). Ganz abgesehen von der Frage, für wie ernsthaft man auch die faschistische Bedrohung einschätzen mag, ist bezüglich der Bedeutung der „Neo-Tories“ vielleicht etwas mehr Skepsis angebracht. Ihre Versuche im Herbst 1933 etwa, Lord Lloyd als Diktator aufzubauen, können selbst in Dietz' eigener Beschreibung wie eine

große Selbsttäuschung gelesen werden, die sich aus überzogenen Erwartungen und Fehleinschätzungen der politischen Situation speiste. Das verweist auf ein grundsätzliches Problem: Rein methodisch ist es schwierig, aus der größtenteils introspektiven Untersuchung des rechtskonservativen Gedankenguts Rückschlüsse über dessen weitere Wirkung zu ziehen. Aber damit sind Fragen berührt, die über Bernhard Dietz' Untersuchung hinausgehen. Deren Verdienst ist es, mit den „Neo-Tories“ bisher unbekannt Facetten der britischen und europäischen Geschichte der Zwischenkriegszeit differenziert auszuleuchten und für weitere Fragen zu öffnen.

Berlin

Benjamin Schröder

### Thatcher und Blair im Spiegel politischer Freundschaft

*Gurr, Judith*: Freundschaft und politische Macht. Freunde, Gönner, Getreue Margaret Thatchers und Tony Blairs, 291 S., V&R UP, Göttingen 2011.

Wenn eine Ministerin bei ihrer Entlassung eine Bundeskanzlerin mit ‚Du‘ anredet und die gegenseitige Freundschaft beschwört, lässt dies aufhorchen. ‚Freundschaft‘ scheint in der Politik keinen Platz zu haben – als Teil der Privatsphäre ruft sie in der politischen Arena oft sogar eher Misstrauen hervor. Sie gilt als Deckmantel für Netzwerke hinter den Kulissen, intransparente Karrierewege und Korruption. Zudem umweht sie der Hauch der Heuchelei, sodass der Begriff ‚Parteifreund‘ geradezu als Steigerung des Terminus ‚politischer Gegner‘ bespöttelt wird.

Diese Wahrnehmung einer Trennung von politischer Öffentlichkeit und privater Freundschaft, von Amt und Person entsprang allerdings erst den Strukturwandlungen hin zur Moderne seit der Epochenwende um 1800. Das erste Ziel, das Judith Gurr ihrer politikwissenschaftlichen, aber historisch fundierten Studie setzt, besteht im Nachweis dieser „Bedeutungsverschiebung interpersonaler Nahbeziehungen“ (S. 12) im Übergang zur Moderne. Seit der Antike hatten die öffentlichen und privaten Elemente von Freundschaft in Klientel-, Patronage- und Gabentauschbeziehungen zusammen existiert und den aristotelischen Begriff von politischer Freundschaft geprägt. Erst der Diskurs

der Moderne begann diese Formen zunehmend zu delegitimieren. Konzise zeichnet Gurr die Veränderungsprozesse nach, die Kategorien wie Vertrauen, Freundschaft oder Emotionalität durchliefen, bis in Theorie und Praxis ein Selbstverständnis rationaler Politik erreicht war, das diese Elemente weitgehend ausklammerte.

Geschickt bindet Gurr ihre Skizze des historischen Wandlungsprozesses von Freundschaft allerdings zusammen mit der These, dass wesentliche Elemente des als ‚vormodern‘ abgewerteten Freundschaftsverständnisses weiterhin zentral für das Gelingen politischer Entscheidungsprozesse im alltäglichen Politikbetrieb sind. Vertrauen in politische Mitstreiter bietet Führungspersonlichkeiten einen geschützten Rückzugsraum und verkürzt Handlungswege, die sonst zeitintensiv zum Einholen und Überprüfen von Informationen beschritten werden müssten; die Patronagemacht bei der Besetzung von öffentlichen Ämtern ist eine wesentliche Herrschaftsressource zur Sicherung von Loyalität und Einfluss. Zugleich betont Gurr die Ambivalenzen politischer Freundschaft: Emotion und Kalkül sind häufig unentwirrbar verknüpft, die Grenzen zwischen Systemstabilisierung und als illegitim empfundenen Praktiken sind fließend und Gegenstand öffentlicher Debatten.

Diese Doppelgesichtigkeit politischer Freundschaft veranschaulicht Gurr im zweiten Teil ihrer Studie am Beispiel zweier britischer Premierminister, Margaret Thatcher und Tony Blair. Deren Position innerhalb des Regierungssystems wird häufig als quasi-präsidentiell und außergewöhnlich einflussreich beschrieben, besaßen doch in der Regel allein schon ein Drittel der Abgeordneten der Regierungspartei Regierungsräte oder regierungsnahen Funktionen. Doch Gurr's Blick auf die Bedeutung informeller Beziehungen für das Gelingen von Politik zertrümmert die Präsidialisierungsthese, auch wenn die Herrschaftspraxis Thatchers und Blairs diese auf den ersten Blick zu bestätigen scheint: Margaret Thatcher sah sich als Außenseiterin in den männerbündischen Strukturen der *Conservative Party*. Aus tiefem Misstrauen gegenüber Kabinett und Bürokratie stützte sie sich auf Sonderberater und einen engen persönlichen Stab, von dem sie absolute Loyalität erwartete. Ihre starke Stellung erwies sich aber mit der Zeit als angreifbar, verlor sie doch zunehmend das Vertrauen derjenigen Kreise in der eigenen Partei, die sich von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sahen oder ihre Positionen nicht teilten, insbesondere in der

Europapolitik. Margaret Thatcher wurde von ihrer eigenen Partei aus dem Amt gedrängt – ein bis dahin unerhörter Vorgang bei einem amtierenden Premierminister.

Der Regierungsstil Tony Blairs erwies sich in vielerlei Hinsicht als konsequente Fortentwicklung des Thatcher-Modells: Die Rolle der Sonderberater wurde sogar formal ausgeweitet, indem sie die Befugnis erhielten, über die Köpfe der zuständigen Minister hinweg in die Ministerialbürokratie hinein Anweisungen zu erteilen. Blairs innerer Freundschaftszirkel unterschied sich von dem Thatchers allerdings in einem wesentlichen Aspekt: Einer seiner wichtigsten Berater und früheren Mentoren, Schatzkanzler Gordon Brown, war zugleich sein ärgster Rivale um das Amt des Premiers. Gurr konstatiert die lähmenden Aushandlungsprozesse zwischen *Downing Street 10* und *11*, die doch nicht verdecken konnten, dass Brown von Blair einen absprachegemäßen Rücktritt zu seinen Gunsten erwartete. Auch Blairs Regierungszeit endete in einem Klima enttäuschten Vertrauens. Auch in diesem Fall verstärkte das unzureichende Management des Faktors Freundschaft politische Differenzen, wie die kontroverse Beteiligung am Irak-Krieg.

Durch eine Versachlichung der im politischen Diskurs häufig belasteten Freundschaftsterminologie gelingt es Gurr, die analytisch nur schwer zu fassende Ebene persönlicher informeller Beziehungen in der Politik wissenschaftlicher Untersuchung zugänglich zu machen. Dazu bedient sie sich eines Mix soziologischer, politik- und geschichtswissenschaftlicher Ansätze, deren ausführliche Darlegung die Herkunft der Arbeit aus dem intellektuellen Treibhausklima eines Graduiertenkollegs nicht verleugnet. Dennoch steht die gründliche Herleitung des theoretischen Instrumentariums keineswegs unverbunden neben dem britischen Beispiel; insbesondere der interaktionistische Ansatz der *leadership*-Forschung und das *power-dependency-model* schälen sich mit ihrer Betonung der Bindung politischer Führung an die Unterstützung einer loyalen Kernexekutive als ergiebig für die Analyse informeller Beziehungen heraus. Durch die darstellerische Trennung von Theorie und Anwendungsfall in separate Kapitel werden zwar einige Querverweise nötig, doch insgesamt besticht die Studie durch ihre klare Argumentation und Sprache. Dass sich Thatcher und Blair – anders als der Untertitel nahelegt – eher als Fallbeispiele statt als Protagonisten des Buches erweisen, fällt angesichts dieser engen Ver-

schränkung von Theorie und Anwendungsfall kaum ins Gewicht.

Darmstadt

Detlev Mares

## Margaret Thatcher

*Jackson, Ben/Saunders, Robert (Hrsg.): Making Thatcher's Britain, 353 S., Cambridge UP, Cambridge 2012.*

Schon vor dem Tod der „Eisernen Lady“ am 8. April 2013 hatte eine Generation jüngerer Historikerinnen und Historiker zu einer Neubewertung ihrer Regierungszeit angesetzt. Die klassische, letztlich in der Selbstwahrnehmung der Protagonistin wurzelnde Perspektive schilderte den Kampf um den ökonomischen Wiederaufstieg des Landes durch einen entschiedenen Neoliberalismus, den eine marktradikale Ideologie gegen alle Widerstände in Partei und Bevölkerung durchsetzte. Das Ergebnis sei eine Roskur gewesen, die mit der konsensorientierten Politik der Vergangenheit brach und Großbritannien Niedergang aufgehalten habe. Dabei unterschieden sich die Wertungen der gesellschaftlichen Folgen ihrer Politik bei Befürwortern und Gegnern deutlich. Die jüngere Forschung bemüht sich dagegen um eine breitere Einordnung des Phänomens Thatcher. Betont werden nun stärker die Kontinuitäten ihrer Politik und die internationalen Zusammenhänge, die den auch von Thatcher selbst gern beanspruchten Exzeptionalismus relativieren. Die allmähliche Öffnung der Archive hat dabei insbesondere der Phase der Oppositionsführerin 1975 bis 1979 Aufmerksamkeit verschafft. Der Sammelband von Jackson und Saunders bietet eine erste Bestandsaufnahme der historiographischen Neuorientierung und gibt weiterführende Impulse für die Analyse der bis heute polarisierenden Premierministerin.

Die fünf Beiträge des ersten Teils, „Making Thatcherism“, reflektieren die neuen Perspektiven, indem sie gegenüber dem Bild der selbstbewussten Überzeugungspolitikerin die eher allmähliche Herausbildung einer letztlich nie widerspruchsfreien Position betonen. Diese Sichtweise ist nicht völlig neu, doch die Heterogenität des Thatcherismus gelangt pointierter als sonst oft üblich in den Fokus. Letztlich handelte es sich nie um ein geschlossenes Gedankengebäude (was Thatcher selbst auch nicht bestritt), sondern um eine Allianz unterschiedlicher

Kräfte, die sich einig waren in der dramatisierenden Analyse eines verheerenden Niedergangs Großbritanniens. Feindbild war der Sozialismus, der in seinen rhetorischen Konkretionen von bloßen Staatseingriffen in die Wirtschaft bis hin zum diktatorischen Stalinismus reichen konnte. Für Thatcher war dieser Sozialismus nicht nur aus ökonomischen Gründen der Feind, sondern sie bekämpfte ihn als moralisch degenerierende Kraft, die den Menschen seiner Eigenverantwortlichkeit und Initiative beraube, indem sein Schicksal vom Staat in die Hand genommen werde. Diese Sichtweise entwickelte sie weitgehend unabhängig vom neoliberalen „think-tank archipelago“ (Ben Jackson) um die monetaristischen Ökonomen Milton Friedman und Friedrich von Hayek. Zwar traf sie sich mit deren Agitation gegen die Übel der Inflation, doch es blieben signifikante Unterschiede: Während Thatcher vor allem die Gewerkschaften als Speerspitze des Sozialismus verstand, hatten die Wissenschaftler durchaus ihre Probleme damit, dieses Feindbild in ihre Analysen zu integrieren, waren doch die inflationären Effekte von Lohnsteigerungen, für die Thatcher die Gewerkschaften verantwortlich hielt, innerhalb eines monetaristischen Denkrahmens keineswegs ausgemacht (Jim Tomlinson). Einmal an der Regierung, ergaben sich viele der verheerenden Nebeneffekte der thatcheristischen Wirtschaftspolitik am Anfang ihrer Regierungszeit weniger aus monetaristischen Maßnahmen als aus einer Hochzinspolitik, die den britischen Export schwächte und die Arbeitslosigkeit ansteigen ließ. Doch Thatcher verfocht hartnäckig ihr Ziel einer moralischen Regeneration, für das sie sich gerne auch religiöser Formeln bediente, ohne vor theologischer Simplifikation zurückzuschrecken (Robert Saunders, Matthew Grimley). Wie sehr sich Thatchers radikaler Umgestaltungswille vom traditionellen Konservatismus entfernte, zeigt der Vergleich mit Enoch Powell. Dieser gilt zwar in mancher Hinsicht als Stichwortgeber der jungen Margaret Thatcher, doch wie Camilla Schofield zeigt, argumentierte er viel stärker in bekannten nationalistischen Mustern als die Premierministerin, die von einer universellen Gültigkeit der von ihr vertretenen Werte ausging. Dies schließt natürlich nicht aus, dass sie sich problemlos einer hergebrachten Nationsrhetorik bedienen konnte, wo ihr dies erfolgversprechend zu sein schien.

Überhaupt zeigen die Beiträge immer wieder, in welchem Maß das selbstgeschaffene Image der Politikerin mit unverrückbaren Grundüberzeugungen bewusst gestaltet und wohl-

überlegt in Szene gesetzt war. Der zweite Teil, „Thatcher's Britain“, zeigt eine Premierministerin, die in ihrer Regierungspraxis pragmatisch auf veränderliche Umstände reagierte, für den politischen Erfolg Kompromisse einging, aber ihr Image zielgruppengenau zu steuern suchte. Entgegen aller Kritik ihrer ökonomischen Experten hielt sie stur daran fest, komplexe ökonomische Zusammenhänge auf Vergleiche mit dem durchschnittlichen Familienhaushalt zu reduzieren, wodurch sie insbesondere den weiblichen Teil der Wählerschaft erreichte (Laura Beers). Gezielt bemühte sie sich auch um die rhetorische Konstruktion einer klassenübergreifenden Basis ihrer Politik, indem sie die Arbeiterschaft aus der gängigen Klassenrhetorik zu lösen suchte und stattdessen mit Begriffen wie „family“ oder „ordinary/decent people“ belegte (Jon Lawrence/Florence Sutcliffe-Braithwaite).

Die Beiträge des Bandes zeigen somit die aktive Gestaltung rhetorischer Positionen, die politische Strategie mit ideologischer Überzeugung verbanden. Dabei erkannte das Umfeld durchaus Bruchlinien in der eigenen Position, so in der wichtigen Frage, wie man von staatlicher Seite eine Gesellschaft aktiv ‚moralisieren‘ können sollte, wenn doch die Reduzierung staatlicher Eingriffe in die Gesellschaft das zentrale Credo der eigenen Lehre war. Inwieweit diese Bruchlinien auch zur Diskreditierung der Politik Thatchers beitragen, wird in den meisten Beiträgen bei aller kritischen Distanz kaum ausführlich erörtert. Immerhin kommen durchaus Problemzonen der Thatcher-Politik zur Sprache. So verspielte die Premierministerin die traditionelle Rolle der *Tories* als Partei des schottischen Nationalismus, sodass die *Labour Party* und später die *Scottish National Party* in diese Lücke vorstoßen konnten (Richard Finlay). In der Nordirlandfrage zeigte sie sich besorgt um Sicherheitsfragen, überließ aber das politische Agieren weitgehend den britischen Repräsentanten vor Ort (Marc Mulholland).

Insgesamt aber legt es der kulturalistische geprägte Zugang vieler Beiträge nahe, eher die Selbstdarstellung der Akteure als die von außen sichtbaren Grenzen ihres Handelns zu erörtern. Einige Beiträge allerdings kritisieren diese vorherrschende Perspektive, indem sie einfordern, statt der Selbstdarstellung und Rhetorik stärker das Handeln der Politikerin zu untersuchen. Dies geschieht wohl nicht zufällig am deutlichs-

ten im dritten Teil zur Außenpolitik, „Thatcherism and the wider world“. In diesem Bereich sind viele Quellen weiterhin nicht zugänglich. Aus dieser Not machen die Autoren eine Tugend, indem sie auf die Kluft zwischen Rhetorik und sichtbarem Regierungshandeln abheben. So hielt sich Thatcher trotz aller Bekundungen britischen Nationalstolzes eng an die Allianz mit den USA, auch wenn dies von nationalistischeren Teilen der eigenen Partei kritisch gesehen wurde (Andrew Gamble); trotz des Feindbildes ‚Sozialismus‘ profitierte ihre Politik gegenüber dem sowjetischen Machtbereich „from her ability to talk the talk of radicalism while walking the walk of pragmatism“ (Richard Vinen, S. 215). Auch Thatchers Bekenntnis zu den positiven Effekten des britischen Empire zeugt keineswegs von einer geradlinigen imperialen Kontinuität in ihrer Regierungspraxis (Stephen Howe).

Die Rückbesinnung auf das politische Tun als Ergänzung zu den neuen Perspektiven der Thatcherismus-Forschung steht damit am Ende eines Sammelbands von außergewöhnlicher Qualität und Dichte, in dem die theoretischen Perspektiven der frühen Regierungsjahre intensiver behandelt werden als die Regierungspraxis. Abgesehen von einem Beitrag David Howells zu den inneren Zerwürfnissen innerhalb der institutionalisierten Bergarbeiterschaft während des großen Streiks 1984/85 kommen auch die Gegner Thatchers jenseits der rhetorischen Konstruktion durch die Politikerin zu kurz. Da „Thatchers Großbritannien“ nicht nur durch ihre Politik, sondern auch durch die Auseinandersetzung damit entstand, fehlen zur Abrundung des Bildes Beiträge zur populären Kultur ihrer Zeit, zu Bildungsfragen (die nur im Beitrag zum Wahlverhalten von Frauen gestreift werden) und zahlreichen anderen Politikfeldern, vor allem aber zu ihren Kritikern und den Verlierern ihrer Politik. Umgekehrt hätte der Fokus auf Imagebildung und rhetorischen Strategien gelegentlich einen methodisch innovativeren Zugriff verkraftet, zum Beispiel durch die Analyse von Bild- oder Filmdokumenten. Dennoch bleibt dies unter dem Strich ein konzentrierter, anregender Band, der durch die Fülle der Ideen, die in den durchweg hochklassigen Essays enthalten sind, zurecht im Zentrum der weiteren Debatten um „Thatchers Großbritannien“ stehen wird.

Darmstadt

Detlev Mares



## Einblick in Pompidou's Denkweisen

Schirmann, Sylvain/Mohamed-Gaillard, Sarah (Hrsg.): Georges Pompidou et l'Allemagne, 408 S., Lang, Brüssel u. a. 2012.

Der vielfältigen Publikationstätigkeit der *Association Georges Pompidou* ist es zu verdanken, dass der Nachfolger des Gründers der Fünften Republik eine angemessene Berücksichtigung in der französischen und europäischen Zeitgeschichte erfährt. Georges Pompidou steht einerseits im Schatten seines übermächtigen Vorgängers und politischen Ziehvaters Charles de Gaulles. Andererseits wird er angesichts seiner nur fünfjährigen Amtszeit als Übergangskandidat in ein postgaullistisches Frankreich unter Valéry Giscard d'Estaing und François Mitterrand wahrgenommen. So ist die zu besprechende Quellensammlung, die unter anderem vom Straßburger Historiker Sylvain Schirmann verantwortet wird, Teil einer Reihe von Quelleneditionen, die das reichhaltige, mitunter schwierig aufzufindende Material von und über Pompidou der historischen Forschung zugänglich macht. Anders als mancher Vorgängerband dieser *Collection* basiert die vorliegende Quellenedition tatsächlich nur auf ungedruckten Quellen aus dem Präsidentschaftsarchiv im französischen Nationalarchiv. Damit schließt der Band eine Lücke in der deutsch-französischen Geschichtsschreibung in einer Phase der außenpolitischen Umbrüche und erscheint zudem gerade rechtzeitig zum 50jährigen Jubiläum des Élysée-Vertrages, der die deutsch-französischen Beziehungen wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen und historischen Interesses gerückt hat.

Thematisch deckt die Quellenedition vier zentrale Bereiche ab: erstens bilaterale Fragen (Jugend, Kultur, industrielle und ökonomische Kooperation), zweitens die Europäische Gemeinschaft, drittens die Ostpolitik und viertens internationale Fragen, womit insbesondere das Verhältnis zu den USA gemeint ist. Die geschickte Zusammenstellung der Quellen wie auch die instruktive Einleitung der Herausgeber machen deutlich, dass Pompidou's Verhältnis zu Deutschland nicht allein von Misstrauen gegenüber der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition geprägt war oder von wiedererwachten Rapallo-Ängsten. Zunächst wird deutlich, dass der Dialog zwischen französischem Präsidenten und deutschem Kanzler den Kern der politischen Beziehungen bildete. So mag die viel zitierte *chimie personnelle* zwischen Pompidou und Brandt vielleicht nicht optimal gewesen sein,

dennoch verharteten Beide nicht in der Routine der deutsch-französischen Konsultationsmechanismen, sondern etablierten weitgehend einen „dialogue sans tabous“ (S. 39). Dieser wurde zudem durch einen regen Briefwechsel flankiert, in dem es Brandt vor allem darum ging, für Transparenz hinsichtlich seiner Ostpolitik zu sorgen und damit mögliche Irritationen abzumildern. Mit Erfolg: Nicht nur hat Pompidou sich offiziell *nicht* gegen die Ostpolitik gestellt, auch in den internen Gesprächen mit Brandt hat er diesem die volle Unterstützung signalisiert. Die Opposition hingegen wurde in einem Gespräch mit dem CDU-Parteivorsitzenden Rainer Barzel am 22. März 1972 deutlich für die Ablehnung der Ostverträge kritisiert.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war die proaktive Europapolitik Brandts, die Pompidou's Plänen für eine feste Einbindung der Bundesrepublik in den Westen entsprach. Auch die engen bilateralen Beziehungen sollten nach Pompidou's Vorstellung dazu beitragen, eine derart enge Verflechtung zwischen Frankreich und Deutschland zu erreichen, dass ein Auseinanderdriften der Gesellschaften nicht mehr vorstellbar sein würde. Daher setzte er auch weniger auf die symbolische Ebene der Aussöhnung in Form von Jugendaustausch und kultureller Zusammenarbeit. Für ihn war die konkrete Kooperation im industriellen Sektor und dem Wirtschaftsleben von größerer Bedeutung, die im Übrigen auch dem wirtschaftlichen Modernisierungskurs Frankreichs, den Pompidou sich auf seine Fahnen geschrieben hatte, zugutekam. In vielen Bereichen ging ihm diese Kooperation aber nicht weit genug, im Bereich der technologischen Kooperationen beispielsweise, in Nuklearfragen und in der Energiepolitik. Neue Themen wie eine gemeinsame Umweltpolitik kamen zudem in diesen Jahren nur zaghaft auf die Agenda. In strategischen Fragen einer europäischen Verteidigungskooperation, der KSZE oder der Abrüstungsverhandlungen MBFR gab es unterschiedliche Einschätzungen, die auch im Dialog nicht angeglichen werden konnten. Dennoch gab es in zentralen außenpolitischen Bereichen eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Brandt und Pompidou, die gerade im Prozess der europäischen Einigung wirksam wurde. Die Grenzen des deutsch-französischen Bilateralismus waren mit der Frage nach dem Verhältnis zu den USA abgesteckt. Sollte Pompidou Ende 1973/Anfang 1974 tatsächlich geglaubt haben, er könne eine Entscheidung Deutschlands für die französische und gegen die amerikanische

Nahost- und Energiepolitik erzwingen? Hierzu können die Quellen keine klare Auskunft geben, zumal die letzten Monate der Amtszeit Pompidous überschattet waren von seiner schweren Krankheit, an der er Anfang April 1974 verstarb.

Ein überwiegender Teil der Quellen besteht aus Auszügen aus den Gesprächsprotokollen der halbjährlichen Treffen zwischen Brandt und Pompidou. Damit wird französischsprachigen Forschenden ein wichtiger Quellenbestand zugänglich gemacht. Der Neuheitswert für die deutschsprachige Forschung hält sich in Grenzen, da die Gespräche bereits seit geraumer Zeit in den „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ dokumentiert sind. Von hohem Wert hingegen sind die ebenfalls in der Edition enthaltenen internen Aufzeichnungen der außen- und europapolitischen Berater Pompidous sowie die Protokolle der kleinen Kabinettsitzungen unter Leitung Pompidous, die einen tiefen Einblick in die Denkweisen Pompidous und seiner Minister sowie in das Zustandekommen politischer Entscheidungen erlauben.

Essen

Claudia Hiepel

## **Gesellschaftsgeschichte der Atomkraft(kontroverse)**

*Kalmbach, Karena: Tschernobyl und Frankreich. Die Debatte um die Auswirkungen des Reaktorunfalls im Kontext der französischen Atompolitik und Elitenkultur, 209 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2011.*

Nicht – wie eigentlich zu erwarten – das dramatische Bild des zerstörten Tschernobyl-Reaktors, sondern zwei grau aufragende, friedlich dampfende Kühltürme des französischen Kernkraftwerks Saint Laurent, die sich in der träge dahinfließenden Loire spiegeln, begrüßen denjenigen, der Karena Kalmbachs Studie über „Tschernobyl und Frankreich“ zur Hand nimmt. Das ist konsequent, denn in der französischen Tschernobyl-Debatte geht es mehr um die Auseinandersetzung über Atomkraft im Land der 58 Kernreaktoren als um die Ereignisse im fernen Tschernobyl. Auch handelt es sich nicht so sehr um eine Umwelt-Debatte, sondern um eine gesellschaftspolitische.

Für viele Franzosen verbinde sich Tschernobyl mit dem Bild der „Wolke, die an der Grenze gestoppt hat“ (S. 10). In der fortdauernden De-

batte, so Kalmbachs zentrale These, sei Tschernobyl zur Metapher geworden – nicht so sehr für die Gefahren der Atomkraft, sondern für eine viel breiter angelegte Kritik am französischen Staat und dessen Eliten. Tschernobyl stehe einerseits für eine ‚Staatslüge‘. Anstatt wie in den europäischen Nachbarländern vor den Gefahren nuklearen Niederschlags zu warnen, hätten die offiziellen Stellen diese heruntergespielt, um die Interessen der nationalen Nuklearindustrie zu schützen. Andererseits bot Tschernobyl Anlass für die Kritik an der an wenigen höchst selektiven *grandes écoles* zu Technokraten ausgebildeten Staatselite. Der massive Ausbau der Atomkraft war zentrales Prestige-Projekt einer veritablen *nucléocratie*, die ihre Ziele außerhalb demokratischer Entscheidungsprozesse durchsetzte und jede Opposition dagegen als uninformativ diskreditierte.

Diese Annahmen informieren auch die Anlage von Kalmbachs Studie. Untersuchungsschwerpunkt ist zwar die Analyse der Debatte. Diese bettet die Autorin aber gründlich in den Kontext institutioneller Strukturen des französischen Nuklearsektors ein. Auch wenn sie einräumt, dass dem Tschernobyl-Diskurs eine Machtdimension innewohne, grenzt sie sich – etwas reflexhaft – vom Foucault'schen Diskursverständnis ab und betont den historisch-hermeneutischen Zugang. Quellengrundlage für die Arbeit bilden Publikationen und Statements der beteiligten Akteure. Eine Medienanalyse – anhand derer man die Dynamik der Debatte, die Verbreitung, Wirkung und Aneignung der zentralen Argumente hätte untersuchen können –, hält Kalmbach für wenig zielführend, geht es ihr doch um die Positionen der jeweiligen Akteure.

Das Buch gliedert sich in acht Kapitel, beginnend mit einer Rekonstruktion der Ereignisse in Tschernobyl, dem ursprünglichen Objekt der Debatte. Im zweiten Kapitel versucht Kalmbach, dem Leser einen Überblick über die Auswirkungen von Tschernobyl zu geben. Es erweist sich als unmöglich, hiervon ein objektives Bild zu gewinnen. Tschernobyl ist ein Musterbeispiel der Perspektivität wissenschaftlicher und politischer Urteile. Eine besonders kontroverse Rolle spielen dabei internationale Organisationen: So versuchte die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) die gesundheitlichen Probleme der Tschernobyl-Betroffenen zu psychologisieren, indem sie deren geringere Lebenserwartung als Auswirkung einer krankhaften Strahlenfurcht, der ‚Radiophobie‘ zuschrieb. Dieses Argument, das im deutschen Tschernobyl-Diskurs praktisch nicht vorkommt, wurde von den französi-

schen Kernenergiebefürwortern aber dankbar aufgegriffen.

Kapitel drei beschreibt die Entstehung der französischen Nuklearindustrie und arbeitet die komplizierten institutionellen Strukturen und Verflechtungen mit dem französischen Staat heraus, die der Kritik an der *nucléocratie* zu Grunde liegen. Kapitel vier widmet sich den Reaktionen auf den Tschernobyl-Unfall in Frankreich, vor allem von offizieller Seite, also den Ereignissen, die den Topos von der „Wolke, die an der Grenze gestoppt hat“ begründeten.

In den Kapiteln fünf und sechs analysiert Kalmbach *en detail* die Argumente der beteiligten Akteure – zunächst im Zeitverlauf, dann ausführlich für das Jubiläumsjahr 2006. Sie arbeitet heraus, welche Akteure welche Argumente vertreten und wie sich dieses über die Zeit verändert. Leider macht die Gliederung nach Akteuren und die detaillierte Darlegung der jeweiligen Argumente die Darstellung für den Leser recht unübersichtlich. Eine Vielzahl ausführlicher französischer Zitate gibt sicher einen guten Einblick in die Art der Auseinandersetzung, erleichtert aber den Lesefluss nicht. Eine stärker abstrahierende Präsentation, beispielsweise das Herausarbeiten eines zentralen Konfliktlinie, eine vergleichende Zuordnung der Argumentationsmuster zu den jeweiligen Akteuren, etwa in Tabellenform, wären hilfreich; vor allem, da eine zusammenfassende Auswertung der Ergebnisse der Debattenanalyse am Ende der beiden Kapitel fehlt.

Im folgenden siebten Kapitel „Erklärungsmomente“ erscheint so vor allem die Tatsache, dass es 20 Jahre später noch eine große Tschernobyl-Debatte gegeben hat, erklärungsbedürftig. Als Gründe verweist Kalmbach auf die Renaissance der Atomkraft sowie das bereits eingangs genannte Misstrauen gegenüber Staat und *nucléocratie*. Im abschließenden Ausblickskapitel ordnet Kalmbach die unterschiedlichen Bewertungen von Tschernobyl nochmals in den breiteren Kontext der politischen Kontroverse um die Atomenergie ein. Sie plädiert für eine internationale vergleichende Untersuchung von Tschernobyl als transnationalen Erinnerungsort. Ein solcher Ansatz, den Kalmbach derzeit verfolgt, ist vielversprechend. Dies legen aktuelle Forschungen zu ‚ökologischen Erinnerungsorten‘ (s. bsp. [www.umweltunderinnerung.de](http://www.umweltunderinnerung.de)) und zur Entgrenzung der Umweltgeschichte nahe.

Insgesamt ist Kalmbachs gründliche und ansprechend formulierte Studie ein sehr interessanter Beitrag zur Gesellschaftsgeschichte der Atomkraft(kontroverse), gerade im Blick auf

Frankreich. Ob Frankreich – wie oft angenommen – hier eine Sonderrolle zukommt, wird aus Kalmbachs weiteren Forschungen zu entnehmen sein, die dann hoffentlich in einer etwas großzügiger gewählten Schriftgröße erscheinen werden.

München

Jan-Henrik Meyer

### Österreich im Spiegel der Kernforschung

*Fengler, Silke/Sachse, Carola (Hrsg.): Kernforschung in Österreich. Wandlungen eines interdisziplinären Forschungsfeldes 1900–1978, 411 S., Böhlau, Wien u. a. 2012.*

Die geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Kernforschung im deutschsprachigen Raum konzentrierte sich abseits der eher internalistisch orientierten physikhistorischen Forschungslinie bislang hauptsächlich auf drei Themenfelder: die angestrebte militärische Anwendung der Atomkraft im nationalsozialistischen Deutschland während des Zweiten Weltkrieges, den Einfluss von Kernwaffen auf die Diplomatie während des Kalten Krieges und den weiten Bereich der Beschäftigung mit der zivilen Kernenergienutzung.

In einem solchen Umfeld nimmt der von Silke Fengler und Carola Sachse herausgegebene Sammelband, Ergebnis des von 2007 bis 2012 durchgeführten Forschungsprojektes „Österreichische Kernforschung im Spannungsfeld von internationaler Kooperation und Konkurrenz“, zwangsläufig eine Ausnahmestellung ein. Denn österreichische Kernforscher standen nicht im Zentrum der ‚großdeutschen‘ Atomplannungen während des Krieges, im Kalten Krieg klinkte Österreich sich schon bald in eine nur schwach bewaffnete Neutralität aus, und das einzige im Land errichtete Atomkraftwerk in Zwentendorf ging nie ans Netz. Insofern ist es kaum verwunderlich, dass – von der Rolle der gebürtigen Österreicherin Lise Meitner bei der Entdeckung der Kernspaltung abgesehen – die österreichische Kernforschung bislang nur geringe Beachtung fand.

Das freilich bedeutet nicht, dass eine Beschäftigung mit ihr keinen Ertrag versprache. Zwar merkt Carola Sachse einleitend selbst an, es sei begründungsbedürftig, wenn ein solcher „Zwerg im atomaren Geschäft der Riesen in den Mittelpunkt gerückt wird“ (S. 12) – gerade auf

der atomgeschichtlichen Sonderrolle Österreichs in Kombination mit dessen wechselvoller Geschichte im 20. Jahrhundert gründet aber auch der spezielle Reiz des Unterfangens. Gleichwohl richten nur vier der zwölf Beiträge ihren Fokus auf einen signifikant über 1945 hinausgehenden Zeitraum und findet die Gründung der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO/IAEA) in Wien nur am Rande Beachtung (S. 33, 368). Der Band erhebt jedoch auch gar nicht den Anspruch, ein vollständiges Bild der österreichischen Kernforschung zu vermitteln; vielmehr sollen seine Beiträge in ihrer Gesamtheit veranschaulichen, wie sich die Forschungsansätze und die Arbeitsstile der beteiligten Wissenschaftler sowie die Schwerpunkte der verfolgten Programme im Wandel der Zeit und als Folge der Wendungen der österreichischen Zeitgeschichte veränderten (S. 17).

Schon in der Darstellung der frühen Radioaktivitätsforschung spiegelt sich auch die Geschichte des Landes: Das zeitweilige Monopol auf Pechblende als Ausgangsstoff der Radiumgewinnung stützte sich auf Minen im habsburgisch-böhmischen St. Joachimsthal und förderte die Stellung Wiens als eines der ersten Zentren der Radioaktivitätsforschung. Vor diesem Hintergrund untersucht Beate Ceranski die vielfältigen Aktivitäten des Wiener Physikers Stefan Meyer und unterstreicht speziell die Bedeutung von dessen „unsichtbaren Dienstleistungstätigkeiten“ (S. 68) auf den Feldern Verwaltung und Wissenschaftspolitik. In der Zwischenkriegszeit geriet die Wiener Kernforschung, von ihrer einstigen Radiumversorgung abgeschnitten, angesichts des Trends zur Großforschung der Kernphysik und aufgrund mangelnder staatlicher und versiegender internationaler Förderung zunehmend in eine Krise. Ihre Bedeutung schwand trotz finanzieller Unterstützung aus Berlin nach dem ‚Anschluss‘ weiter (Silke Fengler). Die nach 1938 festzustellenden Kontinuitäten und Brüche analysiert Wolfgang Knierzinger am Beispiel des Forschungsinstituts Gastein; Rainer Karlsch widmet sich der sowjetischen Nachkriegsmission zur Erkundung des (nachrangigen) österreichischen Beitrags zum ‚Uranverein‘. Mit einer Darstellung der Geschehnisse der österreichischen Kernenergieprojekte von den Kriegsarbeiten über einen Aufschwung durch das US-amerikanische *Atoms-for-Peace*-Programm bis zum per Referendum herbeigeführten Ende des Versuchs, ein Programm zur Stromerzeugung durch Kernenergie zu etablieren, beschließt Christian

Forstner die Betrachtung der Kernforschung im politischen und sozialen Kontext.

Ein zweiter Abschnitt von Beiträgen widmet sich einzelnen Forscherpersönlichkeiten mit jeweils zeittypischen Lebensläufen und Schicksalen, namentlich Carl Freiherr Auer von Welsbach (Ingrid Groß/Gerd Löffler), Marietta Blau (Ruth Lewin Sime) und Erich Schmid (Günther Luxbacher).

Der dritte Teil des Bandes eröffnet den Blick auf weitere Facetten und fragt nach österreichischen Besonderheiten bezüglich der innerhalb der Radioaktivitäts- und Kernforschung gepflegten Denkstile und Praktiken. Deborah R. Coen und Michael Stöltzner widmen sich den Spezifika des zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Wien um Franz Serafin Exner versammelten Denkkollektivs, Vanessa Cirkel-Bartelt der Erforschung der kosmischen Strahlung vor dem Zweiten Weltkrieg. Abschließend betont Alexander von Schwerin in seinem Beitrag die Rolle der Isotopenökonomie als einem „Kernprojekt der Atomenergienutzung“ (S. 390). Er argumentiert dabei am und für das Beispiel Österreichs schlüssig, dass nicht nur militärische Aspekte und die Aussicht auf neue Energiequellen zu einem staatlichen Interesse an der Kernforschung führten, sondern auch die Vision einer umfassenden Verwendung der Radioisotope in verschiedensten Bereichen von Medizin, Wissenschaft und Industrie.

Die ausgeprägte Heterogenität des Bandes, die Vielfalt verschiedener Blickwinkel auf das sich im Lauf der Zeit wandelnde Sujet, erweist sich unter dem Strich als seine Stärke. Es gelingt ihm, die bislang bestehende Forschungslücke zumindest ein Stück weit zu füllen; und gerade seines Facettenreichtums wegen gelingt es ihm mit beträchtlichem Charme in Form eines sich am Beispiel der Kernforschungpiegelnden Panoramas der wechselvollen österreichischen Geschichte des 20. Jahrhunderts insgesamt.

*Darmstadt*

*Tilmann Hanel*

### **Neuer Blick auf die Moderne in den USA**

*Welskopp, Thomas/Lessoif, Alan (Hrsg.): Fractured Modernity. America Confronts Modern Times, 1890s to 1940s, 242 S., Oldenbourg, München 2012.*

War die USA das Laboratorium der westlichen Moderne – wie viele europäische Zeitgenossen meinten –, Vorreiterin im Wettstreit der „Competing Modernities“ (Christoph Mauch/Kiran Klaus Patel) oder gar Schauplatz multipler Modernen (Shmuel N. Eisenstadt)? In ihrer Einleitung zum Band „Fractured Modernity. America Confronts Modern Times“ schlagen Thomas Welskopp und Alan Lessoff eine andere Lesart vor: Sie verstehen die Geschichte der USA des 20. Jahrhunderts als permanente Auseinandersetzung mit dem Konzept der industriellen Moderne (S. 9), die dort mangels traditioneller Werte, Institutionen und Strukturmuster radikaler ausfiel als im westlichen Europa. Dabei verwenden sie das Konzept der gebrochenen Moderne, der „fractured modernity“ (Norbert Finzsch), „die sich als unumkehrbare historische Epoche erweist, deren Grundmodus der permanente Wandel ist und deren gestaltlose Landschaft von den Ruinen immer neuer Ordnungsentwürfe gesäumt wird, die – vergeblich – auf Dauer zielten“ (S. 17).

Das ist zweifellos ein ambitioniertes Projekt, welches sich in die Konjunktur einer diskursanalytisch geschulten Geschichtsschreibung einordnet, die von den Rändern und dunklen Seiten einer Gesellschaft ausgeht. Dabei lösen sich die zehn Beiträge von der Vorstellung, dass Moderne als soziales und kulturelles Phänomen einen klar bestimmbareren Kern (und ebensolche Randgebiete) aufweise. Sie legen vielmehr den Akzent vor allem auf Bewegungs- und Beschleunigungscharakter, Ambiguität und permanenten Wandel der modernen Gesellschaft und können so auch die ambivalenten Reaktionen der Zeitgenossen in den Blick nehmen.

Die Aufsätze selbst sind thematisch angeordnet. Der erste Teil „Constructions of Consciousness“ untersucht die Veränderung von Werten und Identitäten in der modernen Gesellschaft. Am Beispiel der New Yorker *Young Men's Christian Association* (YMCA) untersucht Jürgen Martschukat, wie die Figur des Junggesellen einerseits zum Symbol ambivalenter, moderner Urbanität wurde, andererseits zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Ordnungs- und Reformbestrebungen avancierte. Daniel Siemens argumentiert, dass sich im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts eine neue Vorstellung von Persönlichkeit durchsetzte, die sowohl mit viktorianischen Werten als auch mit einem radikalen Anspruch auf Selbstverwirklichung brach. Unter der Frage nach „Transnational Perspectives“ nehmen Alan Lessoff und Frank Uekötter in Teil zwei mit dem Progressivismus

und der Conservation-Bewegung zwei amerikanische Phänomene in den Blick, die selbst das Ergebnis transnationaler Ideentransfers und Netzwerke waren und über die Grenzen der amerikanischen Nation hinaus rezipiert wurden. Im Kapitel „Media, Politics, and Political Economy“ liest Linards Udris die öffentliche Debatte der 1920er Jahre um die Abschaffung der Prohibition als Symptom einer gesellschaftlichen Orientierungskrise. Christopher McKnight Nichols hingegen untersucht, wie sich in der Zwischenkriegszeit die ideelle Verschmelzung von Individualismus, Kapitalismus und Konsum zum Konzept der „consumer-citizen“ der modernen demokratischen Gesellschaft vollzog. Im Teil „Race and Claims to Modernity“ geben Manfred Berg und Silvan Niedermeier Beispiele für die Virulenz rassistischer Paradigmen und rassistischer Gewalt gerade auch unter den Bedingungen der modernen Gesellschaft. Berg argumentiert, dass auch die Lynchjustiz als Reaktion auf die Ambivalenzen der Moderne gelesen werden kann; Niedermeier arbeitet heraus, wie sich die schwarze Bürgerrechtsbewegung im Kampf gegen Polizeigewalt als gesellschaftliche ‚Modernisierer‘ stilisierte. Im letzten Teil, „The Search for a Cultural Core of Modernity“ loten zwei instruktive Aufsätze von Norbert Finzsch und Michael Hochgeschwender die Grenzen eines kulturellen Moderne-Verständnisses kritisch aus. Während Finzsch mit Blick auf die Harlem-Renaissance eine Berücksichtigung postkolonialer und poststruktureller Theorien anmahnt, präsentiert Hochgeschwender eine kulturanthropologisch informierte Reinterpretation des Scopes-Prozess von 1925 um die schulische Vermittlung der Evolutionslehre. Für Hochgeschwender war auch der Fundamentalismus nicht einfach das Gegenbild zum Fortschritt, sondern stellte in seiner Ambiguität letztlich selbst ein Produkt der Moderne dar.

Dies ist zweifellos ein gelungener Sammelband, dessen durchweg hochqualitative Beiträge zu einer Neubewertung der Ausgangsfrage nach dem Charakter der Moderne in den USA gelangen. Sie verstehen Moderne eben nicht als „American Modernism“ oder „multiple modernities“, wie noch die Konferenz 2009 am Historischen Kolleg in München fragte, sondern legen mit „fractured modernity“ ein eigenes Konzept vor. Gleichwohl bleibt zu diskutieren, wie viel Ertrag dieses Konzept für die Analyse von Moderne-Vorstellungen in westlichen Gesellschaften abwirft. Hier zeigt sich eine erste Schwäche, ist doch das „fractured modernity“-Konzept bei aller Prägnanz nicht im Stande,

Definition oder Struktur der industriellen Moderne zu umreißen, wie die Autoren selbstkritisch einräumen (S. 16). Zudem müssen sich die Herausgeber die Frage gefallen lassen, warum sie, angelehnt an Peukerts Konzept der „klassischen Moderne“, gerade den Zeitraum von 1890 bis 1940 für ihre Analyse der „fractured modernity“ wählen. Für die USA wäre eine Weitung des Blicks mindestens bis zur Krise der industriellen Moderne Ende der 1970er Jahre angebracht gewesen. Zudem fragt sich, ob nicht auch den Ambivalenzen der Geschlechterbeziehungen in der Moderne (Frauenrechte, Geschlechterdichotomien, Familienwerte) hätte stärker nachgegangen werden können. Dennoch gilt, dass hier eine instruktive Veränderung des Blickwinkels auf die Moderne in den USA gelingt, die nun zur Differenzierung durch weitere Studien einlädt.

Münster

Isabel Heinemann

## Späte Wiedergutmachung

*Surmann, Jan*: Shoa-Erinnerung und Restitution. Die US-Geschichtspolitik am Ende des 20. Jahrhunderts, 302 S., Steiner, Stuttgart 2012.

In den 1990er Jahren wurden zahlreiche, zum Teil seit Jahrzehnten ad acta gelegte Fragen und Probleme um die vermögensrechtlichen Hinterlassenschaften des Zweiten Weltkrieges unvermittelt wieder aktuell. Opfergold, nachrichtenlose Konten, Zwangsarbeit und Raubkunst waren nur einige der Themen, um die in der öffentlichen Debatte, in Gerichtssälen und auf internationalen Konferenzen gestritten wurde. Eine treibende Kraft dieser Entwicklung war die US-Regierung unter Bill Clinton, die sich seit Mitte des Jahrzehnts in die laufenden Auseinandersetzungen um versäumte Wiedergutmachung für NS-Opfer einschaltete und die diversen Problemkomplexe unter dem Begriff der *Holocaust-Era Assets* bündelte. Wichtigster Protagonist dieser Politik war Stuart E. Eizenstat, der 1995 vom Präsidenten zum Sonderbeauftragten für Restitutionsfragen in Osteuropa ernannt wurde und auch in der Folgezeit an allen wichtigen Auseinandersetzungen beteiligt war. Vom ihm stammt der Ausspruch, bei den Streitfragen um Rückerstattung und Entschädigung für Holocaust-Opfer handele es sich um das „unfinished business“ des Zweiten Welt-

krieges, das vor dem Eintritt in ein neues Jahrtausend zu erledigen sei.

Diesem Engagement der US-Regierung für Wiedergutmachung und Erinnerung widmet sich Jan Surmann in seiner 2009 an der Universität Erfurt eingereichten Dissertation. Er fragt darin nach den Gründen für deren Einsatz sowie den Ergebnissen und den Zielen ihrer Politik. Dabei wird die US-Geschichtspolitik innerhalb des größeren Rahmens des gesellschaftlichen Umgangs mit dem Holocaust und seiner Erinnerung verortet. Die „Amerikanisierung“ des Holocaust und das Erstarren einer opferzentrierten Erinnerung bilden in dieser Sicht eine wichtige Voraussetzung für das Engagement der US-Regierung, welches gleichzeitig wieder auf Geschichtsbilder und Erinnerungskulturen zurückwirkte.

Konkret wendet sich die Arbeit im Wesentlichen vier Gegenstandsfeldern zu. Sie beginnt mit den Verhandlungen um jüdisches Gemeindegut in Osteuropa nach dem Ende des Kalten Krieges, in denen Eizenstat erstmals als Vertreter der US-Regierung vermittelte. Das größte Einzelkapitel widmet sich anschließend den Auseinandersetzungen um Raubgold und nachrichtenlose Konten, in deren Fokus die Schweiz und mehrere Schweizer Großbanken standen. Anschließend geht es um die Bemühungen der US-Regierung, auch im eigenen Land nach möglicherweise nicht restituierten Vermögenswerten von Holocaust-Opfern, etwa Kunstgegenständen, zu fahnden. Schließlich widmet sich die Arbeit den internationalen Konferenzen in London, Washington und Stockholm, auf denen Fragen der Wiedergutmachung und Erinnerung auf der Tagesordnung standen. Andere Felder wie die Entschädigung für NS-Zwangsarbeit, auf denen die US-Regierung ebenfalls sehr aktiv war, werden nur knapp gestreift.

Der Verfasser hat für seine Arbeit Archivmaterial der neuesten Zeit verarbeitet, darunter Akten der *Presidential Advisory Commission on Holocaust Assets* und den persönlichen Nachlass von Stuart E. Eizenstat. Für diese und andere Bestände hat er Pionierarbeit geleistet. Die aktengestützte Rekonstruktion der US-amerikanischen Geschichtspolitik erlaubt es ihm, stärker als bisher auch Entscheidungsprozesse und Konflikte hinter den Kulissen zu beleuchten. Allerdings gilt das nur für die US-Administration selbst, deren Rolle und Einfluss der Verfasser überprivilegiert. Denn die Clinton-Regierung war neben Akteuren wie dem *World Jewish Congress*, der *Jewish Claims Conference*, Richtern,

Anwaltskanzleien, Kongressabgeordneten und Senatoren sowie den US-Bundesstaaten nur ein Spieler auf dem Feld der Holocaust-Restitution. Gerade die Verhandlungen um einen Schweizer Entschädigungsfonds zeigen, dass sie sich oftmals eher in laufende Auseinandersetzungen einklinkte und den Ereignissen hinterher hechelte statt die Initiative übernehmen zu können. Im Schweizer Fall, den der Autor in den Mittelpunkt seiner Arbeit gestellt hat, endete das Engagement so auch in einer klaren Niederlage für Eizenstat, dessen Verhandlungsmision ergebnislos scheiterte. Die endgültige Einigung erfolgte schließlich vor einem New Yorker Gericht.

Die Studie leidet vor allem daran, sich nur wenig von ihrem Quellenmaterial zu emanzipieren und keinen eigenständigen Interpretationsansatz zu entwickeln, der über die Schlagwörter, Absichtserklärungen und Selbsteutungen der zeitgenössischen Protagonisten hinausginge. Allenthalben spricht der Autor von „Defiziten“, „Mängeln“ und „Fehlern“ der Restitutionspolitik der unmittelbaren Nachkriegszeit, die in den 1990er Jahren endlich angegangen worden seien, wiederholt damit die zeitgenössischen Sicht- und Sprechweisen, historisiert diese jedoch nicht. Es wird nicht reflektiert, dass die Bedingungen, unter denen einige Gegenstände nach dem Ende des Kalten Kriegs erregte Debatten auslösten, während dies auf andere nicht zutrifft, genauso historisch kontingent waren wie die restitutionspolitischen Entscheidungen der Nachkriegsjahre. Die Fixierung auf die Agenda der US-Regierung suggeriert, dass es sich bei den *Holocaust-Era Assets* um ein homogenes Themenfeld gehandelt habe, unterschlägt dabei aber die politische und vor allem auch mediale Dynamik, die dazu führte, dass ursprünglich unverbundene Themen nun auf einmal als etwas Zusammengehöriges gesehen wurden. In den Gesamtkontext der Wiedergutmachung für NS-Unrecht werden die Untersuchungsgegenstände nur oberflächlich eingeordnet. Auch die zentrale Deutung des Verfassers, im Laufe der 1990er Jahre sei Restitutionspolitik allmählich in Erinnerungspolitik überführt worden, erzählt das zeitgenössische Narrativ „from money to memory“ nach, ohne kritisch danach zu fragen, ob mit diesem Schlagwort nicht auch bisweilen die harten materiellen Fragen zugunsten wolkiger Erinnerungsrhetorik beiseite geschoben werden sollten. Im Großen und Ganzen erfährt man so über die Wiedergutmachungsdebatten der 1990er Jahre nur Wenig, das über das hinaus-

ginge, was schon zeitgenössisch darüber gesagt und geschrieben wurde.

Bielefeld

Benno Nietzel

## POLITIKWISSENSCHAFT

### “Animals are not ignoble”

Donaldson, Sue/Kymlicka, Will: *Zoopolis. A Political Theory of Animal Rights*, Oxford UP, Oxford/New York 2011.

The first part of the text is theory: a theory which grounds the claim that animals are due acknowledgment as bearers of equal rights with human beings and which sees citizenship for animals as the most adequate practical expression of this acknowledgment. Their primary concern is developing the details of a theory of political rights for animals, including for some, rights of citizenship. There are sections on “domesticated animal citizens,” “wild animal sovereignty” and “liminal animal denizens,” all requiring different kinds of ‘political’ relations. This part of the work reads somewhat like a book of casuistry organized as a set of responses to questions about how human society should rearrange itself to accommodate animal rights.

The reader who accepts the basic theoretical premises will find much practical wisdom and moral sensitivity in their application, while the skeptic may have to fight increasing incredulity. The moral theorist who is interested in the arguments for considering animals as rights-bearers is bound to be disappointed. The theory’s grounding is cursory, sometimes seeming to verge on the polemical as the authors view that matter as pretty much settled. The authors’ application of their principles, however, impresses with its consistency, thoroughness and thoughtfulness.

The basic argument for moral equality of human beings and animals is superficially straightforward: (1) Any creature, which has sentience or feeling, is a self, (2) any self is entitled to rights, (3) there is no moral difference between being an animal self and a human self, (con) animal selves are entitled to equal rights with human selves.

By *sentience* the authors mean the ability to feel, especially to feel pain and pleasure. The mere fact that an organism can feel pain is already reason to prevent its feeling pain, as being *sentient* involves being a *self* to whom it matters how things go for it, thus having interests, aims and purposes that matter to it. None of this seems quite so straightforward. Being *sentient* does not imply being a *self* in the sense of having a point of view about the contents of one's consciousness or anything else. Perhaps earthworms or crabs are *sentient* but they are not *selves*.

The connection between being a self with interests that matter to it and the moral requirement that these interests should matter to anyone else is posed as a *principle of inviolability* (p. 31). For Donaldson and Kymlicka it goes without saying that being a *self* is all the moral standing required. The claim to equality rests on the assumption we are all *equally selves*, "You wouldn't do x to human beings, thus you ought not do x to animals" returns with the regularity of a trope on many pages: you would not enslave people, you would not do dangerous experiments on people, you would not eat people, etc., thus you may not do the same to animals.

Our basic interests ground basic rights such as the right to life, right to liberty and – and this is the authors' innovation – attributing citizenship or more generally, political rights to animals.

*Moral* obligation is not enough. *Animal rights theorists* (actually their main opponents) go this far; however, in addition we have political obligations to animals (p. 61). Animals also have political rights either as fellow citizens (domesticated animals) or as members of their own sovereignties – here a kind of international law applies – or as inhabitants of niches and edges of human polity (so-called *denizens*).

The authors outline three basic functions of (democratic) citizenship: (a) nationality or allocation of individuals to territories, (b) popular sovereignty and (c) democratic political agency (p. 55). Generally citizens are thought to, [i] have a subjective good and to communicate it, [ii] have to comply with social norms/cooperation; and [iii] participate in coauthoring laws (p. 103).

The authors feel they must argue that animal citizens, for instance, are capable of political participation, "[t]o treat someone as a citizen is to look for evidence of their subjective individualized good, and to look for and support areas of individual agency" (p. 107). So like human beings with very limited mental capacities – this

is the human-animal analogy trope – animals can express their interests albeit via others' interpretation of their interests and advocacy on their behalf.

But advocacy for the interests of *individual* human beings and animals alike is a moral obligation *independent of* citizenship. The authors seem to strain at construing animals as contributors to the political good. For instance, they speak of 'urban dog park activism': a public park that was once a hang-out for drug users and prostitutes was taken back when dog-owners unleashed large dogs to roam in the area, discouraging the criminal activity; they write that "The fact that the dogs cannot reflect about the goals of activism, or their role in it, doesn't change the fact that they are participants in the process" (p. 114). By this standard of participation, dummy video-cams which might also deter criminality are also "agents of change." Because for them citizenship includes the idea of co-authoring laws, the authors feel compelled to say not only that animals *possess* rights of political participation but also are *capable* of exercising them. They are carried here by the human-animal analogy trope which in this case appeals to 'Disability Theories of Citizenship': severely impaired human beings may still, with much help, give expression to their needs and interests (p. 104); this seems quite true but expression of one's interests is not equivalent to political participation.

A different argument for *political* obligations to animals seems more plausible, namely that we owe animals "respect for collective autonomy and sovereignty, not just respect for the rights of individual conscious beings" (p. 166). As they point out, invoking again the human-animal analogy trope, European imperialists granted indigenous people individual property rights but denied them the ability to maintain their own laws and culture (p. 178). Thus, they can argue that especially with respect to wild animals or animals that are parasitic on human communities (so-called 'denizens'), we have obligations to respect their territories and even to refrain from interventionist policies. For this though claims about political *participation* seem beside the point and the notion of treating animal 'communities' as sovereign nations brings intricate worries on its own so for instance, ought we to intervene to prevent animal predators? The authors say there are too many reasons *not* to intervene if only because our powers of intervention are limited, which, if one invokes the human-animal analogy trope, leads to



a horrific picture of 'persons' preying on and eating other 'persons' as we stand by helplessly: reimagining animals as persons, they seem to become horrible persons; by following Donaldson and Kymlicka we lose the point that "Animals are not ignoble; they are beyond moral judgment," as Korsgaard puts it.

*Schenectady*

*Felmon Davis*

## Grundlegung des Politischen

*Sigwart, Hans-Jörg*: Politische Hermeneutik. Verstehen, Politik und Kritik bei John Dewey und Hannah Arendt, 536 S., Königshausen & Neumann, Würzburg 2012.

Hans-Jörg Sigwart verfolgt in seiner Habilitationsschrift explizit zwei, implizit sogar drei durchaus ambitionierte Ziele: *erstens* beansprucht er das lang übersehene Verhältnis von Hermeneutik und Politik zu entfalten, um das Politische jenseits eines reduktionistischen Szientismus zu fassen. Er spricht vorsichtig und vage davon, dass das Problem des Politischen eine gewisse sachliche Nähe zum Problem des Verstehens aufweise (S. 11, 13). Im weiteren Verlauf wird aber deutlich, dass es sich nicht nur um Nähen, sondern um intrinsische, unlösliche Beziehungen von Verstehen und Politik handelt. Das Politische lässt sich nur hermeneutisch angemessen verstehen und die Hermeneutik ist nur als politische möglich. Das Problem des Verstehens und das Problem des Politischen verweisen aufeinander und erhellen sich wechselseitig. Damit beansprucht er nicht weniger als eine hermeneutisch-kulturwissenschaftliche Grundlegung des Politischen, die sich von jeglicher Staatsfixierung, die ja besonders für das deutsche Staatsrechtsdenken charakteristisch ist, löst (S. 22). Hermeneutik ist dabei keineswegs nur eine Methode politischer Theoriebildung, sondern wesentlicher Bestandteil politischer Praxis. „Praxis impliziert immer auch die ‚Arbeit des Verstehens‘ im Sinne der ‚Erfahrung‘ und ‚Reflexion‘ von ‚Bedeutungen‘“ (S. 16f.).

*Zweitens* beansprucht Sigwart, einen gehaltvollen Beitrag zur Interpretationen zweier Klassiker des politischen Denkens des 20. Jahrhunderts, John Dewey und Hannah Arendt, liefern zu können. Hierbei gehe es ihm aber nicht vorrangig um eine vergleichende Untersuchung beider Theorien. Arendt und Dewey sind vielmehr seine Gewährsleute zur Formulierung ei-

ner Politischen Hermeneutik. Sie repräsentieren für ihn die amerikanische Tradition der Hermeneutik. Im Gegensatz zur deutschen Tradition sei im amerikanischen Diskurs die Hermeneutik viel stärker auf das Politische bezogen. Das Politische wird als eine spezifische Form des Verstehens verstanden, als ein besonderes Welt- und Selbstverständnis. Mit Arendt betont Sigwart, dass das Verstehen „nichts weniger als ‚die andere Seite des Handelns‘“ sei (S. 18).

Das dritte, nicht explizit genannte Ziel besteht meines Erachtens darin, eine den post-metaphysischen Bedingungen der Moderne angemessene und normativ anspruchsvolle Demokratie-theorie zu liefern. Diese pragmatisch-hermeneutische Demokratie-theorie grenzt sich gegen die analytischen, kontraktualistischen Gerechtigkeitstheorien einerseits und andererseits gegen die komunitarischen Gemeinschaftsvorstellungen ab. Mit Arendt und Dewey versucht Sigwart, „die Möglichkeit einer dritten Position zwischen methodischem Individualismus und methodischem Kollektivismus aufzuzeigen“ (S. 108). Das ist durchaus noch im Sinne des diskurstheoretischen Ansatzes von Habermas formuliert, aber anders als seine „gesellschaftstheoretisch fundierte Kategorie der ‚Intersubjektivität‘“, die auf einem „stillschweigende[n] ‚Sozialapriori‘“ beruhe, gehe es Arendt und Dewey um eine Konzeption der „*pluralen Subjektivität*“ (S. 109, 477ff., Hervorhebung im Original). Diese Konzeption lenkt die Aufmerksamkeit auf den revolutionären Anfang, das heißt auf die Bedingungen der Konstitution und Gründung einer politischen Gemeinschaft. Hierdurch erhalten die Begriffe der Kontingenz und der Freiheit eine größere Bedeutung, als ihnen in der Diskurstheorie zukommen. Arendt und Dewey verbinde ein „ausgeprägtes Bewusstsein von der grundsätzlich *prekären Natur* der gemeinsamen Welt und ein positiveres Verständnis von ihrem Angewiesensein auf bzw. ihrer Abhängigkeit von der mehr oder weniger bewussten gemeinsamen ‚Sorge‘ um ihre soziokulturellen Grundlagen und einem entsprechenden politischen Verantwortungsbewusstsein“ (S. 123, Hervorhebung im Original).

Sigwart weist im ersten Kapitel in einem sehr detaillierten Vergleich der deutschen und der amerikanischen Tradition der Hermeneutik nach, dass die deutsche Tradition das Politische konzeptionell vernachlässige und eine „apolitische Perspektive“ (S. 473) einnehme. Darüber hinaus bewirke diese Tradition eine „methodisch-konzeptionelle[] Entproblematierung von Kollektivbegriffen“ (ebd.). Begriffe wie Staat,

Gesellschaft, Nation werden als quasi natürliche der kritischen Beurteilung entzogen. Die geisteswissenschaftliche Tradition „von Schleiermacher bis Gadamer“ (S. 28) vertrete eine konservative Konzeption der Hermeneutik, die ihren Fokus rückwärtsgewandt auf die Tradition, den Überlieferungszusammenhang, in den der Einzelne nur die Möglichkeit hat einzurücken. Die überlieferte soziale Welt scheint quasi objektiv vorgegeben. Das Verstehen ist keine soziale Praxis, in der die Welt reflektiert, interpretiert und kritisiert wird und hierdurch neu entsteht, sondern eher als eine singulär-private Leistung des Individuums zu verstehen, das sich in der Welt zu orientieren versucht. Demgegenüber liege ein „entscheidender Unterschied [...] darin, dass der ‚kreative‘ bzw. aktiv-partizipatorische Akzent des Verstehens im amerikanischen Diskurs in genuin sozialen und *politischen* Kategorien verstanden und beschrieben wird“ (S. 123, Hervorhebung im Original). Im amerikanischen Diskurs öffnet sich der Traditionsbezug durch die Aufmerksamkeit für das Neue und den Traditionsbruch. In der Vermittlung des Alten mit dem Neuen, die Öffnung für die Zukunft bei gleichzeitiger Pflege der Tradition besteht die zentrale Problemstellung des amerikanischen Hermeneutikverständnisses, wie es sich beispielsweise auch im Revolutionsverständnis von Hannah Arendt ausdrückt. Mit dieser Verschiebung hin zur Zukunft wächst das „Bewusstsein von ihrer [der Welt, J.F.] *Verfügbarkeit* und *Gestaltbarkeit* durch bewusstes kooperatives Handeln und Interpretieren und von der wichtigen Rolle, die einzelnen Individuen als Bürger und ihre aktive Partizipation dabei spielen, also ein politisches, bürgerschaftliches ‚Könnensbewusstsein‘“ (S.123, Hervorhebung im Original). Mit dem Bezug auf die Zukunft wird Hermeneutik zur Politischen Hermeneutik. Sigwart arbeitet in sehr minutiösen und detaillierten Interpretationen von Dewey und Arendt dieses besondere Verständnis der Politischen Hermeneutik heraus, in deren Zentrum die politische Öffentlichkeit als eine Praxis des gemeinsamen Wertens, Urteilens und Hinterfragens steht. So zeigt er in Bezug auf Dewey die Grenzen eines funktionalistisch-realistischen Politikverständnisses und Deweys Überwindung dieses Reduktionismus. Die gemeinsame Welt ist nicht schlicht den Individuen vorgegeben, sondern sie entsteht in gewisser Weise durch die aktive Aneignung in kooperativer Praxis. Das Politische ist ein „*spezifische[r] Modus der Erfahrung und Interpretation von Wirklichkeit* [...]“, der für die Konstitution von kollektiven bzw. besser: von pluralen Sinnzu-

sammenhängen innerhalb kultureller Objektivierungs- und Verfestigungsprozesse von entscheidender Bedeutung ist“ (S. 474, Hervorhebung im Original).

Das Buch Sigwarts ist eine Herausforderung und es benötigt einen langen Atem. Es liefert einen wichtigen konzeptionellen Beitrag zum Verständnis des Politischen und einen Vergleich von zwei der bedeutendsten politischen Theorien des 20. Jahrhunderts, die in den letzten Jahren die Debatte mitgeprägt haben, deren Beziehung aber bisher vernachlässigt blieb. Was das Buch aber zur Herausforderung macht, ist seine sicherlich auch der Qualifikationsarbeit geschuldete, gewundene, redundante und sehr kleinschrittige Argumentation. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn Sigwart die doch recht abstrakten Theorien und Argumentationen stärker übersetzt und sich mehr um Anschaulichkeit bemüht hätte. So bleibt zum Schluss ein ambivalenter Eindruck zurück, dass Sigwart das zentrale Anliegen Politischer Hermeneutik, nämlich Erfahrung reflektierend aufzuhellen, im Dickicht der Argumentation verfehlt hat.

Aachen

Jürgen Förster

## Relationales Phänomen

*Junge, Matthias (Hrsg.): Metaphern und Gesellschaft. Die Bedeutung der Orientierung durch Metaphern, 224 S., VS, Wiesbaden 2011.*

Die Metapher hat sich als ein Disziplinen übergreifender Forschungsgegenstand etabliert, der nichtsdestotrotz disziplinär akzentuiert untersucht wird. In Philosophie, Sprach- und Literaturwissenschaft, Psychologie und Psychotherapie, Kognitionswissenschaft, Computerlinguistik und den historisch orientierten Wissenschaftsgebieten ist das Paradox gelungen, eine relativ breit aufgestellte und gut organisierte Passion für die Metapher zu entwickeln. In dieser Reihung fällt auf, dass die Soziologie fehlt. Im Vergleich zu den anderen genannten Disziplinen ist zumindest im deutschen Sprachraum die sozialwissenschaftliche Erforschung der Metapher durch eine geringere Intensität gekennzeichnet. Der von dem an der Universität Rostock lehrenden Soziologen Matthias Junge herausgegebene Sammelband „Metaphern und Gesellschaft“ verfolgt das Ziel, die soziologische Neugierde

anzuregen: Welche Bedeutung hat das „und“ im Titel? Der Band legt drei Dimensionen frei, die zugleich die elf Beiträge (+ Einleitung) des Bandes in drei Gruppen gliedern.

Die erste Verbindung zwischen Metaphern und Gesellschaft wird in der „Soziologischen Metaphorik“ selbst gesehen, das heißt, in den Metaphern, welche soziologische Theorien bilden, um ihren Gegenstand zu erfassen. So rekonstruiert Yvonne Niekrenz die Geschichte von „Gemeinschaft als Metapher“. Niekrenz stößt im Zusammenhang mit dem zugleich typologisch und zeitdiagnostisch verwendeten Terminus „Gemeinschaft“ auf eine die Soziologie und nicht nur sie um 1900 prägende Hintergrundmetaphorik (um einen Ausdruck Hans Blumenbergs zu verwenden) von Organismus und Maschine. Warum Gemeinschaft indes nach Niekrenz eine Metapher sein soll, bleibt offen. Einen über Andeutungen hinausreichenden Metaphernbegriff oder ein Findekriterium vermisst man in ihrem Beitrag (wie in manch anderem des Bandes auch). Dirk Villányi und Thomas Lübcke stoßen in ihrem Beitrag zu Metaphern in der Systemtheorie ebenfalls auf organistische und mechanistische Metaphernfelder, des Weiteren auf architektonische Metaphern, welche die Systemtheorie prägen sollen. Hierbei bleiben die Autoren recht allgemein („Die Soziologische Systemtheorie ist reichhaltig an Metaphorik.“, S. 46) ohne dies weiter auszuführen. Stattdessen widmet sich der Beitrag der durchaus interessanten Frage nach der ‚Poetik‘ von Theorien und diskutiert die Frage, ob die Rede vom System selbst metaphorisch zu verstehen sei. Ulrike Marz beleuchtet die Bedeutung von Metaphern in der Kritischen Theorie und folgt dabei der Intuition, dass Metaphern Nichtidentität und Negativität vermitteln. Im Weiteren stellt auch sie – ähnlich Villányi und Lübcke – die Frage nach einer Art Großmetaphorik: Ist Homers Odyssee, welcher in der „Dialektik der Aufklärung“ von Adorno und Horkheimer ein Kapitel gewidmet ist, selbst eine einzige Metapher?

Die zweite Verbindung zwischen Metaphern und Gesellschaft betrifft den „alltagsweltlichen Gebrauch der Metapher“. Angesichts der Weite der Thematik ist es nicht erstaunlich, dass die Beiträge dieses zweiten Abschnitts vielfältig sind. Sie reichen von „Metaphernkonzepten des gegenwärtigen polizeilichen Diskurses“ (Christa Dern) über die Bedeutung von „Metaphern beim Sprachenlernen“ (Anastasia Novikova), die in ihren Wandlungen wenig bekannte Geschichte der Parasitenmetapher (Andreas Musloff) bis zu

Metaphern in Zeitatgebern (Anne-Kathrin Hoklas) und „Metaphern der Organisation“ (Helmut Fuchs/Andreas Huber). Während Dern, Musloff und Hoklas vor allem empirische und zum Teil historische Untersuchungen vorstellen, weisen die Beiträge von Novikova und Fuchs/Huber eine normative beziehungsweise instrumentelle Orientierung auf: Es geht um die Angemessenheit von Metaphern beziehungsweise die Metapher als Instrument der Organisationsentwicklung oder des Spracherwerbs. Dass Metaphern nicht per se vorteilhaft sind oder eine Art Gut darstellen, vor allem da ihre Implikationen in der Regel unreflektiert bleiben, wird gleichwohl in den meisten Beiträgen thematisiert. Die Beiträge von Dern, Novikova und vor allem von Musloff (zur Geschichte der Parasitenmetapher) arbeiten dies jedoch auch detailliert aus.

Wie Metaphern sozialwissenschaftlich zu erforschen sind, ist Thema der dritten Textgruppe „Methoden und Methodologien der Metaphernforschung“. Rudolf Schmitt stellt im Vergleich mit anderen „Methoden der sozialwissenschaftlichen Metaphernforschung“ die von ihm selbst entwickelte Verfahrensweise vor, die bestimmte Gütekriterien erfüllen soll und an einzelnen Forschungssequenzen orientiert ist. Die beiden anderen Beiträge betreffen nur im weitesten Sinne *soziologische* Methoden der Metaphernforschung. Bernhard Debatin jedenfalls untersucht die „Rationalität metaphorischer Argumente“ und Matthias Junge stellt mit Blick auf die metaphorische Rede „Überlegungen zu ihrer Wahrheit und Wahrheitsfähigkeit“ an. Die beiden letztgenannten Aufsätze bieten damit eher grundbegrifflich-sozialphilosophische Perspektiven auf die Metapher und überschreiten jene Metapherntheorie, die gleichsam als eine Art Konsenstheorie bei den meisten Beiträgen zumindest im Hintergrund steht – die kognitive Metaphern von Lakoff und Johnson (vor allem in der Fassung von 1980).

Die Beiträge des Bandes sind klar und deutlich geschrieben (deshalb treten argumentative Mängel auch leichter hervor). Einige weisen interessante Ergebnisse auf. Eine Schwäche des Bandes sei dennoch angemerkt. Sie besteht darin, dass in einer Reihe von Beiträgen die Metapher nicht mehr als erkennbarer Differenzbegriff fungiert: Wie unterscheiden sich Metapher und Begriff? Wie Metapher und andere Figuren (Tropen)? Was kennzeichnet die Individualität von Metaphern? Da die Bedeutung von Metaphernbegriffen und Findekriterien zuweilen unterschätzt wird, droht das idiomatische

Profil der jeweiligen Texturen zu verschwimmen. Es bleibt häufig offen, warum es sich (etwa bei „Gemeinschaft“ (S. 15ff.), „Erfahrungsunfähigkeit“, „Vergegenständlichung“ (S. 56), „innerer Sicherheit“, dem Zusammenlaufen von Informationen (S. 72), der Rede von einem „Netzwerk“ (S. 77ff.) oder der Odyssee Homers (S. 56f.)) um Metaphern handelt und, selbst wenn dies allesamt Metaphern sind, wie sie sich voneinander unterscheiden. Im Grenzfall scheint es dann, als wenn man Wortlisten von Metaphern bilden könnte – ohne die Metapher als im strengen Sinne relationales Phänomen nicht nur zu begreifen, sondern *auch so zu untersuchen*: als Gegenstand, der nur in der Kollision zweier Bereiche (Felder, Kontexte) entsteht und nur an ihr erforscht werden kann. Vermutlich ist das die Konsequenz einer zuweilen zu wenig reflektierten Rezeption der kognitiven Metapherntheorie, welche Metaphern und Konzepte in einen engen Zusammenhang rückt.

Darmstadt

Andreas Kaminski

### **Mikropolitik als politische Strategie**

*Krause, Ralf/Röllli, Marc*: Mikropolitik. Eine Einführung in die politische Philosophie von Gilles Deleuze und Félix Guattari, 143 S., Turia + Kant, Wien/Berlin 2010.

Die Mikropolitik als eine effektive politische Taktik von verwandten Konzepten abzugrenzen, ihre Aktualität zu kontrastieren und das deleuzo-guattarische Denken zu rehabilitieren ist das konkrete Ziel der hier diskutierten Einführung. Um dies zu erreichen, wird der Fokus vor allem auf Gilles Deleuze und den Einflüssen, denen sein Denken unterliegt, gelegt. Die Hume-Lektüre Deleuzes wird in den Mittelpunkt der Betrachtungen der beiden Autoren gerückt, auf die dann auch an entscheidenden Stellen zurückgegriffen wird. Es ist gewiss weder der erste Versuch, David Humes Einflüsse auf Deleuze aufzuzeigen, noch diesen Einflüssen eine zentrale Stellung für Deleuzes Philosophie zuzuweisen. Bei der vorliegenden Einführung von Ralf Krause und Marc Rölli handelt es sich aber sicherlich um den ersten Versuch, diesen Einflüssen eine tragende Rolle selbst für das politische Denken von Gilles Deleuze und folglich auch von Félix Guattari zuzuschreiben.

Es ist die in „Tausend Plateaus“ (1980) vollzogene Abwendung Deleuzes und Guattaris von

der strukturalistischen Linguistik Ferdinand de Saussures hin zu einer pragmatistischen Sprachtheorie, welche Krause/Röllli im Anschluss an ihre früheren Arbeiten dazu verleitet, die im Werk Deleuzes sich unterschwellig fortlaufenden Hume'schen Motive aufzusuchen (vgl. S. 93). Denn in Humes Assoziations- und Affektenlehre lassen sich drei Themenkomplexe finden, die Eingang in Deleuzes Spätwerk gefunden haben sollen: Kernstücke einer empirisch-transzendentalen Wissensphilosophie, welche Deleuzes Pluralismus theoretisch unterfüttert und welcher zufolge die Irreduzibilität der im Empirischen vorhandenen Differenzen ohne die Vermittlung von deduzierenden Bewusstseinskategorien gewährleistet wird (vgl. S. 53ff.). Zweitens, Elemente einer konstruktivistischen Subjektbetrachtung, nach welcher Subjektivität „als Resultat historischer und gesellschaftlicher Prozesse“ (S. 54) zu fassen ist. Diese wird später in die Theorie der Wunschproduktion einfließen, der nach das Subjekt, als „kollektives Gefüge“ (S. 70), an der Stelle hervortritt, an welcher das Gesellschaftliche und der Wunsch sich treffen. Drittens, Keime einer pragmatistischen Sprachtheorie, der zufolge „die Bedeutung einer Aussage davon abhängt, in welchen *Umständen* sie artikuliert wurde“ (S. 93, Hervorhebung im Original) und welche die Möglichkeit offenlegt, durch Wiederholungen von Sprechakten neue Verbindungen zwischen Sprache und ihrem Entstehungskontext herzustellen und somit den gesellschaftlichen Raum für neuen politischen Handlungen zu eröffnen.

Friedrich Nietzsche, Franz Kafka und Jean-Gabriel de Tarde stellen die weiteren Bezugsfiguren dar, auf die sich (auch wenn in geringem Maße) Krause/Röllli berufen: Nietzsche, weil im Anschluss an seine machtkritische Philosophie der totalitären gesellschaftlichen Strukturierung Deleuze seine eigene These über das Primat des vom Wunsch abgeleiteten Widerstands der Macht gegenüber entwickeln wird; Kafka, weil er aufgrund seines Sprachgebrauchs den Beweis für eine effektive minoritäre Unterwanderung der herrschenden Normen geliefert hat; und de Tarde, weil er mit seiner „Nachahmung“ die Grundlagen einer ständig sich selbst ausdifferenzierenden gesellschaftlichen Stratifizierung gesetzt hat. Auf diesen Pfeilern stützend soll die politische Aktualität der Mikro-Politik darin bestehen, „die äußeren [subjektfremden, gesellschaftlichen; T.T.] Kräfte mit den eigenen [subjektinternen, körperlichen; T.T.] so zu assoziieren, dass ihrer Verbindung

ein Zuwachs kollektiver Handlungsfähigkeit entspringt, der den gemeinsamen Gestaltungsspielraum immer weiter ausdehnt“ (S. 134f.).

Es bleibt jedoch fraglich, inwiefern diese starke Bezugnahme auf Hume ausreicht, die üblichen Probleme der politischen Philosophie von Deleuze und Guattari zu überwinden: Die problematische Konzeptualisierung der Wiederholung bei Deleuze wird dadurch nicht gelöst. Außerdem tauchen durch eine solche Lektüre alle Probleme auf, welche die konstruktivistischen Ansätze heimsuchen. Krause/Röllli beharren darauf, dass mikropolitische Taktiken zur Herausbildung von Kriterien führen, die bei politischen Entscheidungsprozessen anzuwenden sind. Durch diesen Lektürevorschlag wird aber nicht ersichtlicher, wie die zur Verfügung stehenden Kräfte gegen die Vereinheitlichungseffekte der Kontrollmechanismen mobilisiert werden können, damit die entstandenen Kriterien „einer adäquat problembezogenen Politik“ (S. 143) nicht systemstabilisierend, sondern systemkritisch fungieren.

Um zur erzielten „politische[n] Aktivierung“ (S. 142) zu gelangen, könnte ein Gegenvorschlag lauten, im Anschluss an Henri Bergson und vor allem an Baruch de Spinoza den Handlungsoptimismus von Deleuze noch dezidiierter in den Vordergrund treten zu lassen. Wie Krause/Röllli richtig bemerken, gibt es tatsächlich einen Überschuss an Handlungsmöglichkeiten, welche aus der Wunschproduktion hervorgeht. Dieser ist aber gerade deswegen nicht „implizit“ (S. 138), sondern als explizit hervorzuheben. Die Wunschproduktion wird zwar von der territorialisierenden Staatsmaschinerie vereinnahmt, sie wird jedoch nicht von ihr hervorgebracht. Deshalb behält sie dabei, sowie bei jeder neuen Verknüpfung, die sie selber in Gang setzt und vorantreibt, ihre emanzipatorische Brisanz. Der konstruktivistische Unterton in Krauses/Rölllis Schilderung von Deleuze, welcher freilich in den entsprechenden Passagen über die Wunschmaschinen zurücktritt (zwangsläufig zurücktreten musste), schwächt die positiv konnotierte, sich selbst generierende politische Handlungsvielfalt des primordialen Wunsches, der „niemals getäuscht wird“ (S. 74). So betrachtet und vor dem Hintergrund, dass es sich um eine Einführung handelt, die den Anspruch erhebt, die politische Philosophie von Deleuze und Guattari zu explizieren, fällt die Tatsache, dass der Beitrag Guattaris verkannt bleibt, eklatant auf. Letztendlich messen Krause/Röllli die Aktualität der politischen Philosophie von Deleuze und Guattari darin, wie sie die Ereignisse von Mai

1968 erläutert haben. Stattdessen sollte es darum gehen, inwiefern diese Philosophie immer noch dazu taugt, die gegenwärtigen gesellschaftlichen Konstellationen in ihrer Ausdifferenzierung zu fassen, die neuen, sich im Keime befindlichen sozialen Bewegungen und Handlungstaktiken zu begreifen und schließlich weitere effektive Alternativen zu artikulieren.

Frankfurt a. M.

Thomas Telios

### Freedom from fear, freedom from want

*Schuck, Christoph (Hrsg.): Security in a Changing Global Environment. Challenging the Human Security Approach, 412 S., Nomos, Baden-Baden 2011.*

Sicherheit ist ein unsicherer, unsteter Begriff. Die Vorstellung dessen, was Sicherheit bedeutet und beinhaltet, wie man sie gewährleisten oder erforschen soll, hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Der vorliegende Sammelband zeigt neueste Entwicklungen im Sicherheitsverständnis sowie in der Sicherheitsforschung auf und setzt sich kritisch mit dem Konzept der ‚Menschlichen Sicherheit‘ (*Human Security*) auseinander.

Während des Kalten Krieges wurde Sicherheit vor allem als staatliche Sicherheit verstanden, die durch Polizei und Militär aufrechterhalten wird. Es herrschte ein (neo)realistisches Weltbild vor, demgemäß sich Staaten in einer anarchischen Weltordnung behaupten und verteidigen müssen. Erst nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, nach vermehrt auftretenden innerstaatlichen, häufig asymmetrischen, Konflikten und nach humanitären Katastrophen wie Tschernobyl oder Srebrenica, wurde das Verständnis von Sicherheit im politischen Diskurs zur Sicherheit von Einzelpersonen. 1994 präsentierten die Vereinten Nationen im „Human Development Report“ einen erweiterten Sicherheitsbegriff, der den Schutz und das Wohlergehen von Einzelpersonen ins Zentrum rückte. Sicherheit wird darin definiert als „Freiheit von Furcht“ (*Freedom from fear*) und „Freiheit von Not“ (*Freedom from want*). Der Bericht unterscheidet sieben Arten von Sicherheit, deutet auf das Schutzbedürfnis der Menschen hin und erinnert gleichzeitig daran, dass die Grundbedürfnisse vieler nicht gedeckt sind. Die Welt der Wissenschaft reagierte in den 1990er Jahren auf die Veränderung der globalen Sicherheitslage ebenfalls mit einer Erweiterung des Sicher-

heitsbegriffes, mit der Gründung der *Critical Security Studies* und der Entwicklung der *Securitization Theory*.

Das Buch legt dar, dass viele Gesellschaftsbereiche zu neuen Sicherheitsforschungsgegenständen geworden sind. So werden heute im wissenschaftlichen Kontext Fragen zu (vermeintlich) neuartigen, häufig transnationalen Gefahren und Bedrohungen aufgeworfen, welche die Sicherheit des einzelnen betreffen. Umweltsicherheitsfaktoren, Genderaspekte oder sozialstrukturelle Perspektiven beispielsweise, finden nun Eingang in die Sicherheitsforschung. Die Verfasserinnen und Verfasser der verschiedenen Beiträge sind der Meinung, dass der Fokus der Sicherheitsforschung zwar vermehrt auf Einzelpersonen und nicht mehr ausschließlich auf die Staatenwelt gelegt werden soll, dass ‚Menschliche Sicherheit‘ als Forschungskonzept aber zu kurz greife, keinen Mehrwert generiere oder gar Gefahren in sich berge. Der Hauptkritikpunkt, der durch Fallbeispiele aus Asien und Afrika untermauert wird, betrifft die Vernachlässigung des Sicherheitsakteurs Staat, der weiterhin als bedeutsam angesehen wird. Hervorgehoben wird auch die Kehrseite der Tatsache, dass durch das moralisch angehauchte Konzept ‚Menschliche Sicherheit‘ immer mehr Bereiche als sicherheitsrelevant angesehen werden. So herrsche in westlichen Ländern spätestens seit den Ereignissen des 11. September 2001 eine permanente Angst vor unvorhersehbaren (terroristischen) Gefahren, vor *unknown unknowns*, was zu konstantem Risikomanagement, zu einer Kultur der Gefahr führe. Gegenseitige Überwachung, Präventivmassnahmen und positiv formulierte Verhaltensimperative seien weitere unerwünschte Nebeneffekte der modernen Risikogesellschaft, in der Sicherheit für alle Lebensbereiche angestrebt wird. Die *Securitization* als ein Prozess, ein Sprechakt, bei dem eine bestimmte Angelegenheit zur Bedrohung wird, die nach außerordentlichen Maßnahmen verlangt, ist vielerorts auszumachen. Andreas Vasilache unterstreicht, dass die *Securitization* zu einer ‚illiberalen Gouvernementalität‘ führen kann, wie Sven Opitz sie in Anlehnung an Michel Foucault beschreibt. Sicherheit wird in diesem Fall innerhalb einer liberalen Gesellschaft als Problem hochstilisiert, sodass illiberale Handlungen von Seiten des Staates als legitim erachtet werden.

Das Werk bietet einen umfänglichen Überblick über ausgewählte Bereiche, die neu als sicherheitsrelevant gelten, sowie die entsprechenden methodologischen Forschungsansätze.

Sicherheit als ‚Menschliche Sicherheit‘, als individuelle oder persönliche Sicherheit, beinhaltet viele Facetten und Dimensionen, die es offensichtlich einzeln zu analysieren gilt, um ihnen gerecht zu werden. Die Hauptaussage, dass der Staat als Sicherheitsakteur nicht vernachlässigt werden kann, ist nachvollziehbar. Und doch fragt man sich, ob der Faktor ‚Staat‘ nicht auch beim Forschungsansatz der ‚Menschlichen Sicherheit‘ angemessen berücksichtigt werden könnte. Dass der diskursive Bruch von staatsfokussierter zu Individuum-fokussierter Sicherheit erst in den frühen 1990er Jahren stattgefunden haben soll, bleibt zweifelhaft, zumal die Autorinnen und Autoren auch auf frühere diskursive Ereignisse hinweisen. Die Fokussierung aller Fallbeispiele auf die Regionen Afrika und Asien ist bedauerlich – sind doch gerade die unterschiedlichen Auffassungen von ‚Sicherheit‘, die verschiedenen Auslegungen und Konsequenzen des Konzeptes ‚Menschliche Sicherheit‘, das Reizvolle an der Auseinandersetzung mit dem neuen Sicherheitsverständnis. Der eine Beitrag zur *Human Security* in Europa, der als Gegenstück zu den Fallbeispielen angesehen werden kann, macht dies deutlich.

Bern

Lisa Wildi

## Ein Begriff wird Programm

Daase, Christopher/Offermann, Philipp/Rauer, Valentin (Hrsg.): Sicherheitskultur. Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr, 360 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2012.

Sicherheitsdebatten, Sicherheitskontrollen, Sicherheitshinweise zu Sicherheitsrisiken, Sicherheitsbestimmungen und -empfehlungen, Sicherheitsmaßnahmen und -vorkehrungen, Sicherheitsbeamte und Sicherheitswächter – ‚Sicherheit‘ ist allgegenwärtig und kann wohl als gesellschaftspolitische Leitvokabel des 21. Jahrhunderts gelten, wie die Herausgeber des vorliegenden Sammelbandes behaupten (S. 7). Der Begriff ‚Sicherheit‘ kann allerdings nicht mehr mit militärischer oder staatlicher Sicherheit gleichgesetzt werden. Längst hat der Begriff sich erweitert und umfasst nun auch gesellschaftliche, soziale, ökologische und persönliche ‚Sicherheiten‘. Er bezieht sich nicht mehr ausschließlich auf die Staatenwelt sondern auch auf lokale oder regionale Gebiete sowie auf transnational aktive Organisationen und Netzwerke.

Um dem neuen Sicherheitsverständnis und seinen Auswirkungen gerecht werden zu können, stellt Christopher Daase ein kulturwissenschaftliches Forschungsprogramm vor. Die sich wandelnde „Sicherheitskultur“ wird darin verstanden als die „Summe der Überzeugungen, Werte und Praktiken von Institutionen und Individuen, die darüber entscheiden, was als eine Gefahr anzusehen ist und wie und mit welchen Mitteln dieser Gefahr begegnet werden soll“ (S. 40). Anhand von konkreten Anwendungsbeispielen macht das Werk deutlich, dass der Kulturbegriff im wissenschaftlichen Kontext oft zu unrecht verdächtigt wird, „eine Residualkategorie des Sozialen [zu sein], die alles erklären soll, was andere Theorien nicht erklären können“ (S. 70). In den unterschiedlichen Beiträgen wird anschaulich dargelegt, dass ein kulturorientierter Sicherheitsbegriff in verschiedensten Fachbereichen Anwendung finden kann und sich sowohl mit diskursanalytischen wie auch netzwerktheoretischen und historisierenden Ansätzen verbinden lässt. Zum Beweis wird in einem Beitrag der vorherrschende Präventionsdiskurs hinterfragt, der zu Präventionsregimen führt, während in einem anderen anhand der Akteur-Netzwerk-Theorie der vermehrte Einsatz von (Überwachungs)Technologien beleuchtet wird, welche die Menschen dazu bewegen soll, sich an gewisse (Verhaltens)Normen zu halten. Ein weiterer Artikel veranschaulicht, dass sich die verschiedenen Forschungsansätze auch kombinieren lassen. Patrick Masius geht mit einem historisierend-diskursiven Ansatz auf den historischen Wandel der Sicherheitskultur beim Verhältnis Mensch – Natur ein und zeigt anhand des Diskurses zur Wahrnehmung der Kreuzotter und des Rheins auf, wie eine für den Menschen ‚gefährliche Natur‘ in den 1970er Jahren zu einer vom Menschen bedrohten Natur wurde. Seit dem Ende des Kalten Krieges wird das Verhältnis Kultur – Natur als Nicht-Hierarchisches Wechselwirkungsmodell gedeutet, als eine ‚gefährliche Wechselbeziehung‘, die es zu pflegen gilt. Masius sieht darin eine Entschärfung des „neuezeitliche[n] Widerspruch[es] zwischen Mensch und Natur“ (S. 201), was ihn bezüglich der Lösung globaler Umweltprobleme optimistisch stimmt.

Diskursive Ansätze lassen sich auch im zweitletzten Teil des Buches finden, in dem auf die Normentwicklung in der internationalen Sicherheitskultur eingegangen wird. Zum Thema wird hier unter anderem die *responsibility to protect*, die sich international durchsetzende (moralische) Verpflichtung bei humanitären Kri-

sen einzugreifen. Eingegangen wird an dieser Stelle auch auf den Zusammenhang zwischen Legitimität und Autorität beim Aufbau von Administrationen in Nachkriegsgesellschaften sowie auf die erstaunlich moderate Kritik von Nichtregierungsorganisationen am Einsatz von privaten Sicherheitsfirmen in Kriegsgebieten. In den letzten Artikeln des Buches, die sich der Sicherheits- und Risikoperzeption widmen, wird überzeugend dargelegt, dass das subjektive Sicherheitsgefühl auf einer Kosten-Nutzen-Rechnung beruht, auf einem Abwägen zwischen Sicherheit und Freiheit. Im Beitrag von Dina Hummelsheim, Dietrich Obertwittler und Julian Pritsch wird zudem nachgewiesen, dass das subjektive Sicherheitsgefühl oft nicht der objektiven Sicherheitslage entspricht und dass die Kriminalitätsfurcht in Ländern mit stark ausgeprägten Wohlfahrtssystemen, wie den nordischen Ländern, tendenziell niedriger ist, als in Ländern mit schwachen Wohlfahrtsregimen, wie den südeuropäischen Staaten.

Das Buch zeigt einen breiten Anwendungsbereich des Forschungsprogramms „Sicherheitskultur“ auf, ohne den roten Faden, sprich Daases Definition, aus den Augen zu verlieren. Es beweist, dass das Konzept auf Mikro- wie auf Makroebene anwendbar ist, wobei es meiner Ansicht nach auf Mikroebene etwas mehr zu überzeugen vermag. Die Verknüpfung mit anderen Forschungsansätzen respektive -methoden, mit der Diskursanalyse oder der Akteur-Netzwerk-Theorie, führt offensichtlich zu vielversprechenden Ergebnissen. Wie so häufig bei diskursanalytisch orientierten Forschungen wird der Fokus auf Sicherheitspraktiken etwas vernachlässigt, wohl weil sie nur sehr schwer zu erfassen und zu analysieren sind. An mehreren Stellen wird auf das bestehende Paradoxon eingegangen, dass durch den Sicherheitsdiskurs Unsicherheiten erst entstehen, was auf das Dilemma hindeuten vermag, dass man selbst als Sicherheitsdiskurskritiker oder -kritikerin den eigentlichen Sicherheitsdiskurs nährt.

Bern

Lisa Wildi

### Lebendige Demokratietheorie

*Salzborn, Samuel:* Demokratie. Theorien, Formen, Entwicklungen, 153 S., Nomos, Baden-Baden 2012.

Der Begriff Demokratie und die Demokratietheorien zählen zu den zentralen Themen der

Politikwissenschaft beziehungsweise der Politischen Wissenschaften. Demokratie und Politikwissenschaft waren in der bundesdeutschen Geschichte eng miteinander verknüpft, sodass in den ersten Jahren ihrer universitären Verankerung die Politikwissenschaft auch als ‚Demokratiwissenschaft‘ bezeichnet wurde. Mittlerweile hat sich der Gegenstandsbereich der Politikwissenschaft ausdifferenziert; aber nach wie vor gelten Demokratietheorien als ein zentrales Feld der universitären Lehre und Forschung. Die von dem Göttinger Politikwissenschaftler Samuel Salzborn vorgelegte Monographie will die „Erkenntnisse der Demokratie- und Demokratisierungsforschung in komprimierter Form“ (Klappentext) zusammenfassen – vor allem mit Blick auf die Anforderungen, die die modularisierten Studiengänge in Zeiten von Bologna an die Studierenden stellen.

Das erste Kapitel „Demokratiethorien und die Ideengeschichte der Demokratie“ zeichnet die Traditionen und Brüche, die Kontinuitäten und Diskontinuitäten nach, die die Entwicklung der Demokratie auf dem Weg in die Moderne gekennzeichnet haben. Auch wenn der Ursprung des Wortes Demokratie (*demos* und *kratía*) auf die griechische Antike verweise, werde jedoch mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen deutlich, dass nur „das Wort, nicht aber der Begriff [...] seinen Ursprung in der antiken Philosophie“ (S. 19) habe. Salzborn geht von der Annahme aus, dass die Geschichte von Demokratiethorien – von der Antike bis zur Gegenwart – zugleich auch eine Geschichte von sozialen und politischen Demokratisierungsprozessen ist. Diese sind wiederum das Ergebnis von Konflikten um politische, soziale und ökonomische Interessen. Entsprechend der politischen Kernforderungen Sicherheit, Freiheit, Solidarität, Gleichheit und Bildung arbeitet Salzborn die folgenden Entwicklungsstufen der Demokratisierung heraus: Schutzstaat, Rechtsstaat, Sozialstaat, demokratischer Staat und Kulturstaat. Im Zuge einer Internationalisierung der demokratiethoretischen Debatte – vor allem in den späten 1960er-Jahren – richteten Demokratiethoretiker ihre Aufmerksamkeit darauf, „dass gesellschaftliche Emanzipation und politische Partizipation trotz formaler Gleichheiten faktisch limitiert waren“ (S. 57). So wiesen Sozialwissenschaftler/innen wie Claus Offe oder Ingeborg Maus darauf hin, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen von dem politischen Prozess und der politischen Partizipation und Repräsentation ausgeschlossen seien. Der Hinweis auf die vorhandenen Demokratiedefizite

prägte die Debatten ab den späten 1960er-Jahren – anknüpfend an Rousseaus Verständnis der Demokratie als identitäre Demokratie (Offe 1969, 1972; Maus 1986, 2011), mit Blick auf die Integration von repräsentativ- und basisdemokratischen Elementen (Bobbio 1988) oder Bezug nehmend auf die Theorie der „dynamischen Demokratie“ (Pelinka 1974), die Demokratie als unfertig und demnach als prozesshaft begreift. Dieses Kapitel zeichnet sich dadurch aus, dass der Verfasser sehr komprimiert die wichtigsten Grundlinien der Entwicklungen der politischen Theorie und Demokratiethorie rekonstruiert; zudem behandelt er drei Gegenbewegungen zum Liberalismus: erstens den klassischen Konservatismus, der darauf abzielte, die Erfolge und Errungenschaften der Demokratisierungsbewegungen rückgängig zu machen; zweitens den Sozialismus, dessen Theoretiker vor allem an den sozialen Mängeln der Demokratie Kritik übten; drittens den Faschismus und Nationalsozialismus als „Feinde der Demokratie“ (S. 43).

Im zweiten Kapitel über „internationale Entwicklung von Demokratie und Demokratisierung“ zeichnet Salzborn die weltweiten Entwicklungslinien nach und lenkt die Aufmerksamkeit der Leser/innen auf die Frage der Funktionsvoraussetzungen der Demokratie. Zu unterscheiden sind hier a. das Standardmodell der Funktionsvoraussetzungen der Demokratie (Schmidt 2010) – die sicherlich weitreichendste Synthese der vorliegenden Studien über internationale Demokratieentwicklung –, b. das „schlankere Modell“ (Offe 1996), in dessen Zentrum die Garantie der inneren und äußeren Souveränität steht, sowie c. das Modell, das vor allem die Varianten der Verlaufsformen eines Systemwechsels in den Blick nimmt und somit ein Beitrag zum Transformationswechsel leisten will (Lauth 2004, 2011). Die Lektüre dieses Kapitels lässt deutlich werden, mit welchen Schwierigkeiten die empirische Demokratieforschung konfrontiert ist, will sie Demokratisierung ‚messen‘. Der Verfasser bietet einen komprimierten und prägnanten Einblick in die unterschiedlichen Messinstrumente, die in der empirischen Demokratieforschung zur Anwendung kommen.

Interessant – vor allem mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen in Nordafrika und den Staaten des Nahen und Mittleren Osten – ist das Kapitel über Demokratisierungswellen und deren Gegenbewegungen. Folgt man der Argumentation von Salzborn, so ließe sich die dritte Gegenwelle der Demokratisierung auf den



11. September 2011 datieren. Der Anschlag auf das *World Trade Center* gilt für ihn als Initialzündung, die schließlich – ausgehend von Tunesien – ab Dezember 2010 in der Arabellion kulminierte. Somit sei sie „durch den Siegeszug der islamistischen Gruppierungen selbst Teil der großen dritten Gegenwelle“ geworden, die als ein „autoritärer *backlash* [zu verstehen sei], der begonnen ha[be], autoritäre in islamistisch-totalitäre Regime zu verwandeln“ (S. 102).

Die Beschäftigung mit dem Themenfeld Demokratie und Internet rundet das Werk ab. Begriffe wie *E-Democracy* und *E-Government* werden auf ihre Aussagekraft hin überprüft; beleuchtet werden auch Aktivitäten in sozialen Netzwerken wie Facebook. Diese Themen prägen nicht nur in wachsendem Maße die Unterhaltung zwischen Jugendlichen, sondern dominieren zunehmend auch die Diskussionen in politikwissenschaftlichen Seminaren.

Die vorliegende Monographie resümiert einerseits prägnant bekannte Debatten um die historischen Ursprünge der Demokratie. Andererseits verhandelt der Titel unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten auch weniger bekannte Debatten wie Systemtransformation und Arabellion sowie das Phänomen der weltweiten Nutzung neuer Kommunikationsformen. Insbesondere an dem Aktualitätsbezug des Buches wird deutlich, dass Fragen der Politischen Theorie und Demokratietheorie keineswegs antiquiert sind, sondern im Sinne eines *work in progress* immer wieder auf die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen reagieren müssen. Bei der Interpretation dieser Phänomene kann man sich einerseits auf die Klassiker der Demokratietheorie beziehen, muss andererseits jedoch deren Ansätze konstruktiv weiterdenken. Nur so bleibt Demokratietheorie lebendig und interessant für die Politikwissenschaft, nicht nur – aber auch – in Zeiten von Bologna und in Zeiten der modularisierten Studiengänge, die häufig wenig Zeit lassen für eine ausführliche Lektüre von Platon, Aristoteles oder Machiavelli.

Berlin/Fulda

Gudrun Hentges

### Weisheit in demokratischen Prozessen

Landmore, Héléne: *Democratic Reason. Politics, Collective Intelligence, and the Rule of the Many*, 279 S., Princeton UP, Princeton 2012.

Die Figur der Weisheit der Menge kann auf eine lange Geschichte zurückblicken. Bereits bei Ari-

stoteles findet sich das sogenannte Summenargument, demgemäß die Vielen, wenn sie gemeinsam beraten, bessere Entscheidungen treffen als wenige Experten. Demokratie ist demzufolge also nicht nur aufgrund intrinsischer Werte – dem der politischen Gleichheit und Freiheit – gerechtfertigt, sondern auch weil demokratische Entscheidungsprozesse mit höherer Wahrscheinlichkeit zu den ‚richtigen‘ Ergebnissen führen.

Héléne Landmore schließt in ihrer Studie über „Democratic Reason“, die sie auf einer vorwiegend theoretischen Ebene ansiedelt – empirische Beispiele sollen nur der Illustration dienen – an diese Denkfigur des Stagiriten an. Am Beginn des Buches steht das Bild eines Labyrinthes. Vor die wiederholte Entscheidung gestellt, den Weg nach links oder rechts einzuschlagen, würde eine möglichst heterogen zusammengesetzte Menge mit größerer Wahrscheinlichkeit den Weg aus dem Labyrinth finden. Landmore begründet dies damit, dass hier verschiedene Erfahrungen und Fähigkeiten zusammenkommen. So könne der eine vielleicht an einer Gabelung besondere Schriftzeichen entziffern, wohingegen an der nächsten Gabelung jemand anhand des Wuchses der Hecken die Richtung weisen könne. Mit diesem Bild sind zwei zentrale Prämissen verbunden. Zum einen unterstellt sie, dass zumindest einige politische Entscheidungen der Dichotomie richtig oder falsch folgen, also einen epistemischen Gehalt besitzen. Zum anderen nimmt sie an, dass demokratische Verfahren mit höherer Wahrscheinlichkeit die ‚richtigen‘ Entscheidungen erzeugen, was das epistemische Demokratieverständnis Landmores vervollständigt. Die grundlegende Idee besteht darin, dass, wenn ein Entscheidungsproblem aus mehreren Perspektiven betrachtet wird, dabei mehr Informationen zusammenfließen als es etwa in Expertenrunden der Fall ist und eben das eine ‚richtige‘ Entscheidung wahrscheinlich macht.

Nach dem Einleitungskapitel setzt sich Landmore kritisch mit Positionen auseinander, die der Menge der Bürger die politische Urteilsfähigkeit abstreiten, sei es aufgrund von empirischen Befragungen über den Wissensstand der Wählerschaft oder auch aufgrund formaler Modelle, wie sie sich in *Public Choice*-Theorien finden. Es schließt sich eine ideengeschichtliche Rekonstruktion an, in der sie die Denkfigur der Weisheit der Menge von Aristoteles bis zu John Dewey und Friedrich A. von Hayek nachzeichnet, wobei letzterer insofern aus dem Rahmen fällt, als Hayek seine Vorstellung von der Über-

legenheit einer spontanen Ordnung mit der Forderung nach einer größtmöglichen Unabhängigkeit wirtschaftlicher Prozesse verbunden hatte – nicht zuletzt auch in Abgrenzung zu Positionen wie der von Dewey, der für eine umfassende Demokratisierung der gesamten Gesellschaft eingetreten ist.

Nach diesen vorbereitenden Kapiteln entfaltet Landmore ihr epistemisches Verständnis zunächst im Anschluss an deliberative Demokratietheorien, wobei sie einer starken Auffassung von Deliberation folgt. Sie ist also der Überzeugung, dass durch deliberative Prozesse politische Fragen einer richtigen Entscheidung zugeführt werden können. Allerdings ist das, wie sie in Auseinandersetzung mit John Dryzeks Modell einer monologischen „deliberation within“ und Cas Sunsteins „law of group polarization“ herausstellt, nur dann der Fall, wenn es sich um eine möglichst heterogen zusammengesetzte Gruppe handelt. Insofern stellt für sie auch das Auslösen des angemessenen Verfahrens der Festlegung von Mitgliedern deliberativer Arenen dar. Ihr Plädoyer für Pluralität ist überzeugend, und doch lässt sich bereits auf dieser Ebene ein Einwand gegen Landmores Argumentation formulieren. Denn auch wenn Landmore betont, dass es ihr zunächst um eine theoretische Perspektive geht, so ist es wenig überzeugend, wie sie den Einwänden gegen deliberative Prozesse begegnet. Die Einwände von Sunstein und Dryzek werden wegdefiniert, stärker empirisch orientierte Überlegungen von Jane Mansbridge, man müsse auch Macht und Interessen als wichtige Faktoren in deliberativen Arenen berücksichtigen, schlichtweg ignoriert. Poststrukturalistische Positionen, die auf einer philosophischen Ebene die Möglichkeit von Vernunft und zwanglosen Konsens bestreiten, werden gerade mal beiläufig erwähnt. So gewinnt man beim Lesen des Kapitels zur deliberativen Demokratie den Eindruck, dass einfach nicht sein kann, was nicht sein darf.

Landmore schreibt eine epistemische Dimension jedoch nicht nur deliberativen Verfahren, sondern auch – und das ist die eigentlich provozierende These – dem Mehrheitsverfahren, also Wahlen und Abstimmungen, zu. Sie wendet sich dabei gegen weit verbreitete Auffassungen, dass die Bürger über zu wenig Kompetenz und nur ein geringes Wissen verfügen würden. Zwar möge es der Fall sein, dass einzelne Bürger unwissend, desinteressiert oder schlicht inkompetent sind, doch gelte das nicht, wenn man größere Gruppen betrachtet. Dabei stützt sie sich auf das Gesetz der großen Zahl,

wie es in Condorcets Jury-Theorem und dem „Miracle of Aggregation“ (S. 156) formuliert worden ist. Die grundlegende Annahme hierbei lautet, dass die richtige Entscheidung umso wahrscheinlicher wird, je mehr Personen sich an der Abstimmung beteiligen, allerdings nur unter der Annahme, dass im Durchschnitt bei jedem Einzelnen die Wahrscheinlichkeit zum Irrtum kleiner als 50 % ist. Mit anderen Worten, die Rationalität jeder einzelnen Entscheidung ist größer als die eines Münzwurfs.

Selbst wenn diese Annahme und weitere theoretische Voraussetzungen, die im Jury-Theorem gemacht werden, sich empirisch bewähren sollten, bleiben am Ende Zweifel hinsichtlich des Politikverständnisses von Landmore. Es soll hier gar nicht bestritten werden, dass politische Entscheidungen immer auch eine epistemische Dimension besitzen. Doch in der Politik geht es zunächst und zumeist um Interessen, Macht, Leidenschaften und grundlegende Ideologien. Von all dem ist in „Democratic Reason“, wenn überhaupt, nur am Rande die Rede: eine Art störendes Rauschen, das durch die Optimierung der Verfahren ausgefiltert werden könne. Landmores Buch ist im Universum der US-amerikanischen *Ivy League* entstanden, zu einer Zeit, in der sowohl die Proteste von *Occupy Wall Street*, die Aktivitäten der *Tea-Party*-Bewegung und nicht zuletzt der erbitterte Haushaltstreit zwischen den Demokraten und den Republikanern die Nachrichten bestimmten. Es ist schon eine beachtliche Leistung, dieses Rauschen auszublenden.

*Greifswald*

*Dirk Jörke*

## **Soziale Gerechtigkeit als Bewertungsmaßstab**

*Tomasi, John: Free Market Fairness, 348 S., Princeton UP, Princeton, NJ/Oxford 2012.*

„Free Market Fairness“ ist eine Mischung aus theoretischer Analyse, empirischer Beschreibung, politischem Modell und Forschungsprogramm. Die Einleitung liefert eine Einführung in Tomasis sich vom deutschen Sprachgebrauch unterscheidenden Begrifflichkeiten. Der Begriff *libertarianism*, zum Teil synonym mit seinem Vorgänger, *classic liberalism*, verwendet, bedeutet für Tomasi die Idee freier Märkte, einer sehr begrenzten Rolle des Staates und umfassender wirtschaftlicher Freiheiten, deren Status

noch grundsätzlicher ist als der anderer Bürgerrechte, etwa der Meinungsfreiheit.

Die Gegenposition bezeichnet Tomasi mit dem Begriff *high liberalism* und ihre Vertreter als *left liberals*. Ziel des *high liberalism* ist Gleichheit wie auch soziale Gerechtigkeit. Weitere Merkmale sind starke Skepsis gegenüber dem Markt und eine Präferenz für staatliche Eingriffe, die das Marktergebnis im Sinne einer Herstellung von Gleichheit korrigieren.

Tomasis erstes Kapitel beschreibt den Aufstieg des klassischen Liberalismus als Ideologie und Wirtschaftsmodell, beginnend mit der Renaissance. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Friedrich von Hayek als Theoretiker und den USA als der Region, in der das Modell am weitesten realisiert ist. Im zweiten Kapitel stellt der Autor das Aufkommen des *high liberalism* als Gegenmodell zum klassischen Liberalismus dar. Seinen Schwerpunkt legt er auf John Rawls und die Ausbreitung der Idee sozialer Gerechtigkeit wie auch der verbreiteten Durchsetzung einer Wirtschaftspolitik, die hierauf abzielt. Im dritten Kapitel argumentiert Tomasi, dass gerade durch Wohlstand und den wirtschaftlichen Erfolg die öffentliche Unterstützung für das linksliberale Gegenmodell an Boden verliere. Dies illustriert er unter Rückgriff auf Umfragen aber auch mit dem Rechtsruck linker Parteien, etwa der britischen *Labour Party*, deren ursprüngliches Programm keine breitere Unterstützung mehr erreichte. Tomasi empirische These ist, dass die Unterstützung für das politische Programm des *high liberalism* in der Bevölkerung sinke, während es unter den Intellektuellen immer noch verbreitet Unterstützung erfahre. Mit wachsendem Wohlstand wurde es immer größeren Gruppen möglich, *responsible self-authors* des eigenen Lebens zu sein, viele Entscheidungen selbst zu treffen. Diesen Zugewinn an Entscheidungsfreiheit und Individualität wollen die Bürger weder durch staatliche Entscheidungen noch durch Reduktion ihres Einkommens über Steuern (für Umverteilungsprojekte und eine Ausweitung staatlicher Aufgaben) wieder aufgeben. Ein Teil von Tomasis Motivation, einen neuen Ansatz zu erarbeiten, der Elemente beider Richtungen aufnimmt, speist sich aus seiner Beobachtung, dass die Bürger zunehmend eher wirtschaftliche Freiheiten einfordern und die Intellektuellen sich dieser Forderung nicht verschließen können.

Das vierte Kapitel stellt den Kern seines Modells dar, das Elemente aus beiden Denkrichtungen kombiniert: die *Market Democracy*. Diese sieht soziale Gerechtigkeit als den ultima-

tiven Maßstab zur Bewertung einer institutionellen Ordnung (einer politischen, wie auch einer wirtschaftlichen) an. Im Gegensatz etwa zu Rawls geht der Autor jedoch nicht davon aus, dass wirtschaftliche Freiheiten und Rechte politischen und sozialen Rechten nachgeordnet sind. Allerdings folgt Tomasi auch nicht den *libertarians*, die ein Primat wirtschaftlicher Grundrechte (etwa vollständige Vertragsfreiheit bis hin zum Recht auf den Verkauf von Leib und Freiheit) sehen. Wirtschaftliche Freiheiten werden garantiert, aber nicht, weil sie notwendig wären, um es dem Einzelnen zu erlauben, sein (wirtschaftliches) Glück zu verfolgen, sondern weil wirtschaftliche Aktivität wichtig ist, um den Bürgern eine Autorschaft über ihr eigenes Leben zu sichern. Institutionelle Arrangements werden nach dem Grade als gerecht bewertet, inwiefern nach Sicherung wirtschaftlicher und sozialer Grundrechte verbleibende Ungleichheiten immer noch dazu dienen, dass es den Bürgern mit der geringsten Wohlfahrt besser geht als zuvor. Tomasi lehnt ein Übermaß an wirtschaftlicher Gleichheit ab, weil damit der Anreiz entfallen würde, dem es breite Teile der Gesellschaft, gerade die ärmsten Schichten, verdanken, dass es ihnen materiell immer noch deutlich besser geht als jeder Generation zuvor. Das Kapitel schließt mit einer Diskussion verschiedener institutioneller Arrangements, in denen *Market Democracy* implementiert werden könnte.

Die nachfolgenden Kapitel führen die Integration von *libertarianism* und *high liberalism* fort, etwa am Beispiel der sozialen Gerechtigkeit. Die Situation der Ärmsten einer Gesellschaft (eine Gruppe, auf deren Wohlergehen auch Rawls seinen Fokus legt) ist ein explizites Element der *Free Market Democracy*. Tomasi zeigt, dass, obwohl die *libertarians* geradezu allergisch auf den Begriff reagieren, ihnen die Lage der Ärmsten besonders wichtig ist. Sie begründen, so Tomasi, die Überlegenheit ihrer Wirtschaftsordnung gerade damit, dass es den Ärmsten in dieser Ordnung absolut gesehen am besten gehe. Ebenso begründen sie ihre Ablehnung staatlicher Eingriffe damit, dass sie gerade den Ärmsten materiell schaden.

Eine kritische Würdigung von „Free Market Fairness“ soll sich hier auf zwei Punkte beschränken. Zunächst denken die Rezensenten nicht, dass sich die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit als einer Forderung mit breiter gesellschaftlicher Unterstützung auf dem Rückzug befindet, eher das Gegenteil. Zum anderen leidet gerade das Kapitel, welches die Darstellung von *Market Democracy* liefert, darunter,

dass Tomasi den Inhalt nicht klar und positiv definiert, sondern das Konzept primär durch eine Aufzählungen von Elementen und Argumenten aus beiden Richtungen und in Abgrenzungen zu beiden Richtungen darstellt. Dennoch ist der Ansatz interessant und das Buch insgesamt empfehlenswert.

Gießen Peter Kotzian/Jutta Träger

## Pluraler Internationalismus

Risse, Mathias: *On Global Justice*, 480 S., Princeton UP, Princeton, NJ/Oxford 2012.

Im alltäglichen Sprachgebrauch ruft der Begriff „globale Gerechtigkeit“ eine Vielzahl von Assoziationen hervor. Zu diesen zählen ausbeuterische Arbeitsbedingungen in der Textilbranche, weltweite extreme Einkommensarmut und -ungleichheit, unfaire internationale Handelsverhältnisse und asymmetrische Betroffenheit von den negativen Folgen des Klimawandels. Viele halten es daher für angebracht, diesen derart überfrachteten und deswegen allzu vagen Begriff zu meiden.

Demgegenüber mutet die zeitgenössische philosophische und politiktheoretische Debatte um globale Gerechtigkeit zuweilen unterkomplex und realitätsfern an. Sie kreist in weiten Teilen um die eine Frage, ob egalitäre Verteilungsgrundsätze, welche politische Philosophen und Theoretiker zunächst für innerstaatliche Verhältnisse begründeten, wie beispielsweise faire Chancengleichheit, globale Gültigkeit besitzen. Die sogenannten ‚Etatisten‘ beantworten diese Frage mit Nein und argumentieren, dass der Gerechtigkeitsbegriff nur im innerstaatlichen Kontext sinnvoll verwendet werden könne. Die ‚Globalisten‘ beziehungsweise ‚Kosmopoliten‘ hingegen bejahen diese Frage und behaupten, dass globale Gerechtigkeit bedeute, egalitäre Verteilungsgrundsätze im Weltmaßstab zu realisieren.

Mathias Risse kommt das große Verdienst zu, in „*On Global Justice*“ nicht dieser dichotomen Sichtweise zu folgen, sondern eine darüber hinausgehende Position eines *pluralen Internationalismus* zu verteidigen. Diese Position besagt, dass es eine Vielzahl eigenständiger Gerechtigkeitsgründe (*grounds of justice*) gibt, die teils ausschließlich innerstaatliche und teils globale Geltung besitzen und mit je spezifischen Gerechtigkeitsgrundsätzen einhergehen. Risse

benennt und begründet fünf solcher Gründe: geteilte Mitgliedschaft in einem Staat, gemeinsame Menschlichkeit, gemeinsames Eigentum der Erde, Mitgliedschaft in der globalen Ordnung und Unterwerfung unter ein Welthandelsystem.

Risse zeichnet dadurch ein sehr differenziertes, vielschichtiges Bild unterschiedlichster Gerechtigkeitsgrundsätze, allerdings ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben – es könnten etwa auch weitere Gerechtigkeitsgründe mit regionaler Gültigkeit existieren. Die von Risse verteidigten Grundsätze reichen von fairer Chancengleichheit im innerstaatlichen Kontext (Kap. 2 u. 3) über das zwischenstaatliche Verbot, andere beim internationalen Handel von Waren und Dienstleistungen zu übervorteilen (Kap. 14), bis hin zu der Möglichkeit, die für die Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse notwendigen natürlichen Ressourcen und Räume nutzen zu können (Kap. 6).

Risses „*On Global Justice*“ beeindruckt aber nicht nur aufgrund der Darlegung einer umfassenden und kontextsensiblen Auffassung globaler Gerechtigkeit. Diese Monographie fasziniert auch deswegen, weil es die prominent von Hugo Grotius (1583–1645) vertretene Idee, dass die Erde gemeinsames Eigentum aller Menschen ist, aktualisiert (Kap. 5), um auf innovative Weise gegenwärtige normative Fragestellungen zu beantworten. Dazu argumentiert Risse zunächst, dass diese Idee, eben dass alle Menschen gemeinsam Eigentümer der Erde sind, auch dann überzeugt, wenn man von ihr Grotius' Vorstellung einer göttlichen Gabe der Erde an die Menschen abstrahiert. Schließlich kann niemand behaupten, zur Herstellung natürlicher Ressourcen und Räume beigetragen zu haben. Anschließend verwendet Risse diese Idee einerseits, um Gerechtigkeitsansprüche aller Menschen auf die Nutzung natürlicher Ressourcen und Räume zur Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse beziehungsweise alternativ auf Eigentumsverhältnisse zu rechtfertigen, welche es erlauben, diese Bedürfnisse zu erfüllen (Kap. 6). Andererseits gebraucht sie Risse ebenfalls für die Begründung vernünftiger Handlungserfordernisse mit Blick auf staatliche Einwanderungsbeschränkungen, zukünftige Generationen und internationale Klimapolitik (Kap. 8, 9 u. 10).

Insgesamt ist Risses normatives Denken stark auf praktische Relevanz bedacht. Daher setzt sich Risse in mehreren der insgesamt 18 Kapitel mit einschlägigen sozialwissenschaftlichen Theorien und Forschungsergebnissen

auseinander. Handelstheorie und Entwicklungsökonomie informieren zum Beispiel seine Vorschläge zur Reform der Welthandelsorganisation (Kap. 18) und zur Verbesserung internationaler Entwicklungspolitik (Kap. 4).

Zudem glaubt Risse die moralische Akzeptabilität des Staatensystems prinzipiell begründen zu können, was seinem *pluralistischem Internationalismus* einen realitätsnahen Zuschnitt verleiht. Diese für Risses Gesamtargumentation wichtige Begründung beruht auf der Überlegung, dass wir nicht hinreichend verstehen, welche Konsequenzen eine Welt ohne das Staatensystem – etwa ein globales politisches Mehrebenensystem – haben würde. Die Forderung, das Staatensystem abzuschaffen, ließe sich daher nicht rechtfertigen, da die Etablierung einer alternativen politischen Ordnung ein zu großes Risiko bringe (Kap. 15 u. 16). Risses *pluralistischen Internationalismus* kann man daher weder als weltfremd noch als übermäßig idealistisch kritisieren.

Die Kehrseite dieser Realitätsnähe ist aber, dass Risses Auffassung leicht als Status quo befangen beziehungsweise schlicht als konservativ zu kritisieren ist, etwa weil sie weder das mit dem Staatensystem verbundene Problem übermäßiger Standortkonkurrenz hinreichend problematisiert, noch trans- und internationale sozioökonomische (Chancen)Ungleichheiten anprangert.

Schließlich steht Risses Theorie auch dem eingangs beschriebenen Status quo des Alltags(un)verständnisses globaler Gerechtigkeit nahe, da sie aufgrund ihres pluralistischen Rechtfertigungsansatzes eine lange Liste an Forderungen globaler Gerechtigkeit vorgibt, die zudem prinzipiell beliebig erweiterbar ist. Risse ist sich zwar dieser Eigenschaft seines Ansatzes bewusst und versucht dem daraus entstehenden Problem der Unbestimmtheit globaler Gerechtigkeit entgegenzuwirken, indem er eine Priorisierung dieser Liste vornimmt (Kap. 17). Allerdings bleibt dabei etwas unklar, nach welchen Kriterien Risse diese Hierarchisierung vollzieht. Vor allem aber löst sie nicht das weitere, womöglich noch fundamentalere Problem, nämlich dass Risses Position gewissermaßen zu leichtfertig bestimmte moralische Gründe als Gründe für spezifische Grundsätze globaler Gerechtigkeit anerkennt – so zum Beispiel gemeinsame Menschlichkeit. Dadurch scheinen sich in Risses Theorie Gerechtigkeitsfragen nicht von anderen moralischen Fragen abgrenzen zu lassen. Leider leistet Risse auf diese Weise der Vagheit des Begriffs globaler Ge-

rechtigkeit Vorschub. Nichtsdestotrotz lohnt es sich zweifelsohne, Risses anspruchsvolles Buch zu lesen.

Frankfurt a. M.

Julian Culp

### Verhältnis von Religion und Demokratie im 21. Jahrhundert

*Horwitz, Paul: The Agnostic Age. Law, Religion, and the Constitution, 316 S., Oxford UP, New York 2011.*

Was, wenn Abraham Recht gehabt hätte, und ihm Gott tatsächlich befohlen hätte, Isaak zu opfern? Schlimmer: Was, wenn Abraham in einer liberalen Demokratie des 21. Jahrhunderts leben würde und mit dieser Behauptung Recht hätte? Oder etwas realitätsnäher: Was, wenn das Ehepaar, das dem Glauben der Zeugen Jehovas angehört, mit ihrer Überzeugung, dass Gott eine Bluttransfusion an ihr sterbenskrankes Kind unter Androhung ewiger Höllenqualen bei Missachtung verbietet, richtig läge? Dürfte oder sollte die Betrachtung dieser Möglichkeit religiöser Wahrheit unser Verständnis des Verhältnisses von religiösen Überzeugungen und politischen Entscheidungen in liberalen Demokratien verändern? Diese Frage steht im Mittelpunkt von Paul Horwitz' anregender Untersuchung.

Horwitz geht von dem Befund aus, dass in den letzten zwei Jahrzehnten eine Erosion des liberalen Konsenses in den USA (denn auf diese bezieht sich seine Studie) stattgefunden habe, die dessen Schwächen offen darlege. Dieser liberale Konsens bestünde darin, dass bei politischen und juristischen Entscheidungen, die sich mit religiösen Forderungen befassen, die Frage der Möglichkeit religiöser Wahrheit ausgeklammert würde und stattdessen vermeintlich neutrale Prinzipien wie Freiheit, Gleichbehandlung, Autonomie sowie das öffentliche Interesse im Zentrum stünden. Dieser Konsens werde von zwei Seiten angegriffen: Auf der einen Seite fordern immer mehr religiöse Menschen eine Anerkennung ihrer Überzeugungen als intrinsischen, auf Wahrheit beruhenden Wert und nicht nur als Manifestation eines individuellen Gewissens. Auf der anderen Seite wird von den sogenannten Neuen Atheisten der Untergang des Abendlandes prophezeit, wenn religiösen, ihrer Meinung nach objektiv falschen Überzeugungen überhaupt eine öffentliche Rolle zugestanden würde, wie eingeschränkt auch immer.

Während bei diesem Schlagabtausch zwischen Religiösen und Neuen Atheisten zwei Extreme aufeinander prallen, lasse sich durch seine Virulenz gut belegen, dass es nicht mehr möglich sei, die Frage religiöser Wahrheit aus der Diskussion um das Verhältnis von Religion und liberaler Demokratie auszuklammern. Statt allerdings eine der beiden Seiten in dieser Debatte einzunehmen, schlägt Horwitz eine Alternative vor, die seiner Meinung nach für die große Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung attraktiver und bei der Entscheidung konkreter Konfliktfälle hilfreicher sei, nämlich den ‚verfassungsmäßigen Agnostizismus‘ („constitutional agnosticism“).

Ausgangspunkt für das Argument ist dabei die Diagnose, dass wir in einem agnostischen Zeitalter leben, einem Zeitalter also, das nicht nur von einem faktischen religiösen Pluralismus gekennzeichnet ist, sondern auch von dem Bewusstsein, dass unser partikularer Glaube oder Nichtglaube nur eine Option unter vielen ist. Während wir davon überzeugt sein können, dass unser Glaube die einzig gültige Wahrheit darstellt, sind wir uns der Tatsache bewusst, dass andere, uns bekannte und von uns geschätzte Menschen diesen Anspruch für ihre Überzeugungen auch haben können.

In Anbetracht der Möglichkeit religiöser Wahrheit bei gleichzeitiger Unmöglichkeit, allgemeinverbindlich darüber zu entscheiden, sollte in Fragen der Interpretation des amerikanischen Verfassungsgrundsatzes der Religionsfreiheit daher stets der empathische Versuch unternommen werden, den Anspruch religiöser Wahrheit ernst zu nehmen und in die Entscheidungsfindung einfließen zu lassen. Das Prinzip des ‚verfassungsmäßigen Agnostizismus‘ besagt also, dass bei der Entscheidung dieser Fragen die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden dürfe, dass religiöse Menschen mit ihren Behauptungen objektive Wahrheiten formulierten. Ob das tatsächlich der Fall ist, dürfen staatliche Organe nicht entscheiden – daher ‚Agnostizismus‘. Die Möglichkeit müssen sie aber in Betracht ziehen. Es handelt sich also um eine empathische Einstellung zu religiösen Ansprüchen, von der sich Horwitz Entscheidungshilfen in Konfliktfällen zwischen religiösen Forderungen und dem Interesse des Staates erhofft. Dort wo er keine konkreten Entscheidungshilfen bieten kann, schaffe er immerhin ein Bewusstsein für die Dilemmata religiöser Bürger und helfe dabei, ihnen mit Respekt zu begegnen und sie an der Diskussion teilhaben zu lassen.

Konkret: Wenn wir der Bedeutung der Behauptung religiöser Wahrheit für Gläubige gewahr werden, wird das staatliche Interesse einer möglichst schnellen Autobahn durch ein Gebiet, das von amerikanischen Ureinwohnern seit Generationen als heilig angesehen wird, gegenüber dieser herausragenden Bedeutung verblassen. Eine Entscheidung zugunsten der Ureinwohner wäre demnach laut Horwitz einfach. Wenn wir hingegen das eingangs gebrachte Beispiel der Bluttransfusion für Zeugen Jehovas betrachten, so mag das staatliche Interesse am Leben seiner Bürger gegenüber dem religiösen Anspruch weiterhin überwiegen. Das Eingestehen der Möglichkeit, dass Bluttransfusionen tatsächlich von Gott verboten sind, ermögliche aber eine größere Sensibilität für das Dilemma, in dem sich diese Gläubigen befinden. Es mache es möglich, stärker auf ihre Bedenken einzugehen, die Entscheidung gegen ihre Überzeugung sorgfältiger zu erklären und sie somit stärker an der öffentlichen Diskussion teilhaben zu lassen. Somit hat Horwitz nicht den Anspruch, den bestehenden Konflikt zwischen Religion und liberaler Demokratie aufzulösen. Im Gegenteil soll dieser durch die Inklusion der Möglichkeit religiöser Wahrheit gerade so gezeigt werden, wie er faktisch besteht. Der liberale Konsens habe sich selbst einen Bären dienst erwiesen, indem er versucht habe, diesen Konflikt hinter einer Sprache von ‚Neutralität‘ und ‚allgemeinen Grundsätzen‘ zu verbergen.

Während Horwitz eine anregende und überzeugende Neuinterpretation des Verhältnisses von Religion und Demokratie im 21. Jahrhundert vorlegt, kann er seinem eigenen Anspruch des ‚verfassungsmäßigen Agnostizismus‘ jedoch nicht ganz gerecht werden. Wie er nicht müde wird zu betonen, muss ein solcher Agnostizismus nämlich nicht nur die Möglichkeit religiöser Wahrheit in Betracht ziehen, sondern auch die Möglichkeit ihrer Unwahrheit. Diese Perspektive wird in seinem Buch jedoch gänzlich ignoriert. Somit kommt er zu der Folgerung, dass die Hürden für eine Ablehnung religiöser Ansprüche höher sein müssten, als das in den USA bisher der Fall sei. Dass es beim Widerstand gegen solche Forderungen aber nicht nur um eine Schikane religiöser Menschen oder ein Augenverdrehen über weitere Sonderansprüche einer Minderheit gehen muss, sondern um eine tief geglaubte Behauptung der objektiven Falschheit dieser Ansprüche gehen kann, wird hierbei nicht bedacht. Wenn hingegen, wie Horwitz fordert,

Wahrheitsansprüche jeglicher Art im Mittelpunkt der Diskussion stehen müssen, dann muss die religiösen Menschen gegenüber zu Recht geforderte Empathie auch denjenigen gelten, die diese religiösen Ansprüche als falsch betrachten.

Erfurt

Julien Winandy

## Zum Verhältnis von Recht und Staat

*Kadelbach, Stefan/Günther, Klaus (Hrsg.):* Recht ohne Staat? Zur Normativität nichtstaatlicher Rechtsetzung, 231 S., Campus, Frankfurt a. M. 2011.

„Recht ohne Staat?“ zielt auf eine interdisziplinäre Erörterung des Verhältnisses von Recht und Staat unter Bedingung des Rechtspluralismus ab. Dabei wird davon ausgegangen, dass der Rechtspluralismus der historische Normalfall ist, der moderne ‚Rechtszentrismus‘ mit der Einheit von Recht und Staat aber unser Denken geprägt hat. Wie Thomas Duve in seinem Beitrag zuspitzt, wäre die ‚juristische Moderne‘ demnach auf ein relativ kurzes Intervall zwischen ‚Vormoderne‘ und ‚Nachmoderne‘ begrenzt (S. 151f.).

Der Schwerpunkt des Bandes, der auf einer Ringvorlesung des Frankfurter Exzellenzcluster „Die Herausbildung normativer Ordnungen“ basiert, liegt auf Formen des ‚neuen‘, ‚globalen‘ oder ‚transnationalen‘ Rechtspluralismus (S. 19), weniger auf dessen heimischen und ‚exotischen‘ Varianten innerhalb klassischer und (post)kolonialer Staatsgebilde. Im Vordergrund stehen das moderne „transnationale Wirtschaftsrecht“ und dessen Einhegung durch „global governance“ (S. 30). Zugleich erschließen die rechtshistorischen und -ethnologischen Betrachtungen, die den Band komplettieren, wichtige Vergleichspunkte, was die empirische und normative Geltung nichtstaatlicher Rechtsordnungen anbelangt wie auch die „Spannung zwischen kollektiver und individueller Autonomie“ (S. 37).

Im Aufeinandertreffen dieser unterschiedlichen Perspektiven werden Konfliktpotenziale sichtbar, die unseren Umgang mit der Vielfalt des Rechts betreffen. So ist für die Herausgeber die mit der modernen Rechtsstaatlichkeit verknüpfte „historische Erfahrung des allgemeinen und gleichen Rechts“ zum universalen Maß-

stab geworden, mit dem einer „Re-Feudalisierung der Rechtsverhältnisse“ im neuen Rechtspluralismus entgegen getreten werden soll (S. 40). Dieses Verständnis einer „internen Moralität“ (S. 41) des Rechts steht jedoch in Konflikt mit den kulturellen Rechten indigener, einheimischer oder eingewanderter Minderheiten. Wie Susanne Schröters Beitrag verdeutlicht, stellt die Durchsetzung der Menschenrechte, und insbesondere der Frauenrechte, demnach auch einen Eingriff in die Integrität lokaler Kulturen dar, in der eine andere Geschlechterordnung als legitim erachtet wird.

Auch Franz Benda-Beckmann problematisiert Bestrebungen zu einer Engführung oder Ausweitung ‚des‘ Rechtsbegriffs, die oftmals lediglich dazu dienen, einem besonderen Recht Geltung und Legitimität zu verschaffen (S. 193f.). Zugleich schlägt er eine Brücke zwischen rechts-ethnologischen und systemtheoretischen Pluralismuskonzeptionen, denen gemein sei, dass „die Schaffung von Recht nicht an ein ganz bestimmtes soziales Substrat oder eine bestimmte Organisationsstruktur gebunden“ (S. 183), also ethnisch oder staatlich definiert sei. Vielmehr könne es sich dabei auch um „Beziehungs- und Interaktionsnetzwerke“ handeln, die „auch in grenzüberschreitenden sozialen Feldern operieren“ könnten (S. 183f.).

Eine wichtige Unterscheidung, die die verschiedenen Beiträge des Bandes einzuordnen hilft, ist die zwischen sozial-politisch umfassenden und funktional spezialisierten Rechtsregimen (S. 190). Für erstere gibt Thomas Duve ein herausragendes historisches Beispiel: das katholische Kirchenrecht, das er als eine „wirklich globale normative Ordnung im Schatten des (frühmodernen) Staates“ (S. 166) beschreibt, welcher es im 16. Jahrhundert durch ‚Expansion‘ und ‚Interiorisierung‘ in die letzten Winkel der Welt und der Seele vorzudringen gelang.

Was funktional differenzierte Regime anbelangt, erfährt das transnationale Wirtschaftsrecht besondere Aufmerksamkeit, wie die folgenden drei Beiträge illustrieren: Rainer Hofmann erläutert das Beispiel des Investitionsschutzrechts, das Rechtssicherheit für grenzüberschreitende Investitionen schaffen soll. Nachdem die Verhandlungen zu einem multilateralen Investitionsabkommen Ende der 1990er Jahre gescheitert sind, regeln weiterhin bilaterale Verträge die Modalitäten einer Streitbeilegung. In ihrer modernen Form, die eine prozedurale Gleichstellung von Gastland und Investor vorsieht (S. 134), tragen diese Hofmann zufol-

ge zu einer „Entstaatlichung“ des Völkerrechts und zu einer „Entpolitisierung“ der Investitionsstreitigkeiten bei (S. 138f.).

Klaus Dieter Wolf untersucht die „Übernahme vormals staatlicher Aufgaben durch Private“ (S. 105) am Beispiel der freiwilligen Selbstverpflichtung von Unternehmen im Rahmen sogenannter *Corporate Social Responsibility*-Initiativen. Diese lebten im Wesentlichen davon, „dass sich Unternehmen auch als Normunternehmer eigeninteressiert und strategisch verhalten“ (S. 111), wiewohl sie auch eine weitergehende Motivation entwickeln könnten. Zugleich wird die staatliche Regelsetzungs- und Kontrollkompetenz betont, „in die die Normproduktion durch private Akteure bereits eingebettet ist“ (S. 114). Entsprechend liege der ‚Schatten‘ der Staatenwelt auch über der „sonnigen Blumenwiese weltgesellschaftlicher Normsetzungsprozesse“ (S. 113).

Demgegenüber argumentiert Gunther Teubner, dass die globale (Finanz)Wirtschaft in erster Linie einer ‚inneren Konstitutionalisierung‘ bedarf, „deren Wirkungen weder durch nationale noch durch transnationale Interventionen der Staatenwelt erreicht werden“ (S. 50) könne. Der propagierte ‚gesellschaftliche Konstitutionalismus‘ fordere die Selbstregulierung des wirtschaftlichen Funktionssystems heraus, indem „externe gesellschaftliche Kräfte, also neben staatlichen Machtmitteln rechtliche Normierungen und ‚zivilgesellschaftliche‘ Gegenmacht [...] in der Weise so massiven Druck auf das expansionistische Funktionssystem ausüben, dass es innere Selbstbeschränkungen aufbaut, die auch tatsächlich greifen“ (S. 61). Als Beispiel wird eine mögliche Vollgeldreform diskutiert, die die gegenwärtig ausufernde Geldschöpfung (S. 51f.) wieder auf die Zentralbanken beschränkte, welche sich an der „öffentliche[n] Funktion des Ökonomischen“ (S. 87) orientieren.

Das Frankfurter Exzellenzcluster, die dort veranstaltete Ringvorlesung, der daraus hervorgehende Sammelband – all dies sind Diskussionsplattformen, die die Bedingungen für einen interdisziplinären Dialog schaffen, dessen Ergebnisse aber nicht vorwegnehmen können. So bleibt auch dieser Band in sich ungeschlossen, die Synthese alter und neuer Rechtspluralismen unvollendet, und die Frage nach der Rolle des Staates letztlich unbeschieden. Es ist der Leserschaft überlassen, die verschiedenen Argumente gegeneinander abzuwägen, die Beispiele zueinander ins Verhältnis zu setzen und

Schlüsse zu ziehen. Darin liegt aber möglicherweise gerade der Gewinn.

*Helsinki*

*Sabine Frerichs*

## **Die Rolle politischer Zielbestimmungen in Verfassungen**

*Bühler, Joachim*: Das Integrative der Verfassung. Eine politiktheoretische Untersuchung des Grundgesetzes, 270 S., Nomos, Baden-Baden 2011.

Die Beschäftigung mit rechtlichen Fragen und Gegenständen war in der Bundesrepublik, von wenigen Ausnahmen abgesehen, über lange Zeit hinweg eine nahezu exklusive Domäne der Rechtswissenschaften. Anders als etwa in den Vereinigten Staaten wurden die Verfassung, rechtliche Institutionen und Gerichte vor allem in rechtswissenschaftlichen Seminaren und Publikationen analysiert. Erst seit einigen Jahren hat auch die deutsche Politikwissenschaft (wieder) damit begonnen, Rechtsfragen in ihren wissenschaftlichen Fokus zu nehmen und die entsprechenden Gegenstände mit den ihr eigenen Methoden zu analysieren. Ein Ausdruck der Renaissance der Beschäftigung mit Fragen des Rechts in der Politikwissenschaft ist die Reihe „Politik und Recht“ im Nomos-Verlag, in der auch die vorliegende Dissertation aus dem Jahre 2009 erschienen ist.

Die von Joachim Bühler bei Gerhard Göhler an der Freien Universität zu Berlin fertiggestellte Arbeit widmet sich der Integrationsfunktion der Verfassung am Beispiel des Grundgesetzes. Ausgangspunkt – und impliziter roter Faden – der Untersuchung ist die These, dass die Integrationsfunktion der Verfassung und ihre Minderheitenschutzfunktion prinzipiell in einem Spannungsverhältnis stehen, da die erste Funktion auf das „Wohlergehen des Kollektivs“ (S. 13) abzielt, während bei der zweiten Funktion der Schutz des Individuums im Mittelpunkt steht. Wie kollektive Integration bei gleichzeitiger Achtung der Privatautonomie der Bürgerinnen und Bürger gelingen kann, ist die zentrale Frage der Untersuchung. Dafür identifiziert sie zunächst jene Rechtsnormen der Verfassung, die für die Integration von (demokratischen) Gemeinwesen in Frage kommen, um dann danach zu fragen, welche dieser Rechts-



normen beziehungsweise Rechtsnormtypen geeignet sind, zugleich die Autonomie der Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Im Ergebnis kommt Bühler zu dem Schluss, dass insbesondere die in Verfassungen implementierten Staatsziele einen solchen Ausgleich herstellen können.

Der erste, konzeptionell-theoretische Teil der Untersuchung identifiziert drei Faktoren politischer Integration: Wertvorstellungen, Ordnungsvorstellungen und politische Zielvorstellungen. Auf Basis der Göhler'schen Institutionentheorie diskutiert der Autor die Relevanz der unterschiedenen Faktoren für die zu untersuchende Integrationsfunktion, analysiert ihre Integrationsperformanz und begründet, inwiefern der in liberalen Verfassungen verankerte Minderheitenschutz als normative Grenze politischer Integration betrachtet werden kann. Auf Basis dieser konzeptionellen Diskussion widmet sich die Untersuchung im zweiten Teil der Analyse des Grundgesetzes. Hier werden vier Bereiche der Verfassung analysiert und auf die jeweils relevanten Integrationsfaktoren und deren Performanz hin untersucht: die Grundrechte, die Präambel, die Staatsstrukturprinzipien sowie die Staatsziele. Eine kurze „integrationstheoretische Auswertung“ (Teil III des Buches) fügt und fasst die Ergebnisse der Untersuchung schließlich zusammen.

Bühler gelingt eine informierte und dichte Diskussion der von ihm unterschiedenen Integrationsfunktionen, -faktoren und -performanzen. Für den Leser besonders erhellend ist die überzeugende Identifikation der integrierenden Werte – sowie deren Grenzen – in den Grundrechten und in der Präambel des Grundgesetzes, der integrationsrelevanten Ordnungsvorstellungen in den Staatsstrukturprinzipien und der in den Staatszielen zum Ausdruck kommenden integrativen Potenziale politischer Ziele. Dass tatsächlich alle drei Integrationsfaktoren im Grundgesetz normiert werden und überdies alle vier unterschiedenen Normtypen relevant für dessen Integrationsleistung sind, sind weitere zentrale Ergebnisse der Untersuchung. Insbesondere die Einbeziehung politischer Zielvorstellungen in die Analyse kann überzeugen und stellt eine gewisse Innovation dar, da diese bislang kaum hinsichtlich ihrer Integrationsleistung untersucht worden sind.

Überhaupt ist positiv zu vermerken, dass die vorliegende Studie zum ersten Mal differenziert und umfänglich die Integrationsfunktion des Grundgesetzes zu analysieren sucht. Die

bewusst politiktheoretische und rechtsdogmatische Anlage der Untersuchung geht allerdings notwendigerweise mit einer wichtigen Einschränkung einher: Ob die herausgearbeiteten theoretischen Ergebnisse auch empirische Relevanz für sich beanspruchen können, müssen die Leserinnen und Leser des Buches selbst entscheiden. So will und kann die vorliegende Arbeit beispielsweise nicht beantworten, wie rechtssoziologisch plausibel es eigentlich ist, dass sich Bürgerinnen und Bürger eines Gemeinwesens tatsächlich mit den in der Präambel verankerten Werten identifizieren und sich hierüber integrieren. Ebenso wenig kann beantwortet werden, ob die Verankerung von Staatszielen in der Verfassung tatsächlich das Motivationsproblem zu lösen vermag, das korrekterweise für die moderne Zivil- und Bürgergesellschaft konstatiert wird. Wie die Integrationsleistung rechtlicher Institutionen überhaupt bewertet werden kann, wenn der Gegenstand nicht zumindest *auch* empirisch-soziologisch untersucht wird, bleibt am Ende der Lektüre ein kleines Rätsel, zumal die Ausgangsthese des Spannungsverhältnisses von Integrations- und Minderheitenschutzfunktion zumindest empirisch fraglich bleibt.

Was ebenfalls nicht vollends überzeugen kann, ist die über weite Strecken der Arbeit gewählte „autorenzentrierte Methode“ der Untersuchung. Zum einen wird die Auswahl der herangezogenen Referenzautoren nicht inhaltlich begründet und wirkt mitunter etwas eklektisch; zum anderen fügt die Diskussion nicht in jedem Fall dem bereits Bekannten wirklich etwas Neues hinzu. Zwar werden die diskutierten Positionen von John Rawls, Rudolf Smend, Ernst-Wolfgang Böckenförde, Jürgen Habermas und anderen neu rekonstruiert und so – wo das nötig ist – anschlussfähig gemacht für die Frage verfassungsrechtlicher Integration; der Erkenntnisgewinn ist aber nicht bei allen diskutierten Autorinnen und Autoren gleich stark ausgeprägt. Eine gründlichere Überarbeitung des Manuskripts hätte überdies manchen formalen Mangel und manche Redundanz beseitigen können, die das Lesevergnügen mitunter etwas stören. Dessen ungeachtet liegt mit Joachim Bühlers Untersuchung eine Studie vor, die zur Rolle politischer Zielbestimmungen in Verfassungen einen lesenswerten ersten Aufschlag liefert. Dem Thema ist zu wünschen, dass dieser bald retourniert wird.

Berlin

Sascha Kneip

## Jenseits des imperial turn

Münkler, Herfried/Hausteiner, Eva (Hrsg.): Die Legitimation von Imperien. Strategien und Motive im 19. und 20. Jahrhundert, 239 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2012.

„The Empire is back in Town.“ Zu diesem Schluss kam Michael Cox, als er die Präventivdoktrin der Bush-Administration umschrieb. Fürwahr hatte die Wissenschaft die Ordnungskraft des imperialen Modells wiederentdeckt. Der Imperiums-begriff trat in den Wettstreit mit Konzepten wie Hegemonie, *Global Governance* und Unipolarität. Seine Definition wurde verfeinert, sein analytischer Mehrwert untermauert, die Handlungslogiken der Imperien offengelegt.

Weitgehend ausgeblieben sind demgegenüber komplexere Überlegungen zur Legitimation imperialer Herrschaft. Dies mag daran liegen, dass Imperien tendenziell als illegitim betrachtet werden. Immerhin stehen sie wegen ihrer hierarchischen Politikstile und Gewaltbereitschaft seit jeher in der Kritik. Ein besonderer Legitimationszwang entstand für die Imperien im 19. und 20. Jahrhundert, im Konflikt mit dem erstarkten Ordnungskonzept der Nation, mit ihren Ideen von Partizipation und Volkssouveränität. Wie imperiale Entscheider mit dieser Herausforderung umgingen, ob sie ihre Legitimationsstrategien anpassten, und inwiefern ihre Herrschafts-begründung von der nationaler Eliten divergiert, darum dreht sich der Sammelband „Die Legitimation von Imperien“.

Implizit durchziehen die Veröffentlichung vier Teilbereiche. Eingangs diskutieren Eva Hausteiner und Herfried Münkler die Spezifika nationaler und imperialer Legitimationsformen. Während erstere eine idealtypische Unterscheidung beider Muster vollzieht, relativiert letzterer diese Trennung, indem er Filiation und Translation als in der Praxis konkurrierende, imperiale Legitimationsmuster identifiziert. Dass hierbei Probleme entstehen können, beweist Jörn Leonhard an den multiethnischen Imperien im 19. Jahrhundert, die sich nationaler Legitimationsstile bedienen, dadurch aber letztlich ihre Autorität untergruben.

Die zweite Sektion blickt genauer auf das Handeln imperialer Eliten. Daniel Hildebrand betrachtet das Rüstungsverhalten antiker und moderner Imperien auf dem Zenit ihrer Macht. Er veranschaulicht, wie die Postmoderne auf zeitgenössische Imperialmächte wirkt, und es ihren Führungen unmöglich macht, die augusteische Schwelle zu überschreiten, also ihre

Herrschaft qua Abrüstung und Mäßigung zu konsolidieren. Mathias Eichhorn kritisiert hingegen, ausgehend von der Theologie Reinhold Niebuhrs, den ‚Realismus‘, wie ihn Henry Kissinger als außenpolitische Leitlinie vertritt, als unmoralisch und plädiert für ein progressives, liberal-demokratisches *American Empire*.

Daran anknüpfend, betrifft der dritte Themenkomplex die seit Rom bestehende Konkurrenz zwischen *Imperium et Libertas*. Am britischen Diskurs im 19. Jahrhundert demonstriert Benedikt Stuchtey, dass sich beide Begriffe für die Zeitgenossen nicht ausschlossen, sondern die liberalen Werte des Zentrums eine rationale und aufgeklärte Herrschaft über die Kolonialgebiete rechtfertigten. Sebastian Huhnholz zeichnet in diesem Kontext ein Bild von den USA als *Imperium*, das sich zwar anti-imperial definiert, daraus jedoch eine legitime und expansive Weltmachtrolle ableitet.

Schließlich arbeitet der Sammelband heraus, mit welchen Legitimationsstrategien es Imperien gelingt, politische Regeln und Maßstäbe an ihre Bedürfnisse anzugleichen. Hierzu skizziert Christian Lekou mit Hilfe britischer Kolonialliteratur, wie der Herrschaftsanspruch des *British Empire* nicht nur die Aneignung von Raum, sondern sogar die Bestimmung von Zeit umfasste. Zuletzt hebt Andreas Lotz die Deutungsmacht der Imperien hervor, die fähig sind, legitime Feinde und Partner als Piraten im ciceronischen Sinne zu diffamieren, sie also außerhalb der menschlichen Gemeinschaft zu verorten, und mit entsprechender Härte zu bekämpfen. Dabei verweist er auf die amerikanische Praxis, unliebsame Regime als Schurkenstaaten einzustufen, und feindliche, scheinbar ‚illegale‘ Kombattanten in den Terroristenstand zu heben und sodann zu entretchen.

Die Publikation kann überzeugen. Ihr gelingt es, die Vielschichtigkeit imperialer Legitimationsmuster und -strategien auszuarbeiten. Großes Lob gebührt dem Aufbau der Beiträge, die ihre theoretischen Reflexionen stets mit Hilfe konkreter historischer Beispiele prüfen. Dadurch wird das Verständnis komplexer Sachverhalte erheblich erleichtert. Zusätzlich suchen die Aufsätze durch die Bewertung und Analyse von China und den USA durchweg den Gegenwartsbezug. Nicht nur wird damit dem Leser die aktuelle Relevanz der Forschung verdeutlicht, es wird auch weiteres Nachdenken stimuliert. Was etwa lässt sich aus Ansätzen imperialer Rechtfertigung für die Eurokrise lernen? Und stehen heutige Imperien nicht der augusteischen, sondern einer multilateralen Schwelle gegenüber,

bei der es darum geht, die eigene Herrschaft durch Institutionalisierung und Kooperation zu garantieren?

Abschließend ist es von Wert, sich den Essay von Daniel Hildebrandt ins Gedächtnis zu rufen. Darin konstatiert er, dass auch Imperien dem Zeitgeist nicht entfliehen können. Den Autorinnen und Autoren des Sammelbandes ist diese ‚Flucht‘ dagegen gelungen. Sie legten ihr Augenmerk auf die imperiale Legitimation in einer Zeit, in der von *imperial turn* keine Rede mehr war, in der von den USA kaum einer mehr als Imperium sprach. Und dennoch lieferten sie wertvolle Einsichten in ein Thema, das sich auch zukünftig als wirkmächtig erweisen wird. Denn Veränderungen mag es geben, und Wandel sich abzeichnen, doch ein Ordnungsmodell hat bisher ausgesprochen adaptiv auf neue Umstände reagiert, und seinen Fortbestand trotz aller Widrigkeiten nicht nur gesichert, sondern legitimiert: das Imperium.

*Berlin*

*Tobias Fella*

rasant: Im Oktober 2008 betrat er die bundespolitische Bühne, im Februar 2009 debütierte er als Wirtschafts-, im Oktober 2009 als Verteidigungsminister; im März 2011 folgte schließlich sein Rücktritt von allen politischen Ämtern. Geschwindigkeit und Glamour, Inszenierung und Imagebildung – handelt es sich bei Guttenberg um einen besonderen Fall in der Geschichte der Bundesrepublik, oder lassen sich Einzelfall übergreifende, symptomatische Aspekte postdemokratischer Politik herauskristallisieren?

Orientiert an dieser übergeordneten Leitfrage, haben Oliver Lepsius und Reinhart Meyer-Kalkus einen interdisziplinären Sammelband zusammengestellt, der die Causa Guttenberg aus verschiedenen sozial- und geisteswissenschaftlichen Blickwinkeln beleuchtet. In seinen einführenden Überlegungen wirft Lepsius die Frage auf, wann rollen-, system- oder professionspezifische Moralstandards gesellschaftlich akzeptiert werden, und wann nicht (S. 9).

Den Auftakt in der Sektion „Diskurs und Öffentlichkeit“ bildet Uwe Pörksen, der die inhaltliche Substanzlosigkeit als zentralen Erklärungsfaktor für den kometenhaften Aufstieg und Fall des „Mediencondottiere“ anführt. Gustav Seibt beschäftigt sich mit dem Versuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel, qua Persönlichkeitssplitting in ‚wissenschaftlichen Assistenten‘ und ‚Minister‘, eine Zwei-Körper-Theorie zu konstruieren. Die Heftigkeit, mit der die Wissenschaft – wenn auch reichlich verspätet – die ‚Zwei-Körper-Theorie‘ zurückgewiesen hat, spiegelt Thomas Steinfeld zufolge die Verstrickung von Wissen und Eigentum im Wissenschaftsfeld selbst wider (S. 51). Bernhard Pörksen und Hanne Detel kommen zu dem Schluss, dass Guttenberg und die Bundesregierung bei ihrem Krisenmanagement scheiterten, weil grundlegende Prinzipien effektiven Skandalmanagements missachtet worden seien (S. 64). Auch habe der selbst organisierte Schwarm von Bloggern den alten Medien die traditionelle *gatekeeper*-Rolle bei der öffentlichen Urteilsfindung abgetrotzt.

In der Sektion „Politik und Wissenschaft“ erläutert Petra Gehring unter Rückgriff auf Luhmanns System- und Demokratietheorie, weshalb die Zwei-Körper-Theorie qua Trennung des Ministers vom Plagiator scheiterte. Tilman Allert untersucht die „Wunde Guttenberg“ mittels soziologischem und sozialpsychologischem Instrumentarium; sehr überzeugend arbeitet er heraus, wie Guttenbergs archetypische Verkörperung des „Gelingens“ und der „Ungeduld“ milieuübergreifend als Projektionsfläche diente

## **Causa Guttenberg interdisziplinär**

*Lepsius, Oliver/Meyer-Kalkus, Reinhart (Hrsg.): Inszenierung als Beruf. Der Fall Guttenberg, 215 S., Suhrkamp, Berlin 2011.*

Den Beruf des Politikers charakterisiert Max Weber als „das langsame Bohren harter Bretter“. Wichtigste Qualitätsmerkmale seien „Leidenschaft“, „Verantwortlichkeit“ und „Augenmaß“. Besondere Eignung für das Berufspolitikertum sprach Weber Mitgliedern der Aristokratie zu, weil diese dank ihrer finanziellen Absicherung für die Politik lebten, und nicht von dieser. Jenseits des milieusozilogischen Hintergrunds weicht die politische Karriere Karl-Theodor zu Guttenbergs nebst seiner Persönlichkeit stark vom Weber'schen Idealtypus ab. Politischer Aufstieg und Fall des Freiherrn verliefen

(S. 102f.). Warum sich die Plagiatsaffäre um Gutenbergs Dissertation trotz GuttenPlag zu einem „wochenlangen Psychodrama“ (S. 113) auswuchs, analysiert Nils Minkmar.

In der Sektion „Stil und Rhetorik“ bewertet Heinrich Detering die „kalkulierte Unschärfe“ (S. 123) und die „Sprache der Scheinheiligkeit“ (S. 126) als zentrale Merkmale von Gutenbergs Rhetorik. Reinhard Meyer-Kalkus liefert eine Dekorums-Analyse des Rhetors Gutenberg, der das *argumentum a comparatione* als zentralen Stützpunkt nutzt (S. 129). Ältere Traditionen höfisch-theatralischer Rhetorik und galante Verhaltensideale mit überstürzt brachialen Entscheidungen paarend (S. 136), habe der Freiherr mit seinem spezifischen Politikstil ein Alleinstellungsmerkmal inszeniert. Peter von Becker blickt hinter die Fassade des massenwirksam charismatischen Maskenträgers, und demaskiert den ‚erstklassigen‘ Schauspieler Gutenberg bei seinen milieübergreifend resonanten Rhetorik-Spiel(ch)en. Inwieweit letzterer als Indikator eines neuen „ikonographischen Rahmens“ der Bundesrepublik fungiert, erörtert Johannes von Müller. Sebastian Diziol vertritt die These, die Rücktrittsrede sei nicht der Auslöser, wohl aber ein Katalysator für die „bestürzende“ (S. 171) Schärfe der Diskussion über die Causa Gutenberg gewesen. Abschließend beleuchtet Luca Giuliani die Performance des vormaligen Verteidigungsministers im Spiegel römischen Heerwesens.

Der Sammelband vereint allesamt lesenswerte Beiträge, die aus dem Blickwinkel der jeweiligen Fachdisziplin(en) bedenkenswerte Analysen zur Frage des Spezifischen wie auch Symptomatischen der Causa Gutenberg vorlegen. Zugleich teilen einige Einzelbeiträge eine methodische Schwäche: Sie bleiben eine Antwort auf die Auswahlkriterien der jeweils angeführten ‚Fälle‘ schuldig, die mitunter einer narrativen Aneinanderreihung kursorischer Streifzüge durch Politik und Geschichte gleichen. Infolgedessen kommt die sozialwissenschaftliche Frage der Generalisierbarkeit der ‚Fallanalysen‘ zu kurz. Seinem selbstgestellten Anspruch, „erste Schritte“ zur Behandlung der „symptomatischen Bedeutung“ der Causa Gutenberg zu leisten (S. 16), wird der Band indes gerecht. Zuträglich wäre eine Synopse gewesen, um die disziplinspezifischen Antworten auf die von Lepsius Eingangs aufgeworfenen Fragen systematisch zu bündeln. Zwar ziehen sich die grundsätzlichen Fragen, wie etwa jene nach der Zweikörper-Theorie oder dem Bedeutungszuwachs der Internetgemeinde für politische Willensbil-

dungsprozesse, implizit wie ein roter Faden durch die Einzelbeiträge. Doch obliegt es dem Leser, die ausstehende Synopseleistung zu vollbringen.

Trier

Comelia Frank

### Kontinent der Krisen und Katastrophen?

*Nebe, Johannes Michael (Hrsg.): Herausforderung Afrika. Gesellschaft und Raum im Wandel, 432 S., Nomos, Baden-Baden 2012.*

Afrika – ein Kontinent der Krisen und Katastrophen. Mit diesem verbreiteten Zerbild setzt sich der Sammelband „Herausforderung Afrika“ kritisch auseinander. So widmen sich zwei der insgesamt 26 Beiträge dem Afrikabild in unseren Medien. Weitere Schwerpunkte bilden Migration und Bevölkerung, Umwelt und Verkehr, Gesundheit und Sicherheit, Bildung, politische und wirtschaftliche Entwicklung sowie Entwicklungspolitik und Leitbilder der Entwicklungszusammenarbeit.

Der Herausgeber, der Trierer Geograph Johannes Michael Nebe, konnte Fachkolleg/innen aus der Politikwissenschaft, Pädagogik, Entwicklungshilfe und dem Journalismus als Autor/innen gewinnen. Neben der interdisziplinären Perspektive auf Afrika zeichnet sich das Buch dadurch aus, dass sowohl deutsche als auch afrikanische Wissenschaftler/innen und Praktiker/innen zu Wort kommen. Fünf Beiträge afrikanischer Autoren sind in englischer Sprache verfasst. Namhafte Persönlichkeiten wie Prof. Klaus Töpfer, langjähriger Leiter des UN-Umweltprogramms in Nairobi, beziehen Stellung zu politischen Themen, während junge Trierer Geograph/innen ihre Forschungsergebnisse erläutern. Mit einer derartigen Vielfalt an Stimmen, Analysen und Einschätzungen richtet sich diese Publikation, die aus Afrika-Vorlesungen an der Universität Trier hervorgeht, an ein breites Publikum.

Neben der inhaltlichen Ausrichtung auf Entwicklungsfragen gibt es einen Länderschwerpunkt; konkret geht es um Kenia, was der Tatsache geschuldet ist, dass Forschungsprojekte und Austauschprogramme jahrelang die Universität Trier mit der *Kenyatta University* in Nairobi verbanden. Indem also Aufsätze, die eher allgemeine Fragen zum Wirtschaftswachstum, zur Migration, Bevölkerungsentwicklung und Armut

betreffen, mit konkreten Situationsanalysen aus Kenia verbunden werden, können Afrikaninteressierte sich sowohl über grundlegende Probleme informieren, als auch an einem Land exemplarisch die Vielschichtigkeit von Strukturproblemen und lokalen Lösungsansätzen kennenlernen.

Die Beiträge der jungen Trierer Geograph/innen über ihre Forschungsaufenthalte in den Slums von Nairobi sind vor allem für Studierende von Interesse, denn sie gewähren auch Einblicke in Forschungsmethoden und in die persönliche Involvierung in Forschungsprozesse. Konkret geht es um die Bildungssituation in Kenia und um Schulbildung in den von Armut gekennzeichneten Slums, in denen über 60% der Bewohner/innen der Hauptstadt Nairobi wohnen. Die Autor/innen gehen ausdrücklich auf den Geographieunterricht ein und berichten über eigene Erfahrungen an informellen Schulen in diesen Siedlungen. Sie stellen Bezüge zu den Entwicklungszielen der Vereinten Nationen und zum Menschenrecht auf Bildung her. Erwähnt werden auch die Tatsachen, dass viele Schüler/innen von HIV/AIDS betroffen sind und die kenianische Regierung gefordert ist, durch Wirtschaftsprogramme den Jugendlichen, die über die Hälfte der Bevölkerung stellen, Zukunftsperspektiven zu vermitteln. Allerdings erschöpfen sich die Darlegungen nicht in politischen Forderungen, sondern beschreiben handwerkliche und künstlerische Projekte, die Jugendliche selbst initiiert haben, um ihre Situation zu verbessern. Auch Maßnahmen zur Bewältigung der Müllproblematik und zur Verbesserung der Wasserqualität werden erläutert. Die Analyse lokaler Initiativen, in denen die Menschen nicht als Opfer von Armut, sondern als Akteure vorgestellt werden, ist durchwoben mit Selbstreflexionen der Autor/innen über die Chancen und Grenzen interkultureller Verständigung im Forschungs- und Entwicklungskontext. So illustrieren die Beiträge der Trierer Geograph/innen, die zumeist an Projektstudien teilnahmen, die großen Themen des Buches ganz anschaulich.

Mit Blick auf die Positionen afrikanischer Autoren ist der Text des kenianischen Wirtschaftsexperten James Shikwati beispielhaft, denn er unterstreicht die Bedeutung nationaler Entwicklungsanstrengungen. Dabei betont er die zentrale Rolle der afrikanischen Mittelschicht, die als Steuerzahler mehr Einfluss gewinnen sollte. Demgegenüber lehnt er finanzielle Entwicklungshilfe grundsätzlich ab, seiner Meinung nach würde sie zur Abhängigkeit und

Ungleichheit beitragen. Solche Positionen teilen andere Autoren wie der ugandische Journalist Andrew Mwenda, der allerdings viel deutlicher als James Shikwati die Misswirtschaft afrikanischer Regierungen anprangert und ganz konkret die grassierende Korruption in Uganda kritisiert, weshalb er wiederholt inhaftiert wurde.

Insgesamt bietet der Sammelband ein breites Panorama an Einschätzungen zur Entwicklungsproblemen und Lösungsansätzen auf dem afrikanischen Kontinent. Indem Afrikaner/innen nicht nur als ohnmächtige Hilfeempfänger, sondern als ideenreiche Initiatoren von Selbsthilfeprojekten vorgestellt werden und afrikanische Autoren selbst zu Wort kommen, werden die Leser/innen zur Revision von Vorurteilen angeregt. Allerdings werden Studierende angesichts des sehr hohen Ladenpreises von 49 Euro den Sammelband höchstens in Bibliotheken ausleihen können und nicht selbst anschaffen.

Essen

Rita Schäfer

## Die USA und die restliche Welt

*Braml, Josef:* Der amerikanische Patient. Was der drohende Kollaps der USA für die Welt bedeutet, 222 S., Siedler, München 2012.

*Fröhlich, Stefan:* The New Geopolitics of Transatlantic Relations. Coordinated Responses to Common Dangers, 324 S., Johns Hopkins UP, Baltimore, MD 2012.

Auch in der zweiten Amtsperiode Obamas bleibt die Lage kritisch: „Amerika sieht seine vitalen Interessen bedroht, aber es ist in seiner Handlungsfähigkeit enorm eingeschränkt. Die massiven sozioökonomischen Probleme im Inneren wirken sich auf das Selbstverständnis im außenpolitischen Handeln und auf den Aktionsradius der Weltmacht aus“ (S. 77). Aus dieser wachsenden Handlungsschwäche der jahrzehntelang dominierenden Weltordnungsmacht drohen dem internationalen System Unsicherheiten und Turbulenzen. Und in der Tat, wenn man die detaillierten Kapitel eines der führenden Amerika-Experten aus der Forschungs- und Beratungsszene der Bundeshauptstadt über Politikblockaden in Washington, die wachsenden sozialen Klüfte Amerikas, Außenhandels- und Haushaltsdefizite, Arbeitslosigkeit und Infrastrukturschwächen zur Kenntnis nimmt, dann

wird klar, dass die globale Gestaltungsmacht der USA in den letzten Jahren massiv geschrumpft ist. Die Einschränkungen der globalen Rolle Amerikas sind allerdings nicht nur auf innen-, wirtschafts- und finanzpolitische Fehlentwicklungen zurückzuführen. Sie haben auch mit dem Aufstieg strategischer Konkurrenten wie China, dem verstärkten Wettlauf um knappe Ressourcen und mit neuartigen Herausforderungen wie Terrorismus, Klimawandel und zerfallenden Staaten zu tun. Deren Bedeutung wird in dem etwa die Hälfte des Buches ausmachenden Kapitel über „vitale Interessen der amerikanischen Außenpolitik“ behandelt. Es geht Braml um das Aufzeigen der Wechselwirkung zwischen internen Schwächen der USA und ihrem internationalem Agieren und welche Konsequenzen sich daraus für die Weltpolitik ergeben. Die vom Autor in den Schlusssätzen genannten Ursachen für die Veränderungen von Rolle und Status der ‚Ausnahmenation‘ sind durchaus plausibel: „Es sind die sozialen Gleichgewichtsstörungen, die politische Ohnmacht, die wirtschaftlichen Herzrhythmusprobleme und die energetische Antriebsschwäche der vom Kollaps bedrohten Supermacht. Diese Beschwerden werden den amerikanischen Patienten daran hindern, seine vitalen Interessen in der Welt so umsichtig zu vertreten wie bisher“ (S. 180f.). Unterschätzt wird dabei eventuell aber doch die immer wieder bewiesene Wandlungsfähigkeit der USA sowie ihr vielen als ‚unverzichtbar‘ geltender ordnungspolitischer Gestaltungswille.

Dass „die neuen politischen Realitäten auf einen Niedergang der Dominanz des Westens verweisen“ hebt auch Stefan Fröhlich im Vorwort zu seiner am *Woodrow Wilson Center* in Washington entstandenen umfangreichen Studie hervor und weist gleich auf der ersten Seite darauf hin, dass „wohldurchdachte Kooperation zwischen USA und EU der einzige Weg [sei], um politischen und ökonomischen Druck auf ein wieder erstarktes Russland, aufstrebendes China und andere aufsteigende Staaten auszuüben, damit sie internationale Rechtsregeln einhalten und sich in einer gemeinsamen Verantwortung für globale Führerschaft engagieren“. Dabei macht er sehr deutlich, dass im amerikanisch-europäischen Verhältnis nichts mehr so ist, wie es über Jahrzehnte gewesen war. Deshalb seien massive intellektuelle und praktische Anstrengungen nötig, damit die das nordatlantische Bündnis zusammenhaltenden Werte und Normen in den zunehmend chaotischen weltpolitischen Verhältnissen und neuartigen interna-

tionalen Herausforderungen überhaupt noch eine regulierende und ordnende Rolle spielen könnten. Es sei die Verletzbarkeit beider Seiten durch die sie umgebenden Turbulenzen und Bedrohungen, „die letztlich die transatlantischen Beziehungen zusammenhalten. Wenn die USA und die EU diesem Druck standhalten und mit der neuen internationalen Umgebung zurechtkommen wollen, dann gibt es für keine der beiden Seiten eine bessere Option als zusammenzuarbeiten“ (S. 37). Diese Kooperation ist unendlich viel umstrittener und schwieriger geworden als in den Jahrzehnten gemeinsamer Bedrohung durch den Kommunismus. Jetzt gibt es – natürlich bei weiter bestehenden Gemeinsamkeiten – in strategischen, politischen und ökonomischen Fragen durchaus unterschiedliche Perspektiven und Reaktionen von beiden Seiten des Atlantiks auf Problemlagen und Herausforderungen. Diese haben unter anderem mit Unterschieden der historischen Erfahrungen, wirtschaftlich-sozialer Praktiken und religiöser Einflüsse auf die Politikgestaltung zu tun. Sie kommen beispielsweise darin zum Ausdruck, dass bei den Anliegern des Nordatlantiks die Reaktionen auf terroristische Bedrohungen, die Möglichkeit Demokratie zu exportieren, die Bedeutung von Militäreinsätzen und das Gefühl der Auserwähltheit sehr unterschiedlich ausgeprägt sind.

In den drei analytischen Zentralkapiteln über geopolitische, geostrategische und geoökonomische Dimensionen des EU-USA-Agierens werden praktisch alle Themenfelder und Probleme internationaler Politik in großer Klarheit und Tiefenschärfe bearbeitet. Dabei geht der Professor für Internationale Politik durchgehend nach dem Muster vor, die Ähnlichkeiten und die Unterschiede in den amerikanischen und europäischen Sicht- und Vorgehensweisen gegenüber Staaten und Problembereichen herauszuarbeiten und Empfehlungen für zukünftige gemeinsame Strategien zu geben. Dabei kommt das gesamte Spektrum der Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart zum tragen. In der Geopolitik etwa geht es um die Beziehungen der Partner des Nordatlantiks zu Russland und China, die Rolle der NATO, um Fragen der Rüstungskontrolle und um Energiesicherheit. Im Kapitel über Geostrategie stehen der Erweiterte Nahe Osten und Nordafrika im Mittelpunkt (die Rolle der Türkei, der Umgang mit dem Iran und Saudi-Arabien und die prekäre Situation in Pakistan und Afghanistan). In der geoökonomischen Dimension schließlich werden Unterschiede und Ähnlichkeiten der europäischen

und amerikanischen Handhabung von wirtschafts- und finanzpolitischen Herausforderungen innerhalb des nordatlantischen Raums (Zollsenkungen, Technologie-Subventionen, Agrarhandel) und auf der globalen Ebene (Kreditvergabe, Finanz- und Bankenkontrolle, Währungsschwankungen) behandelt.

Im Vergleich zur Jahrzehnte währenden Dominanz von USA und Europäischer Union in allen Bereichen der Weltpolitik sehen sich jetzt – so konstatiert der Autor in seinen Schlussüberlegungen – „die transatlantischen Partner einem wachsenden Missverhältnis zwischen einerseits dem globalen Charakter ihrer Probleme und der Notwendigkeit ihre Instrumente und Institutionen zu überholen gegenüber und müssen andererseits ihre strategischen Differenzen überwinden“ ( S. 275). Dazu wäre die Erkenntnis wichtig, dass die Dominanz über das Geschehen in der Welt durch das Bündnis beiderseits des Atlantik der Vergangenheit angehört und

neuartige Herausforderungen sowie bisher unbekannte Konkurrenten veränderte Strategien erfordern. Ob die USA und die EU die Kraft, Kompromissbereitschaft und Innovationsfähigkeit aufbringen, sich den radikal veränderten Gegebenheiten anzupassen, ohne gewisse, ihren Grundüberzeugungen und Werten entsprechende Steuerungsinstrumente aufzugeben, muss sich erst noch erweisen. Für die Diskussion der ‚Zukunft des Westens‘ stellen die beiden Publikationen in ihrem bei Braml eher skeptischen und bei Fröhlich eher zuversichtlichen Ideenreichtum allerdings eine äußerst anregende Grundlage dar. Bei beiden wird gut belegt deutlich, dass eine kreative und willensstarke europäisch-amerikanische Partnerschaft unverzichtbar für eine konstruktive Gestaltung der Weltpolitik ist und gangbare Alternativen sich nur vage abzeichnen.

*Berlin*

*Hans Wassmund*